

Beteiligentransparenzdokumentation

Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**
 Fraktion der SPD
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 7/1188)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 12. Juni 2023

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Ein modernes Gemeinwesen erfordert mehr Teilhabe an den Entscheidungen der Kommunen sowie mehr Transparenz hinsichtlich der den Entscheidungen zugrundeliegenden Sachverhalte und Verfahren. Deshalb werden die Informations- und Beteiligungsrechte der Einwohner sowie die Stellung der Kommunalvertretungen und ihrer Mitglieder gestärkt.

B. Lösung

In die Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) werden Regelungen zur Stärkung

- der Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten der Einwohner,
 - der Gemeinderäte und Kreistage,
 - der Fraktionen der Gemeinderäte und Kreistage sowie
 - der einzelnen Gemeinderats- und Kreistagsmitglieder
- aufgenommen.

Das Thüringer Gesetz über die kommunale Doppik (ThürKDG) sowie die Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung und die Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik werden an diese Regelungen angepasst.

C. Alternativen

Zur Erreichung des Gesetzesziels bestehen keine Alternativen.

D. Kosten

Mehrausgaben können den Gemeinden und Landkreisen durch die finanzielle Unterstützung der Fraktionen entstehen. Die Höhe der Mehrausgaben hängt davon ab, welche finanzielle Leistungsfähigkeit die jeweilige Kommune hat und welche finanzielle Unterstützung der Fraktionen die Kommune für angemessen hält.

Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Änderung der Thüringer Kommunalordnung

Die Thüringer Kommunalordnung in der Fassung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- a) Nach der Angabe zu § 26 wird folgende Angabe eingefügt:

"§ 26 a Beteiligung von Kindern und Jugendlichen"

- b) Die Angabe zu § 96 a erhält folgende Fassung:

"§ 96 a Einwohnerfragestunde, Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid"

- c) Die Angabe zu § 130 b wird gestrichen.

2. In § 12 Abs. 1 Satz 1 werden nach dem Wort "Bürger" die Worte ", die das 18. Lebensjahr vollendet haben," eingefügt.

3. In § 15 wird nach Absatz 1 folgender Absatz 1a eingefügt:

"(1a) Der Gemeinderat soll bei öffentlichen Sitzungen den Einwohnern Gelegenheit geben, Fragen zu gemeindlichen Angelegenheiten zu stellen oder Anregungen und Vorschläge zu unterbreiten (Einwohnerfragestunde); das Nähere regelt die Hauptsatzung."

4. § 21 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Satz 1 werden folgende Sätze eingefügt:

"Vor dem Beschluss des Gemeinderats über eine Satzung ist der Satzungsentwurf mindestens eine und höchstens vier Wochen öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind mindestens eine Woche vorher in ortsüblicher Weise öffentlich bekannt zu machen; dabei ist auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme hinzuweisen."

- b) Der bisherige Satz 2 wird Satz 4 und erhält folgende Fassung:

"Die Form der Bekanntmachung und die Dauer der Auslegung vor der Beschlussfassung sowie die Form der öffentlichen Bekanntmachung von Satzungen sind in der Hauptsatzung zu regeln."

5. § 22 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

a) Nach Satz 3 wird folgender Satz eingefügt:

"Jedes Gemeinderatsmitglied hat das Recht, vom Bürgermeister in diesen Angelegenheiten Auskunft zu fordern, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen; § 40 bleibt hiervon unberührt."

b) Der bisherige Satz 4 wird Satz 5 und erhält folgende Fassung:

"Der Gemeinderat hat das Recht und auf Verlangen einer Fraktion oder eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, in diesen Angelegenheiten Akteneinsicht durch von ihm damit beauftragte Ausschüsse oder Gemeinderatsmitglieder zu nehmen."

6. § 23 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Der Gemeinderat besteht aus dem Bürgermeister und den nach Absatz 2 gewählten Gemeinderatsmitgliedern; diese führen in den Städten die Bezeichnung Stadtratsmitglieder. Der Vorsitzende des Gemeinderats wird vom Gemeinderat zu Beginn seiner Amtszeit aus seiner Mitte gewählt. Bis zur Wahl des Vorsitzenden werden die Sitzungen des Gemeinderats von seinem ältesten anwesenden Mitglied geleitet. Wird nicht der Bürgermeister zum Vorsitzenden gewählt, hat der Gemeinderat aus seiner Mitte einen Stellvertreter des Vorsitzenden zu wählen. Ist der Vorsitzende verhindert, leitet sein Stellvertreter die Sitzungen des Gemeinderats. Der Stellvertreter des Bürgermeisters (§ 32) hat auch dann Stimmrecht, wenn er nicht Gemeinderatsmitglied ist. Der nach Satz 2 gewählte Vorsitzende und der nach Satz 4 gewählte Stellvertreter können aus diesen Funktionen vom Gemeinderat abberufen werden. Sind sowohl der Vorsitzende als auch der Stellvertreter verhindert, den Vorsitz zu führen, übernimmt das älteste anwesende Gemeinderatsmitglied die Aufgaben des Vorsitzenden."

b) Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

"1. Beschäftigte der Gemeinde oder der Verwaltungsgemeinschaft, der die Gemeinde angehört, die durch ihre dienstliche Tätigkeit die Möglichkeit haben, inhaltlich auf die Verwaltungsführung der Gemeinde Einfluss zu nehmen, und Beamte der Gemeinde oder der Verwaltungsgemeinschaft, der die Gemeinde angehört,"

bb) In Nummer 2 und 2a wird jeweils das Wort "leitende" vor dem Wort "Beamte" gestrichen.

cc) In Nummer 3 wird das Wort "Angestellte" durch das Wort "Beschäftigte" ersetzt.

7. § 25 erhält folgende Fassung:

"§ 25
Fraktionen

(1) Gemeinderatsmitglieder können sich zu Fraktionen zusammenschließen. Das Nähere über die Bildung der Fraktionen, ihre Rechte und Pflichten regelt die Geschäftsordnung.

(2) Die Gemeinde soll ab einer Größe von 6 000 Einwohnern im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit die Aufgabenwahrnehmung der Fraktionen durch Zuwendungen aus dem Gemeindehaushalt in angemessenem Umfang unterstützen. Diese Mittel sind in einer besonderen Anlage zum Haushaltsplan darzustellen. Über ihre Verwendung ist ein Nachweis in einfacher Form zu führen."

8. § 26 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Der Gemeinderat kann für bestimmte Aufgabenbereiche Ausschüsse zur Vorbereitung seiner Beschlüsse (vorberatende Ausschüsse) oder zur abschließenden Entscheidung (beschließende Ausschüsse) bilden. Bildung, Zusammensetzung und Aufgaben der Ausschüsse regelt die Geschäftsordnung (§ 34). In Gemeinden mit mehr als 1.000 Einwohnern ist ein Hauptausschuss zu bilden, der unter anderem mit der Vorbereitung der Sitzungen des Gemeinderats zu beauftragen ist; wird ein Hauptausschuss gebildet, so führt den Vorsitz der Bürgermeister, im Falle seiner Verhinderung sein Stellvertreter (§ 32); der Stellvertreter hat Stimmrecht im Hauptausschuss."

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1 a eingefügt:

"(1 a) In Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern ist ein Rechnungsprüfungsausschuss zu bilden. Er prüft den Bericht der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse. Abweichend von § 27 Abs. 4 Satz 1 können der Bürgermeister und die ehrenamtlichen Beigeordneten nicht zum Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses oder zu dessen Stellvertreter gewählt werden. Der Bürgermeister und seine Stellvertreter (§ 32) haben im Rechnungsprüfungsausschuss kein Stimmrecht."

c) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

"(4) Der Gemeinderat kann Beiräte bilden, die den Gemeinderat und die nach Absatz 1 gebildeten Ausschüsse beraten. Wird ein Ausländerbeirat gebildet, gehören diesem überwiegend Einwohner an, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind. Die Beiräte können im Gemeinderat einmal im Jahr über ihre Arbeit berichten. Das Nähere, wie die Benennung der Beiräte, regelt die Hauptsatzung."

9. Nach § 26 wird folgender § 26 a eingefügt:

"§ 26 a
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Die Gemeinden sollen bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen betreffen, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu entwickelt die Gemeinde geeignete Verfahren. Das Nähere regelt die Hauptsatzung."

10. § 27 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden nach Satz 3 folgende Sätze eingefügt:

"Fraktionen, auf die bei der Besetzung des jeweiligen Ausschusses kein Sitz entfallen ist, können in diesen Ausschuss ein zusätzliches Mitglied entsenden. Zusätzliche Ausschussmitglieder nehmen mit beratender Stimme und dem Recht, Anträge zu stellen, an den Ausschusssitzungen teil. Bei der Zusammensetzung und der Berechnung der Beschlussfähigkeit des Ausschusses werden zusätzliche Ausschussmitglieder nicht mitgezählt."

b) Dem Absatz 6 wird folgender Satz angefügt:

"Auf Antrag einer Fraktion oder eines Viertels der Gemeinderatsmitglieder sind die von ihnen benannten Sachverständigen hinzuzuziehen."

11. Dem § 29 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

"Über die Erledigung der Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises hat der Bürgermeister dem Gemeinderat einmal im Jahr zu berichten."

12. § 30 erhält folgende Fassung:

"§ 30
Eilentscheidungsrecht

Der Bürgermeister kann in Angelegenheiten, deren Erledigung nicht ohne Nachteil für die Gemeinde bis zu einer bei Dringlichkeit nach § 35 Abs. 2 Satz 3 einzuberufenden Sitzung des Gemeinderats oder des zuständigen Ausschusses aufgeschoben werden kann und kein Beschluss nach § 36 Abs. 1 a gefasst wird, anstelle des Gemeinderats oder des Ausschusses entscheiden. Die Eilentscheidung, die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind den Gemeinderatsmitgliedern oder den Mitgliedern des zuständigen Ausschusses unverzüglich mitzuteilen und ortsüblich bekannt zu machen."

13. § 33 Abs. 3 Satz 1 und 2 erhält folgende Fassung:

"Die Eingruppierung der Beschäftigten und deren Entgelt sowie alle sonstigen Leistungen sind nur im Rahmen der zwischen Arbeitgebervereinigungen und Gewerkschaften getroffenen tarifvertraglichen Regelungen zulässig; besondere Rechtsvorschriften bleiben unberührt. Ist die Gemeinde nicht tarifgebunden, so dürfen

die Eingruppierung und das Entgelt sowie alle sonstigen Leistungen höchstens denjenigen der vergleichbaren Beschäftigten der tarifgebundenen Gemeinden entsprechen."

14. § 35 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 4 und Absatz 2 Satz 1 werden jeweils nach dem Wort "schriftlich" die Worte "oder elektronisch" eingefügt.

b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden nach dem Wort "schriftlich" die Worte "oder elektronisch" eingefügt.

bb) Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

"Dem Antragsteller ist das Wort zur Begründung zu erteilen."

c) Dem Absatz 6 wird folgender Satz angefügt:

"Der Tagungsort soll so gewählt werden, dass ein angemessener Zugang der Öffentlichkeit gewährleistet ist."

d) Absatz 7 erhält folgende Fassung:

"(7) Die Übermittlung elektronischer Dokumente (Absatz 1 Satz 4, Absatz 2 Satz 1, Absatz 4 Satz 2) setzt voraus, dass der Empfänger damit einverstanden ist und einen Zugang hierfür eröffnet. In Gemeinden, die einer Verwaltungsgemeinschaft angehören, setzt die Übermittlung elektronischer Dokumente außerdem einen entsprechenden Zugang der Verwaltungsgemeinschaft voraus."

15. § 36 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

"Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit bei Beginn der Sitzung fest; die Beschlussfähigkeit gilt so lange als vorhanden, bis das Gegenteil auf Antrag eines Mitglieds des Gemeinderats festgestellt wird. Der Antragsteller zählt zu den Anwesenden."

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1 a eingefügt:

"(1 a) Ist es dem Gemeinderat aufgrund einer besonderen Ausnahmesituation unmöglich, zu einer Sitzung nach § 35 zusammenzutreten, kann er die Beschlüsse über Angelegenheiten, die nicht bis zur nächsten Gemeinderatssitzung aufgeschoben werden können, auf Antrag eines Mitglieds des Gemeinderats in einem elektronischen oder schriftlichen Verfahren fassen. Besondere Ausnahmesituationen im Sinne des Satzes 1 sind:

1. Katastrophenfälle nach § 34 des Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetzes,
2. Pandemien,
3. Epidemien,
4. sonstige Fälle höherer Gewalt.

Der Beschlussfassung durch ein elektronisches oder schriftliches Verfahren muss mindestens die Hälfte der Mitglieder des Gemeinderats zustimmen. Die Mitglieder des Gemeinderats geben ihre Zustimmung nach Satz 3 und ihre Stimme über die betreffende Beschlussvorlage in Textform ab. Für die Beschlussfassung gelten im Übrigen die gesetzlichen Bestimmungen über die erforderlichen Mehrheiten in Sitzungen. Der Bürgermeister hat die Gemeinderatsmitglieder unverzüglich über die in diesem Verfahren gefassten Beschlüsse zu unterrichten."

16. In § 38 Abs. 1 Satz 1 werden nach dem Wort "Ehegatten" die Worte "oder seinem eingetragenen Lebenspartner" eingefügt.

17. Dem § 40 wird folgender Absatz 3 angefügt:

"(3) Angelegenheiten, über die ein Beschluss nach § 36 Abs. 1 a im elektronischen oder schriftlichen Verfahren gefasst werden soll, sind vor der Beschlussfassung öffentlich in geeigneter Weise bekannt zu machen. Die Beschlüsse nach § 36 Abs. 1 a sind unverzüglich in ortsüblicher Weise öffentlich bekannt zu machen. Soweit die öffentliche Bekanntmachung in ortsüblicher Weise nicht möglich ist, sind die Beschlüsse in anderer geeigneter Weise öffentlich bekannt zu machen. Die öffentliche Bekanntmachung in ortsüblicher Weise ist im Fall des Satzes 3 unverzüglich nach Wegfall des Hinderungsgrundes nachzuholen."

18. In § 42 Abs. 3 Satz 1 und 2 wird jeweils das Wort "öffentliche" gestrichen.

19. § 43 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Der Vorsitzende des Ausschusses beruft den Ausschuss ein und setzt im Benehmen mit dem Bürgermeister die Tagesordnung fest. Die Sitzungen der Ausschüsse sind öffentlich. Auf den Geschäftsgang der Ausschüsse finden die Bestimmungen der §§ 34 bis 42 entsprechende Anwendung; § 38 gilt für zusätzliche Ausschussmitglieder (§ 27 Abs. 1 Satz 4), berufene Bürger und Sachverständige (§ 27 Abs. 5 und 6) entsprechend."

b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Worte "auch an den nicht öffentlichen" durch die Worte "an allen" ersetzt.

20. In § 44 wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

"Die Rechtsaufsichtsbehörde entscheidet innerhalb von einem Monat, nachdem sie von den für die Entscheidung erforderlichen Tatsachen Kenntnis erhalten hat, oder teilt der Gemeinde die maßgeblichen Gründe mit, die eine Verlängerung der Entscheidungsdauer auf höchstens drei Monate rechtfertigen."

21. § 53 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

"Dabei ist den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sowie den Empfehlungen des Stabilitätsrates nach § 51 Abs. 1 Satz 3 des Haushaltsgrundsatzgesetzes vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122) in der jeweils geltenden Fassung Rechnung zu tragen."

22. Dem § 55 wird folgender Absatz 5 angefügt:

"(5) Zur Heilung von Fehlern kann die Haushaltssatzung, ungeachtet des § 60 Abs. 1 Satz 1, auch nach Ablauf des Haushaltsjahres geändert oder erlassen werden. Für die Änderung oder den Erlass gilt § 57 unter Ausnahme des Absatzes 2, 2. Halbsatz."

23. Dem § 59 wird folgender Absatz 5 angefügt:

"(5) Verpflichtungen im Sinne des Absatzes 1 dürfen bis zum 31. Dezember 2021 überplanmäßig oder außerplanmäßig eingegangen werden, wenn sie unabweisbar sind und der in der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen nicht überschritten wird. § 58 gilt im Übrigen entsprechend."

24. In § 63 Abs. 1 werden die Worte "bis zum Haushaltsjahr 2019" gestrichen.

25. § 71 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 2 werden nach den Worten "im Bereich" die Worte "der Gesundheitsversorgung und -vorsorge, des öffentlichen Personennahverkehrs, des öffentlichen Wohnungsbaus sowie" eingefügt.

b) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

"(5) Die Gemeinde darf mit ihren Unternehmen außerhalb des Gemeindegebiets nur tätig werden, wenn dafür die Voraussetzungen der Absätze 2 und 3 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Bei Erbringung von Gesundheitsleistungen außerhalb des Gemeindegebiets gelten die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaft als gewahrt, wenn dieser die beabsichtigte Betätigung in ihrem Gebiet vor Beginn angezeigt wurde und sie ihr nicht innerhalb eines Monats nach Eingang der Anzeige widersprochen hat. Tätigkeiten außerhalb des Gemeindegebiets sind von der Rechtsaufsichtsbehörde zu genehmigen; soweit es die Versorgung mit Strom und Gas oder die Gesundheitsversorgung und -vorsorge betrifft, sind sie der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen."

26. § 73 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

"Dort soll auch bestimmt werden, dass die auf die Gemeinde entfallenden Mitglieder im Aufsichtsrat oder einem vergleichbaren Gremium von der Gemeinde entsandt werden und diese an die Beschlüsse des Gemeinderates gebunden sind, sofern dem gesetzlich nichts entgegensteht."

- b) Nach Absatz 1 wird folgender neue Absatz 2 eingefügt:

"(2) Entfallen auf die Gemeinde im Aufsichtsrat oder einem entsprechenden Gremium mehrere Sitze, erfolgt die Entsendung den Regelungen über die Zusammensetzung der Ausschüsse entsprechend. Auf Vorschlag des Bürgermeisters kann an seiner Stelle ein Beigeordneter, ein Bediensteter der Verwaltung oder ein sachkundiger Dritter entsandt werden. Die Mitglieder im Aufsichtsrat oder einem vergleichbaren Gremium haben auch die Interessen der Gemeinde zu verfolgen und sind an die Beschlüsse des Gemeinderates gebunden, sofern dem gesetzlich nichts entgegensteht. Sie sollen über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Eignung verfügen. Sofern dies nicht der Fall ist, soll die Gemeinde für die erforderliche Qualifizierung Sorge tragen. Werden von der Gemeinde entsandte Mitglieder aus ihrer Tätigkeit haftbar gemacht, so hat ihnen die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass sie ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben. Auch in diesem Fall ist die Gemeinde schadenersatzpflichtig, wenn die Vertreter nach Anweisung gehandelt haben."

- c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

27. Dem § 74 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

"Im Übrigen bleibt die Zuständigkeit des Gemeinderats nach § 22 Abs. 3 Satz 1 für Entscheidungen in den Unternehmen der Gemeinde unberührt."

28. Dem § 75 a wird folgender Absatz 4 angefügt:

"(4) Den Einwohnern der Gemeinde steht ein Einsichtsrecht in den Beteiligungsbericht zu. Die Fertigstellung des Beteiligungsberichts ist in der für Satzungen in der Hauptsatzung der Gemeinde festgelegten Form öffentlich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist auf die räumliche und zeitliche Möglichkeit der Einsichtnahme hinzuweisen."

29. Dem § 82 Abs. 2 werden folgende Sätze angefügt:

"Der Bericht der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse ist öffentlich auszulegen. Die Fertigstellung des Berichts ist in der für Satzungen in der Hauptsatzung der Gemeinde festgelegten Form

öffentlich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist auf die räumliche und zeitliche Möglichkeit der Einsichtnahme hinzuweisen."

30. Dem § 83 wird folgender Absatz 3 angefügt:

"(3) Der Bericht der überörtlichen Rechnungsprüfung ist öffentlich auszulegen. Das Vorliegen des Berichts ist in der für Satzungen in der Hauptsatzung der Gemeinde festgelegten Form öffentlich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist auf die räumliche und zeitliche Möglichkeit der Einsichtnahme hinzuweisen."

31. In § 94 Abs. 1 Satz 1 werden nach dem Wort "Bürger" die Worte ", die das 18. Lebensjahr vollendet haben," eingefügt.

32. § 96 a erhält folgende Fassung:

"§ 96 a
Einwohnerfragestunde, Einwohnerantrag,
Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

§ 15 Abs. 1 a sowie die §§ 16 und 17 gelten entsprechend für Angelegenheiten des Landkreises."

33. § 101 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

a) Nach Satz 3 wird folgender Satz eingefügt:

"Jedes Kreistagsmitglied hat das Recht, vom Landrat in diesen Angelegenheiten Auskunft zu fordern, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen; § 40 bleibt hiervon unberührt."

b) Der bisherige Satz 4 wird Satz 5 und erhält folgende Fassung:

"Der Kreistag hat das Recht und auf Verlangen einer Fraktion oder eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, in diesen Angelegenheiten Akteneinsicht durch von ihm damit beauftragte Ausschüsse oder Kreistagsmitglieder zu nehmen."

34. § 102 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Der Kreistag besteht aus dem Landrat und den nach Absatz 2 gewählten Kreistagsmitgliedern. Der Kreistag wählt zu Beginn seiner Amtszeit ein nach Absatz 2 gewähltes Kreistagsmitglied oder den Landrat zum Vorsitzenden. Bis zur Wahl des Vorsitzenden werden die Sitzungen des Kreistags von seinem ältesten anwesenden Mitglied geleitet. Wird ein nach Absatz 2 gewähltes Kreistagsmitglied zum Vorsitzenden gewählt, hat der Kreistag aus seiner Mitte einen Stellvertreter des Vorsitzenden zu wählen. Ist der Vorsitzende verhindert, leitet sein Stellvertreter die Sitzungen des Kreistags. Der Stellvertreter des Landrats (§ 110) hat auch dann Stimmrecht, wenn er nicht nach Absatz 2 gewähltes Kreistagsmitglied ist. Der nach Satz 2 gewählte Vorsitzende und der nach Satz 4 gewählte

Stellvertreter können aus diesen Funktionen vom Kreistag abberufen werden. Sind sowohl der Landrat als auch der Stellvertreter verhindert, den Vorsitz zu führen, übernimmt das älteste anwesende Kreistagsmitglied die Aufgaben des Vorsitzenden."

b) Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

"1. Beschäftigte des Landkreises, die durch ihre dienstliche Tätigkeit die Möglichkeit haben, inhaltlich auf die Verwaltungsführung des Landkreises Einfluss zu nehmen, und Beamte des Landkreises,"

bb) In Nummer 2 und 2 a wird jeweils das Wort "leitende" vor dem Wort "Beamte" gestrichen.

cc) In Nummer 3 und 3a wird jeweils das Wort "Angestellte" durch das Wort "Beschäftigte" ersetzt.

35. § 104 erhält folgende Fassung:

"§ 104 Fraktionen

(1) Kreistagsmitglieder können sich zu Fraktionen zusammenschließen. Das Nähere über die Bildung der Fraktionen, ihre Rechte und Pflichten regelt die Geschäftsordnung.

(2) Der Landkreis soll im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit die Aufgabenwahrnehmung der Fraktionen durch Zuwendungen aus dem Kreishaushalt in angemessenem Umfang unterstützen. Diese Mittel sind in einer besonderen Anlage zum Haushaltsplan darzustellen. Über ihre Verwendung ist ein Nachweis in einfacher Form zu führen."

36. § 105 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Es ist ein Kreisausschuss zu bilden. Dieser ist unter anderem mit der Vorbereitung der Sitzungen des Kreistags zu beauftragen."

37. In § 107 Abs. 2 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

"Über die Erledigung der Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises hat der Landrat dem Kreistag einmal im Jahr zu berichten."

38. § 108 erhält folgende Fassung:

"§ 108 Eilentscheidungsrecht

Der Landrat kann in Angelegenheiten, deren Erledigung nicht ohne Nachteil für den Landkreis bis zu einer bei Dringlichkeit nach § 112 in Verbindung mit § 35 Abs. 2 Satz 3 einzuberufenden Sitzung des Kreistags oder des zuständigen Ausschusses aufgeschoben werden kann und kein Beschluss nach § 112 in Verbindung mit § 36 Abs. 1 a gefasst wird, anstelle des Kreistags oder des

Ausschusses entscheiden. Die Eilentscheidung, die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind den Kreistagsmitgliedern oder den Mitgliedern des zuständigen Ausschusses unverzüglich mitzuteilen und ortsüblich bekannt zu machen."

39. In § 113 wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

"Die Rechtsaufsichtsbehörde entscheidet innerhalb von einem Monat, nachdem sie von den für die Entscheidung erforderlichen Tatsachen Kenntnis erhalten hat, oder teilt dem Landkreis die maßgeblichen Gründe mit, die eine Verlängerung der Entscheidungsdauer auf höchstens drei Monate rechtfertigen."

40. § 130 b wird aufgehoben.

Artikel 2

Änderung des Thüringer Gesetzes über die kommunale Doppik

Das Thüringer Gesetz über die kommunale Doppik vom 19. November 2008 (GVBl. S. 381), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277), wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

"Dabei ist den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sowie den Empfehlungen des Stabilitätsrates nach § 51 Abs. 1 Satz 3 des Haushaltsgrundsatzgesetzes vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122) in der jeweils geltenden Fassung Rechnung zu tragen."

2. Dem § 6 wird folgender Absatz 5 angefügt:

"(5) Zur Heilung von Fehlern kann die Haushaltssatzung, ungeachtet des § 9 Abs. 1 Satz 1, auch nach Ablauf des Haushaltsjahres geändert oder erlassen werden. Für die Änderung oder den Erlass gilt § 8 unter Ausnahme des Absatzes 2, 2. Halbsatz."

3. Dem § 13 wird folgender Absatz 5 angefügt:

"(5) Verpflichtungen im Sinne des Absatzes 1 dürfen bis zum 31. Dezember 2021 überplanmäßig oder außerplanmäßig eingegangen werden, wenn sie unabweisbar sind und der in der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen nicht überschritten wird. § 11 gilt im Übrigen entsprechend."

4. In § 14 Abs. 1 werden die Worte "bis zum Haushaltsjahr 2019" gestrichen.

5. Dem § 22 Abs. 7 werden folgende Sätze angefügt:

"Der Schlussbericht ist öffentlich auszulegen. Die Fertigstellung des Berichts ist in der für Satzungen in der Hauptsatzung der Gemeinde festgelegten Form öffentlich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist auf die räumliche und zeitliche Möglichkeit der Einsichtnahme hinzuweisen."

6. § 23 erhält folgende Fassung:

"§ 23
Überörtliche Prüfungen

(1) Die überörtliche Prüfung des Haushalts- und Rechnungswesens und der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung richtet sich nach den Bestimmungen des Thüringer Prüfungs- und Beratungsgesetzes.

(2) Der Bericht der überörtlichen Rechnungsprüfung ist öffentlich auszulegen. Das Vorliegen des Berichts ist in der für Satzungen in der Hauptsatzung der Gemeinde festgelegten Form öffentlich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist auf die räumliche und zeitliche Möglichkeit der Einsichtnahme hinzuweisen."

7. In § 30 Abs. 2 Satz 3 werden die Worte "nach dem 31. Dezember 2004" durch die Worte "fünf Jahre vor dem Eröffnungsbilanzstichtag" ersetzt.

Artikel 3
Änderung der Thüringer
Gemeindehaushaltsverordnung

Dem § 2 Abs. 2 der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung vom 23. Mai 2019 (GVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277) geändert worden ist, wird folgende Nummer 7 angefügt:

"7. die Darstellung über die Zuwendungen zur Unterstützung der Fraktionen des Gemeinderates."

Artikel 4
Änderung der Thüringer
Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik

Dem § 1 Abs. 2 der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik vom 11. Dezember 2008, die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 315) geändert worden ist, wird folgende Nummer 17 angefügt:

"17. die Darstellung über die Zuwendungen zur Unterstützung der Fraktionen des Gemeinderates."

Artikel 5
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Ziel des Gesetzes ist es, mehr Teilhabe an den Entscheidungen der Kommunen sowie mehr Transparenz der Entscheidungsgrundlagen und -prozesse durch eine Erweiterung der Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten der Einwohner sowie eine Stärkung der Stellung der Kommunalvertretungen und ihrer Mitglieder zu erreichen.

Die hierfür in dieses Gesetz aufgenommenen Änderungen der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) umfassen

1. die Erweiterung der Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten der Einwohner durch:
 - die Einführung einer Einwohnerfragestunde,
 - die grundsätzliche Öffentlichkeit der Ausschuss-Sitzungen,
 - die Bildung eines Rechnungsprüfungsausschusses in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern,
 - die erweiterte Möglichkeit zur Beiratsbildung,
 - die Normierung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen,
 - die Gewährleistung des Zugangs zum Tagungsort der öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und des Kreistags sowie ihrer Ausschüsse,
 - die Veröffentlichung von Satzungsentwürfen,
 - die Veröffentlichung des Beteiligungsberichts,
 - die Veröffentlichung der Berichte der örtlichen und überörtlichen Prüfung;
2. die Stärkung der Gemeinderäte und Kreistage durch
 - die Wahl des Vorsitzenden im Gemeinderat und Kreistag,
 - die Bildung und Zusammensetzung des Hauptausschusses nach der Geschäftsordnung des Gemeinderats sowie des Kreisausschusses nach der Geschäftsordnung des Kreistags,
 - die Erweiterung des Zugangs zu den Sitzungsniederschriften,
 - die Präzisierung der Voraussetzungen für Eilentscheidungen des Bürgermeisters und des Landrats,
 - die Abbildung der Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat in Aufsichtsräten und entsprechenden Gremien kommunaler Unternehmen in privatrechtlicher Form sowie die Regelung eines Entscheide- und Weisungsrechts,
 - die Präzisierung des Beanstandungsverfahrens;
3. die Stärkung der Fraktionen durch
 - das Akteneinsichtsrecht für Fraktionen,
 - die Regelung der finanziellen Ausstattung der Fraktionen,
 - das Recht auf die Hinzuziehung von Sachverständigen;
4. die Stärkung der einzelnen Gemeinderats- und Kreistagsmitglieder durch
 - das Auskunftsrecht jedes einzelnen Gemeinderatsmitglieds gegenüber dem Bürgermeister in allen Angelegenheiten, die den Vollzug der Beschlüsse des Gemeinderats betreffen,
 - die Berichtspflicht des Bürgermeisters gegenüber dem Gemeinderat und des Landrats gegenüber dem Kreistag in den Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises.

Gleichzeitig soll den Gemeinderäten und Kreistagen die Möglichkeit eröffnet werden, in besonderen Ausnahmesituationen von dem Grundsatz der Pflicht zur persönlichen Anwesenheit der Mitglieder abzuweichen und Beschlüsse in einem elektronischen oder schriftlichen Verfahren (Umlaufverfahren) zu fassen.

Das Thüringer Gesetz über die kommunale Doppik (ThürKDG) sowie die Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung und die Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik werden an diese Regelungen angepasst.

Darüber hinaus hat sich aus der Anwendungspraxis und der Rechtsprechung ein Bedarf für weitere Änderungen der Thüringer Kommunalordnung und des Thüringer Gesetzes über die kommunale Doppik ergeben, dem mit diesem Gesetz entsprochen wird.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel 1 (Änderung der ThürKO)

Zu Nummer 2 (§ 12)

Nach § 10 Abs. 2 Satz 2 ThürKO entsteht das Bürgerrecht mit dem Erwerb der Wahlberechtigung nach § 1 Abs. 1 und 2 Thüringer Kommunalwahlgesetz (ThürKWG), das heißt mit der Vollendung des 16. Lebensjahres. Zivilrechtlich tritt die Volljährigkeit mit Vollendung des 18. Lebensjahres ein (§ 2 Bürgerliches Gesetzbuch - BGB). Jugendliche ab Vollendung des 16. Lebensjahrs sind bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres nach § 106 BGB in der Geschäftsfähigkeit nach Maßgabe der §§ 107 bis 113 BGB beschränkt. Sie bedürfen nach § 107 BGB grundsätzlich zu einer Willenserklärung, durch die sie nicht lediglich einen rechtlichen Vorteil erlangen, der Einwilligung der gesetzlichen Vertreter. Insbesondere zur Übernahme eines Ehrenamtes nach § 12 Abs. 1 Satz 2 sollen sie wegen der damit verbundenen Entscheidungsverantwortung erst mit Vollendung des 18. Lebensjahres verpflichtet sein.

Zu Nummer 3 (§ 15)

Mit der Regelung in dem neuen Absatz 1 a hat der Gemeinderat bei öffentlichen Sitzungen in der Regel eine Einwohnerfragestunde durchzuführen. Der Gemeinderat kann hiervon im Einzelfall abweichen, wenn besondere sachliche Gründe dies rechtfertigen. Die Einzelheiten sind von der Gemeinde in der Hauptsatzung zu regeln.

Zu Nummer 4 (§ 21)

Die Regelung beinhaltet die öffentliche Auslegung von Satzungsentwürfen vor dem Beschluss des Gemeinderats. Damit wird die Transparenz kommunalen Handelns erhöht.

Zu Nummer 5 (§ 22)

Zu Buchstabe a

Die Regelung des Auskunftsanspruchs für jedes einzelne Gemeinderatsmitglied dient der Klarstellung. Der Auskunftsanspruch für jedes einzelne Gemeinderatsmitglied ergibt sich aus dem freien Mandat und gilt unmittelbar, ohne dass es im Sinne eines Gesetzesvorbehalts einer näheren gesetzlichen Ausgestaltung bedarf. Es wird zugleich klargestellt, dass gegebenenfalls dem Auskunftsanspruch entgegenstehende gesetzliche Vorschriften zu beachten sind. Die Pflicht zur Erteilung der Auskünfte kann unter anderem durch grundrechtlich geschützte Interessen Dritter, insbesondere deren datenschutzrechtliche Belange, begrenzt sein (Thüringer Oberverwaltungsgericht, Urteil vom 14. November 2013, Az.: 3 KO 900/11, Rn. 60 - zitiert nach juris). Diese Belange sind in der Gemeinderatssitzung ebenso wie sonstige berechnigte Inte-

ressen Einzelner im Sinne des § 40 Abs. 1 zu wahren und gegebenenfalls ist die Sitzungsöffentlichkeit zu verneinen.

Zu Buchstabe b

Durch die Änderung des neuen Satzes 5 hat der Gemeinderat auch auf Verlangen einer Fraktion die Pflicht, Akteneinsicht durch von ihm damit beauftragte Ausschüsse oder Gemeinderatsmitglieder zu nehmen. Damit werden die Rechte der Fraktionen gestärkt. Da bereits jedes Gemeinderatsmitglied Auskunft vom Bürgermeister fordern kann, sieht der geänderte neue Satz 5 keine Regelung des Auskunftsanspruchs mehr vor.

Zu Nummer 6 (§ 23)

Zu Buchstabe a

Durch die Neufassung des § 23 Abs. 1 wählt der Gemeinderat zu Beginn seiner Amtszeit ein nach § 23 Abs. 2 gewähltes Gemeinderatsmitglied oder den Bürgermeister zum Vorsitzenden.

Der Vorsitzende des Gemeinderats hat ausschließlich Funktionen, die der ordnungsgemäßen Durchführung der Sitzungen des Gemeinderats dienen. Ausschlaggebend für das Gelingen der Sitzungen ist das Vertrauensverhältnis zwischen dem Gemeinderat und der Person des Vorsitzenden. Deshalb ist es sachgerecht, dem Gemeinderat die Entscheidung über die Besetzung dieser Funktion während der gesamten Amtszeit zu überlassen.

Wird der Bürgermeister zum Vorsitzenden gewählt, vertritt ihn im Fall seiner Verhinderung sein nach § 32 bestimmter Stellvertreter. Dieser hat auch dann Stimmrecht, wenn er nicht Gemeinderatsmitglied ist. Wird ein nach § 23 Abs. 2 gewähltes Gemeinderatsmitglied zum Vorsitzenden gewählt, muss der Gemeinderat aus seiner Mitte einen Stellvertreter des Vorsitzenden wählen, der den Vorsitzenden im Fall seiner Verhinderung vertritt. Der Gemeinderat kann den von ihm gewählten Vorsitzenden und den von ihm gewählten Stellvertreter abberufen. Der Stellvertreter des Bürgermeisters ist kraft Gesetzes auch der Stellvertreter des Bürgermeisters in der Funktion als Vorsitzender des Gemeinderates. Er kann vom Gemeinderat nicht abberufen werden. Bis zur Wahl des Vorsitzenden sowie bei der Verhinderung des Vorsitzenden und seines Stellvertreters übernimmt das älteste anwesende Gemeinderatsmitglied die Aufgaben des Vorsitzenden.

Zu Buchstabe b

Die Änderung für die Beschäftigten folgt aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 14. Juni 2017 (Az.: 10 C 2/16, Rn. 30 - zitiert nach juris) zur Auslegung des Artikels 137 Abs. 1 Grundgesetz. Beamte werden weiterhin generell dem Geltungsbereich des § 23 Abs. 4 Nr. 1 ThürKO unterworfen. Diese nehmen in der Regel Amtsleiterfunktionen oder sonstige hervorgehobene Aufgaben in den Kommunalverwaltungen wahr. Daher haben die Beamten in den kommunalen Verwaltungen bereits durch ihr Verwaltungshandeln oder die Art der Vorbereitung von Verwaltungsentscheidungen in der Regel die Möglichkeit, inhaltlich Einfluss auf die Verwaltungsführung der Gemeinde zu nehmen. Darüber hinaus werden die Regelungen in § 23 Abs. 4 Nr. 2, 2a und 3 begrifflich der Regelung in § 23 Abs. 4 Nr. 1 angepasst.

Zu Nummer 7 (§ 25)

Nach der Neufassung von § 25 kann die Gemeinde im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit die Aufgabenwahrnehmung der Fraktionen durch Zuwendungen aus dem Gemeindehaushalt in angemessenem Umfang unterstützen. Ab einer Größe der Gemeinde von 6.000 Einwohnern sind die Fraktionen in der Regel zu unterstützen. Hiervon kann die Gemeinde im Einzelfall abweichen, wenn besondere sachliche Gründe dies rechtfertigen. Es steht somit im (ab einer Gemeindegröße von 6.000 Einwohnern eingeschränkten) Ermessen des Gemeinderats, die Fraktionsarbeit mit Blick auf deren Funktion und Bedeutung und unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze zu unterstützen.

Zu Nummer 8 (§ 26)

Zu Buchstabe a

Mit der Regelung entfallen die Vorgaben für die Größe des Hauptausschusses. Die Größe wird künftig allein nach den Vorgaben der Gemeinde bestimmt.

Zu Buchstabe b

Es wird bestimmt, dass in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern ein Rechnungsprüfungsausschuss zu bilden ist. Kleinere Gemeinden entscheiden über die Bildung eines Rechnungsprüfungsausschusses in eigener Verantwortung. Da sich der Rechnungsprüfungsausschuss mit dem Haushaltsvollzug befasst, für die der Bürgermeister zuständig ist, haben der Bürgermeister und seine Stellvertreter nach § 32 im Rechnungsprüfungsausschuss kein Stimmrecht. Der Bürgermeister und die ehrenamtlichen Beigeordneten können nicht zum Vorsitzenden dieses Ausschusses oder dessen Stellvertreter gewählt werden, damit sie nicht den Geschäftsgang des Ausschusses beeinflussen können. Die Regelung dient der Erhöhung der Transparenz des Haushaltsvollzuges.

Zu Buchstabe c

Die Regelung zur Beiratsbildung in dem neu gefassten Absatz 4 dient der Klarstellung.

Zu Nummer 9 (§ 26 a)

Die Regelung verankert die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in den Gemeinden in der Thüringer Kommunalordnung. Damit werden die lebensweltlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten junger Menschen vor Ort verbessert.

Zu Nummer 10 (§ 27)

Zu Buchstabe a

Durch die Regelung werden die Rechte der Fraktionen gestärkt. Fraktionen, auf die bei der Besetzung des jeweiligen Ausschusses kein Sitz entfallen ist, können ein zusätzliches Mitglied mit beratender Stimme und Antragsrecht in den Ausschuss entsenden. Die zusätzlichen Ausschussmitglieder haben mit Ausnahme des Stimmrechts die volle Mitgliedschaft im Ausschuss. Die Regelung soll gewährleisten, dass Fraktionen, die in einem Ausschuss nicht mit einem stimmberechtigten Mitglied vertreten sind, ihre Auffassung in die Ausschussarbeit einbringen können.

Zu Buchstabe b

Mit der Regelung wird ein Minderheitenrecht zur Hinzuziehung von Sachverständigen in den Ausschüssen geschaffen. Sie erstreckt sich auch auf die Ausschüsse der Kreistage, da § 27 ThürKO für die Ausschüsse des Kreistags entsprechend gilt (§ 105 Abs. 2 Satz 2 ThürKO).

Zu Nummer 11 (§ 29)

Durch die Regelung wird eine Berichtspflicht des Bürgermeisters in den Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises eingeführt. Bereits nach § 25 Abs. 1 der Vorläufigen Kommunalordnung für das Land Thüringen - VKO - (GVBl. 92, Nr. 20 S. 383) hatte die Gemeindevertretung Anspruch darauf, vom Bürgermeister über alle wesentlichen Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung unterrichtet zu werden.

Zu Nummer 12 (§ 30)

Die Regelung konkretisiert das Verfahren der Eilentscheidung. Eine Eilentscheidung ist nur dann zulässig, wenn die Entscheidung auch nicht bis zu einer dringlichen Sitzung des Gemeinderats oder des zuständigen Ausschusses ohne Nachteil für die Gemeinde aufgeschoben werden kann und kein Beschluss nach § 36 Abs. 1 a gefasst wird.

Durch die in Satz 2 geregelte Pflicht des Bürgermeisters, die Eilentscheidungen ortsüblich bekannt zu machen, wird die Transparenz kommunaler Entscheidungen erhöht.

Zu Nummer 13 (§ 33)

Durch die Neufassung wird der Gesetzentwurf dem Wortlaut des geltenden Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst für den Bereich Verwaltung im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (TVöD-V) angepasst. Dieser stellt nicht mehr auf den Begriff "Vergütung", sondern auf den Begriff "Entgelt" ab.

Zu Nummer 14 (§ 35)

Zu Buchstabe a und b

Durch die Regelung wird zusätzlich zur bisher möglichen Schriftform die Möglichkeit eröffnet, Einladungen zu Sitzungen, die Beantragung von Sitzungen und die Beantragung zur Aufnahme von Beratungsgegenständen in die Tagesordnung elektronisch zu übermitteln.

Wird eine Angelegenheit auf den Antrag einer Fraktion oder eines Viertels der Gemeinderatsmitglieder in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufgenommen, ist dem Antragsteller nach der Regelung in Absatz 4 das Wort auch zur Begründung des Antrags zu erteilen.

Zu Buchstabe c

In Absatz 6 wird klarstellend bestimmt, dass der Tagungsort für die Gemeinderats- und Ausschusssitzungen so gewählt werden soll, dass ein angemessener Zugang der Öffentlichkeit gewährleistet ist.

Zu Buchstabe d

Es handelt sich um eine Folgeänderung.

Zu Nummer 15 (§ 36)

Zu Buchstabe a

Durch die Regelung wird klargestellt, dass der Gemeinderat oder Ausschuss solange als beschlussfähig gilt, bis das Gegenteil auf Antrag eines Mitglieds des Gemeinderats festgestellt wird.

Zu Buchstabe b

Die nach den Vorschriften des Kommunalverfassungsrechts vorgesehenen Sitzungen kommunaler Gremien (insbesondere Gemeinderäte, Kreistage und deren Ausschüsse) dienen der Ausübung und dem Erhalt der von Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz und Artikel 91 der Verfassung des Freistaats Thüringen garantierten und zu gewährleistenden kommunalen Selbstverwaltung. Die Präsenzsitzung, das heißt die persönliche Anwesenheit der Mitglieder des Gemeinderats, stellt den Grundsatz dar. Durch die Regelung im neuen Absatz 1 a soll den Gemeinderäten die Möglichkeit eröffnet werden, in den genannten besonderen Ausnahmesituationen von dem Grundsatz der Pflicht zur persönlichen Anwesenheit der Mitglieder abzuweichen und Beschlüsse in einem elektronischen oder schriftlichen Verfahren (Umlaufverfahren) zu fassen. Voraussetzung hierfür ist eine derart außergewöhnliche Situation, dass Präsenzsitzungen nach Abwägung aller Umstände nicht mehr stattfinden können. Dies gilt insbesondere in Fällen einer Pandemie, wie dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie im Jahr 2020 mit strengen Kontaktverböten, aber auch für sonstige Fälle höherer Gewalt, wie zum Beispiel für Naturkatastrophen. In einem solchen Fall bedarf es eines praktikablen Instrumentariums, um die Funktionsfähigkeit der grundgesetzlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung und ihrer Organe aufrecht erhalten zu können. Beschlüsse im Umlaufverfahren sind daher nur in den genannten besonderen Ausnahmesituationen möglich, in denen es den Gemeinderatsmitgliedern auch unter Abkürzung der Ladungsfrist gemäß § 5 Abs. 2 Satz 3 nicht möglich ist, zu einer Sitzung zusammenzutreten und die Angelegenheit nicht bis zur nächsten möglichen Gemeinderatssitzung aufgeschoben werden kann.

Um das vereinfachte Verfahren zur Anwendung bringen zu dürfen, müssen sich in Anlehnung an Absatz 1 mindestens die Hälfte der Gemeinderatsmitglieder mit der elektronischen oder schriftlichen Stimmabgabe einverstanden erklären. Die Gemeinderatsmitglieder müssen dem Verfahren in einer gesonderten Erklärung ausdrücklich zustimmen. Diese Erklärung kann zeitgleich mit der Stimmabgabe erfolgen. Auch Beschlussfassungen im Umlaufverfahren unterliegen den für die Beschlussfassung in Sitzungen erforderlichen Mehrheitserfordernissen.

Die Mitglieder des Gemeinderats geben ihre Stimmen über die betreffende Beschlussvorlage in Textform ab. Gemeinderatsmitglieder können mit dieser Regelung ihre Stimme auch in digitaler Form wie beispielsweise durch E-Mail abgeben, wenn der Urheber sicher authentifiziert werden kann. Nach der Vorschrift des § 126 b Bürgerliches Gesetzbuch erfordert die Textform eine auf einem dauerhaften Datenträger abgegebene lesbare Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist. Ein dauerhafter Datenträger ist dabei jedes Medium, das es dem Empfänger ermöglicht, eine auf dem Datenträger befindliche, an ihn persönlich gerichtete Erklärung so aufzubewahren oder zu speichern, dass sie ihm während eines für ihren Zweck angemessenen Zeitraums zugänglich und geeignet ist, die Erklärung unverändert wiederzugeben.

Da Beschlüsse im Umlaufverfahren außerhalb von Gemeinderatssitzungen gefasst werden, wird über diese keine Niederschrift gemäß § 42 Abs. 1 Satz 1 angefertigt. Um sicherzustellen, dass alle Gemeinderatsmitglieder gleichmäßig über die in diesem Verfahren gefassten Beschlüsse informiert werden, wurde eine gesetzliche Regelung zur unverzüglichen Unterrichtung aller Gemeinderatsmitglieder durch den Bürgermeister aufgenommen.

Die Regelungen gelten für den Geschäftsgang der Ausschüsse (§ 43 Abs. 1 Satz 4) sowie den Geschäftsgang des Kreistags und seiner Ausschüsse (§ 112) entsprechend.

Zu Nummer 16: (§ 38)

Die Regelung dient der Anpassung an die durch das Lebenspartnerschaftsgesetz geschaffene Rechtslage.

Durch Artikel 2 des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2787) wurde § 20a in das Lebenspartnerschaftsgesetz eingefügt, wonach Lebenspartner ihre Lebenspartnerschaft seit dem 1. Oktober 2017 auf Antrag in eine Ehe umwandeln können. Die Begründung neuer Lebenspartnerschaften ist nach Artikel 3 Abs. 3 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2787) seit dem 1. Oktober 2017 nicht mehr erlaubt. Da Lebenspartnerschaften aber fortbestehen können, wird der in § 38 Abs. 1 Satz 1 ThürKO genannte Personenkreis um eingetragene Lebenspartner erweitert.

Zu Nummer 17 (§ 40)

Um den Grundsatz der Öffentlichkeit den Umständen entsprechend zu wahren, sind die Angelegenheiten, über die im Wege des Umlaufverfahrens entschieden werden soll, in geeigneter Weise vor der Beschlussfassung öffentlich bekannt zu machen. Welches die geeignete Weise ist, bestimmt sich nach den Umständen des Einzelfalls. Vorzugswürdig ist dabei zunächst die von der Hauptsatzung vorgesehene Form der ortsüblichen Bekanntmachung. Die Regelung lässt aber für die Ausnahmesituationen, in denen eine Beschlussfassung in einem elektronischen oder schriftlichen Verfahren zulässig ist, auch andere Formen der öffentlichen Bekanntmachung zu. Dies schließt die Nutzung digitaler Medien wie die Veröffentlichung im Internet (Internetauftritt der Kommune) ein.

Ziel ist es, dass die Öffentlichkeit rechtzeitig über die zu entscheidenden Angelegenheiten und die in einem elektronischen oder schriftlichen Verfahren nach § 36 Abs. 1 a gefassten Beschlüsse informiert wird. Soweit die durch die Hauptsatzung bestimmte Bekanntmachung nicht oder nur unter unverhältnismäßigem Aufwand erfolgen kann, genügt auch hier zunächst die Bekanntmachung in geeigneter Weise. Die gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachung ist in diesen Fällen aber unverzüglich nach Wegfall des Hinderungsgrundes nachzuholen.

Zu Nummer 18 (§ 42)

Aufgrund der Regelung können sich die Mitglieder des Gemeinderats und der Ausschüsse auch Abschriften der Niederschriften über nichtöffentliche Sitzungen erteilen lassen. Die Geschäftsordnung kann auch die Übersendung von Abschriften der Niederschriften über nichtöffentliche Sitzungen an alle Mitglieder des Gemeinderates vorsehen. Das gilt nach § 112 für den Geschäftsgang des Kreistags und seiner Ausschüs-

se entsprechend. Dies stärkt die Stellung der Mitglieder der Gemeinderäte und Kreistage.

Zu Nummer 19 (§ 43)

In Absatz 1 wird geregelt, dass künftig für die Ausschusssitzungen die Bestimmungen des § 40 ohne Einschränkung gelten. Bisher waren die vorbereitenden Ausschusssitzungen grundsätzlich nichtöffentlich. Mit der Öffentlichkeit aller Ausschusssitzungen wird die Transparenz kommunaler Entscheidungsprozesse erhöht.

Die Änderung in Absatz 2 ist eine Folgeregelung aus der Neufassung des Absatzes 1.

Zu Nummer 20 (§ 44)

Die Neuregelung dient der zeitnahen Klärung der Rechtmäßigkeit von Beschlüssen des Gemeinderats. Es wird neu geregelt, dass die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde einen Monat Zeit für die Prüfung der Beanstandung hat. Diese Frist kann begründet auf höchstens drei Monate verlängert werden. Die Monatsfrist beziehungsweise die auf drei Monate verlängerte Frist für die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde beginnt, wenn die Rechtsaufsichtsbehörde von den für die Entscheidung erforderlichen Tatsachen Kenntnis erhalten hat. Damit wird berücksichtigt, dass notwendige Anhörungen oder eine Sachverhaltsaufklärung länger dauern können.

Zu Nummer 21 (§ 53)

Die Änderung dient der Anpassung an die geltende Rechtslage.

Zu Nummer 22 (§ 55)

Zur Gewährleistung der Wirksamkeit und Rechtssicherheit von Haushaltssatzungen soll eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, die eine rückwirkende Heilung von Fehlern von Haushaltssatzungen auch nach Ablauf des Haushaltsjahres ermöglicht, um die nachteiligen Folgen, die aus einer (teilweisen) Nichtigkeit einer Haushaltssatzung als bedeutendster Grundlage für die kommunale Haushaltswirtschaft eintreten, unter weitestgehender Wahrung der Haushaltsgrundsätze kompensieren zu können.

Ein besonderes Bedürfnis für diese Bestimmung besteht zudem insbesondere seit der Rechtsprechung des Thüringer Obergerichtspräsidenten (ThürOVG) hinsichtlich der einzuhaltenden Anforderungen an das Verfahren zur Bestimmung des Umlagesolls und des Umlagesatzes für die Kreisumlage im Rahmen des Erlasses der Haushaltssatzung eines Landkreises (Urteil vom 7. Oktober 2016 - Az.: 3 KO 94/12 - rechtskräftig; Urteil vom 23. März 2018 - Az.: 3 N 311/13 - nicht rechtskräftig; Urteil vom 26. Juni 2018 - Az.: 3 KO 192/17 - nicht rechtskräftig). Mit seinen Entscheidungen hatte das ThürOVG die Haushaltssatzungen von Landkreisen für (teilweise) unwirksam erklärt, insbesondere, weil im Verfahren zum Erlass der landkreislichen Haushaltssatzung zur Festsetzung des Umlagesolls und des Umlagesatzes für die Kreis- und Schulumlage die kreisangehörigen Gemeinden nicht bzw. nicht ausreichend angehört worden seien. Im Ergebnis fehlt den auf die Festsetzungen der Haushaltssatzung gestützten Bescheiden der Landkreise zur Erhebung der Kreis- und Schulumlage gegenüber den kreisangehörigen Gemeinden in Fällen einer (teilweise) unwirksamen Haushaltssatzung die Rechtsgrundlage.

Ohne eine Heilungsmöglichkeit könnten sich beispielsweise Gemeinden auf dem Klageweg unabhängig von ihrer Haushaltslage einer Heranziehung zur Kreisumlage entziehen, sofern es beim Erlass der Haushaltssatzung des Landkreises zu Fehlern gekommen ist. Damit entstünde ein Fehlanreiz, zukünftig jeden Kreisumlagebescheid in der Hoffnung zu beklagen, dass ein Gericht Rechtsfehler bei der Festsetzung des Umlagesatzes oder andere Fehler, die zu einer Nichtigkeit der Haushaltssatzung führen, erkennt. Die Landkreise hätten ohne eine Heilungsmöglichkeit den im Klageweg obsiegenden Gemeinden die für das entsprechende Haushaltsjahr bereits gezahlte Kreisumlage vollständig zu erstatten. Der Finanzierungsaufwand wäre in künftigen Haushaltsjahren bei der Kreisumlage berücksichtigungsfähig. Im Ergebnis würde der Klageerfolg einzelner Gemeinden allen kreisangehörigen Gemeinden finanziell zur Last fallen. Ohne eine Heilungsmöglichkeit wären insoweit die Systemgerechtigkeit der Kreisumlage und schließlich auch die Stabilität der Kreisumlage als notwendiger und integraler Bestandteil des Finanzausgleichssystems erheblich beeinträchtigt.

Die grundsätzliche Möglichkeit der nachträglichen Heilung von Fehlern von Haushaltssatzungen auf Grundlage der bisher geltenden Bestimmungen war zwar bisher bereits nach Auffassung des ThürOVG gegeben. In seinem Urteil vom 18. Dezember 2008 (Az.: 2 KO 994/06, juris) hatte das ThürOVG hierzu ausgeführt, dass auch eine Haushaltssatzung nach Abschluss des Haushaltsjahres rückwirkend erlassen bzw. bekannt gemacht werden kann, wenn diese eine ungültige Haushaltssatzung bzw. eine solche, deren Gültigkeit rechtlichen Zweifeln unterliegt, ersetzen soll. Dem stehe nicht entgegen, dass der Haushaltsplan nach Abschluss des Haushaltsjahres nachträglich nicht mehr geändert werden könne (Rn. 37 ff.). Es entspreche rechtsstaatlichen Grundsätzen, dass eine Satzung rückwirkend erlassen werden könne, wenn diese eine ungültige Satzung bzw. eine solche, deren Gültigkeit rechtlichen Zweifeln unterliegt, ersetzen solle. Es gebe darüber hinaus keine haushaltsrechtlichen Vorgaben, denen sich ein Rechtssatz entnehmen ließe, der eine spätere rückwirkende Regelung verbiete, der nur berichtigende Funktion zukommen soll. Insbesondere stehe einer solchen rückwirkenden berichtigenden Regelung nicht der ebenso für die Kreiswirtschaft (§ 114 ThürKO) geltende in § 55 Abs. 1 ThürKO verankerte "Grundsatz der Jährlichkeit" und der sich daraus ergebende "Grundsatz der zeitlichen Bindung" im Haushaltsrecht entgegen. Der rückwirkende Erlass einer Haushaltssatzung sei nicht ausgeschlossen, wenn das in Rede stehende Haushaltsjahr abgelaufen und zwischenzeitlich sogar der Jahresabschluss erstellt sei. Etwas anderes ergebe sich auch nicht, wenn nach Ablauf des Haushaltsjahres Fehler festgestellt werden, die die materielle Wirksamkeit der Festsetzungen in der Haushaltssatzung wie zum Beispiel die Umlagegrundlagen der Kreisumlagen und Schulumlagen selbst betreffen. Derartige Fehler führten nämlich nicht zur Nichtigkeit des nach Maßgabe der §§ 114, 55 Abs. 2 Nr. 1 ThürKO in der Haushaltssatzung festzustellenden Haushaltsplanes. In entsprechender Anwendung des auch im öffentlichen Recht anwendbaren Rechtsgedankens des § 139 BGB führe die Ungültigkeit eines Satzungsteils dann nicht zur Gesamtnichtigkeit, wenn die Restbestimmung auch ohne den nichtigen Teil sinnvoll bleibt - Grundsatz der Teilbarkeit - und mit Sicherheit anzunehmen ist, dass sie auch ohne diesen Teil erlassen worden wäre - Grundsatz des mutmaßlichen Willens des Gesetzgebers.

In Kenntnis dieser Rechtsprechung, aber in Bezug auf die Auswirkung eines konkreten nachträglichen Heilungsversuches betreffend die Festsetzungen in der Haushaltssatzung zur Kreisumlage auf den Haushalts-

plan weitergehend, vertritt allerdings das Obergerverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern (OVG MV) mit seinem Urteil vom 18. Juli 2018 (Az.: 2 L 463/16) die Auffassung, dass auf der Grundlage einer nachträglichen Heilung von Haushaltssatzungen das Prinzip der Jährlichkeit des Haushalts gemäß § 48 Abs. 1 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) entgegenstehe. Eine Satzung des Landkreises Nordwestmecklenburg aus dem Jahr 2018, mit der Fehler bei der Festsetzung des Kreisumlagesatzes in der Haushaltssatzung für das Jahr 2013 geheilt werden sollten, wurde daher vom Obergerverwaltungsgericht für nichtig erklärt.

Da § 48 Abs. 1 KV M-V der einschlägigen Thüringer Bestimmung des § 60 Abs. 1 ThürKO bzw. des § 9 Abs. 1 ThürKDG entspricht, soll durch die Schaffung der Bestimmung des § 55 Abs. 5 die erforderliche Rechtsklarheit und -sicherheit geschaffen werden.

Zu Nummer 23 (§ 59)

Nach den bisherigen Regelungen der Thüringer Kommunalordnung können Ausgabeverpflichtungen nicht mit Wirkung für Folgejahre getätigt werden, wenn die Haushaltssatzung keine Verpflichtungsermächtigungen hierfür vorsieht oder die Verpflichtungsermächtigungen nicht in ausreichender Höhe bestehen. Ferner ist die Möglichkeit, Verpflichtungsermächtigungen aufzunehmen an die Höhe der möglichen Kreditaufnahmen gebunden. Um auch bisher in der Haushaltssatzung nicht oder nicht ausreichend veranschlagte Maßnahmen umzusetzen, bedarf es einer gesetzlichen Regelung zur über- und außerplanmäßigen Aufnahme von Verpflichtungsermächtigungen.

Zu Nummer 24 (§ 63)

Mit der Änderung wird die Aufnahme von Investitionskrediten für energetische Sanierungs- oder Unterhaltungsmaßnahmen entfristet.

Zu Nummer 25 (§ 71)

Zu Buchstaben a und b

In der Regelung in Absatz 2 Satz 2 wird durch eine Ergänzung der Aufzählung für weitere Bereiche der kommunalen Aufgabenerfüllung klar gestellt, dass sie der Daseinsvorsorge zuzurechnen sind und damit nicht der Subsidiaritätsregelung der Nummer 4 unterfallen.

So findet für den ÖPNV sowohl die klare Zuständigkeitsregelung nach § 3 des Thüringer Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr (ThürÖPNVG) als auch die Definition als Aufgabe der Daseinsvorsorge nach § 2 Abs. 1 ThürÖPNVG Eingang in die Vorschriften über die gemeindlichen Unternehmen.

Mit der Formulierung "Gesundheitsversorgung und -vorsorge" umfasst die Klarstellung des Gesetzes einerseits die Bereiche, die die Gemeinden im Sinne des § 2 Abs. 2 ThürKO als eigene Aufgabe der gesundheitlichen Betreuung erfüllen. Andererseits umfasst sie die Verpflichtung, die erforderlichen Maßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens zu treffen, die den Landkreisen und kreisfreien Städten gemäß § 87 Abs. 2 ThürKO obliegen und durch § 2 Thüringer Krankenhausgesetz im Sinne einer Gewährleistung der bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung durch leistungsfähige Krankenhäuser spezialgesetzlich konkretisiert sind. Die gesetzliche Klarstellung bezieht sich schließlich auf die Aufgabe des öffentlichen Wohnungsbaus, die die Gemeinde im eigenen Wirkungskreis im Sinne von § 2 Abs. 2 wahrnimmt.

Mit der Ergänzung in Absatz 5 soll der besonderen Situation im Bereich der Gesundheitsleistungen Rechnung getragen werden. Hier müssen die Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft, aber auch medizinische Versorgungszentren, die von ihnen oder den Kommunen unmittelbar gehalten werden, gestärkt werden, damit die öffentlichen Träger in diesem Bereich am Markt bestehen können. Dies ist umso wichtiger, als eine ausreichende medizinische Versorgung auch in der Fläche letztlich durch diese sichergestellt werden muss. Insoweit ist es von grundsätzlicher Bedeutung, den kommunalen Unternehmen eine sinnvolle und wirtschaftliche Unternehmensstruktur zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Möglichkeit einer geeigneten örtlichen Strukturierung dieser Unternehmen. Sie soll insbesondere auch im Bereich von Kreisgrenzen möglich sein, was durch die Neuregelung erleichtert werden soll. Daher wird die Zustimmung des betroffenen Nachbarlandkreises gesetzlich fingiert, wenn dieser nicht innerhalb einer Monatsfrist widerspricht. Mit dieser Widerspruchslösung wird einerseits den Interessen des Nachbarlandkreises Rechnung getragen, der so die Möglichkeit hat, zu überprüfen und zu entscheiden, ob eine überörtliche Betätigung eines vom Nachbarkreis getragenen Unternehmens seiner eigenen Aufgabenwahrnehmung widerspricht. Andererseits vereinfacht und beschleunigt sie für die kommunal getragenen Krankenhäuser und medizinischen Versorgungszentren die Aufnahme einer überörtlichen Betätigung. Dem Ziel einer Verfahrensbeschleunigung wird schließlich auch dadurch Rechnung getragen, dass eine überörtliche Betätigung in diesem Bereich gegenüber der Rechtsaufsichtsbehörde nur noch angezeigt werden muss, eine rechtsaufsichtliche Genehmigung aber entfällt.

Zu Nummer 26 (§ 73)

Mit Blick auf die Einfügung eines neuen Absatzes 2 wird in Absatz 1 eine Regelung ergänzt, die eine diesbezügliche gesellschaftsvertragliche Fixierung fordert und so im konkreten Einzelfall die Umsetzung des Regelungszieles des neuen Absatzes 2 über den Gesellschaftsvertrag sicherstellt. Zugleich wird damit über den Gesellschaftsvertrag das Recht der Gemeinde festgelegt, anstelle einer Wahl der Aufsichtsratsmitglieder durch die Gesellschafterversammlung Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Mit der Einfügung eines neuen Absatzes 2 in den § 73 ThürKO soll dem Ziel Rechnung getragen werden, auch für kommunale Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts bei der personellen Besetzung der Organe, und hier bei Bildung eines Aufsichtsrates, die Zusammensetzung des Gemeinderates abzubilden. Das Verfahren ist dafür entsprechend dem Verfahren zur Besetzung der Ausschüsse ausgestaltet. Der Arbeitsbelastung des Bürgermeisters kann mit Blick auf die Vielfältigkeit gemeindlicher Unternehmen und den Anspruch eines Aufsichtsratsmandates Rechnung getragen werden, indem auf seinen Vorschlag hin an seiner Stelle ein Beigeordneter, ein anderer Bediensteter der Verwaltung oder auch ein sachkundiger Dritter in den Aufsichtsrat entsandt wird. So wird neben der notwendigen Sachkunde insbesondere die Verknüpfung zu Informationen der Gemeindeverwaltung und ein Interessenausgleich zwischen Unternehmen und Gemeinde gewahrt.

Zu berücksichtigen ist, dass sich in den Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts die Organe, deren Zusammensetzung und Aufgaben nach dem Privatrecht, insbesondere nach dem Gesellschaftsrecht, sowie nach der Unternehmenssatzung bestimmen. Dabei kommt dem Gesellschaftsrecht als Bundesrecht und damit als höherrangigem Recht der Vorrang gegenüber dem landesrechtlich ausgeformten Kom-

munalrecht zu. Gesellschaftsrechtlich sind die Mitglieder des Aufsichtsrates allein dem Unternehmen verpflichtet und üben ihr Amt höchstpersönlich aus. Hieraus kann sich ein Spannungsfeld zu den Interessen der entsendenden Kommune ergeben. Die Regelung verpflichtet die Aufsichtsratsmitglieder daher ausdrücklich auf die Interessen der Gemeinde, soweit dem gesetzlich nichts entgegensteht. Das gilt umso mehr, als diese Interessen ihren Ausdruck in einem Gemeinderatsbeschluss gefunden haben. Mit einem Beschluss kann der Gemeinderat auch eine Weisung gegenüber dem Aufsichtsratsmitglied erteilen und so dessen Entscheidung im Unternehmen binden. Mit diesem Weisungsrecht korrespondiert dann jedoch eine Haftungsfreistellung des Aufsichtsratsmitglieds durch die Gemeinde, wenn das Mitglied sich durch eine weisungsgemäße Entscheidung haftbar gemacht hat, Satz 7.

Bei der Wahrnehmung eines Aufsichtsratsmandats ist es besonders wichtig, auf eine ausreichende Qualifikation der Aufsichtsratsmitglieder zu achten. Daher regelt Satz 4 ausdrückliche Anforderungen an die Qualifikation von Aufsichtsratsmitgliedern. Fehlt es daran, ist die Gemeinde nach Satz 5 in der Pflicht, für die Herstellung dieser Voraussetzungen Sorge zu tragen. Das umfasst auch die Erhaltung der Qualifikation der Mandatsträger. Die Gemeinde hat diese über entsprechende Maßnahmen wie etwa Fortbildungen sicherzustellen.

Der bisherige Absatz 2 wird zu Absatz 3. Insoweit handelt es sich um eine Folgeänderung.

Zu Nummer 27 (§ 74)

Der neue Satz 4 des Absatzes 1 stellt ausdrücklich die kommunalverfassungsrechtliche Zuständigkeitsverteilung klar, die uneingeschränkt auch für die Entscheidungen der Vertreter der Gemeinde in den Organen ihrer Unternehmen gilt. Denn der Gemeinderat beschließt über die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises, soweit er nicht die Beschlussfassung einem beschließenden Ausschuss übertragen hat oder der Bürgermeister zuständig ist (§ 22 Abs. 3 Satz 1). Die Zuständigkeit des Bürgermeisters erstreckt sich unter anderem auf die laufenden Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Gemeinde, die für die Gemeinde keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (§ 29 Abs. 2 Nr. 1). In Bezug auf die Angelegenheiten kommunaler Unternehmen fehlt es gewöhnlich schon daran, dass diese Angelegenheiten für die Gemeinde alltäglich, häufig wiederkehrend und in diesem Sinne laufende Angelegenheiten sind, so dass eine Entscheidungszuständigkeit des Bürgermeisters nicht in Betracht kommt. Außerdem besteht üblicherweise ein Organvorbehalt im Unternehmen für Angelegenheiten, die für das Unternehmen selbst von Bedeutung sind, weshalb die Angelegenheit auch für die Gemeinde als Gesellschafterin nicht ohne Bedeutung sein wird. Folglich kommt nur in Ausnahmefällen eine Zuständigkeit des Bürgermeisters in Betracht. Daher braucht der Bürgermeister als Vertreter der Gemeinde im Organ des Unternehmens in der Regel einen seine Entscheidung im Unternehmen legitimierenden Gemeinderatsbeschluss.

Durch die gesellschaftsrechtlich zulässige Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags hat es die Gemeinde zusätzlich selbst in der Hand, über Organvorbehalte die Beteiligung des Gemeinderates sicherzustellen.

Zu Nummer 28 (§ 75 a)

Durch die Bekanntmachung der Fertigstellung des Beteiligungsberichts und der Möglichkeit zur Einsichtnahme wird der Öffentlichkeit in ausrei-

chendem Maße Gelegenheit gegeben, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Die Einsichtnahme in den Beteiligungsbericht kann in den Dienststunden und Diensträumen der Verwaltung gewährt werden. Zugleich wird durch die Form der Auslegung verhindert, dass mit einer Bekanntmachung des gesamten Berichts in einer Zeitung oder dem Amtsblatt erhebliche Kosten verbunden sind. Damit bleibt der Grundsatz der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung gewahrt.

Zu Nummer 29 (§ 82)

Durch die Regelung wird gewährleistet, dass die Berichte der örtlichen Rechnungsprüfung öffentlich zugänglich sind. Dies erhöht die Transparenz kommunalen Handelns.

Zu Nummer 30: (§ 83)

Es wird die öffentliche Bekanntmachung und öffentliche Auslegung der Berichte der überörtlichen Prüfung geregelt. Damit wird die Transparenz kommunalen Handelns erhöht.

Zu Nummer 31 (§ 94)

Nach § 93 Abs. 2 Satz 2 ThürKO entsteht das Bürgerrecht auf Landkreisebene mit dem Erwerb der Wahlberechtigung nach § 1 Abs. 1 und 2 Thüringer Kommunalwahlgesetz (ThürKWG), das heißt mit der Vollendung des 16. Lebensjahres. Zivilrechtlich tritt die Volljährigkeit erst mit Vollendung des 18. Lebensjahres ein (§ 2 Bürgerliches Gesetzbuch - BGB). Jugendliche ab Vollendung des 16. Lebensjahrs sind bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres nach § 106 BGB in der Geschäftsfähigkeit nach Maßgabe der §§ 107 bis 113 BGB beschränkt. Sie bedürfen nach § 107 BGB grundsätzlich zu einer Willenserklärung, durch die sie nicht lediglich einen rechtlichen Vorteil erlangen, der Einwilligung der gesetzlichen Vertreter. Zur Übernahme eines Ehrenamtes nach § 94 Abs. 1 Satz 2 sollen sie wegen der damit verbundenen Entscheidungsverantwortung erst mit Vollendung des 18. Lebensjahres verpflichtet sein.

Zu Nummer 32 (§ 96a)

Durch die Neufassung der Bestimmung gilt neben den §§ 16 und 17 auch der in § 15 eingefügte Absatz 1a (Einwohnerfragestunde) für Angelegenheiten des Landkreises entsprechend.

Zu Nummer 33 (§ 101)

Zu Buchstabe a

Die Regelung des Auskunftsanspruchs für jedes einzelne Kreistagsmitglied dient der Klarstellung. Der Auskunftsanspruch für jedes einzelne Kreistagsmitglied ergibt sich aus dem freien Mandat und gilt unmittelbar, ohne dass es im Sinne eines Gesetzesvorbehalts einer näheren gesetzlichen Ausgestaltung bedarf. Es wird zugleich klargestellt, dass gegebenenfalls dem Auskunftsanspruch entgegenstehende gesetzliche Vorschriften zu beachten sind. Die Pflicht zur Erteilung der Auskünfte kann unter anderem durch grundrechtlich geschützte Interessen Dritter, insbesondere deren datenschutzrechtliche Belange, begrenzt sein (Thüringer Obergerverwaltungsgericht, Urteil vom 14. November 2013, Az.: 3 KO 900/11, Rn. 60 - zitiert nach juris). Diese Belange sind ebenso wie sonstige berechnigte Interessen Einzelner in der Kreistagssitzung im Sinne

des § 40 Abs. 1 in Verbindung mit § 112 zu wahren und gegebenenfalls ist die Sitzungsöffentlichkeit zu verneinen.

Zu Buchstabe b

Durch die Änderung des neuen Satzes 5 hat der Kreistag auch auf Verlangen einer Fraktion die Pflicht, Akteneinsicht durch von ihm damit beauftragte Ausschüsse oder Kreistagsmitglieder zu nehmen. Damit werden die Rechte der Fraktionen gestärkt. Da bereits jedes Kreistagsmitglied Auskunft vom Landrat fordern kann, sieht der geänderte neue Satz 5 keine Regelung des Auskunftsanspruchs mehr vor.

Zu Nummer 34 (§ 102)

Zu Buchstabe a

Durch die Neufassung des § 102 Abs. 1 wählt der Kreistag zu Beginn seiner Amtszeit ein nach § 102 Abs. 2 gewähltes Kreistagsmitglied oder den Landrat zum Vorsitzenden.

Der Vorsitzende des Kreistags hat ausschließlich Funktionen, die der ordnungsgemäßen Durchführung der Sitzungen des Kreistags dienen. Ausschlaggebend für das Gelingen der Sitzungen ist das Vertrauensverhältnis zwischen dem Kreistag und der Person des Vorsitzenden. Deshalb ist es sachgerecht, dem Kreistag die Entscheidung über die Besetzung dieser Funktion während der gesamten Amtszeit zu überlassen.

Wird der Landrat zum Vorsitzenden gewählt, vertritt ihn im Fall seiner Verhinderung sein nach § 110 bestimmter Stellvertreter. Dieser hat auch dann Stimmrecht, wenn er nicht Kreistagsmitglied ist. Wird ein nach § 102 Abs. 2 gewähltes Kreistagsmitglied zum Vorsitzenden gewählt, muss der Kreistag aus seiner Mitte einen Stellvertreter des Vorsitzenden wählen, der den Vorsitzenden im Fall seiner Verhinderung vertritt. Der Kreistag kann den von ihm gewählten Vorsitzenden und den von ihm gewählten Stellvertreter abberufen. Der Stellvertreter des Landrats ist kraft Gesetzes auch der Stellvertreter des Landrats in der Funktion als Vorsitzender des Kreistags. Er kann vom Kreistag nicht abberufen werden. Bis zur Wahl des Vorsitzenden sowie bei der Verhinderung des Vorsitzenden und seines Stellvertreters übernimmt das älteste anwesende Kreistagsmitglied die Aufgaben des Vorsitzenden.

Zu Buchstabe b

Die Änderung für die Beschäftigten folgt aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 14. Juni 2017 (Az.: 10 C 2/16, Rn. 30 - zitiert nach juris) zur Auslegung des Artikels 137 Abs. 1 Grundgesetz. Beamte werden weiterhin generell dem Geltungsbereich des § 23 Abs. 4 Nr. 1 ThürKO unterworfen. Diese nehmen in der Regel Amtsleiterfunktionen oder sonstige hervorgehobene Aufgaben in den Kommunalverwaltungen wahr. Daher haben die Beamten in den kommunalen Verwaltungen bereits durch ihr Verwaltungshandeln oder die Art der Vorbereitung von Verwaltungsentscheidungen in der Regel die Möglichkeit, inhaltlich Einfluss auf die Verwaltungsführung der Gemeinde zu nehmen. Darüber hinaus werden die Regelungen in § 102 Abs. 4 Nr. 2, 2 a, 3 und 3 a begrifflich der Regelung in § 102 Abs. 4 Nr. 1 angepasst.

Zu Nummer 35 (§ 104)

Nach der Neufassung der Regelung in § 104 soll der Landkreis im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit die Aufgabenwahrnehmung

der Fraktionen durch Zuwendungen aus dem Kreishaushalt in angemessenem Umfang unterstützen. Hiervon kann der Landkreis im Einzelfall abweichen, wenn besondere sachliche Gründe dies rechtfertigen. Es steht somit im eingeschränkten Ermessen des Kreistags, die Fraktionsarbeit mit Blick auf deren Funktion und Bedeutung und unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze zu unterstützen.

Zu Nummer 36 (§ 105)

Mit der Regelung entfallen die Vorgaben für die Größe des Kreisausschusses und den Vorsitz des Landrats. Die Größe und der Vorsitz werden künftig allein nach den Vorgaben des Landkreises bestimmt.

Zu Nummer 37 (§ 107)

Durch die Regelung wird eine Berichtspflicht des Landrats in den Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises eingeführt.

Zu Nummer 38 (§ 108)

Die Regelung konkretisiert das Verfahren der Eilentscheidung. Eine Eilentscheidung ist nur dann zulässig, wenn die Entscheidung auch nicht bis zu einer dringlichen Sitzung des Kreistags oder des zuständigen Ausschusses (Einberufung mit verkürzter Ladungsfrist nach § 112 in Verbindung mit § 35 Abs. 2 Satz 3) ohne Nachteil für den Landkreis aufgeschoben werden kann und kein Beschluss nach § 112 in Verbindung mit § 36 Abs. 1 a gefasst wird. Durch die in Satz 2 geregelte Pflicht des Landrats, die Eilentscheidungen ortsüblich bekannt zu machen, wird die Transparenz kommunaler Entscheidungen erhöht.

Zu Nummer 39 (§ 113)

Die Neuregelung dient der zeitnahen Klärung der Rechtmäßigkeit von Beschlüssen des Kreistags. Es wird neu geregelt, dass die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde einen Monat Zeit für die Prüfung der Beanstandung hat. Diese Frist kann begründet auf höchstens drei Monate verlängert werden. Die Monatsfrist beziehungsweise die auf drei Monate verlängerte Frist für die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde beginnt, wenn die Rechtsaufsichtsbehörde von den für die Entscheidung erforderlichen Tatsachen Kenntnis erhalten hat. Damit wird berücksichtigt, dass notwendige Anhörungen oder eine Sachverhaltsaufklärung länger dauern können.

Zu Nummer 40 (§ 130 b)

Die Regelung wird aufgehoben, da die Kommunalisierung der Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter abgeschlossen ist.

Zu Artikel 2 (Änderung des ThürKDG)

Zu Nummer 1 (§ 3)

Die Änderung dient der Anpassung an die geltende Rechtslage.

Zu Nummer 2 (§ 6)

Auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 22 (§ 55) wird verwiesen.

Zu Nummer 3 (§ 13)

Auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 23 (§ 59) wird entsprechend verwiesen.

Zu Nummer 4 (§ 14)

Mit der Änderung wird die Aufnahme von Investitionskrediten für energetische Sanierungs- oder Unterhaltungsmaßnahmen entfristet.

Zu den Nummern 5 und 6 (§§ 22 und 23)

Mit den neuen Regelungen werden die doppelten Bestimmungen an die neuen Bestimmungen des § 82 Abs. 2 Satz 2 ff. sowie § 83 Abs. 3 ThürKO angepasst.

Zu Nummer 7 (§ 30)

Mit der Änderung wird die Regelung dynamisiert, um neu zur Doppik wechselnden Kommunen die Vermögensbewertung auf aktuellerer Grundlage zu ermöglichen.

Zu Artikel 3 (Änderung der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung)

Die Änderung vollzieht die neue Verpflichtung gemäß § 25 Abs. 2 Satz 2 ThürKO zur Erstellung einer Anlage zum Zweck der Darstellung über die Zuwendungen zur Unterstützung der Fraktionen des Gemeinderates nach. Die Liste der Anlagen zum Haushaltsplan in § 2 Abs. 2 wird dementsprechend ergänzt.

Zu Artikel 4 (Änderung der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik)

Die Änderung vollzieht die neue Verpflichtung gemäß § 25 Abs. 2 Satz 2 ThürKO zur Erstellung einer Anlage zum Zweck der Darstellung über die Zuwendungen zur Unterstützung der Fraktionen des Gemeinderates nach. Die Liste der Anlagen zum Haushaltsplan in § 1 Abs. 2 wird dementsprechend ergänzt.

Zu Artikel 5 (Inkrafttreten)

Durch die Regelung treten sämtliche Bestimmungen des Artikelgesetzes am 1. Januar 2021 in Kraft.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Hennig-Wellso

Hey

Rothe-Beinlich

2. Vom Einbringer übersandte Daten

Stadt Erfurt, Der Oberbürgermeister

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/1188		
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Landeshauptstadt Erfurt, Der Oberbürgermeister	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rathaus, Fischmarkt 1
	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

BARMER Landesvertretung Thüringen

Deutscher Kinderschutzbund, Landesverband Thüringen e. V.

Professor Lakemann GmbH

NaturFreunde e.V.

Goethe-Universität Frankfurt am Main, Merton-Zentrum

Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e. V.

Stadtverwaltung Eisenach

Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V.

Landesjugendring Thüringen e. V.

Selbstverwaltung für Thüringen e.V.

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen

Verband Kommunaler Unternehmen e. V. Landesgruppe Thüringen

Jugendparlament Heilbad Heiligenstadt

Thüringischer Landkreistag

Rechtsanwalt Dipl. Jur. Ch. Klein

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/651 - Neufassung - Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/869 - und Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/1188 -											
1	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit</td> <td>Oberste Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Häpplerstraße 8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Oberste Landesbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häpplerstraße 8	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Oberste Landesbehörde										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häpplerstraße 8										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1; 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Aufsichtsbehörde für den Datenschutz gem. § 4 I ThürDSG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Hinweise zur datenschutzrechtlichen Ausgestaltung der Vorschriften	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input checked="" type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Anhörung im Rahmen der ThürGG	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 18.9.2020	



Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

AZ: 361-1/2020.5

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt



Ihre Nachricht vom : 20. Juli 2020
Ihr Zeichen :
NF-, 6/869, 6/1188
Bearbeiter/in :
Telefon :
Erfurt, den : 18. September 2020

vorab per E-Mail an:
poststelle@thueringer-landtag.de 71869/7/1188

Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung - Anhö- rungsverfahren gemäß §§ 79 und 112 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thü- ringer Landtags

Den Mitgliedern des

Sehr geehrter

..... JnnKA

vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum sechsten Gesetz zur Än-
derung der Thüringer Kommunalordnung sowie zu anderen Gesetzen gemäß §§ 79
und 112 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags (GO).

Zu den übersandten Gesetzentwürfen zur Änderung der Thüringer Kommunalord-
nung (im nachfolgenden ThürKO-Ä genannt) der Fraktion der FDP (Drucksache
7/651 – Neufassung-) und der Fraktion der CDU (Drucksache 7/869) sowie zum
übersandten Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Ge-
setze (Drucksache 7/1188) nimmt der Thüringer Landesbeauftragte für den Daten-
schutz und die Informationsfreiheit (TLfDI) wie folgt Stellung:

Postanschrift: Postfach 900455 Dienstgebäude: Häßlerstraße 8
99107 Erfurt 99096 Erfurt

E-Mail*: poststelle@datenschutz.thueringen.de
Internet: www.tlfdi.de

*Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur/ Verschlüsselung und für mit PGP verschlüsselte Mitteilungen.

A. Vorbemerkung:

Der TLfDI weist vorab darauf hin, dass er sich im Rahmen seiner Stellungnahme nicht auf die Bewertung der o. g. Gesetzentwürfe und dessen Vereinbarkeit mit der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Thüringer Datenschutzgesetzes (ThürDSG) beschränkt hat, sondern darüber hinaus insbesondere erforderliche Änderungen aus informationsfreiheitsrechtlicher Sicht nach den gesetzlichen Bestimmungen des Thüringer Transparenzgesetzes (ThürTG) anregt.

B. Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/651 - Neufassung – vom 22. April 2020:

I. Zu Nummer 3 - § 30 a ThürKO-Ä:

1. Zu § 30 a ThürKO-Ä – Definition des Begriffes „Katastrophe“:

Dem Gesetzentwurf ist zu entnehmen, dass es in der derzeitig rechtskräftigen Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) an Regelungen mangelt, die auch und gerade für Ausnahmesituationen Öffnungsklauseln enthalten.

Deshalb ist nunmehr im Änderungsgesetzentwurf zur Thüringer Kommunalordnung (nachfolgend: ThürKO-Ä genannt) der FDP-Fraktion ein § 30a ThürKO-Ä geplant, der solch ein Entscheidungsrecht in Ausnahmefällen regeln soll.

Unklar bleibt für den TLfDI, was ein Ausnahmefall nach der Thüringer Kommunalordnung ist. Als Beispiel wird eine Katastrophe in § 30a Abs. 1 ThürKO-Ä genannt, ohne dass diese aber legaldefiniert wurde oder auf ein anderes Gesetz verwiesen wird.

§ 25 Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetz (ThürBKG) regelt den Begriff der „Katastrophe“ und dementsprechend in § 26 ThürBKG die zuständigen Katastrophenschutzbehörden.

Sollte der Begriff „Katastrophe“ analog zu § 25 ThürBKG Verwendung finden, empfiehlt es sich, dies auch klar in der ThürKO festzuschreiben.

Zudem wird dann empfohlen den § 30a Abs. 3 ThürKO-Ä

„Die Festlegung des Katastrophenfalls erfolgt durch den Bürgermeister im Einvernehmen mit dem zuständigen Ministerium.“

analog zu § 26 Abs. 3 ThürBKG zu formulieren, die folgenden Wortlaut besitzt:

„Die Festlegung des Katastrophenfalls erfolgt durch den Bürgermeister im Einvernehmen mit dem für den Katastrophenschutz zuständigen Ministerium.“

2. Zu § 30 a Abs. 4 ThürKO-Ä – Mitteilung an die Gemeinderatsmitglieder:

Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind den Gemeinderatsmitgliedern oder den Mitgliedern des zuständigen Ausschusses laut § 30 a Abs. 4 ThürKO-Ä unverzüglich mitzuteilen. Insbesondere in Ausnahmesituationen kann es vorkommen, dass aufgrund der Eilbedürftigkeit gegen die Bestimmungen des Datenschutzes verstoßen wird. Dies betrifft in der Regel die technisch organisatorischen Maßnahmen; daher ist es erforderlich, dass geeignete Datenschutzvorkehrungen getroffen werden. Auszuschließen sind z. B. die Übermittlung personenbezogener Daten mittels der populären und einschlägigen Messenger-Dienste sowie der Versand von E-Mails über einen offenen Empfängerkreis mit personenbezogenen Adressaten unterschiedlicher Institutionen.

II. Zu Nummer 4 - § 35 Abs. 7 Satz 1 ThürKO-Ä – elektronisches Umlaufverfahren:

In der jetzigen ThürKO ist der elektronische Versand der Tagesordnung, anstelle der Papierform, nur erlaubt, wenn alle Gemeinderatsmitglieder dem zustimmen.

Mit dem vorliegenden Entwurf können nun einzelne Gemeinderatsmitglieder dem elektronischen Versand, anstelle der Papierform, zustimmen, wenn diese für diese Übermittlung einen Zugang eröffnet haben.

Aus Sicht des TLfDI, spricht nichts gegen eine elektronische Übermittlung der „öffentlichen“ Tagesordnung und notwendiger Dokumente an einzelne Gemeinderatsmitglieder, wenn diese dies ausdrücklich wünschen und wenn sie keine personenbezogenen Daten enthalten.

Ungeregelt erscheint aber weiterhin das Verbot des Versands von Unterlagen mit personenbezogenen Daten und das Verbot des Versands der Tagesordnung zur „nicht öffentlichen“ Sitzung und dazugehöriger Dokumente.

Hierbei eröffnen sich zwei Datensicherheitsprobleme: Zum einen die unverschlüsselte Datenübermittlung und zum anderen die unverschlüsselte Datenspeicherung bei den Gemeinderatsmitgliedern und bei den jeweiligen Providern, die zudem auch nicht immer dem Anwendungsbereich der DS-GVO unterliegen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie schon jetzt auf Pkt. 3.12 des kommenden „2. Tätigkeitsberichts zum Datenschutz nach der DS-GVO 2019 des TLfDI“ hinweisen, in dem u.a. neben den Ratsinformationssystemen auch auf die o.g. Problematik eingegangen wird.

III. Zu Nummer 5 - § 36 Abs. 4 ThürKO-Ä:

1. Zu § 36 Abs. 4 ThürKO-Ä – Einsatz von Videokonferenzsystemen:

Der TLfDI begrüßt grundsätzlich die Aufnahme eines vierten Absatzes in § 36 ThürKO, der es gestattet, in Ausnahmefällen Gemeinderatssitzungen im Wege einer Telefon- oder Videokonferenz abzuhalten.

Jedoch birgt insbesondere der Einsatz von Videokonferenzsystemen datenschutzrechtliche sowie -technische Gefahren. Daher ist bei der Wahl der Videokonferenzsysteme darauf zu achten, dass die Betreiber dem Anwendungsbereich der DS-GVO unterliegen. Welches Videokonferenzsystem zum Einsatz kommt und wer der Verantwortliche gem. Art. 24 DS-GVO ist, ist vorab schriftlich festzulegen. Auch bedarf es noch solcher Regelungen zu Ton- und Videoaufzeichnungen durch die an der Videokonferenz teilnehmenden Gemeinderatsmitglieder selbst, die Mitschnitte

erlauben oder untersagen. Zum Umlaufverfahren wird auf die o. g. Ausführungen zu nicht öffentlichen Sitzungsunterlagen verwiesen.

Der TLfDI regt daher die Prüfung an, ob eine Regelung mit folgendem Inhalt systematisch in § 36 Abs. 4 ThürKO-Ä einzufügen ist, damit der Datenschutz gewährleistet wird:

„Die Bestimmungen des Datenschutzes sind zu beachten. Näheres zum Einsatz von Telefon- oder Videokonferenzen, einschließlich der Rechte und Pflichten der Gemeinderatsmitglieder regelt die Geschäftsordnung.“

2. Zu § 36 Absatz 4 Satz 3 ThürKO-Ä – Veröffentlichung von Beschlüssen im Internet:

§ 36 Abs. 4 Satz 3 ThürKO-Ä sieht vor, dass die nach diesem Absatz getroffenen Entscheidungen dem Rat in der nächsten Sitzung zur Bestätigung vorzulegen sind. Hierbei ist § 5 Abs. 1 Thüringer Transparenzgesetz (ThürTG) zu berücksichtigen. Entweder sollte die Norm des § 5 ThürTG mit ins Gesetz aufgenommen werden oder eine einheitlich formulierte Regelung, die dem § 5 Abs. 1 ThürTG entspricht, eingefügt werden.

IV. Zu Nummer 6 - § 40 a ThürKO-Ä – Ausweitung der Saalöffentlichkeit:

Der TLfDI begrüßt wohlwollend die Aufnahme einer Norm, die die Ausweitung der Saalöffentlichkeit hin zur Medienöffentlichkeit regelt. Mehrfach hat der TLfDI bereits in der Vergangenheit die Implementierung einer Regelung in § 40 ThürKO, die die Zulässigkeit von Bild-, Film- und Tonaufnahmen durch die Gemeinde in öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats sowie deren Veröffentlichung in Telemedien regelt, angeregt. Aufgrund der medialen Möglichkeiten sowie des Wandels der Informationsbeschaffung vertritt der TLfDI die Auffassung, dass die Ausweitung der Saalöffentlichkeit nicht von Ausnahmesituationen wie beispielsweise Katastrophen abhängig gemacht werden, sondern grundsätzlich den Gemeinden diese Möglichkeit eingeräumt werden sollte. Da der Einsatz von Bild-, Film- und Tonaufnahmen immer

einen Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Personen darstellt, ist dem TLfDI besonders daran gelegen, dass Betroffene (Gemeinderatsmitglieder, Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung sowie Zuschauer) das Recht haben, der Aufnahme oder Übertragung von Film-, Bild- und Tonaufnahmen zu ihrer Person jederzeit zu widersprechen. Dies setzt voraus, dass auch während der Sitzung das Widerspruchsrecht möglich und technisch umsetzbar sein muss. Die Aufnahme einer datenschutzkonformen Regelung würde den Gemeinden jegliche Rechtsunklarheit nehmen. Der TLfDI bittet daher um Prüfung, den § 40 ThürKO durch folgende Absätze zu ergänzen:

„(3) Die Übertragung von Film-, Bild- und Tonaufnahmen aus öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats durch die Gemeinde ist zulässig, soweit

- 1. dies durch einen Beschluss von zwei Dritteln der Mitglieder des Gemeinderats in geheimer Abstimmung für die jeweilige Wahlperiode zugelassen wurde,*
- 2. der Vorsitzende im Einzelfall oder auf Antrag der Gemeinderat mit der Mehrheit der Anwesenden in geheimer Abstimmung vorab feststellt, dass die Funktionsfähigkeit des Gemeinderats durch die Übertragung nicht beeinträchtigt wird und*
- 3. durch Festlegung organisatorischer und technischer Maßnahmen sichergestellt ist, dass*
 - a. im Einzelfall die Aufnahme oder Übertragung wegen des Widerspruchs eines Betroffenen unterbleibt und*
 - b. die übertragenen Daten nicht länger als bis zum Beginn der nächsten Gemeinderatssitzung gespeichert werden. Die Frist beginnt mit Ablauf des Tages, an dem die Gemeinderatssitzung stattgefunden hat.*

(4) Die Übertragung von Film-, Bild- und Tonaufnahmen aus öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats in Telemedien durch Rundfunk und Presse ist zulässig, wenn

- 1. die Voraussetzungen des Absatzes 3 Nummer 2 erfüllt sind und*

2. *durch Festlegung organisatorischer und technischer Maßnahmen sichergestellt ist, dass in Abwägung aller beteiligten Rechtspositionen bei überwiegenden schutzwürdigen Interessen eines Betroffenen die Aufnahme oder Übertragung unterbleibt.*

(5) Im Übrigen ist die Übertragung von Film-, Bild- und Tonaufnahmen aus öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats in Telemedien unter den Voraussetzungen des Absatzes 3 zulässig.

(6) Werden von den Zuschauern Film-, Bild- und Tonaufnahmen angefertigt, ist vorab von den betroffenen Personen eine schriftliche Einwilligung einzuholen. Die schriftliche Einwilligung ist mit einem Hinweis zu versehen, dass die veröffentlichte oder bereitgestellte Aufnahme in Telemedien nicht ohne Weiteres vollständig gelöscht werden kann.“

2. Zu § 40 a Abs. 1 Satz 1 ThürKO-Ä – Veröffentlichung von Protokollen/Niederschriften:

§ 40 Abs. 1 Satz 1 ThürKO-Ä sieht die ortsübliche Bekanntmachung von Sitzungsprotokollen vor. Ferner sollte auf eine Veröffentlichungspflicht gem. § 5 ThürTG verwiesen werden.

C. Gesetzentwurf der Fraktion CDU - Drucksache 7/869 - vom 3. Juni 2020:

I. Zu Nummer 2 - § 39 Abs. 1 ThürKO-Ä:

1. Zu § 39 Abs. 1 ThürKO-Ä – Videokonferenz:

Es wird auf die Ausführungen zum Einsatz von Videokonferenzsystemen unter Nummer B.III.1. verwiesen.

2. Zu § 39 Abs. 1 Satz 4 – öffentliche Bekanntmachung der Beschlüsse:

Bezüglich der gefassten Beschlüsse ist § 5 Abs. 1 ThürTG zusätzlich zu berücksichtigen. Entweder sollte die Norm des § 5 ThürTG mit ins Gesetz aufgenommen werden oder eine einheitlich formulierte Regelung, die dem § 5 Abs. 1 ThürTG entspricht, eingefügt werden.

II. Zu Nummer 3 - § 40 Absätze 3 und 4 ThürKO-Ä – Ausweitung der Saalöffentlichkeit:

Der TLfDI verweist auf seine o. g. Ausführungen unter Punkt B.IV..

D. Gesetzentwurf der Fraktionen DIE Linke, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE Grünen - Drucksache 7/1188 - vom 8. Juli 2020:

I. Zu Artikel 1 – Änderung der Thüringer Kommunalordnung:

1. Zu Nummer 3.- § 15 Abs. 1a ThürKO-Ä – Einwohnerfragestunde:

Es ist darauf zu achten, dass bei der Einwohnerfragestunde der Datenschutz gewahrt wird. Sollte es sich abzeichnen, dass persönliche Angelegenheiten mit personenbezogenen Daten Dritter vorgebracht werden, so müsste dies ggf. fallbezogen in die nicht öffentliche Sitzung „verschoben“ werden. Zudem ist darauf zu achten, dass bei der Beantwortung der Fragen keine personenbezogenen Daten offenbart werden, wenn die Interessen Einzelner entgegenstehen, beispielsweise bei Personalangelegenheiten einzelner Verwaltungsmitarbeiter.

Der TLfDI bittet daher um Prüfung, ob ein Verweis auf § 40 Abs. 1 ThürKO rechtlich erforderlich ist.

2. Zu Nummer 4 a) u. b) - § 21 Abs. 1 ThürKO-Ä – öffentliche Bekanntmachung:

Die ThürKO sollte in mehreren Paragraphen dahingehend geändert werden, dass vermehrt Beschlüsse aus den Gremien auf Zeit öffentlich ausgelegt werden sollen. Aus Sicht des TLfDI ist die Regelung der öffentlichen Auslegung bei der einzelnen Gemeinde sinnvoll, da nicht alle Bürgerinnen und Bürger einen Zugang zum Internet haben. Allerdings wird eine zusätzliche einheitliche Regelung zur Veröffentlichungspflicht gem. § 5 ThürTG entweder in den einzelnen Paragraphen oder in einem neuen Paragraphen, der die Veröffentlichungspflicht gem. § 5 ThürTG regelt, angeregt. Dadurch würden mögliche Antragsverfahren gem. § 9 ThürTG im Nachgang erspart bleiben.

Davon abgesehen ist das ein transparentes Vorarbeiten im Sinne des neuen ThürTG.

3. Zu Nummer 5 a) - § 22 Abs. 3 ThürKO-Ä - Vorrang gesetzlicher Vorschriften:

Der neue Satz in § 22 Abs. 3 ThürKO-Ä sieht vor, dass jedes Gemeinderatsmitglied das Recht hat, vom Bürgermeister in diesen Angelegenheiten Auskunft zu fordern, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen; § 40 ThürKO bleibt hiervon unberührt. Der TLfDI begrüßt die Aufnahme des Satzes, da dieser die datenschutzrechtlichen Belange berücksichtigt.

4. Zu Nummer 8 c) - § 26 Absatz 4 ThürKO-Ä – Berichterstattung:

Gem. § 26 Abs. 4 Satz 3 ThürKO-Ä haben die Beiräte die Möglichkeit, einmal im Jahr im Gemeinderat über ihre Arbeit zu berichten. Gerade die Berichterstattung birgt die Gefahr, dass gegen den Datenschutz verstoßen wird, daher ist darauf zu achten, dass dieser gewahrt wird.

Der TLfDI regt daher die Prüfung an, ob eine Regelung mit folgendem Inhalt systematisch in § 26 Absatz 4 ThürKO-Ä einzufügen ist:

„Bei der Berichterstattung sind die Bestimmungen des Datenschutzes zu beachten.“

Des Weiteren soll die ThürKO in mehreren Paragraphen dahingehend geändert werden, dass Berichte und Tagesordnungen erstellt werden. Hierzu empfiehlt der TLfDI analog zu Punkt D. I. 2. (öffentliche Bekanntmachung), dass die Berichte im Nachgang gem. § 5 ThürTG veröffentlicht werden. Dies stellt ein transparentes Vorarbeiten im Sinne des neuen ThürTG dar.

5. Zu Nummer 11 - § 29 Abs. 2 ThürKO-Ä – Berichterstattung:

Der TLfDI verweist auf seine o. g. Ausführung unter Punkt D.I.4. zur Berichterstattung.

6. Zu Nummer 12 - § 30 ThürKO-Ä – Mitteilung an die Gemeinderatsmitglieder u. öffentliche Bekanntmachung:

Der TLfDI verweist auf seine o. g. Ausführung unter Punkt B.I.2. zur Mitteilung an die Gemeinderatsmitglieder.

Des Weiteren verweist der TLfDI auf seine o. g. Ausführung zu Punkt D.I.2. zur Regelung von öffentlichen Bekanntmachungen.

7. Zu Nummer 14 - § 35 Absatz 7 ThürKO-Ä – elektronisches Umlaufverfahren sowie die öffentliche Bekanntmachung:

Der TLfDI verweist auf seine o. g. Ausführung zu Punkt B.II. hinsichtlich des elektronischen Umlaufverfahrens und elektronischer Kommunikation.

Zudem verweist der TLfDI auf seine o. g. Ausführung zu Punkt D.I.2. zur Regelung von öffentlichen Bekanntmachungen.

8. Zu Nummer 15 b) - § 36 Abs.1 a) ThürKO-Ä – elektronisches Umlaufverfahren:

Der TLfDI verweist auf seine o. g. Ausführung zu Punkt B.II. hinsichtlich des elektronischen Umlaufverfahrens und elektronischer Kommunikation.

9. Zu Nummer 17 - § 40 Abs. 3 ThürKO-Ä – Inhalt von Beschlüssen:

Vorab verweist der TLfDI auf seine o. g. Ausführung zur Änderung des § 40 ThürKO unter Punkt B.IV., der die Ausweitung der Saalöffentlichkeit vorsieht.

Darüber hinaus befürwortet der TLfDI den vorgesehenen Regelungsgehalt des § 40 Abs. 3 ThürKO-Ä, jedoch besteht derzeit die Problematik, dass gem. § 40 Abs. 2 Satz 2 ThürKO die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse in gleicher Weise bekannt zu machen sind, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind; die Entscheidung hierüber trifft der Gemeinderat. Sollten diese Beschlüsse personenbezogene Daten enthalten, fallen sie unter den § 40 Abs. 2 Satz

2 ThürKO. Wird jedoch nur der wesentliche Inhalt bzw. in Form eines zusammenfassenden Berichts der gefassten Beschlüsse veröffentlicht, können diese gem. § 40 Abs. 2 Satz 1 ThürKO unverzüglich bekannt gegeben werden. Ein Vorteil dessen ist, dass die datenschutzrechtlichen Belange der Betroffenen berücksichtigt werden oder die unbefugte Offenbarung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse verhindert wird. So sieht beispielsweise der § 52 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die Veröffentlichung von wesentlichen Inhalten von Beschlüssen vor. Eine ähnliche Regelung enthält auch die Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) im § 41b Abs. 5 GemO.

Der TLfDI regt daher dringend an, den Regelungsgehalt von § 40 Abs. 2 ThürKO durch folgende Formulierung zu ersetzen:

„(2) Die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse sind in Form eines zusammenfassenden Berichts unverzüglich in ortsüblicher Weise öffentlich bekannt zu machen.“

10. Zu Nummer 18 - § 42 Abs. 3 Satz 1 und 2 ThürKO-Ä - Abschriften von Niederschriften nicht öffentlicher Sitzungen:

Der Änderung beabsichtigt, dass im § 42 Abs. 3 Satz 1 und 2 ThürKO jeweils das Wort „öffentliche“ gestrichen werden soll. Dies hätte zur Folge, dass die Mitglieder neben den Niederschriften der öffentlichen Sitzungen auch Abschriften anfertigen können von den Niederschriften der nicht öffentlichen Sitzungen. Dies ist aus datenschutzrechtlicher Sicht äußerst problematisch, da eine erhebliche Gefahr besteht, das informationelle Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Person zu verletzen. Besonders gravierend ist dies in dem Fall, wenn die Abschriften der nicht öffentlichen Sitzungen zur Lektüre mit nach Hause genommen werden. Die Auffassung des TLfDI vertritt auch Dressel in Uckel/Dressel/Noll, Kommunalrecht in Thüringen, ThürKO, Kommentar, § 42 Ertl. 4, Loseblatt, Stand 01.06.2020.

Der TLfDI rät daher eindringlich von einer Änderung dieses Regelungsgehaltes ab.

11. Zu Nummer 19 a) - § 43 Absatz 1 ThürKO-Ä – Verweis auf die §§ 34 – 42 ThürKO sowie Veröffentlichung der Tagesordnung:

Der TLfDI befürwortet den Verweis auf die Anwendungen der §§ 34 bis 42 ThürKO. Durch diese Regelung werden datenschutzrechtliche Bestimmungen berücksichtigt.

Des Weiteren verweist der TLfDI auf seine o. g. Ausführung zu Punkt D.I.2. zur Berichterstattung hinsichtlich der Tagesordnung.

12. Zu Nummer 28 - § 75 a Abs. 4 ThürKO-Ä – Öffentliche Bekanntmachung:

Der TLfDI verweist auf seine o. g. Ausführung zu Punkt D.I.2. zur Regelung von öffentlichen Bekanntmachungen.

13. Zu Nummer 29 - § 82 Abs. 2 ThürKO-Ä – öffentliche Bekanntmachung:

Der TLfDI verweist auf seine o. g. Ausführung zu Punkt D.I.2. zur Regelung von öffentlichen Bekanntmachungen.

14. Zu Nummer 30 - § 83 Abs. 3 ThürKO-Ä – öffentliche Bekanntmachung:

Der TLfDI verweist auf seine o. g. Ausführung zu Punkt D.I.2. zur Regelung von öffentlichen Bekanntmachungen.

15. Zu Nummer 32 – § 96 a ThürKO-Ä - Musterformular:

Der TLfDI möchte an dieser Stelle auf die Problematik der Unterschriftsleistung für einen Einwohnerantrag gem. § 16 ThürKO und für ein Bürgerbegehren gem. § 17 ThürKO aufmerksam machen, die auf Unterschriftenlisten erfolgen (vgl. § 6 Abs. 1 und 4 Thüringer Gesetz über das Verfahren bei Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (ThürEBBG)). Derzeit fehlt es an einer datenschutzkonformen Ausgestaltung der Unterschriftenlisten bzw. an einem datenschutzgerechten Musterformular. In diesem Zusammenhang verweist der TLfDI auf seine Ausführungen unter Punkt F.II. die auf § 6 Abs. 1 und 4 ThürEBBG übertragbar sind.

16. Zu Nummer 33 - § 101 Abs. 3 ThürKO – Vorrang gesetzlicher Vorschriften:

Der TLfDI verweist auf seine o. g. Ausführung unter Punkt D.I.3..

17. Zu Nummer 37 - § 107 Abs. 2 ThürKO- Berichterstattung:

Der TLfDI verweist auf seine o. g. Ausführung unter Punkt D.I.4. zur Berichtserstattung.

18. Zu Nummer 38 - § 108 ThürKO-Ä – Mitteilung an die Kreistagsmitglieder:

Der TLfDI verweist auf seine o. g. Ausführung unter Punkt B.I.2..

II. Zu Artikel 2 – Änderung des Thüringer Gesetzes über die kommunale Doppik

1. Zu Nummer 5 - § 22 Abs. 7 ThürKDG-Ä – Schlussbericht:

Die Regelung sieht vor, dass der Schlussbericht öffentlich auszulegen ist. Wie bereits erwähnt, ist aus Sicht des TLfDI die Regelung der öffentlichen Auslegung bei der einzelnen Gemeinde sinnvoll, da nicht alle Bürgerinnen und Bürger einen Zugang zum Internet haben. Eine zusätzliche Veröffentlichung im Internet steht dem nicht entgegen. Zudem wird zusätzlich eine einheitliche Regelung zur Veröffentlichungspflicht gem. § 5 ThürTG entweder in den einzelnen Paragraphen oder einen neuen Paragraphen, der die Veröffentlichungspflicht gem. § 5 ThürTG regelt, angeregt. Dadurch würden mögliche Antragsverfahren gem. § 9 ThürTG im Nachgang erspart bleiben. Davon abgesehen ist das ein transparentes Vorarbeiten im Sinne des neuen ThürTG.

2. Zu Nummer 6 - § 23 Abs. 7 ThürKDG-Ä - Bericht der überörtlichen Rechnungsprüfung:

§ 23 Abs. 7 ThürDG-Ä hat folgenden Wortlaut: *„Der Bericht der überörtlichen Rechnungsprüfung ist öffentlich auszulegen. Das Vorliegen des Berichts ist in der für Satzungen in der Hauptsatzung der Gemeinde festgelegten Form öffentlich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist auf die räumliche und zeitliche Möglichkeit der Einsichtnahme hinzuweisen.“*

Hierzu verweist der TLfDI auf seine Anmerkungen im vorherigen Absatz hin (siehe Punkt D.II.1.).

E. Weitere Änderungen und Ergänzungen der ThürKO, die datenschutzrechtlich erforderlich sind:

Der TLfDI schlägt - neben den in den Gesetzentwürfen enthaltenen Änderungen der ThürKO - folgende weitere Ergänzungen und Änderungen der ThürKO vor:

I. Veröffentlichung der Niederschrift von öffentlichen Gemeinderatssitzungen in Telemedien - Ergänzung des § 42 ThürKO:

Der TLfDI schlägt ferner die Aufnahme einer Regelung in § 42 ThürKO vor, mit der es künftig gestattet ist, die Niederschrift über öffentliche Sitzungen sowie ergänzende Unterlagen zu einzelnen Tagesordnungspunkten einer Gemeinderatssitzung in Telemedien zu veröffentlichen. Aus Sicht des TLfDI ist diese rechtliche Regelung erforderlich, da die Praxis zeigt, dass große Unsicherheiten auf der kommunalen Ebene diesbezüglich bestehen. Zwar regelt das Thüringer Transparenzgesetz (ThürTG) die Veröffentlichung von amtlichen Informationen im Internet, insbesondere im § 5 ThürTG, jedoch ist es vorteilhaft, dies in der Thüringer Kommunalordnung speziell zu regeln, um der Geheimhaltungspflicht des § 40 Abs. 1 ThürKO ausreichend Rechnung zu tragen. Der Regelungsvorschlag des TLfDI berücksichtigt zudem das informationelle Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Person sowie den Verwaltungsaufwand, da ein Drittbeteiligungsverfahren im Sinne des § 10 Abs. 4 ThürTG nicht durchgeführt werden muss. Im Übrigen gelten jedoch die Vorschriften des ThürTG, daher ist es ratsam, auf das ThürTG zu verweisen. Der Vorschlag des TLfDI hierzu enthält auch eine Regelung, wann die Niederschrift grundsätzlich zu löschen ist sowie die Herstellung von wörtlichen Niederschriften den sog. Wortprotokollen.

Der TLfDI schlägt die Anfügung folgender Regelungen vor, um Rechtsklarheit zu schaffen und Verwaltungsaufwand zu minimieren:

„Nach § 42 Abs. 3 ThürKO werden folgende Absätze 4, 5 und 6 angefügt:

(4) Die Niederschrift über öffentliche Sitzungen sowie ergänzende Unterlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten dürfen durch die Gemeinde in Telemedien veröffentlicht werden. Dabei sind die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern

der Gemeindeverwaltung, soweit ihre Veröffentlichung nicht zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist, sowie von Dritten, die weder dem Gemeinderat noch der Gemeindeverwaltung zuzurechnen sind, zu anonymisieren. Satz 2 gilt nicht für den Vorsitzenden. Im Übrigen gilt das Thüringer Transparenzgesetz (ThürTG).

(5) Die Niederschrift ist bei einer Veröffentlichung nach Absatz 4 grundsätzlich spätestens nach fünf Jahren in den Telemedien zu löschen. Ausnahmen sind durch die Gemeinde schriftlich zu begründen. Die Frist beginnt mit dem Ablauf des Monats, in dem die Niederschrift genehmigt wurde.

(6) Der Vorsitzende oder ein von ihm beauftragter Mitarbeiter darf sich zur Herstellung der Niederschrift eines Tonbandgeräts oder anderer technischer Mittel bedienen soweit dies durch Mehrheitsbeschluss der Mitglieder des Gemeinderats in geheimer Abstimmung für die jeweilige Wahlperiode zugelassen wurde. Nach Genehmigung der Niederschrift ist die Aufzeichnung unverzüglich zu löschen.“

II. Veröffentlichung des Haushaltsplans einer Gemeinde in Telemedien - Ergänzung von § 57 Abs. 3 ThürKO:

In Ergänzung der Regelungen in § 42 Abs. 4 und 5 (neu) ThürKO-Ä schlägt der TLfDI vor, dass es Gemeinden künftig auch erlaubt sein soll, den Haushaltsplan in Telemedien zu veröffentlichen. Dabei ist jedoch Sorge dafür zu tragen, dass alle im Haushaltsplan enthaltenen Angaben, bei denen ein Personenbezug hergestellt werden kann, unkenntlich zu machen sind. Im Übrigen gelten die Vorschriften des ThürTG.

Der TLfDI unterbreitet folgenden Ergänzungsvorschlag:

„Nach § 57 Abs. 3 Satz 4 ThürKO werden folgende Sätze 5,6 und 7 angefügt:

Der Haushaltsplan darf in Telemedien veröffentlicht werden. Dabei sind die Angaben unkenntlich zu machen, bei denen ein Personenbezug hergestellt werden kann. Im Übrigen gilt das Thüringer Transparenzgesetz (ThürTG).“

F. Datenschutzrechtlich veranlasste Änderungen der Thüringer Kommunalwahlordnung (ThürKWO):

Auch wenn die ThürKWO nicht mit den übersandten drei Gesetzentwürfen novelliert werden soll, erinnert der TLfDI z. T. erneut an die nachfolgenden Änderungen, die datenschutzrechtlich erforderlich sind:

I. Implementierung einer Regelung in § 23 ThürKWO, die den Regelungsgehalt von § 36 Satz 4 ThürLWO (Berücksichtigung einer Auskunftssperre nach § 51 BMG) aufgreift

Der TLfDI bittet um die Lösung des folgenden Problems: Während des Kommunalwahlkampfes 2019 erreichte den TLfDI eine Beschwerde eines Kandidaten, der für die Wahlen zum Stadtrat kandidierte, dass dieser vom Wahlleiter aufgefordert wurde, seine Anschrift der Hauptwohnung zu veröffentlichen. Für den Kandidaten war aber eine gültige Auskunftssperre gem. § 51 Bundesmeldegesetz (BMG) eingetragen.

Auf der Ebene des Landeswahlrechts löst § 36 Satz 4 Thüringer Landeswahlordnung (ThürLWO) diesen Konflikt dahingehend wie folgt auf:

„Weist ein Bewerber bis zum Ablauf der Einreichungsfrist gegenüber dem Kreiswahlleiter nach, dass für ihn im Melderegister eine Auskunftssperre nach § 51 Abs. 1 BMG eingetragen ist, ist anstelle seiner Anschrift (Hauptwohnung) eine Erreichbarkeitsanschrift zu verwenden; die Angabe eines Postfachs genügt nicht.“

Dieser Satz wäre zur Lösung des dargestellten Problems auf Kommunalwahlebene in § 23 Abs. 1 ThürKWO einzufügen.

II. Neuregelung zur Gestaltung des Musters für die Unterstützungslisten gem. § 18 Abs. 3 Satz 2 ThürKWO (Anlage 7 a zur ThürKWO):

Ein immer wiederkehrendes Problem in seiner täglichen Arbeit, insbesondere im Vorfeld der Kommunalwahl am 15. April 2018 beim TLfDI, stellt die Ausgestaltung von Unterstützungslisten für den Wahlvorschlag des Einzelbewerbers gem. § 18

Abs. 3 Satz 2 ThürKWO dar. Über diese Problematik hat der TLfDI zuletzt in seinem 11. TB für den öffentlichen Bereich unter Nr. 5.33 (Seite 117 f.) informiert. Aus Datenschutzgründen ist es erforderlich, dass die jeweiligen Unterschriftsleistenden nicht die bereits zuvor geleisteten Unterschriften auf der Liste zur Unterstützung des Einzelbewerbers einsehen können. Damit der Datenschutz hier in jedem Fall beachtet und eingehalten wird, empfiehlt sich die Aufnahme einer Regelung, wie sie z. B. in der Kommunalwahlordnung von Baden-Württemberg (KomWO) enthalten ist. Gem. § 14 Abs. 3 der dortigen KomWO sind die Unterschriften für einen Wahlvorschlag für jede Wahl **getrennt auf amtlichen Formblättern** nach einem vorgegebenen Muster zu erbringen. Dieses Muster der Baden-Württembergischen KomWO unterscheidet sich von der Anlage 7a der ThürKWO vor allem dadurch, dass auf diesem Unterschriftsbogen jeweils **nur eine einzige Person** seine Unterstützungsunterschrift für den Einzelbewerber leistet.

Der TLfDI schlägt daher folgende Änderung vor:

§ 18 Abs. 3 wird wie folgt geändert

1. Satz 2 und Satz 3 ThürKWO erhalten folgende Fassung:

„Der Wahlvorschlag des Einzelbewerbers muss nach dem Muster der Anlagen 7 und 7 a den Nachnamen des Bewerbers als Kennwort (§ 24 Abs. 4 Satz 6 ThürKWG) den Vornamen, das Geburtsdatum, den Beruf und die Anschrift des Bewerbers enthalten; das Muster der Anlage 7a ist darüber hinaus so zu gestalten, dass die personenbezogenen Daten des die Unterstützungsunterschrift leistenden Wahlberechtigten einzeln auf einem separaten Unterstützungsbogen verarbeitet werden und dabei der Vor- und den Nachname sowie das Geburtsdatum des die Unterstützungsunterschrift leistenden Wahlberechtigten anzugeben sind. Der Wahlvorschlag des Einzelbewerbers soll die Unterstützungsunterschriften von mindestens fünfmal so vielen Wahlberechtigten tragen, wie Gemeinderatsmitglieder zu wählen sind.

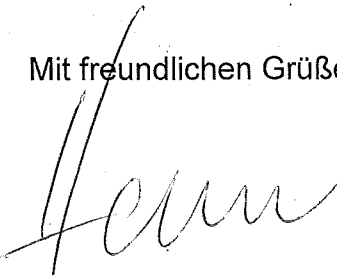
2. Die Sätze 3 bis 7 werden die Sätze 4 bis 8.“

G. Schlussbemerkung

Der TLfDI ist gern bereit, diese umfassenden Änderungsvorschläge auch noch einmal im Rahmen einer Ausschusssitzung, sofern dies in der derzeitigen Lage möglich ist, zu erläutern.

Bitte nehmen Sie auch die anliegende Information nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zur Datenverarbeitung des TLfDI zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hasse', written over the closing text.

Dr. Lutz Hasse

Anlagen:

- Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz
- Information nach Art. 13 DS-GVO

Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den TLfDI (Stand Februar 2020)

Um seine Aufgaben nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zu erfüllen, verarbeitet der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Ihre Daten. Wir möchten Sie gerne nach Maßgabe der Art. 13 DS-GVO über diese Verarbeitung informieren.

1. **Verantwortlich** für die Datenverarbeitung ist der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI). Sie erreichen uns unter folgenden **Kontakt**daten:

TLfDI

Häßlerstraße 8

99096 Erfurt

Tel.: +49 (361) 57-3112900

Fax: +49 (361) 57-3112904

Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de¹

2. Der TLfDI nimmt die Aufgaben und Befugnisse nach Art. 51, Art. 57 Abs. 1, Art. 58 DS-GVO i. V. m. § 40 Abs. 1 BDSG² i. V. m. § 4 Abs. 1 ThürDSG wahr. Zu **Zwecken** der Durchführung dieser Aufgaben und der hierzu notwendigen Ausübung von Befugnissen werden Ihre Daten verarbeitet. **Rechtsgrundlage** dieser Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DS-GVO i. V. m. § 16 Abs. 1 ThürDSG.
3. Dabei werden folgende **Datenkategorien** verarbeitet: Angaben zu Ihrer Person sowie dazugehörige Kontaktdaten, Sachverhaltsinformationen und Beweismittel. Grundsätzlich werden diese Daten nur durch den TLfDI verarbeitet. Diese Daten können jedoch, soweit es für die Aufgabenerfüllung erforderlich und zulässig ist, an folgende **Empfängerkategorien** weitergegeben werden: an Gerichte und andere Behörden in Deutschland oder innerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes, an Beschwerdeführer/ Beschwerdegegner sowie an Archive.
Entstehen im Rahmen der Tätigkeit des TLfDI Kosten, die dieser erhebt oder Zahlungsansprüche gegenüber dem TLfDI, die dieser begleicht, so werden die hierfür notwendigen Daten an den Thüringer Landtag als Haushaltsstelle übermittelt. Zugriff auf die Daten haben alle mit der Abrechnung betrauten Behörden und das Thüringer Landesrechnungszentrum als Dienstleister.
Bei telefonischem Kontakt werden durch die TK-Anlage personenbezogene Daten, die ausschließlich zu Zwecken der technischen Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes gespeichert werden, verarbeitet. Gleiches gilt für IT-Dienstleister, die vom Thüringer Finanzministerium für die Sicherstellung der zentralen TK-Anlage beauftragt wurden.
4. Die regelmäßige **Speicherfrist** nach Abschluss eines Vorgangs beträgt fünf Jahre. Sind spezielle Aufbewahrungsfristen zu beachten, verlängert sich

die Aufbewahrung entsprechend. Akten mit vollstreckbaren Titeln werden jedoch mindestens bis zum Eintritt der Vollstreckungsverjährung aufbewahrt.

5. Aufgrund der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das **Recht auf Auskunft** (Art. 15 DS-GVO), das **Recht auf Berichtigung** (Art. 16 DS-GVO), das **Recht auf Löschung** (Art. 17 DS-GVO), das **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DS-GVO) und das **Recht auf Widerspruch*** (Art. 21 DS-GVO). Darüber hinaus können Sie sich mit einer Beschwerde an den/die behördliche Datenschutzbeauftragte/n wenden, wenn Sie der Auffassung sind, dass der TLfDI bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet hat. Ebenso steht Ihnen ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu. Für Thüringen ist das der TLfDI.
6. Die/ den **behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n** erreichen Sie unter der Adresse des TLfDI³ bzw. telefonisch oder per E-Mail unter:
Tel.: +49 (361) 57-3112980 oder E-Mail: datenschutzbeauftragter@datenschutz.thueringen.de
7. Wenden Sie sich an den TLfDI mit einer Beschwerde oder Anfrage, sind Ihre Angaben freiwillig. Unterbleiben diese, kann Ihnen allerdings kein Ergebnis mitgeteilt werden. Die Nichtbereitstellung von personenbezogenen Daten kann in diesen Fällen unter Umständen dazu führen, dass eine Bearbeitung Ihres Anliegens mangels vollständigen Sachverhaltes und keiner Möglichkeit einer Rückfrage nicht vorgenommen werden kann.
Wendet sich der TLfDI an Sie als Verantwortlicher/Auftragsverarbeiter im Rahmen eines Auskunftsersuchens, ist die Bereitstellung der dort erfragten personenbezogenen Daten verpflichtend. Eine Nichtbereitstellung kann in solchen Fällen zu einem Sanktionsverfahren führen.²

***Hinweis:** Sie haben das Recht gegenüber dem TLfDI aus Gründen die sich *aus Ihrer besonderen Situation* ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen.

¹ verschlüsselte Nachrichten per PGP sind möglich

² Nur für den nichtöffentlichen Bereich

³ Siehe Nr. 1.

19125/2020

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen,

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs		
	Thüringer Gesetz zur Thüringer Kommunalordnung	
1.	bei natürlichen Personen	
	Name	
	Vorname	
	bei juristischen Personen	
	Name	
	Organisationsform	
	BARMER Landesvertretung Thüringen; Körperschaft ö. R.	
2.	bei natürlichen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/>	
	(Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
	bei juristischen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer	Johannesstraße 164
	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person
	Die Landesvertretung der BARMER in Thüringen ist Ansprechpartner für Leistungserbringer, Verbände, Politik und Öffentlichkeit in allen Belangen, die Gesundheitsversorgung, Prävention und Pflege betreffen.	

4.	Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags	
	Die Stellungnahme zur Thüringer Kommunalordnung beschäftigt sich mit dem Passus zum landkreisübergreifenden Engagement im Gesundheitsbereich. Dies wird von der BARMER begrüßt.	
5.	nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative	
	Anlass der Stellungnahme	
	Form der Stellungnahme	
	<input type="checkbox"/> schriftlich	<input type="checkbox"/> per E-Mail
6.	nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers	
7.	Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu.	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

☒ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 18.08.2020	

THÜR. LANDTAG POST
10.08.2020 09:07

18325/2020

Den Mitgliedern des

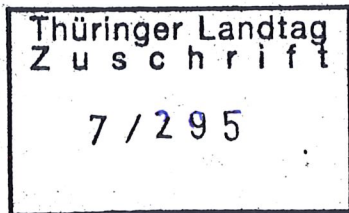
JunkA

BARMER · Postfach 800155 · 99027 Erfurt

Landesvertretung Thüringen

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Ihr Gesprächspartner
Telefon
Mobil
Telefax 0800 333004 252-209 *)
@barmer.de



Datum 05.08.2020

Zu Drs. 7/651MF/869/1188

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für Ihr Anschreiben und die Möglichkeit einer Stellungnahme. Im Rahmen der schriftlichen Anhörung bezüglich der Änderungen zur Thüringer Kommunalordnung nimmt die **BARMER Landesvertretung Thüringen** wie folgt Stellung.

In der Drucksache 7/1188 (Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wird unter Punkt 25. § 71 eine aus Sicht der BARMER relevante Änderung der ThürKO vorgenommen, zu der wir daher Stellung nehmen möchten.

In dem genannten Paragraphen 71 wird der neue Bereich „Gesundheitsversorgung und -vorsorge“ aufgenommen. In Verbindung mit Absatz 5 (neu) erhalten Landkreise erstmals die Möglichkeit außerhalb ihres Gebietes im Bereich der Gesundheitsversorgung tätig zu werden. Damit wird aus Sicht der BARMER eine bekannte Regelungslücke aufgegriffen. Zuletzt wirkte sie sich erheblich auf die Rettungspläne der insolventen DRK-Kliniken in den Landkreisen Kyffhäuser und Sömmerda aus. Der Landkreis Nordhausen als Träger des Klinikums Nordhausen wollte sich bei den DRK-Kliniken engagieren, stieß jedoch Berichten zufolge auf kommunalrechtliche Hürden.

Die BARMER begrüßt die gesetzliche Klarstellung, dass auch ein landkreis-übergreifendes Engagement bei der Gesundheitsversorgung möglich ist. Angesichts der zunehmend in Gesundheitsregionen verzahnten Versorgungsstrukturen, einer fortschreitenden Spezialisierung von Kliniken bei gleichzeitiger Verbundbildung und Kooperation einzelner Standorte, geraten kommunalen Träger andernfalls gegenüber Wettbewerbern ins Hintertreffen. Andere Beispiele lassen sich bei der Gründung von MVZ in benachbarten Landkreisen anführen, die anders als bei kommunalen Trägern von privaten Kliniken problemlos gegründet werden können.

BARMER
Johannesstr. 164
Postfach 800 155
99027 Erfurt

Bankverbindung
Bank für Sozialwirtschaft (370 205 00) 0008300008
IBAN: DE23 3702 0500 0008 3000 08 BIC: BFSWDE33XXX

Anrufe aus dem deutschen Fest- und Mobilfunknetz sind für Sie kostenfrei

Seite 2

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass künftig „bei Erbringung von Gesundheitsleistungen außerhalb des Gemeindegebiets die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaft als gewahrt gelten, wenn dieser die beabsichtigte Betätigung in ihrem Gebiet vor Beginn angezeigt wurde und sie ihr nicht innerhalb eines Monats nach Eingang der Anzeige widersprochen hat.“

Diese Regelung ist nach Ansicht der BARMER sachgerecht.

Positiv zu bewerten ist überdies, dass die Tätigkeiten der Rechtsaufsichtsbehörde nur anzuzeigen sind, also keine Genehmigungspflicht besteht. Dadurch werden Verfahren deutlich beschleunigt und eine Wettbewerbsgleichheit gegenüber nicht-kommunalen Trägern geschaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Landesgeschäftsführerin

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="padding: 5px;"> Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Thüringen e.V. Johannesstraße 2, 99084 Erfurt Tel./ e-mail: post@dkstbthueringen.de </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="height: 20px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="height: 20px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="height: 20px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Thüringen e.V. Johannesstraße 2, 99084 Erfurt Tel./ e-mail: post@dkstbthueringen.de	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
		Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Thüringen e.V. Johannesstraße 2, 99084 Erfurt Tel./ e-mail: post@dkstbthueringen.de									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)											
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 20px;"></td> <td style="height: 20px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="height: 20px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="height: 20px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)	
	Kinder- und Jugendhilfe	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
28.5.20 Eipfuit	

Deutscher Kinderschutzbund
Landesverband Thüringen e.V.
Johannesstraße 2, 99084 Erfurt
Tel./ 0361/65319483
e-mail: post@dksbthueringen.de



Der Kinderschutzbund
Landesverband Thüringen

THÜR. LANDTAG POST
21.08.2020 07:17

Den Mitgliedern des

19343/20

Der Kinderschutzbund Thüringen e.V.
Johannesstraße 2, 99084 Erfurt

JunkA

Thüringer Landtag
Innen und Kommunalausschuss
Jürgen Fuchs Straße 1

Erfurt, d. 20.08.2020

99096 Erfurt



zu Drs. 71651-NF1869/1188

Stellungnahme zum Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung

Sehr geehrte Damen und Herren des Innen und Kommunalausschusses,

Sie haben den Kinderschutzbund Thüringen um eine Stellungnahme zur geplanten Änderung der Thüringer Kommunalordnung gebeten.

Bei dieser Änderung geht es Besonders um die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Thüringer Kommunen, die durch die Pandemie und damit verbundenen Infektionsschutzmaßnahmen bedroht war und ist.

In dieser Sache möchten wir bitten zu verstehen, dass es uns vor dem Hintergrund unseres Tätigkeitsfeldes weniger um die Frage der Ermöglichung der Beteiligung von erwachsenen Bürgerinnen an demokratischen Strukturen unseres politischen Systems geht als vielmehr um die Frage, inwieweit junge Menschen dabei überhaupt eine Rolle spielen. Dazu nachfolgend mehr. Grundsätzlich begrüßen wir die Maßnahmen zur Änderung der Kommunalordnung, um besonders die demokratische Handlungsfähigkeit und damit die Beteiligung gewählter Vertreter*innen in Krisenzeiten einer Pandemie hergestellt wird. Zur Frage der Art der Umsetzung wollen wir uns an dieser Stelle nicht äußern.

Der Blick des Kinderschutzbundes Thüringen auf die Kommunalordnung ist also von der Frage geleitet, welche Interessen besonders Kinder und Jugendliche sowie Eltern im Rahmen dieser haben. Und damit kommen wir zu einem Kriterium der zu ändernden Kommunalordnung: der Frage nach Beteiligung, im diesem Falle gewählter Vertreter*innen zu deren Beteiligung an demokratischen Prozessen zur Wahrnehmung der übertragenen Verantwortung.

Kinder und Jugendliche sind aufgrund ihres Alters und damit unterstellten Nicht-Fähigkeit von einer Beteiligung häufig ausgenommen. Und so findet sich bisher keine Aussage dazu in der Thüringer Kommunalordnung. Dass

Der Kinderschutzbund
Landesverband Thüringen e.V.
Johannesstraße 2
99084 Erfurt

Telefon / Fax:

post@dksbthueringen.de
www.dksbthueringen.de

Bankverbindung:



soll sich mit dem Vorschlag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem einzuführenden § 26 a ändern.

Diesen Schritt begrüßen wir sehr, denn er ist folgerichtiger Anschluss an die Entwicklung der Landesstrategie Mitbestimmung in Thüringen, die bereits seitens des Landesjugendhilfeausschusses beschlossen ist. Empfehlen möchten wir jedoch eine Formulierung, die keine Soll- sondern eine Muss-Vorschrift beinhaltet. Nur so lässt sich das Recht auf Mitbestimmung und Beteiligung junger Menschen im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention auch sichern.

In der Umsetzung dieses Kinderrechts auf Beteiligung und Mitbestimmung steht unsere Gesellschaft immer noch am Anfang. Es wird noch einige Anstrengung benötigt, um die Mitsprache und Beteiligung junger Menschen zu qualifizieren. Gerade die aktuelle Pandemie hat gezeigt, auf welche lebenswichtigen Dinge bei Entscheidungen fokussiert wurde. Die Bedürfnisse und Bedarfe junger Menschen gehörten am wenigsten dazu. Bevor die Spielplätze wieder öffneten waren Verkaufseinrichtungen bereits geöffnet.

Daher erwarten wir hinsichtlich der Umsetzung der Landesstrategie Mitbestimmung, dass diese für die jüngsten Mitglieder der Gesellschaft nicht zum Alibi wird. Jede Kommune, jeder Landkreis, jede Stadt muss ein Kinder- und Jugendbeteiligungskonzept entwickeln und dafür auch die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen. Wichtig ist dabei das Zusammenspiel der verschiedenen Verwaltungsbereiche wie Bau, Bildung bis hin zu Nachhaltigkeitsstrategien. Beteiligung ist eine Querschnittsaufgabe. Dabei hat die Landesstrategie bewusst nicht ausschließlich auf Foren und Räte gesetzt. Die Art der Beteiligung ist offengelassen und soll den jungen Menschen entsprechen. Aber umgesetzt werden soll diese!

Vor diesem Hintergrund möchten wir auch auf die Formulierung in der Landesstrategie Mitbestimmung verweisen und deren Aufnahme fordern: Darin heißt es, dass die Gemeinde bei der „Durchführung von Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, [...] in geeigneter Weise darlegen [soll], wie sie die Interessen berücksichtigt und die Beteiligung“ durchgeführt hat. Diese Berichtspflicht sollte sich aus unserer Sicht gegenüber dem jeweiligen Rat bzw. den gewählten Vertreter*innen vollziehen.

Darüber hinaus wird der § 26a im Teil der Gemeindeordnung eingeführt. Aus unserer Sicht muss dieser auch im zweiten Teil der Kommunalordnung für die Landkreise eingefügt werden. Ansonsten wäre dieser nach unserem Verständnis dafür nicht gültig. Die Beteiligung von jungen Menschen muss jedoch auf allen Ebenen gewährleistet werden.

Ganz besonders müssen Strategien für den ländlichen Raum entwickelt werden. Hier gestaltet sich Beteiligung und Mitsprache bisher am schwersten, da die nötigen Strukturen zu dünn sind. Beste Grundlagen für den Aufbau derartiger Strukturen bieten die Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, die Schulsozialarbeit

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1. bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/651 - Neufassung - Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/869 - und Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/1188 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td> Professor Lakemann GmbH - Sozialforschung und Beratung - Mittelstraße 17 07745 Jena <small>www.lakemann.com</small> </td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Mittelstraße 17,</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07745 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Professor Lakemann GmbH - Sozialforschung und Beratung - Mittelstraße 17 07745 Jena <small>www.lakemann.com</small>		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Mittelstraße 17,	Postleitzahl, Ort	07745 Jena
Name	Organisationsform										
Professor Lakemann GmbH - Sozialforschung und Beratung - Mittelstraße 17 07745 Jena <small>www.lakemann.com</small>											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Mittelstraße 17,										
Postleitzahl, Ort	07745 Jena										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1; 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Sozialwissenschaftliche Praxisforschung und Beratung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Stellungnahme bezieht sich auf <u>Artikel 9 Abs. 2 b</u> (Beteiligung von Kindern und Jugendlichen). Der Bescheid wird in diesem Punkt befürwortet. Allerdings schlage ich eine Erweiterung in zwei Punkten vor: a) Anforderung an die Kommunen über die geoffenen Beteiligungsformen zu berichten und b) Ausweisung angemessener personeller/finanzieller Ressourcen	
5.	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 31.08.2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

Professor Lakemann GmbH - Sozialforschung und Beratung
Mittelstraße 17 • 07745 Jena

THÜR. LANDTAG POST
01.09.2020 08:29
20125/2020

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Jena, den 31.08.2020

Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung – Stellungnahme
a – Drs. 7/651 – NF –, 6/869, 6/1188
Ihr Schreiben vom 20.07.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

beiliegend übersende ich Ihnen meine Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung.

Ich habe mich auf eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN – Punkt 9: § 26 a Beteiligung von Kindern und Jugendlichen beschränkt.

Durch meine langjährige Tätigkeit in diesem Themenbereich möchte ich zu diesem Punkt einen Beitrag leisten.

Für weitere Fragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen

Prof. Dr. Ulrich Lakemann

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Punkt 9: § 26 a Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

1. Grundsätzliches zum Gesetzentwurf Punkt 9: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Die gesetzliche Verankerung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Thüringer Kommunalordnung ist einschränkungslos zu befürworten. So kommt die Landesstrategie Mitbestimmung zu dem Ergebnis, dass aufgrund der bisher fehlenden diesbezüglichen Regelungen in der Thüringer Kommunalordnung „... die meisten Hauptsatzungen und Geschäftsordnungen der Thüringer Kommunen keine direkte Beteiligung junger Menschen an gemeindlichen Entscheidungsprozessen, in gemeindlichen Gremien beziehungsweise als eigenständiges politisches Gremium oder in projektorientierten Formen...“ vorsehen (TMBJS 2019, S. 14).

Mitbestimmung ist gerade für junge Menschen eine elementare Erfahrung gelebter Demokratie, erhöht die Identifikation mit der eigenen sozialräumlichen Lebenswelt und schafft „Lust auf Zukunft“ (vgl. TMBJS 2019, S. 4).

Die der Landesstrategie folgende empirische Bestandsaufnahme zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Thüringer Kommunen zeigt aktuell sehr unterschiedliche Bedingungen. Zwar wird die Beteiligung junger Menschen oft grundsätzlich unterstützt und das politische Klima in der Kommune dafür als förderlich beurteilt. Überproportional häufig stellen die befragten Kommunen aber fest, dass für die Mitbestimmung junger Menschen nicht genug personelle Ressourcen bzw. nicht genug Finanzmittel zur Verfügung stehen. Beide Bedingungen werden vor allem in Kommunen mit 3.000 bis unter 9.000 Einwohnern als ungünstig beurteilt (vgl. Lakemann 2020, S. 16 f.).

Auch das Ausmaß an bisher bereits realisierten Mitbestimmungsmöglichkeiten für junge Menschen ist sehr unterschiedlich. Die Bestandsaufnahme zeigt, dass von den befragten Thüringer Kommunen knapp ein Fünftel als gering engagiert einzustufen ist. Demgegenüber ist ein Drittel mittelmäßig aktiv und gut ein Viertel hoch engagiert. Als sehr hoch aktiv lässt sich knapp ein Fünftel bezeichnen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist das Thema Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zusätzlich in dem einen Fünftel der Kommunen, die sich gar nicht an der Befragung beteiligt haben, zumindest bei einem nicht unerheblichen Teil „unterbelichtet“ (vgl. Lakemann 2020, S. 25 ff.).

Der Landesstrategie Mitbestimmung ist es ein zentrales Anliegen, allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zur Mitbestimmung zu eröffnen und diese nicht zufällig davon abhängig zu machen, wo sie in Thüringen wohnen (TMBJS 2019, S. 4). Hierzu ist eine Verankerung in der Thüringer Kommunalordnung definitiv der richtige Weg.

2. Detaillierte Stellungnahme zum Gesetzentwurf Punkt 9: : Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Die Formulierung im vorliegenden Gesetzentwurf orientiert sich weitestgehend am Vorschlag der Landesstrategie in Absatz 1 (vgl. TMBJS 2019, S. 21). Die „Soll-Vorschrift“ eröffnet einen eingeschränkten Ermessensspielraum. Das bedeutet, dass die Rechtsfolge der Regelfall ist und eine fehlende Umsetzung der besonderen Begründung bedarf. Der Verzicht auf eine „Muss-Vorschrift“ schützt vor allem davor, dass aufgrund einer auferlegten, aber intern nicht akzeptierten Verpflichtung, Formen einer

„Scheinpartizipation“ gewählt werden, die größeren Schaden anrichten als gar keine Beteiligung. So ist aus der Forschung bekannt, dass fehlgeleitete Partizipationsprozesse gerade bei Kindern und Jugendlichen nachhaltige negative Effekte beispielsweise für das politische Bewusstsein und die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement nach sich ziehen können (vgl. Hermann 2009).

Aber auch dann, wenn die Umsetzung der Regelfall ist, besteht das Risiko, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nur erfolgt, um dem Gesetz Genüge zu tun. Deshalb sieht die Landesstrategie vor, dass die Gemeinde in geeigneter Weise darlegen soll, wie sie die Beteiligung durchführt (vgl. TMBJS 2019, S. 21).

Ein zweiter wichtiger Punkt kommt hinzu. Die Bestandsaufnahme hat gezeigt, dass nur knapp ein Fünftel der befragten Kommunen die Auffassung teilt, dass in ihrer Kommune für die Beteiligung junger Menschen genug Finanzmittel verfügbar sind (vgl. Lakemann 2020, S. 16 f.). Die Landesstrategie Mitbestimmung schlägt für den Fall, dass die Gemeinde eine Kinder- und Jugendvertretung einrichtet, vor, dieser angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung und eine Begleitung sicher zu stellen (TMBJS 2019, S. 21). Diese Regelung ist deshalb sinnvoll, da finanzielle und personelle Ressourcen eher dann kalkulierbar sind, wenn es sich um weitestgehend formalisierte und relativ kontinuierliche Formen einer Kinder- und Jugendvertretung handelt. In der praktischen Konsequenz könnte die Beschränkung der Ausweisung finanzieller Mittel auf eine Kinder- und Jugendvertretung allerdings nach sich ziehen, dass man tendenziell nicht-formalisierte Beteiligungsformen wählt, um sich hier ressourcenspezifisch nicht festlegen zu müssen. Ernsthafte Beteiligungsprozesse, seien sie nun formalisiert oder nicht, bündeln aber auch Personal- und Finanzressourcen. Dies sollte der Gesetzentwurf aufnehmen und den Kommunen neben der Berichterstattung auch die Ausweisung entsprechender Finanzen auferlegen.

Angesichts dieser Überlegungen schlage ich vor, den bestehenden Gesetzesentwurf um die Berichtspflicht der Kommunen sowie um die Ausweisung finanzieller und personeller Ressourcen zu erweitern.

3. Fazit

Ich unterstütze einschränkungslos den vorliegenden Gesetzentwurf in Ziffer 9 zur Erweiterung des § 26 mit einem § 26 a zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Anknüpfend an die Thüringer Landesstrategie Mitbestimmung junger Menschen halte ich es aber für erforderlich, die gesetzliche Regelung auszuweiten auf a) eine Anforderung an die Kommunen, über die getroffenen Beteiligungsformen zu berichten und b) den Kommunen aufzuerlegen, für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen angemessene finanzielle und personelle Ressourcen auszuweisen.

Jena, den 31.08.2020

(Prof. Dr. Ulrich Lakemann)

Literatur

Hermann, M. (2009): Wie werden politische Weltbilder Jugendlicher konstruiert? In: Deutsche Jugend – Zeitschrift für die Jugendarbeit, Jg. 57, Heft 2, S. 61 – 66.

Lakemann, Ulrich: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Thüringer Kommunen. Bestandsaufnahme. Herausgegeben vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Erfurt 2020.

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (Hrsg.): Landesstrategie MITBESTIMMUNG junger Menschen. Erfurt 2019.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzesentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/651 - Neufassung - Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/869 - und Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/1188 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Dachverband der Kinder- und Jugendgruppen Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>NaturFreunde Thüringen e.V.</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Johannesstraße 127</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Dachverband der Kinder- und Jugendgruppen Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse	NaturFreunde Thüringen e.V.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannesstraße 127	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
	Dachverband der Kinder- und Jugendgruppen Thüringen										
Geschäfts- oder Dienstadresse	NaturFreunde Thüringen e.V.										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannesstraße 127										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										

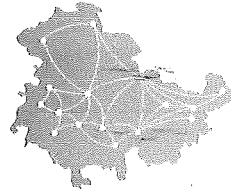
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kinder- und Jugendbeteiligung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der DKJG Thüringen regt an, die Normierung von Kinder- und Jugendbeteiligung als Regelungsbedürfnis zu nennen, Jugendbeiräte staatlich zu unterstützen, themenoffene Jugendbeteiligung zu verankern, Gemeinden in Sachen verbindlicher Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte und der Beiratsstellung sowie der Vertretung und Mitberatung von Kinder- und Jugendgruppen in Ausschüssen und Gremien etc. *	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	

* in die Pflicht zu nehmen.

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gera, dem 30.08.2020	



Stellungnahme des Dachverbands der Kinder- und Jugendgremien Thüringen zum Sechsten Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO)

Hier: Anhörungsverfahren gemäß §§ 79 und 112 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

E-Mail:
info@jugendgremien.de

Internet:
www.jugendgremien.de

Fördergeber:

Der Dachverband der Kinder- und Jugendgremien Thüringen (DKJG Thüringen) begrüßt den Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 7/1188) zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO). Der Gesetzentwurf geht auf Forderungen ein, die der DKJG Thüringen im Namen der Mitgliedsgruppen und der jungen Menschen in Thüringen bereits seit seiner Gründung im Jahr 2018 erhob, geht aber an wichtigen Stellen nicht weit genug. Besonders nehmen wir die Bürger*innenbeteiligung sowie die ergänzenden Regelungen zur kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung in den Blick.

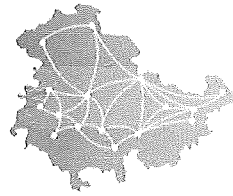


Die Landesregierung hat sich in zwei Koalitionsverträgen, 2014 und 2020, zur Eigenständigen Jugendpolitik bekannt sowie in der im März 2019 durch das Kabinett beschlossenen *Landesstrategie Mitbestimmung* (LSM) die Selbstverständlichkeit der wirksamen Mitbestimmung junger Menschen auf allen Entscheidungsebenen unterstrichen. Im Sinne des Leitbildes der LSM sind den Interessen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen ein besonderes Gewicht beizumessen. Die ThürKO stellt in diesem Rahmen ein zweckmäßiges Mittel dar, die Kinder- und Jugendbeteiligung für alle Kommune und Landkreise verbindlich zu regeln. Folgerichtig sollte Satz 2 des unter A dargestellten Problems um die Stärkung der „Informations- und Beteiligungsrechte von Kindern und jungen Menschen“ ergänzt werden.

Projektträger:

NaturFreunde Thüringen e.V.
Dachverband der Thüringer Kinder- und Jugendgremien

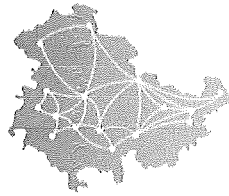




Diese Ergänzung würde die fehlende Normierung der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung in der ThürKO deutlich als Regelungsbedürfnis benennen.

Wir begrüßen bezüglich der unter B dargelegten Lösungen die Erweiterung der Informations- und Beteiligungsrechte der Einwohner*innen und insbesondere die Einführung der Einwohnerfragestunde in öffentlichen Sitzungen durch § 15 Abs. 1 a ThürKO. Dadurch wird Einwohner*innen die Möglichkeit eingeräumt, zu Beratungsgegenständen oder anderen kommunalen Angelegenheiten Fragen an die Oberbürgermeister*in bzw. die Landrät*in, die Mitglieder des Stadtrates bzw. des Kreistages, eine Fraktion oder eine Ausschussvorsitzende zu richten sowie Vorschläge und Anregungen zu unterbreiten. Von großer Wichtigkeit bezüglich der Konkretisierung der Einwohnerfragestunde in der Hauptsatzung ist, die Einwohner*innen mit der gleichen Frist wie die Stadtrats- bzw. Kreistagsmitglieder zu den Sitzungen, zu der die Frage auf der Tagesordnung steht, einzuladen. Zudem sollte die Fragestunde keine Altersbeschränkung vorsehen und allen Menschen barrierefrei zugänglich sein. Es sollten mehrere Nach- bzw. Zusatzfragen zugelassen werden.

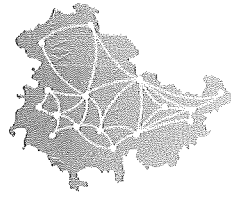
Inwiefern Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene überhaupt von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung in allen sie berührenden Angelegenheiten sowie angemessene Berücksichtigung im kommunalpolitischen Zusammenhang gemäß Art. 12 Abs. 2 CRC (Kinderrechtskonvention) Gebrauch machen können, hängt häufig von Umständen ab, die sie selbst kaum beeinflussen können. Etwa erfordert die Gründung eines Kinder- und Jugendbeteiligungsgremiums für gewöhnlich die von Person und Parteibuch abhängigen Zustimmung einer Bürgermeister*in oder einer Landrät*in. Angesichts dessen ist die erweiterte Möglichkeit zur Beiratsbildung durch § 26 Abs. 4 ThürKO erfreulich. Unsere Erfahrung zeigt, dass sich in Thüringer Kommunen bestehende Jugendbeiräte, d.h. eigenständige, konfessionell, verbandspolitisch sowie parteipolitisch unabhängig arbeitende Interessenvertretungen der Kinder und Jugendlichen, als Orte demokratischer Selbstorganisation junger Menschen bewährt haben. Junge Menschen übernehmen in diesem Rahmen Verantwortung für eine auf die Gegenwart und die Zukunft gerichtete Sachdebatte über die Weiterentwicklung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes. Sie erproben nicht lediglich, sondern praktizieren eine lebendige und generationsübergreifende Debattenkultur. Daher sind



Jugendbeiräte ein nicht mehr wegzudenkender und unverkennbarer Beitrag dazu, die Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten in Thüringen unter direkter und wirksamer demokratischer Beteiligung junger Menschen zu verbessern.

Um die Jugendbeiräte zusätzlich in ihrem Ehrenamt und bürgerschaftlichen Engagement zu stärken, sollte folgender Passus in § 26 Abs. 4 ThürKO ergänzt werden: „Die Behörden der Gemeinden, der Landkreise und der anderen Gemeindeverbände unterstützen die Tätigkeit der kommunalen Jugendbeiräte.“ Weiterhin regen wir aus kinder- und jugend-, bildungs- sowie demographiepolitischer Perspektive die Thüringer Landespolitik dazu an, ein *Thüringer Gesetz zur Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Jugendvertretungen* auf den Weg zu bringen.

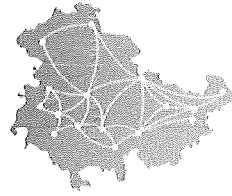
Im Gesetzentwurf der Regierungsfractionen ist die geplante Ergänzung um § 26 a ThürKO „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ besonders lobend hervorzuheben. Das ist ein richtungsweisender Schritt hin zur umfassenden politischen Kinder- und Jugendpartizipation. Um jedoch ein robustes Mandat für Kinder- und Jugendbeteiligung darzustellen, reicht der vorgeschlagene Passus nicht aus. Bezüglich der Formulierung „Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berührend“ gemäß § 26 a ThürKO gilt zu befürchten, dass Verwaltungen in die Position versetzt werden, allein festzulegen, was *Kinder- und Jugendthemen* im originären Sinne sind; ohne aber junge Menschen zu befragen. Das entspricht nicht dem Geist einer ernst gemeinten *Eigenständigen Jugendpolitik*. Wir plädieren dementsgegen für die themenoffene Mitbestimmung: Jugend- und zukunftsrelevant sind im Grunde *alle Themen der Kommunalpolitik*. Da die Gemeinden nicht explizit dazu verpflichtet sind, Kinder- und Jugendliche sowie bestehende Kinder- und Jugendgremien bereits bei der Schaffung und Ausgestaltung der Beteiligungsverfahren einzubeziehen, obliegt den Gemeinden die Festlegung von Themengebieten, die junge Menschen *etwas angehen sollen*. Das birgt die Gefahr, dass die politische Kinder- und Jugendpartizipation teilweise vom Wohlwollen der Verwaltung und der Mandatsträger*innen abhängig ist. Um dem vorzubeugen, sollte gesetzgeberisch sichergestellt werden, dass Kinder- und Jugendbeteiligungsgremien in jedem Fall bezüglich den von ihnen angefragten und bearbeiteten Themen das weitestgehende Maß an Information, Beteiligung und Mitgestaltung garantiert wird.



Wir regen daher die Ergänzung nach Vorbild von § 18 a BbgKVerf (Kommunalverfassung des Landes Brandenburg) an: „Die Gemeinde sichert Kindern und Jugendlichen in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte. Die Hauptsatzung bestimmt, welche Formen zur eigenständigen Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen geschaffen werden. Kinder und Jugendliche sind an der Entwicklung der Formen angemessen zu beteiligen.“ Nur ein in diesem Sinne verbindliches und nachvollziehbares Recht auf Mitbestimmung für junge Menschen in der ThürKO kann den Anreiz der Stadtrats- und Kreistagspolitiker*innen steigern, junge Menschen sowohl als politische Akteur*innen-Gruppe als auch als Zielgruppe stärker in den Blick zu nehmen. Hiermit unmittelbar verbunden ist, je nach Form des Kinder- und Jugendbeteiligungsgremiums Regeln zu Wahlberechtigten, zu Nominierungs- und Wahlverfahren, zur Ausstattung, zur Arbeitsweise und zu den Mitwirkungsrechten mit jungen Menschen zu erarbeiten und zu beschließen.

Da zur kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung fraglos auch die transparente Dokumentation und die professionelle Prozessevaluation gehören, sollte zudem folgender Passus in § 26 a ThürKO aufgenommen werden: "Die Kommune sollen in geeigneter Weise darlegen, wie sie die Interessen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen und die Beteiligung nach Absatz 1 durchgeführt hat." (LSM, S. 21)

Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass Vertreter*innen der Stadt- bzw. Kreisschülerversammlung sowie der lokalen bzw. regionalen Jugendmitbestimmungsgremien unter Berufung auf § 26 a Satz 1 ThürKO dauerhaft allen kommunalpolitischen Fachausschüssen als Expert*innen für ihre Interessen, Perspektiven und Lebenslagen als beratende Mitglieder angehören. In diesem Sinne regen wir folgende Ergänzung von § 26 ThürKO an: „Die Beteiligung von Mitgliedern der Kinder- und Jugendvertretung an den Sitzungen der Ausschüsse regelt die Geschäftsordnung. Für Jugendvertreter sowie junge Menschen ist insbesondere ein Rederecht, ein Anhörungsrecht und ein Antragsrecht in den Ausschüssen vorzusehen. Zu Themen, von denen junge Menschen in besonderem Maße und unmittelbar betroffen sind, erhalten diese gesondert Gelegenheit zur Stellungnahme.“ Das soll sicherstellen, dass nicht nur über, sondern auch mit jungen Menschen gesprochen wird und sie die Gelegenheit erhalten, eigenständig und wirksam für ihre Belange einzustehen. Ähnlich wie die gegenwärtig andauernden Anpassungen der Satzungen und Geschäfts-

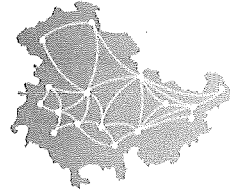


ordnungen der Jugendämter für mehr Jugendfreundlichkeit ist jedoch fraglich, wie schnell sich die Beteiligungspraxis vor Ort tatsächlich verbessert. Hierbei drängt der DKJG Thüringen auf baldige Anpassungen der Ausschusssatzungen und Sitzungskultur. Wir begrüßen weiterhin ausdrücklich die im Gesetzentwurf vorgeschlagene grundsätzliche Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen. Durch § 43 ThürKO wird hierbei mehr Transparenz in kommunalpolitische Diskussions- und Entscheidungsprozesse gebracht. Nicht zuletzt eröffnen sich jungen Menschen somit die Chance, Debatten mitzuverfolgen sowie Entscheidungen nachzuvollziehen.

Um alle Gemeinden, Landkreise und andere Gemeindeverbände Thüringens ausdrücklich dazu zu ermuntern, Kinder- und Jugendvertretungen einzurichten, sprechen wir uns dafür aus, folgenden Passus aus den Empfehlungen der LSM in § 34 ThürKO aufzunehmen: „Der Gemeinderat kann darüber hinaus beschließen, dass in der Gemeinde eine Kinder- und Jugendvertretung eingerichtet wird. Das Nähere regelt die Hauptsatzung. Der Kinder- und Jugendvertretung sind angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung und eine Begleitung sicher zu stellen. Über den Umfang entscheidet der Gemeinderat im Rahmen des Haushaltsplans. Die Beteiligung von Mitgliedern der Kinder- und Jugendvertretung an den Sitzungen des Gemeinderats in Kinder- und Jugendangelegenheiten regelt die Geschäftsordnung.“ (LSM, S. 22) Diese Änderung würde hinsichtlich der ungleichen räumlichen Verteilung der Kinder- und Jugendbeteiligungsgremien zu einer Verbreitung und Verstetigung dieser führen sowie klarstellen: Kinder- und Jugendvertretungen haben einen festen Platz in der Thüringer Kommunalpolitik. Sie werden staatlich anerkannt, gefördert und ernst genommen.

In diesem Sinne sollte die ThürKO, um Kinder- und Jugendvertretungen eine ihrer Rolle entsprechende Mitsprache zu ermöglichen, auch um folgenden Satz ergänzt werden: „Für die Kinder- und Jugendvertretung ist insbesondere ein Rederecht, Anhörungsrecht und Antragsrecht im Gemeinderat vorzusehen.“ Somit würde sichergestellt, dass Kinder- und Jugendvertreter*innen sich aktiv auch im Gemeinderat einbringen können, wann immer die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen berührt werden. Kinder- und Jugendvertreter*innen im Gemeinderat können ein Garant für eine jugend- und zukunftsgerichtete Kommunalpolitik sein.

Wir merken bezüglich der Kosten (D) an, dass weder ein Mehr an demokratischer



Beteiligung noch an Transparenz kostenneutrale Unterfangen sind. Vielmehr erfordern der Ausbau angemessener Strukturen und Ressourcen für die Einbeziehung von jungen Menschen sowie Kinder- und Jugendbeteiligungsgremien entsprechende Mehrausgaben. Diese sind demokratisch gerechtfertigt und partizipatorisch überaus sinnvoll. Es ist darauf Acht zu geben, dass die Qualität von Beteiligungsprozessen auf keinen Fall von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune abhängig ist.

Aus diesem Grund regen wir an, eine *Landesprogramm zur Kinder- und Jugendbeteiligung* aufzulegen, um die demokratische Beteiligung und das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen im gesamten Freistaat zu fördern. Landesweit sollen innovative und strategisch bedeutsame Vorhaben der Jugendbeteiligung gefördert und die *Eigenständige Jugendpolitik* noch stärker vor Ort verankert werden.

Der DKJG Thüringen zeigt sich enttäuscht darüber, dass weder der Gesetzentwurf der FDP-Fraktion (Drucksache 7/651) noch der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion (Drucksache 7/869) auf die Erfordernisse einer verpflichtenden Kinder- und Jugendpartizipation in kommunalen Parlamenten und deren Ausschüssen eingeht und der Eindruck entsteht, dass diese Fraktionen den Bedürfnissen der jungen Generation wenig Bedeutung beimessen.

Alles in allem sind wir davon überzeugt, dass die Nouvelle der ThürKO in der vorliegenden Version nur einen Mindeststandard für gute Jugendbeteiligung festlegt, über den hinaus Kinder- und Jugendbeteiligung mehr Aufmerksamkeit, mehr Wertschätzung und mehr öffentliche Förderung zuteilwerden sollte. Nichtsdestotrotz taugt der Entwurf mit den durch uns aufgezeigten Ergänzungen dazu, nachhaltige Beteiligungsformen für junge Menschen zu fördern. Mit den zu schaffenden Gesetzesgrundlagen verbinden wir die Hoffnung, dass die Mitbestimmung junger Menschen an wirtschaftlichem, sozialen, kulturellen und politischen Entscheidungen in allen Thüringer Kommunen und Landkreisen mit Tempo weiterentwickelt und tatsächlich bald zu einer Selbstverständlichkeit wird.

Dachverband der Kinder- und Jugendgremien Thüringen

geta, dem 30.08.2020

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze, Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>	
	Name	Vorname
	Prof. Dr. Dr. Hofmann	Rainer
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	Theodor-W.-Adorno-Platz 4
	Postleitzahl, Ort	60629 Frankfurt am Main

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Forschung und Lehre	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Freilich, 2.9.20	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteil dokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteil dokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze, Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG)	
	Name	Vorname
	Prof. Dr. Kadelbach	Stefan
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	Theodor-W.-Adorno-Platz 4
	Postleitzahl, Ort	60629 Frankfurt am Main

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Forschung und Lehre	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Frankfurt, 02.05.20	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze, Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>	
	Name	Vorname
	Heger	Alexander
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	Theodor-W.-Adorno-Platz 4
	Postleitzahl, Ort	60629 Frankfurt am Main

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Unterstützung in wissenschaftlichen Tätigkeiten / Vorbereitung von Lehrveranstaltungen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Frankfurt a.M., 02.09.20	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze, Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	Gourdet	Sascha
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	Theodor-W.-Adorno-Platz 4
	Postleitzahl, Ort	60629 Frankfurt am Main

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Unterstützung in wissenschaftlichen Tätigkeiten / Vorbereitung von Lehrveranstaltungen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Frankfurt a.M., 02.09.20	

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Rechtswissenschaft

Prof. Dr. Dr. Rainer Hofmann
Prof. Dr. Stefan Kadelbach
www.merton-zentrum.uni-frankfurt.de

Postadresse
Theodor-W.-Adorno-Platz 4
60629 Frankfurt am Main
Germany
Telefon +49 (0)69-798 34291

Frankfurt am Main, den 02.09.20

**Anhörungsverfahren gemäß §§ 79 und 112 Abs. 4 der Geschäftsordnung des
Thüringer Landtags**

Sehr geehrter Herr

herzlichen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze (Drucks. 7/1188, 7/869 und 7/651), die wir hiermit gerne nutzen möchten.

Wir gehen davon aus, dass wir als Sachverständige ausgewählt wurden, da unsere Mitarbeiter, Herr Alexander Heger und Herr Sascha Gourdet, zu einer vergleichbaren Gesetzesänderung in Hessen einen Aufsatz in der Zeitschrift Kommunaljurist (KommJur 2020, S. 165ff.) verfasst haben. Herr Heger und Herr Gourdet haben daher die nachfolgende Stellungnahme verfasst, der wir in allen Punkten zustimmen.

Bei Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Dr. Rainer Hofmann

Prof. Dr. Stefan Kadelbach

Stellungnahme*

**zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze
- Drucks. 7/1188 -**

**zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung
- Drucks. 7/869 -**

**zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung
- Drucks. 7/651 - Neufassung -**

A. Überblick

Hinsichtlich der Neufassung des Eilentscheidungsrechts bzw. der Sicherstellung der Beteiligung des Gemeinderats in Krisenzeiten sollte in den Gesetzentwürfen Drucks. 7/1188, Drucks. 7/869, Drucks. 7/651 - Neufassung Folgendes berücksichtigt werden:

1. Im Zuge der Neufassung der Thüringer Kommunalordnung sollte jedenfalls die Möglichkeit von digitalen Sitzungen des Gemeinderats normiert werden. Die Übertragung einer Sitzung (ohne Zuschauer) im Internet oder als Videokonferenz, die online zugänglich gemacht werden kann, kann den Grundsatz der Öffentlichkeit, der aus dem Demokratieprinzip folgt, auch in Krisenzeiten wahren.
2. Die Beschlussfassung im Umlaufverfahren darf nur in eng begrenzten Ausnahmefällen erfolgen, etwa wenn die technischen Voraussetzungen zu einer digitalen Sitzung nicht gegeben sind. Zudem sollte geregelt werden, hinsichtlich welcher Gegenstände eine Beschlussfassung im Umlaufverfahren zulässig ist. Grenzen ergeben sich aus dem Öffentlichkeits- und Demokratiegebot. Wird das Umlaufverfahren angewendet, ist eine umfassende Information der Öffentlichkeit im Vorfeld und nach Beschlussfassung einzuhalten.
3. Sofern eine Entscheidung in Krisensituationen eine besondere Eile erfordert, bietet es sich an, diese Entscheidung einem Ausschuss (der spiegelbildlich zum Gemeinderat zu besetzen

* Die Stellungnahme wurde verfasst von Alexander Heger und Sascha Gourdet
Der Autoren sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Öffentliches Recht an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

ist) oder dem Bürgermeister zu übertragen. Das Demokratieprinzip streitet für die Beteiligung des gesamten Gemeinderats.

Folgende Änderungen zur Drucks. 7/1188 werden vorgeschlagen:

1. Klarstellung des § 23 S. 6 ThürKO-E: „Ist der Bürgermeister zum Vorsitzenden gewählt worden, führt im Falle seiner Verhinderung sein Stellvertreter (§ 32) die Sitzung; sein Stellvertreter hat auch dann Stimmrecht, wenn er nicht Gemeinderatsmitglied ist.“
2. Änderung des § 25 Abs. 2 ThürKO-E: „Die Gemeinde kann den Fraktionen Mittel aus ihrem Haushalt für die sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung gewähren. In Gemeinden ab 6 000 Einwohner sollen ihnen Mittel gewährt werden.“
3. Die Einführung des Umlaufverfahrens in § 36 Abs. 1a ThürKO-E in seiner bisherigen Ausgestaltung begegnet aufgrund seiner umfassenden Wirkung erheblichen rechtlichen Bedenken. Der Vorschlag ist deshalb anzupassen.

Ferner wird auf die folgenden Punkte der Drucks. 7/1188 hingewiesen:

1. Der Gesetzentwurf zu § 15 Abs. 1a ThürKO-E ist – im Gegensatz zu den Ermessensregelungen der anderen Bundesländer – geeignet, ein subjektiv öffentliches Recht der Einwohner auf die Durchführung einer Einwohnerfragestunde zu begründen.
2. Hinsichtlich der Änderung des § 21 Abs. 1 ThürKO bleibt offen, inwieweit bei (erheblichen) Änderungen des Satzungsentwurfes nach Diskussion bzw. Entscheidung im Gemeinderat eine erneute Auslegung des ursprünglichen oder geänderten Entwurfes erfolgen muss. Es besteht die Gefahr, den Entscheidungsprozess zu verlangsamen.

B. Stellungnahme im Einzelnen

Wesentliche Inhalte aller Entwürfe betreffen die Änderung der Thüringischen Kommunalordnung (ThürKO). Die Entwürfe der Fraktion der CDU (Drucks. 7/869) und der Fraktion der FDP (Drucks. 7/651 - Neufassung) beschränken sich im Wesentlichen auf die Änderung des Systems des Dringlichkeits- bzw. Eilentscheidungsrechts.

Nachfolgend sollen ausgehend vom Entwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucks. 7/1188) die relevanten Änderungsvorschläge dargestellt werden. Die Ausführungen befassen sich mit der Gemeindeordnung innerhalb der ThürKO. Sie klammern die Fragen um die Finanzverfassung aus.

Einer vergleichenden Betrachtung sollen die verschiedenen Ausgestaltungsvarianten zum Eilentscheidungsrecht unterzogen werden.

I. Einführung einer Einwohnerfragestunde, § 15 Abs. 1a-E

Die Einwohnerfragestunde verfolgt den Zweck, den Mitgliedern des Gemeinderats Anregungen, Wünsche aber auch Vorstellungen der Einwohner im Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen. Das Instrument einer Einwohnerfragestunde ist auch in anderen Gemeindeordnungen enthalten, bspw. § 33 IV GemO BaWü, § 16a GemO RhPf, § 62 NKomVG. Ohne ausdrückliche gesetzliche Grundlage besteht für Kommunen kein Recht, eine solche Einwohnerfragestunde einzuführen.¹ Die genannten Normen sehen Ermessen vor („kann [...] die Gelegenheit geben, Fragen [...] zu stellen“).

Die geplante Regelung im § 15 Abs. 1a ThürKO ist dagegen als Soll-Vorschrift ausgestaltet und gleicht damit § 17 KV MV.

Gleichwohl ist § 15 Abs. 1a ThürKO-E – im Gegensatz zu den Ermessensregelungen der anderen Bundesländer – geeignet, ein subjektiv öffentliches Recht der Einwohner auf die Durchführung einer Einwohnerfragestunde zu begründen.

In der Ausgestaltung der Hauptsatzung ist zu beachten, dass die Fragemöglichkeit im Grundsatz nur für Einwohner i.S.d. § 10 ThürKO eröffnet ist und gestellte Fragen inhaltlich auf den Kompetenzbereich der Gemeinde beschränkt sind. Die Einwohnerfragestunde zielt weiterhin nicht darauf ab, Einwohnern eine allgemeine politische Äußerung zu ermöglichen.² Zudem sollte die Hauptsatzung Regelungen zur Dauer und Anzahl der möglichen Fragen vorsehen.

Weitergehenden rechtlichen Bedenken begegnet die Einführung einer Einwohnerfragestunde nicht.

II. Änderung des § 21 Abs. 1 ThürKO – Auslegung eines Satzungsentwurfs

Neu eingeführt werden soll eine Auslegungsfrist für Satzungsentwürfe. Hierbei ist zu beachten, dass dieses Verfahren möglicherweise geeignet ist, den Entscheidungsprozess zu verlangsamen. Zudem bleibt nach der bisherigen Konzeption offen, inwieweit bei (erheblichen) Änderungen des Satzungsentwurfes nach Diskussion bzw. Entscheidung im Gemeinderat eine erneute Auslegung des ursprünglichen oder geänderten Entwurfes erfolgen muss. Unklar bleibt weiterhin, inwieweit diese Regelung auch innerhalb eines Eilentscheidungsrechts (unabhängig vom jeweils zuständigen Organ) und der damit zusammenhängenden Eilbedürftigkeit der Entscheidung Geltung erlangen soll.³ Ein Eilentscheidungsrecht resultiert aus der Unaufschiebbarkeit einer Entscheidung, ohne die

¹ VG Gießen, Urt. v. 02.03.2018 – 8 K 4523; kritisch Wegracht/Bäuerle, KommJur 2018, 401.

² VG Braunschweig, Urt. v. 16.07.1997 – 1 A 1042/97, Blum, in: Blum/Häusler/Meyer, PdK Nds, § 62 NKomVG Rn. 7.

³ Hierbei ist zu beachten, dass unklar ist, ob das Eilentscheidungsrecht überhaupt das Recht zum Satzungs-erlass beinhaltet, str., vgl. dafür Rücker, in: PdK Th B-1, ThürKO § 30 3.; Gern/Brüning, Deutsches Kommunalrecht, 4. Aufl. (2019), Rn. 496; dagegen: Leisner-Egensperger, in: Baldus/Knauff, Landesrecht Thüringen, 2018, § 5, Rn. 255.

es anderenfalls zu Nachteilen für die Gemeinde kommen würde. Die Auslegungsverpflichtung führt in einem solchen Falle dazu, Satzungsbeschlüsse faktisch aus dem Eilentscheidungsrecht auszunehmen bzw. einen Eilentscheidungsfall erheblich zu verzögern.⁴

III. Änderung der Zusammensetzung des Gemeinderats, § 23 ThürKO

Die zentrale Änderung liegt darin, dass nun nicht mehr automatisch der Bürgermeister den Vorsitz des Gemeinderates führt, sondern der Vorsitz zu Beginn des Zusammentretens aus der Mitte des Rates gewählt wird. Damit besteht gerade die Möglichkeit, ein anderes Mitglied als den Bürgermeister zum Vorsitzenden zu wählen. Diese Regelung ist aus rechtlichen Gesichtspunkten zu bevorzugen, da der Gemeinderat im Vergleich zum Bürgermeister eine stärkere demokratische Repräsentationsfähigkeit aufweist⁵ und ihm als Aufgabe auch die Kontrolle der Verwaltung zukommt. Gleichwohl kann der Entwurf zu Missverständnissen führen: Sprachlich uneindeutig bleibt, dass – sofern der Bürgermeister zum Vorsitzenden gewählt wird und im konkreten Falle verhindert ist – sein Stellvertreter nach § 32 ThürKO automatisch den Vorsitz führt und zudem Stimmrecht hat, auch wenn er nicht Mitglied des Rates ist. Es bietet sich daher ein klarstellender Satz 6 an, der lautet:

„Ist der Bürgermeister zum Vorsitzenden gewählt worden, führt im Falle seiner Verhinderung sein Stellvertreter (§ 32) die Sitzung; sein Stellvertreter hat auch dann Stimmrecht, wenn er nicht Gemeinderatsmitglied ist.“

IV. Fraktionszuwendungen, § 25 Abs. 2 ThürKO-E

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Gemeinden ab einer Größe von 6.000 Einwohnern im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit die Aufgabenwahrnehmung der Fraktionen durch Zuwendungen aus dem Gemeindehaushalt in angemessenem Umfang unterstützen sollen. Die Zulässigkeit von finanziellen Zuwendungen an Fraktionen in den Kommunen wird in der Rechtsprechung und Literatur nicht bezweifelt.⁶ Teilweise wird auch eine verfassungsrechtliche Verpflichtung, den Fraktionen erforderliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, angenommen.⁷ Aufgrund der Finanzhoheit der Kommunen ist die Gewährung von finanziellen Zuwendungen an Fraktionen auch ohne eine ausdrückliche Rechtsgrundlage möglich. Sofern das Landesrecht allerdings entsprechende Regelungen vorsieht, ist zu beobachten, dass entsprechende Zuwendungen häufiger erfolgen.⁸ Die Normierung in § 25 Abs. 2 ThürKO-E ist daher zu befürworten. Um die Notwendigkeit

⁴ Dies gilt unabhängig davon, dass Satzungsbeschlüsse in Eilentscheidungsfällen vermutlich nicht unter die Voraussetzungen des Eilentscheidungsrechts fallen würden, da häufig keine Dringlichkeit vorliegen würde.

⁵ Ott, Der Parlamentscharakter der Gemeindevertretung, 1994, S. 137; Böckenförde, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts – Band II, 3. Aufl. (2004), § 34, Rn. 27.

⁶ BVerfGE 80, 188 (231); BVerwGE 162, 284 (290f.); Meyer, in: PdK Bu C-1, Juni 2019, 6.1.4.1.

⁷ S. etwa Schneider, Die Finanzierung der Parlamentsfraktionen als staatliche Aufgabe, 1997, S. 75.

⁸ Meyer, in: PdK Bu C-1, Juni 2019, 6.1.2.

der Fraktionsfinanzierung auch in kleineren Gemeinden zu verdeutlichen, bietet es sich an, § 25 Abs. 2 Thür-KO-E wie folgt zu ändern:

„Die Gemeinde kann den Fraktionen Mittel aus ihrem Haushalt für die sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung gewähren. In Gemeinden ab 6 000 Einwohner sollen ihnen Mittel gewährt werden.“ (vgl. auch § 35a Abs. 3 SächsGemO).

V. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, § 26a ThürKO-E

Der Vorschlag dient der Erfüllung der Art. 3, 12 der UN-Kinderrechte-Konvention. Dies ist zu befürworten. Überdies sei jedoch darauf hingewiesen, dass das Kindeswohl auch im weiteren Verwaltungsverfahren zu berücksichtigen ist.

VI. Eilentscheidungsrecht / Beschlussfassung des Gemeinderats in Krisenzeiten

Ausweislich der Gesetzesentwürfe bedarf es einer gesetzlichen Regelung, um auch in Krisenzeiten (etwa in Folge einer Pandemie) die Handlungsfähigkeit kommunaler Parlamente sicherzustellen. Dabei sind zwei Fragenkreise zu unterscheiden: Zum einen können Regelungen darauf abzielen, in Notsituationen Verfahren festzulegen, um zügig eine Entscheidung herbeizuführen (zeitliche Komponente). Zum anderen kann geregelt werden, unter welchen Umständen die Mitwirkung kommunaler Mandatsträger am Entscheidungsprozess sichergestellt werden kann, wenn zwar keine schnelle Abstimmung geboten ist, Sitzungen (etwa aufgrund von Kontaktbeschränkungen) jedoch nicht in Präsenz stattfinden können (örtliche Komponente). Aus rechtlicher Hinsicht ist in beiden Fällen darauf zu achten, dass der Grundsatz der Öffentlichkeit gewahrt ist und das Demokratiegebot beachtet wird. Das Öffentlichkeitsprinzip, das aus dem Demokratiegebot folgt, ist auch bei kommunalen Vertretungsorganen als Grundlage für eine effektive demokratische Kontrolle sowie die Gewährleistung von transparenten Entscheidungen ein tragender Grundsatz der Kommunalverfassungen aller Bundesländer.⁹ Der Grundsatz der Öffentlichkeit wird von der Rechtsprechung zu „den wesentlichen Verfahrensbestimmungen des Gemeinderechts“ gezählt und gilt als „eines der wichtigsten Mittel, [um] das Interesse der Bürgerschaft an der Selbstverwaltung zu wecken und zu erhalten.“¹⁰ Neben dem Abstimmungsvorgang als solchem sollen auch die Entscheidungsfindungsprozesse transparent sein, weshalb die Öffentlichkeit bei inhaltlichen Beratungen und Debatten im Gemeinderat erforderlich ist. Der Ausschluss der Öffentlichkeit stellt die Ausnahme dar und kann aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit sowie aufgrund berechtigter Inte-

⁹ VGH Mannheim, NVwZ-RR 1992, 373; Ruff, KommJur 2009, 201 (202); Gourdet/Heger, KommJur 2020, 165 (166); Schmitz, JuS 2017, 31 (31); Rücker, in: PdK Th B-1, § 40 I.1.

¹⁰ VGH Mannheim, Urt. v. 23.06.2015 - 8 S 1386/14 = BeckRS 2015, 50159, Rn. 38.

ressen Einzelner erfolgen, wobei jeweils ein Geheimhaltungsinteresse erforderlich ist. Ein Ausschluss aufgrund einer möglichen Infektionsgefahr ist nach den bisherigen Regelungen in den Kommunalverfassungen kaum zu begründen.¹¹

Um dem Demokratiegebot Rechnung zu tragen, wird zudem teilweise gefordert, dass stets die physische Anwesenheit der Mitglieder des Gemeinderates derart erforderlich ist, damit die Gestik und das sonstige Verhalten sichtbar sind, um das bestmögliche Beratungsergebnis zu erreichen. Aus diesem Grund wird von einer strikten Unzulässigkeit der Beschlussfassung im Umlaufverfahren ausgegangen.¹² Zudem ist eine mediale Berichterstattung in diesem Fall nicht möglich, weshalb sich die öffentliche Bekanntmachung regelmäßig auf das jeweilige Ergebnis beschränkt, sodass die tragenden Gründe im Regelfall unbekannt bleiben.¹³ Dies ist aufgrund der erheblichen Bedeutung des Öffentlichkeitsprinzips auch für die demokratische Wahlentscheidung bedenklich.¹⁴ Die Sicherstellung der Handlungsfähigkeit einer Gemeinde kann es hingegen erfordern, dass ein Beschluss im Umlaufverfahren zu treffen ist. Dies sollte jedoch nur in strengen Ausnahmefällen erfolgen, insbesondere um der besonderen Bedeutung des Öffentlichkeitsprinzips Rechnung zu tragen.

Sofern anstelle des Gemeinderats ein Ausschuss entscheidet, so muss dieser spiegelbildlich des Gemeinderats besetzt sein, damit sich dementsprechend die Mehrheitsverhältnisse abbilden und die demokratische Legitimation gewahrt bleibt.

1. Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Drucks. 7/1188)

a) Inhalt

Der Gesetzentwurf Drucks. 7/1188 sieht grundsätzlich einen Dualismus vor. Der Bürgermeister behält im Grundsatz das Eilentscheidungsrecht in § 30 ThürKO. Gleichwohl wird dieses dahingehend beschränkt, dass der Bürgermeister dieses nur ausüben darf, wenn keine Sitzung des Gemeinderates rechtzeitig – selbst unter der verkürzten Ladungsfrist nach § 35 Abs. 2 S. 3 ThürKO – einberufen werden kann oder kein Beschluss nach der neu einzuführenden Dringlichkeitsmöglichkeit nach § 36 Abs. 1a ThürKO-E gefasst wurde.

Nach § 36 Abs. 1a ThürKO-E besteht die Möglichkeit eines Mitgliedes des Gemeinderates einen Antrag dahingehend zu stellen, einen Beschluss in elektronischen oder schriftlichen Verfahren zu

¹¹ Vgl. zu den bestehenden Ausschlussgründen Rücker, in: PdK Th B-1, ThürKO § 40 2.3 sowie 2.4; Gourdet/Heger, KommJur 2020, 165 (167).

¹² Vgl. Geiß, Kommunalrecht, 2020, § 11, Rn. 156; Wacker, NVwZ 2020, S. 922 (923); Gern, Deutsches Kommunalrecht, 3. Aufl. (2003), Rn. 525.

¹³ Thiele, Regeln und Verfahren der Entscheidungsfindung innerhalb von Staaten und Staatenverbindungen, 2008, S. 507.

¹⁴ Deshalb sehen einige Autoren auch das Umlaufverfahren strikt als unzulässig an, Geis, Kommunalrecht, 5. Aufl. (2020), § 11, Rn. 156; Gern, Deutsches Kommunalrecht, 3. Aufl. (2003), Rn. 525.

fassen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass ein solches Umlaufverfahren der vorherigen Zustimmung von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Rates bedarf (S. 3). Faktisch wird der Bürgermeister häufig einen solchen Antrag als Mitglied des Gemeinderates stellen. Erst wenn eine solche Beschlussfassung abgelehnt wird, obliegt dem Bürgermeister das originäre Eilentscheidungsrecht. Zu betonen ist, dass der Bürgermeister somit zunächst prüfen muss, ob die Einhaltung der verkürzten Ladungsfrist möglich ist, ohne dass Nachteile für die Gemeinde bestehen. Wenn dies nicht der Fall ist, muss der Bürgermeister zunächst das Verfahren im Sinne des § 36 Abs. 1a ThürKO durchführen, sofern es sich um eine besondere Ausnahmesituation handelt. Eine solche liegt nach § 36 Abs. 1a ThürKO-E bei Katastrophenfällen nach § 34 des Thüringer Brand- und Katastrophengesetzes (Nr. 1), Pandemien (Nr. 2), Epidemien (Nr. 3) oder sonstigen Fällen höherer Gewalt (Nr. 4) vor.

Handelt es sich jedoch um keine besondere Ausnahmesituation und kann dennoch die verkürzte Ladungsfrist nicht eingehalten werden, obliegt weiterhin dem Bürgermeister – unter den bisherigen Voraussetzungen – das Eilentscheidungsrecht.

Ist das Eilentscheidungsrechts durch den Bürgermeister ausgeübt worden, muss die öffentliche Bekanntmachung der Entscheidung (§ 30 S. 2 ThürKO) sowie die Mitteilung über die Entscheidung selbst, die Gründe für die Eilentscheidung und deren Art der Erledigung erfolgen.

Ist dagegen ein Antrag i.S.d. § 36 Abs. 1a ThürKO gestellt worden, so müssen die Gemeinderatsmitglieder zunächst (Mehrheit der Mitglieder) die Zustimmung zum besonderen Umlaufverfahren mittels Textform abgeben (§ 36 Abs. 1a S. 4 ThürKO). Es findet sodann keine Präsenzsitzung statt, die Entscheidungsfindung erfolgt in einem schriftlichen oder elektronischen Umlaufverfahren, § 36 Abs. 1a S. 1 ThürKO. Für die Beschlussfassung gelten die bisherigen Regelungen.

Aufgrund des Umlaufverfahrens entfällt somit die Präsenzpflcht der Ratsmitglieder, sodass auch keine Öffentlichkeit anwesend sein kann. Da dem Öffentlichkeitsprinzip – wie oben ausgeführt – jedoch ein erheblicher Stellenwert beizumessen ist, ist gleichwohl eine alternative Beteiligungsform zu wählen. Entsprechend sieht § 40 Abs. 3 ThürKO-E vor, dass vor Beschlussfassung die zu behandelnden Angelegenheiten in geeigneter Weise öffentlich bekanntzumachen sind. Nach Beschlussfassung gilt dies für die gefassten Beschlüsse.

Trifft der Bürgermeister Entscheidungen im Rahmen des Dringlichkeitsverfahrens nach § 30 S. 1 ThürKO, so kann der Gemeinderat diese Entscheidung wieder aufheben, sofern noch keine Rechte Dritter erwachsen sind.

Vorstehendes gilt gem. § 108 ThürKO-E sowie § 112 ThürKO auch für den Landrat bzw. Kreistag.

b) Kritik

aa) Die Kritik an dem Vorschlag liegt darin, dass – sofern der Antrag nach § 36 Abs. 1a ThürKO gestellt und mehrheitlich angenommen wird – automatisch eine persönliche Anwesenheit der Gemeinderatsmitglieder ausscheidet. Alternative Durchführungsmöglichkeiten, die möglicherweise eine stärkere Öffentlichkeitsbeteiligung gewährleisten, scheiden damit aus (bspw. die Direktübertragung der Sitzung über das Internet).

bb) Anknüpfend an die fehlende Öffnung der ThürKO für digitale Sitzungsformen folgt die Kritik am Umlaufverfahren:

Die Willensbildung in einer Gemeinde erfolgt durch Abstimmungen. An der Abstimmung können sich nur Mitglieder beteiligen, die an der Sitzung auch tatsächlich teilnehmen, eine Vertretung ist nicht möglich.¹⁵ Die offene Abstimmung stellt den Grundsatz in einer Sitzung des Gemeinderats dar, § 39 Abs. 1 S. 4 ThürKO, die geheime Abstimmung ist zwar möglich (mit einfacher Mehrheit), bildet jedoch den Ausnahmefall.¹⁶

Das Umlaufverfahren kann dazu geeignet sein, eine vertiefte inhaltliche Urteilsbildung eines Ratsmitgliedes über eine Sachentscheidung zu ermöglichen, da das Mitglied ohne äußere Einflüsse entscheiden kann. Gleichwohl findet gerade keine mündliche Beratung der jeweiligen Tagesordnungspunkte oder Themen statt. Die Gemeinderäte erhalten somit keine Kenntnis von den jeweiligen Einschätzungen und Meinungsäußerungen der übrigen Mandatsträger.¹⁷ Das Verfahren ähnelt somit formal der geheimen Abstimmung. Dies kann dazu führen, dass aufgrund fehlenden inhaltlichen Austausches auch einige Gemeinderatsmitglieder unzureichend informiert bleiben.¹⁸ Das Umlaufverfahren hat jedoch den Vorteil, dass es schneller vonstattengeht und den Gemeinderat entlasten kann.¹⁹ Dieser Vorteil überwiegt allerdings nicht die verfassungsrechtliche Bedeutung des Öffentlichkeitsgrundsatzes. Das Umlaufverfahren ist, wie bereits dargestellt, intransparent und erfüllt die Kontroll- und Legitimationsfunktion durch die Öffentlichkeit nicht.²⁰ Bei parlamentarischen Entscheidungen stellen zudem der politische Diskurs (Rede- und Gegenrede, spontane Änderungen) und die Zuordnung einer Abstimmungsentscheidung für den Wähler elementare Parameter dar, die durch das Umlaufverfahren nicht (ausreichend) erfüllt werden können.²¹ Das Umlaufverfahren sollte daher in seiner Beschleunigungsfunktion gerade nur dann eingreifen, wenn dies zwingend notwendig ist.

¹⁵ Lange, Kommunalrecht, 2013, Kap. 7, Rn. 155.

¹⁶ Rücker, in: PdK Th B-1, § 39, Erl. 9 und 10.

¹⁷ Anderheiden, VerwArch 97 (2006), S. 165 (168).

¹⁸ Thiele, Regeln und Verfahren der Entscheidungsfindung innerhalb von Staaten und Staatenverbindungen, 2008, S. 507.

¹⁹ Anderheiden, VerwArch 97 (2006), S. 165 (172).

²⁰ Lange, Kommunalrecht, 2013, Kap. 7, Rn. 157.

²¹ So auch Lück, LKV 2020, 201 (207).

Diese Wertung bestätigen auch die existierenden Regelungen zum Umlaufverfahren in den anderen Gemeindeordnungen. Sowohl in Sachsen (§ 39 Abs. 1 S. 2 SächsGemo) als auch in Baden-Württemberg (§ 37 Abs. 1 S. 2 GemO BW) ist ein Umlaufverfahren nur bei Gegenständen einfacher Art zulässig. Ein solcher liegt vor, wenn er von geringer Bedeutung ist und weder einer Erläuterung noch einer Beratung bedarf.²² Seine tatsächlichen und rechtlichen Hintergründe und Auswirkungen müssen ohne weiteres erkennbar sein.²³ Gegenstände, die nicht Ausschüssen übertragen werden können, zählen nicht zu den einfachen Entscheidungen.²⁴ Indem die Regelung des § 36 Abs. 1a ThürKO-E jedoch gestattet, jedwede Entscheidungen im Umlaufverfahren in Ausnahmesituationen treffen zu können, kann bei komplexen Entscheidungen die Öffentlichkeit nicht ausreichend beteiligt werden. Die Einführung eines Umlaufverfahrens in der vorgeschlagenen Form begegnet daher erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken. Denkbar ist es, die Gegenstände, über die im Umlaufverfahren abgestimmt werden darf, einzugrenzen.²⁵ Weiterhin müsste zur Sicherstellung der Öffentlichkeit die Möglichkeit bestehen, auf die Begründungen der sachbezogenen Anträge als auch – sofern es sich um eine offene Abstimmung handelt – die Voten der Ratsmitglieder zugreifen zu können.²⁶ Es besteht überdies die Gefahr, dass bei Verfahren in Textform (bspw. durch formlose E-Mail) als auch im schriftlichen Verfahren nicht sichergestellt ist, dass stets das gewählte Gemeinderatsmitglied abstimmt. E-Mail-Verfahren sind allgemein dem Missbrauch zugänglich. Es ist darauf hinzuweisen, dass Antrags- (insbesondere das Änderungsantragsrecht), Rede- und Fragerechte²⁷ auch im Umlaufverfahren nicht ausgeschlossen sind.²⁸ Nicht zuletzt könnte die Gefahr bestehen, dass von Anträgen oder Stellungnahmen in schriftlicher Form als Ausprägung des Rederechts, wenn inhaltlicher Widerspruch oder Nachfragen bestehen, eher abgesehen wird, um das Verfahren nicht zu verlangsamen.²⁹ Die Ausübung der mitgliedschaftlichen Rechte ist jedenfalls im Umlaufverfahren größeren praktischen Schwierigkeiten ausgesetzt.

cc) Indem auch in Ausnahmefällen stets der gesamte Gemeinderat an der Entscheidungsfindung beteiligt ist, ist davon auszugehen, dass darunter die Schnelligkeit dieser leidet.

²² Brenndörfer, in: Dietlein/Pautsch, BeckOK Kommunalrecht Baden-Württemberg, 10. Edition (01.07.2020), § 37 GemO, Rn. 2.

²³ Brenndörfer, in: Dietlein/Pautsch, BeckOK Kommunalrecht Baden-Württemberg, 10. Edition (01.07.2020), § 37 GemO, Rn. 2.

²⁴ Brenndörfer, in: Dietlein/Pautsch, BeckOK Kommunalrecht Baden-Württemberg, 10. Edition (01.07.2020), § 37 GemO, Rn. 2.

²⁵ So z.B. auch in § 8 BbgKomNotV.

²⁶ Dies kann bspw. durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen.

²⁷ Lange, Kommunalrecht, Kap. 5, Rn. 41; Gern/Brüning, Rn. 649. Für Thüringen ergibt sich dies mittelbar aus den §§ 35 V S. 2 Nr. 2 und 45 I 7 ThürKO.

²⁸ Anderheiden, VerwArch 97 (2006), S. 165 (180).

²⁹ Anderheiden, VerwArch 97 (2006), S. 165 (180f).

dd) In Situationen, in denen über einen längeren Zeitraum keine Sitzungen des Gemeinderats in Präsenz stattfinden können, kann es erforderlich sein, dass Entscheidungen getroffen werden müssen, die zwar keine besondere Eilbedürftigkeit aufweisen, jedoch zur Handlungsfähigkeit der Kommune erforderlich sind. Dies gilt etwa für die Beschlussfassung der Haushaltssatzung. Für Beschlüsse, die eine ausführliche Beratung erfordern, ist das Umlaufverfahren aus den dargestellten Gründen als rechtlich unzulässig zu bewerten. In Ausnahmefällen kann, sofern dies technisch möglich ist, eine digitale Sitzung den Öffentlichkeitsgrundsatz wahren und zugleich die Handlungsfähigkeit der Kommune sicherstellen. Aufgrund der insgesamt fortschreitenden Digitalisierung ist es denkbar, dass auch jenseits von Krisensituationen die Durchführung von digitalen Sitzungen zukünftig Vorteile mit sich bringen kann, etwa aufgrund der vereinfachten Möglichkeit, sich von „Zuhause“ über Kommunalpolitik zu informieren, insbesondere bei Bürgerinnen und Bürgern, die nicht mobil sind.³⁰ Es wird daher empfohlen, zumindest die Möglichkeit einer digitalen Sitzung in Ausnahmefällen in der ThürKO zu normieren. Verfassungsrechtlichen Bedenken begegnet die Durchführung einer Video-Sitzung als Live-Stream grundsätzlich nicht, insbesondere berührt allein die Einrichtung eines Live-Streams die demokratische Willensbildung von Mandatsträgern regelmäßig nicht.³¹ Hinsichtlich der Ausgestaltung einer solchen Regelung sind jedoch gewisse rechtliche Anforderungen zu wahren, u.a. muss sichergestellt sein, dass alle Mitglieder des Gemeinderats an der gesamten Sitzung durch Bild- und Tonübertragung teilnehmen können.³² Um daten- und persönlichkeitsrechtlichen Belangen Rechnung zu tragen, kann die Bild- und Tonübertragung von der Zustimmung aller Mitglieder des Gemeinderats abhängig gemacht oder die Möglichkeit eines Widerspruchs eingeführt werden. Diese Fragen sollen jedoch nicht Gegenstand dieser Stellungnahme sein.

2. Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Drucks. 7/869)

a) Inhalt

Der Gesetzentwurf Drucks. 7/869 überträgt dem Hauptausschuss in besonderen Situationen die Entscheidungsbefugnis über Angelegenheiten, die ansonsten dem Gemeinderat vorbehalten sind. Zudem sieht der Entwurf vor, dass Beschlüsse des Gemeinderats auch in digitaler Sitzung gefasst werden können.

³⁰ S. dazu Lück, LKV 2020, S. 201 (207f).

³¹ Gourdet/Heger, KommJur 2020, S. 165 (167f); Lück, LKV 2020, S. 201 (205f.), in Bezug auf die Einführung von Videositzungen durch die Brandenburgische kommunale Notlagenverordnung (BbgKomNotV), die zur Aufrechterhaltung der kommunalen Handlungsfähigkeit in Folge der SARS-CoV-2-Pandemie erlassen wurde. § 6 BbgKomNotV lautet: „Videositzungen sind Sitzungen der Gemeindevertretung oder des Hauptausschusses, bei denen die gemeinsame Beratung und Beschlussfassung unter Nutzung von Bild- und Tonübertragungen unabhängig vom Sitzungsort erfolgt. Videositzungen sind nur zulässig, wenn alle Sitzungsteilnehmer während der Sitzung ständig und gleichzeitig durch Bild- und Tonübertragung an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen können.“

³² Die Direktübertragung kann über Online-Plattformen erfolgen. Zudem besteht die Möglichkeit, die Sitzung aufzuzeichnen und anschließend der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Nach § 26 Abs. 2a ThürKO-E soll der Hauptausschuss ein (zusätzliches) Eilentscheidungsrecht zugestanden bekommen. Dazu muss dogmatisch eine Ausnahme von dem Verbot der Übertragung von gewissen Angelegenheiten auf entscheidende Ausschüsse gem. § 26 Abs. 1 ThürKO gemacht werden. Voraussetzung für das Eilentscheidungsrecht ist das Vorliegen einer besonderen Ausnahmesituation, die keine Sitzung des Gemeinderats erlaubt. Hinzutreten muss jedoch, dass es ohne Entscheidung zu erheblichen Nachteilen für die Gemeinde kommen könnte.

In allen anderen Fällen, die nicht vom Eilentscheidungsrecht des Hauptausschusses nach § 26 Abs. 2a ThürKO erfasst sind, soll § 39 Abs. 1 S. 7, 8 ThürKO eingreifen. Danach kann die Hauptsatzung bestimmen, dass in besonderen Ausnahmesituationen die Sitzungen des Gemeinderates digital stattfinden können. Die Durchführung einer Präsenzsitzung scheidet somit nicht von vornherein aus, sondern steht im Ermessen. Unklar bleibt jedoch, wer dies entscheidet. Kohärent wäre es, die Entscheidung dem Gemeinderatsvorsitzenden zuzusprechen. Normsystematisch und aufgrund der besonderen Konsequenzen als Eilentscheidungsrecht wäre es geboten, den Regelungen einen eigenen Absatz zu widmen.

Mangels persönlicher Anwesenheit der Gemeinderatsmitglieder bedarf es auch hier einer adäquaten Beteiligung der Öffentlichkeit. Diese sieht § 40 Abs. 4 ThürKO-E dahingehend vor, dass in den Ausnahmefällen im Sinne des § 39 Abs. 1 S. 7 ThürKO eine unverzügliche Übertragung im Internet sicherzustellen ist.

In diesem Regelungszusammenhang steht auch die Einführung des § 40 Abs. 3 ThürKO-E, wonach Übertragungen der Sitzungen überhaupt möglich sind. Damit passt sich die Regelung schon bestehenden Vorschriften an, z.B. in Hessen (§ 52 Abs. 3 HGO) oder Niedersachsen (§ 64 Abs. 2 NKomVG).

b) Kritik

aa) Aus Bestimmtheitserwägungen wäre es sinnvoll, die Ausnahmefälle, die das Eilentscheidungsrecht des Hauptausschusses begründen sollen (§ 26 Abs. 2a), näher zu definieren.

bb) Der Hauptausschuss ist nach den bisherigen Regelungen nicht spiegelbildlich des Gemeinderates besetzt, vgl. § 26 Abs. 1 S. 3 ThürKO. Die Zuweisung eines Eilentscheidungsrechts an ihn ist deshalb aus demokratietheoretischen Erwägungen bedenklich.

cc) Ein Hauptausschuss ist erst ab Gemeinden mit 1000 Einwohner einzurichten, § 26 Abs. 1 S. 3 ThürKO. Bis zu 1000 Einwohner besteht der Gemeinderat nur aus 8 Mitgliedern, § 23 Abs. 3 ThürKO, bis 500 Einwohnern aus 6 Mitgliedern und entspricht damit ungefähr den Teilnehmerzahlen des Hauptausschusses. In diesen Fällen läuft das Eilentscheidungsrecht ins Leere. Zudem ist es fragwürdig, ob die Zuweisung an den Hauptausschuss überhaupt sinnvoll ist. Die zugewiesenen

Kompetenzen des Entwurfs sollen im Eilentscheidungsfall vorrangig auf Abgaben- bzw. Haushaltsthemen liegen. Ein Finanzausschuss ist jedoch nicht verpflichtend vorgeschrieben, sondern liegt im Ermessen des die Geschäftsordnung beschließenden Gemeinderates. Gleichwohl ist gerade in den größeren Gemeinden seine Einrichtung empfehlenswert und wird auch in der Muster-Geschäftsordnung des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen in § 19 vorgesehen.³³ Dies ist zudem auch sinnvoll, denn die Fragen des gemeindlichen Haushalts sind rechtlich und praktisch sehr kompliziert, sodass es naheliegend ist, diejenigen Gemeinderatsmitgliedern damit zu befassen, die entsprechende Expertise haben. Sicherlich kann der Finanzausschuss dem Hauptausschuss angegliedert werden, zwingend ist dies jedoch nicht.

dd) Auch die Ausgestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung lässt gewisse Kritik zu. Die ausschließliche Komponente der unverzügerten Übertragung im Internet innerhalb des Öffentlichkeitsprinzips kann zu Problemen in der Umsetzung führen, wenn die Gemeinde bzw. der Gemeinderat nicht die Strukturen oder finanziellen Kapazitäten hat.

ee) Die Regelungen dieses Gesetzentwurfs verfolgen von ihrem Sinn und Zweck grundsätzlich nicht den Zweck, schnellere Entscheidungen zu produzieren, sondern dienen vielmehr nur dazu, die Handlungsfähigkeit des Gemeinderates in Ausnahmesituationen sicherzustellen.

ff) Systematisch wären die Verfahrensmodifikationen sinnvollerweise in § 36 ThürKO zu regeln, da es zwar um die Modalitäten der Beschlussfassung geht, diese aber schon vor der Sitzung festgelegt werden müssen.

3. Gesetzentwurf der Fraktion der FDP (Drucks. 7/651)

a) Inhalt

Der Gesetzentwurf Drucks. 7/651 gestaltet das Eilentscheidungsrecht dreigliedrig. Zunächst soll – entgegen der bisherigen Konzeption – der Hauptausschuss in Ausnahmefällen zur Beschlussfassung (und nicht mehr der Gemeinderat) berechtigt sein, § 30a Abs. 1 S. 1 ThürKO-E. Konsequenz ist die Änderung des § 26 Abs. 1 S. 3 ThürKO-E, wonach auch der Hauptausschuss spiegelbildlich zum Gemeinderat besetzt sein muss. Erst wenn die Einberufung des Hauptausschusses ebenfalls nicht möglich ist, verbleibt das Eilentscheidungsrecht beim Bürgermeister. Für Entscheidungen des Hauptausschusses steht dem Bürgermeister ein Beanstandungsrecht nach § 44 ThürKO zu. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind den Gemeinderatsmitgliedern oder den Mitgliedern des zuständigen Ausschusses unverzüglich mitzuteilen, wenn von dem Eilentscheidungsrecht in Ausnahmefällen Gebrauch gemacht wurde, § 30a Abs. 4 ThürKO-E. Auch hier sollte überlegt werden, ob es einer bestätigenden Entscheidung durch den gesamten Gemeinderat

³³ Rücker, in: PdK Th B-1, § 26 ThürKO 2 Erl.

bedarf. Ein möglicher Vorschlag als Abs. 5 oder Abs. 4 S. 2 könnte lauten: „Der Gemeinderat kann in seiner nächsten Sitzung die Eilentscheidung wieder aufheben, soweit nicht durch ihre Ausführung bereits nicht mehr rückgängig zu machende Rechte Dritter entstanden sind.“

Das Bürgermeister-Entscheidungsrecht aus § 30 ThürKO bestünde, sofern die Einladungsfristen nicht abgewartet werden könnten.

Weiterhin besteht die Möglichkeit, in Ausnahmefällen, wenn die Durchführung einer Präsenzsitzung Gefahren für die Gesundheit oder das Leben der Teilnehmer begründet, eine digitale Sitzung abzuhalten, § 36 Abs. 4 S. 1 ThürKO-E. Dies gilt sowohl für den Gemeinderat als auch für die Ausschüsse über den Verweis des § 43 Abs. 1 S. 4 ThürKO.

Ist eine Telefon- oder Videokonferenz nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich, soll die Option bestehen, ein Umlaufverfahren durchzuführen (§ 36 Abs. 4 S. 2 ThürKO-E). In diesem Fall bedarf es aber der Zustimmung von vier Fünftel der Mitglieder des gesamten Rates (§ 36 Abs. 4 S. 2 ThürKO-E).

Alle getroffenen Entscheidungen (in einer Videokonferenz oder im Umlaufverfahren) sind dem Rat in der nächsten Sitzung vorzulegen, § 36 Abs. 4 S. 3 ThürKO-E. Der Sinn dieser Vorschrift bleibt unklar, da im Grundsatz der gesamte Gemeinderat auch in der digitalen Sitzung die Möglichkeit der Beteiligung hatte. Zudem kann die nächste Sitzung des Gemeinderates potentiell auch noch digital stattfinden. Soll diese Vorschrift für Ausschussentscheidungen gelten, die über die Verweisung des § 43 ThürKO auch den § 36 ThürKO erfasst, wäre eine Klarstellung dahingehend sinnvoll, dass die Bestätigungspflicht nur für solche Entscheidungen gilt, die im Ausschuss getroffen wurden. Ist Zweck der Vorschrift, alle Entscheidungen, die im Umlaufverfahren zu treffen sind, nochmals zu bestätigen, dann wäre es sinnvoll, zu ergänzen, dass die Entscheidungen in der nächstmöglichen Präsenzsitzung erneut vorzulegen sind.

Als Maßnahme zur Öffentlichkeitswahrung soll gem. § 40a ThürKO-E entweder die Möglichkeit der ortsüblichen Bekanntmachung des Sitzungsprotokolls oder die Veröffentlichung in elektronischen Medien als Film- oder Tondateien bzw. auf dem Wege der Direktübertragung erfolgen.

b) Kritik

aa) Nicht jede Gemeinde hat einen Hauptausschuss. Notwendig wäre die Anordnung, dass in allen Gemeinden ein Hauptausschuss zu errichten wäre. Dies ist jedoch bei Gemeinden mit nur 8 Gemeindevertretern u.U. nicht gewünscht. Nach dem hessischen Kommunalrecht, das den Finanzausschuss unabhängig von der Größe der Gemeinde als Pflichtausschuss vorsieht, hat die kleinste Gemeinde (bis zu 3.000 Einwohnern) mind. 11 Gemeindevertreter (vgl. § 38 Abs. 2 S. 2 HGO). Existiert also kein Hauptausschuss, wäre gem. § 30a Abs. 2 ThürKO-E der Bürgermeister Inhaber

des Eilentscheidungsrecht, sofern die Ladungsfristen nicht eingehalten werden können. Am Beispiel einer kleinen Gemeinde (bis zu 500 Einwohnern), die nur 6 Gemeinderatsmitglieder hat (vgl. § 23 Abs. 3 ThürKO) leuchtet es dagegen nicht ein, dem Bürgermeister das Eilentscheidungsrecht zuzusprechen, wenn der Gemeinderat selbst entscheidungsfähig wäre, also eine ordnungsgemäße Sitzung (ggf. im Umlaufverfahren oder als digitale Form) möglich wäre.

bb) Der Begriff der Ausnahmefälle, in denen sowohl das Eilentscheidungsrecht des Hauptausschusses als auch die Möglichkeit der digitalen Sitzungen bestehen bzw. das Umlaufverfahren eingreifen soll, sollte wegen des Bestimmtheitsgebots konkretisiert werden. Der Wortlaut „Ausnahmefälle wie Katastrophenfälle“ ist sehr unbestimmt. Zudem wäre unklar, ob eine Pandemie als Katastrophenfall einzustufen wäre. Der Anlass des Gesetzesentwurfs ist ausweislich seiner Begründung jedoch das Corona-Virus.

cc) Zudem besteht bei Umlaufverfahren kein Sitzungsprotokoll. In solchen Fällen wäre daher die Öffentlichkeit nicht ausreichend beteiligt. Es fehlt eine öffentliche Bekanntgabe der Beschlüsse, welche zwingend notwendig ist. Die Anwendung des § 40 ThürKO scheidet gerade wegen des klaren Wortlauts aus. Es müsste eine Regelung hinzugefügt werden, dass nicht nur das Sitzungsprotokoll, sondern auch die Beschlüsse (ggf. in Verbindung mit den Voten der Abstimmenden) ortsüblich bekanntgegeben werden müssen. Hinsichtlich der Kritik der Umlaufverfahren ist auf den Entwurf von den Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN zu verweisen.

4. Allgemeine Ausführungen zu der Zuständigkeitsfrage

Alle drei Organe (Gemeinderat, (Haupt-)Ausschuss oder Bürgermeister) mit der Entscheidung in Eil- bzw. Ausnahmefälle zu betrauen, begegnet im Grundsatz keinen rechtlichen Bedenken. Gleichwohl genießen gewisse Organe eine höhere demokratische Legitimation. Zudem ist auf den Zweck der Regelung abzustellen. Ist es Ziel des Gesetzgebungsprozesses, in dringlichen Situationen die Schnelligkeit der Entscheidungsfindung zu verbessern oder soll vordergründig die Funktionsfähigkeit der Organe sichergestellt werden?

Nach dem Bundesverfassungsgericht hat der Gesetzgeber darauf zu achten, dass Entscheidungen von den Organen getroffen werden, die dafür nach ihrer Organisation, Zusammensetzung, Funktion und Verfahrensweise über die besten Voraussetzungen verfügen.³⁴

Das demokratische Organ ist der Gemeinderat, welcher auch verfassungsrechtlich vorgesehen ist, vgl. Art. 28 I 2 GG, Art. 95 Thüringische Landesverfassung. Der Rat wird nach einem Verhältniswahlrecht (§ 13 Abs. 1 Thüringer WahlG) gewählt, vertritt somit unterschiedliche Wählergruppen

³⁴ BVerfGE 68, 1 (86); E 95, 1 (15); siehe auch Di Fabio in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts – Band II, 3. Aufl. (2004), § 27, Rn. 10.

und ermöglicht es so, breitere bürgerschaftliche Interessen in den kommunalen Willensbildungsprozess einzubringen.³⁵ Entscheidungen des Gemeinderates weisen daher eine höhere demokratische Legitimation auf. Dies ersetzt auch nicht die Direktwahl des Bürgermeisters. Verfassungsrechtlich hat der Gemeinderat eine Vorrangstellung, da er die Interessen der gesamten Gemeinde vertritt.³⁶ Damit ein Ausschuss die Eilentscheidungskompetenz zugewiesen bekommen kann, ist eine spiegelbildliche Besetzung erforderlich, um demokratischen Anforderungen gerecht zu werden. Der Ausschuss bietet den Vorteil, dass damit schneller Entscheidungen getroffen werden können. Sind keine Einladungsfristen in diesem Fall vorgesehen, besteht auch die höhere Wahrscheinlichkeit, dass der Ausschuss aufgrund kleinerer Mitgliederzahlen vollzählig ist. Komplexe Entscheidungen bedürfen dagegen stets der demokratischen Legitimation des Gemeinderates, weshalb auch bei Ausschussentscheidungen eine Bestätigungsregelung durch den gesamten Gemeinderat vorzusehen ist.

Liegt jedoch der Fokus auf der Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Gemeinderates auch in Ausnahmesituationen (ohne zwingend auch eine schnellere Entscheidung treffen zu wollen), ist darauf zu achten, dass dessen Funktionen als Quasi-Parlament, die Sicherstellung der öffentlichen Debatte zum Zwecke der Artikulation und Darlegung der verschiedenen Meinungen sowie die Vermittlung der Meinungsbildung an die Öffentlichkeit, gewährleistet bleiben.

Entscheidungen des Bürgermeisters dagegen sind im Vergleich zu solchen der Ausschüsse oder des Rats grundsätzlich schneller und mit einem Wissensvorsprung zu treffen, unterliegen im Regelfall jedoch keiner demokratischen Legitimation. Deshalb ist es sinnvoll, auch in Eilsituationen im Grundsatz eher den demokratisch legitimierten Organen die Entscheidungskompetenz zuzuweisen. Dies gilt insbesondere für den Satzungserlass.

5. Anwendung des Eilentscheidungsrechts nur in Ausnahmefällen

Hinsichtlich der Ausgestaltung ist darauf zu achten, dass die besonderen Verfahren nicht genutzt werden, um auf Dauer vom parlamentarischen Regelverfahren (Befassung des gesamten Gemeinderates) abzuweichen. Es ist darauf hinzuweisen, dass das Vorliegen der Voraussetzungen des Eilentscheidungsrechts (insbesondere das Vorliegen der Ausnahmesituation, die allen Entwürfen gemein ist) durch eine Fraktion voll gerichtlich überprüfbar ist.³⁷ Ein weitergehendes Erfordernis der Feststellung des Ausnahmefalls im Einvernehmen mit einer übergeordneten Instanz (vergleichbar mit § 30a Abs. 3 ThürKO-E der Drs. 7/651) kann dem Ausnahmecharakter des Eilentscheidungsrechts Rechnung tragen. Erforderlich ist zugleich eine, dem Bestimmtheitsgebot entsprechende, Konkretisierung des Begriffs Ausnahmezustand, welcher die Rechtsfolgen des Eilentscheidungs-

³⁵ Lange, Kommunalrecht, 2013, Kap. 4, Rn. 61.

³⁶ Ott, Der Parlamentscharakter der Gemeindevertretung, 1994, S. 146.

³⁷ VGH Mannheim, NVwZ 1993, 396 (396); Gourdet/Heger, KommJur 2020, 165 (166).

recht auslösen soll. Ein Mehrheitserfordernis für die Zulassung eines Umlaufverfahren i.S.e. einfachen absoluten Mehrheit (wie in § 36 Abs. 1a ThürKO-E der Drs. 7/1188) kann – abhängig von den politischen Mehrheitsverhältnissen – u.U. dazu führen, dass das Umlaufverfahren auch entgegen der gesetzgeberischen Intention zur Anwendung kommt. Hierfür könnte – unter Berücksichtigung der rechtlichen Bedenken eines Umlaufverfahrens – ein stärkeres Mehrheitserfordernis (i.S.e. 2/3-Mehrheit) normiert werden.

Frankfurt am Main, 2. September 2020

Alexander Heger
(Lehrstuhl Prof. Dr. Dr. Hofmann)

Sascha Gourdet
(Lehrstuhl Prof. Dr. Kadelbach)

Prof. Dr. Dr. Rainer Hofmann

Prof. Dr. Stefan Kadelbach

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/651 - Neufassung - Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/869 - und Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/1188 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Verband Thüringer Wohnungswirtschaft e.V.</td> <td>Verband</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Regierungsstr. 58</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verband Thüringer Wohnungswirtschaft e.V.	Verband	Geschäfts- oder Dienstadresse	Regierungsstr. 58	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Verband Thüringer Wohnungswirtschaft e.V.	Verband										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Regierungsstr. 58										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										

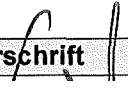
THÜR. LANDTAG POST
28.09.2020 09:48

22864/2020

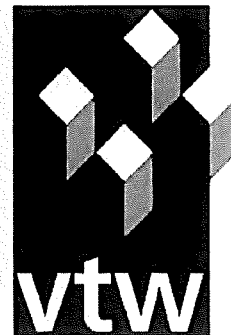
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Interessenvertretung unserer Mitglieder (Wohnungsunternehmen)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	1. §71 Abs. 2 ThürKO Der Begriff „öffentlicher Wohnungsbau“ sollte mit „Wohnraumversorgung“ oder „kommunaler Wohnbau- und Wohnraumversorgung“ ersetzt bzw. ergänzt werden. 2. §71 Abs. 5 ThürKO Die Erbringung von Leistungen der kommunalen Wohnungsunternehmen außerhalb des Gemeindegebiets sollte erleichtert werden. 3. §73 Abs. 1 S.2 und §73 Abs. 2 neu ThürKO Die Regelungen verstoßen gegen Bundesrecht und sind verfassungswidrig. 4. §71 Abs. 2 Ziffer 4 ThürKO Die „strenge Subsidiaritätsklausel“ soll durch eine „einfache Subsidiaritätsklausel“ ersetzt werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
24.09.20	

Die Wohnungswirtschaft Thüringen



vtw-Stellungnahme

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze

**Gesetzesentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜND-
NIS 90/Die GRÜNEN**

– Drucksache 7/1188 vom 08.07.2020 –

**Schriftliches Anhörungsverfahren des Innen- und Kommu-
nalausschusses des Thüringer Landtages gemäß §§ 79 und
112 Abs. 4 der Geschäftsordnung
des Thüringer Landtages**

10.09.2020

vtw

Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V.

Regierungsstraße 58

99084 Erfurt

Tel.: 0361 34010-0

Fax: 0361 34010-233

E-Mail: info@vtw.de

Inhalt

Präambel	2
1. Einleitung	3
2. Stellungnahme	4
2.1. zu 25. der Drucksache 7/1188	4
2.2. zu 26. der Drucksache 7/1188	8
2.3. § 71 Abs. 2 Ziffer 4 ThürKO	11
2.4. § 75 Abs. 4 Ziffer 1 ThürKO	11

Präambel

Im Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e. V. (vtw) haben sich 217 Mitgliedsunternehmen, darunter 177 Wohnungsunternehmen, zusammengeschlossen. Nahezu jeder zweite Mieter in Thüringen wohnt bei einem Mitgliedsunternehmen des vtw. Seit 1990 investierten vtw-Mitglieder über 13 Milliarden Euro überwiegend in den Wohnungsbestand. Gemeinsam bewirtschaften sie fast 265.000 Wohnungen in Thüringen.

1. Einleitung

Mit Schreiben des Innen- und Kommunalausschuss des Thüringer Landtages vom 20.07.2020 wurde der Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e. V. (vtw) aufgefordert bis zum 18.09.2020 zu folgenden Gesetzesentwürfen Stellung zu nehmen:

- Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung
Gesetzesentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 7/651
- Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung
Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 7/869
- Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze
Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 7/1188 vom 08.07.2020

Der vtw hat sich inhaltlich auf die Regelungen der §§ 71 ff der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO), die die kommunalen Wohnungsunternehmen betreffen, konzentriert.

Da Änderungsvorschläge, die die §§ 71 ff ThürKO betreffen lediglich im Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 7/1188), enthalten sind, bezieht sich die vorliegende vtw-Stellungnahme lediglich auf diesen Gesetzesentwurf.

Ein besonderes Dankeschön geht an die Mitglieder unseres Fachausschusses Rechtsfragen des vtw und den Geschäftsführern unserer kommunalen Wohnungsunternehmen der Arbeitsgemeinschaft Kommunaler Wohnungsunternehmen des vtw, die mit Ihren Anmerkungen und Hinweisen maßgeblich zur vorliegenden Stellungnahme beigetragen haben.

2. Stellungnahme

2.1. zu 25. der Drucksache 7/1188

§ 71 ThürKO wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 2 werden nach den Worten „im Bereich“ die Worte „der Gesundheitsversorgung und –vorsorge, des öffentlichen Personennahverkehrs, des öffentlichen Wohnungsbaus sowie...“ eingefügt.

Wir schlagen vor,

den Begriff des öffentlichen Wohnungsbaus zu ersetzen bzw. zu ergänzen

- mit „Wohnraumversorgung“ oder
- kommunaler Wohnungsbau- und Wohnraumversorgung oder
- es bei dem weiten Begriff der Daseinsvorsorge zu belassen.

Begründung:

Die Tätigkeit der kommunalen Wohnungsunternehmen bzw. die kommunale Wohnungswirtschaft wird bereits ohne konkrete Erwähnung unter den Begriff der „Daseinsvorsorge“ subsumiert. Insofern könnte es auch bei der ursprünglichen Fassung bleiben.

Durch die ausdrückliche Ergänzung des § 71 Abs. 2 Satz 2 mit „öffentlichen Wohnungsbau“ steht zu befürchten, dass es zu einem deutlich restriktiveren Verständnis des Privilegierungstatbestandes kommt. Auf den weiten Begriff der „Daseinsvorsorge“ könnte wegen der ausdrücklichen Regelung dann nicht mehr zurückgegriffen werden.

Im Übrigen ist der Begriff „öffentlich“ zu unbestimmt. Auch kommunale Unternehmen handeln auf privatrechtlicher Grundlage. Zudem könnte er so ausgelegt werden, dass nur noch der soziale Wohnungsbau privilegiert ist. Der Fokus auf „öffentlich“ könnte zur Auslegung führen, dass künftig kommunale Unternehmen mittelpreisige Grundstücksentwicklungen nicht mehr durchführen können, um das Gesamtportfolio auszugleichen bzw. zu stabilisieren. Um soziale Wohnraumversorgung wirtschaftlich zu ermöglichen und Segregation zu vermeiden, ist eine Durchmischung des Gebäudebestandes mit verschiedenen Preiskategorien erforderlich. Ist damit nur der Bau von Wohnungen mit öffentlichen Fördermitteln gemeint oder auch der generelle Bau von Wohnungen durch kommunale Wohnungsunternehmen, finanziert zum Beispiel durch Eigenmittel oder Privatkredite? Was ist mit der Verwaltung von Wohnungen?

Besser wäre daher „kommunal“ anstelle von „öffentlich“.

Der Begriff „Wohnungsbau“ ist ebenfalls verkürzt. Im Kern muss die Öffnungsklausel alle Formen der Bereitstellung von Wohnraum durch kommunale Unternehmen erfassen, nicht nur den Bau.

Ferner besetzen kommunale Unternehmen als Annexaufgaben auch Themen, die nicht unmittelbar, aber mittelbar der Daseinsvorsorge und Stabilisierung der Wohninfrastruktur dienen. Auch dies konnte bisher noch als Annexkompetenz unter der Daseinsvorsorge zugehörig verstanden werden. Der neue spezielle Tatbestand „öffentlicher Wohnungsbau“ lässt dafür kaum noch Raum.

Vorzugswürdig wäre daher eine Ergänzung mit dem Begriff „Wohnraumversorgung“ bzw. **kommunale Wohnungsbau- und Wohnraumversorgung.**

In diesem Fall sollte in der Gesetzesbegründung zumindest erwähnt werden, dass auch (Neben-)Tätigkeiten zulässig sind, die der Sicherstellung der Wohnraumversorgung und stabiler und gesunder Wohnverhältnisse dienen.

b) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Die Gemeinde darf mit ihrem Unternehmen außerhalb des Gemeindegebiets nur tätig werden, wenn dafür die Voraussetzungen der Absätze 2 und 3 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind **Bei Erbringung von Gesundheitsleistungen außerhalb des Gemeindegebiets gelten die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaft als gewahrt, wenn dieser die beabsichtigte Betätigung in ihrem Gebiet vor Beginn angezeigt wurde und sie ihr nicht innerhalb eines Monats nach Eingang der Anzeige widersprochen hat.** Tätigkeiten außerhalb des Gemeindegebiets sind von der Rechtsaufsichtsbehörde zu genehmigen;“

Wir schlagen vor,

die Erbringung von Leistungen der kommunalen Wohnungsunternehmen außerhalb des Gemeindegebiets zu erleichtern und **keiner Genehmigungspflicht noch einer Anzeigepflicht** der Rechtsaufsichtsbehörde zu unterwerfen.

Alternativ schlagen wir vor, für die Tätigkeiten der kommunalen Wohnungsunternehmen eine vergleichbare Regelung, wie für die Gesundheitsleistungen vorzusehen. Damit wäre anstelle einer Genehmigung lediglich eine Anzeige bei der Rechtsaufsichtsbehörde erforderlich.

Begründung:

Aufhebung der Genehmigungspflicht durch die Rechtsaufsichtsbehörde

Unsere kommunalen Wohnungsunternehmen halten die Erleichterung einer grenzüberschreitenden Tätigkeit und damit einer Aufhebung der Genehmigungspflicht durch die Rechtsaufsichtsbehörde für notwendig.

Selbstverständlich erfolgt eine überregionale Tätigkeit immer im Einvernehmen beider betroffenen Kommunen.

Aufgrund der zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung vieler Wohnungsunternehmen, sollte die Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets und die Kooperation mit kommunalen Wohnungsunternehmen anderer Gemeindegebiete **erleichtert geregelt** werden. Der Gesetzgeber sollte kein Interesse daran haben, dass einzelne kommunale Unternehmen künftig ihren Auftrag der sozial verantwortbaren Wohnraumversorgung nicht mehr nachkommen können und Unterstützung „von außen“ von einer Einzelfallentscheidung mit ggf. sehr restriktiven Bedingungen abhängig ist. Die Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde könnte dann ggf. erst erfolgen, wenn es für deutlich mildere Maßnahmen „auf Augenhöhe“ zweier Unternehmen schon zu spät ist. Kooperationen zur Stabilisierung und Optimierung der Wohnraumversorgung müssen sehr früh möglich sein, auch wenn eines der Unternehmen noch nicht notleidend ist.

Für eine Erleichterung der Tätigkeit von Wohnungsunternehmen außerhalb des Gemeindegebiets ohne Genehmigungs- und Anzeigepflicht, sprechen auch andere Gemeindeordnungen im Bundesgebiet, so z.B. **die Gemeindeordnung aus Rheinland-Pfalz**. Hiernach ist die Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets eines wirtschaftlichen Unternehmens auch ohne Anzeige und Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde zulässig, wenn die Voraussetzungen des..... (in Thüringen § 71 Abs. 2 Ziffer 1-4) erfüllt sind und die berechtigten Interessen aller hiervon unmittelbar betroffenen Gemeinden gewahrt sind.

Die genehmigungsfreie, jedoch mit allen beteiligten Kommunen einvernehmlich abgestimmte Ermöglichung einer überregionalen Unterstützung ist, gerade in Anbetracht der demografischen Prognose in Thüringen zur Erhaltung der Wohnraumversorgung, breiter Schichten der Bevölkerung zu sozialverträglichen Bedingungen **und der Erhaltung gleichwertiger Lebensbedingungen im ländlichen Raum** von großer Bedeutung. Anderenfalls ist es den kommunalen Unternehmen nur erschwert möglich, hier durch Zusammenschlüsse oder Kooperationen im Sinne **der Bildung von Netzwerken mit entsprechenden Kompetenzzentren** zu helfen.

Gerade kleine Gemeinden im ländlichen Raum mit Wohnungsbeständen benötigen fachgerechte Unterstützung bei **der Verwaltung ihrer Wohnungen**. Oftmals sind diese kleinen Einheiten weder vom Know-how noch personell in der Lage sachgerecht zu verwalten. Den Gemeinden wäre es strukturell und finanziell nicht möglich, die Gemeindeverwaltung in dieser Hinsicht „aufzurüsten“. Kleine Kommunen können die ständig steigenden Anforderungen an eine Immobilienverwaltung irgendwann nicht mehr leisten, weder personell noch finanziell. Und nicht wenige von Ihnen wären froh, ihren Bestand an, in der Nähe befindliche Kommunen bzw. deren Wohnungsgesellschaften abzugeben oder durch diese verwalten zu lassen. Durch die Verwaltung eines erfahrenen anderen kommunalen Wohnungsunternehmens würden die Immobilien in der öffentlichen Hand bleiben und die Kommune könnte weiterhin ihre Aufgabe im Rahmen der Daseinsvorsorge erfüllen. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels verfügen viele kommunale Wohnungsunternehmen über das notwendige Fachwissen und die Erfahrung für eine gute fachlich hochqualifizierte Wohnungsverwaltung. Diese Kapazitäten sollten grenzüberschreitend genutzt werden. Dies trägt auch erheblich dazu bei, spekulativen „Heuschrecken“ den Weg in die jeweilige Kommune zu verbauen. Kleinere Kommunen, die sich eine Verwaltung ihres kommunalen Wohnungsbestandes nicht leisten können oder wollen, könnten zunehmend eine Privatisierung deren Wohnungsbestandes in Erwägung ziehen (siehe im Ilm-Kreis als jüngstes Beispiel die Stadt Stadtilm) und dies dürfte kaum im allgemeinen kommunalen Interesse liegen.

Es wird in unserer Branche bereits seit einiger Zeit darüber diskutiert, ob **kleinere kommunale Wohnungsunternehmen** (bis 500 Wohnungen) überhaupt noch selbständig ihren Wohnungsbestand wirtschaftlich sowie fachlich kompetent verwalten können. Kleine kommunale Gesellschaften im ländlichen Raum zeigen bereits Interesse an Dienstleistungen benachbarter größerer Unternehmen.

Die Anforderungen an die Wohnungsunternehmen – egal welcher Größe – werden immer größer sowie die Arbeitsaufgaben umfänglicher und diffiziler, die von kleineren Wohnungsunternehmen weder wirtschaftlich noch personell adäquat abgedeckt werden können. Im Hinblick hierauf könnte sich ein Erfordernis zum Abweichen vom Örtlichkeitsprinzip ergeben, einerseits um (größere) kommunale Wohnungsunternehmen wettbewerbsfähig zu halten und wirtschaftlich zu festigen, was nicht zuletzt auch dem kommunalen Gesellschafter zugutekommt. Andererseits bliebe die Verwaltung kleinerer kommunaler Wohnungsbestände in kommunaler Hand und würde die Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit Wohnraum sichern und den ländlichen Raum stärken.

Bei wirtschaftlichen Betätigungen, Verwaltung von kommunalen Wohnungsbeständen außerhalb des Gemeindegebietes, könnte eine allgemeinere Formulierung gewählt werden, etwa „wenn die berechtigten Interessen der Gemeinde der wirtschaftlichen Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets nicht entgegenstehen und dem Gesellschaftszweck des kommunalen Unternehmens, in der Regel die Versorgung einer breiten Schicht der Bevölkerung mit (bezahlbaren) Wohnraum gewahrt bleiben“.

Das interkommunale Anbieten von Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit der Wohnraumversorgung stehen, beugt auch dem **Fachkräftemangel** vor und stärkt sowohl die kommunalen Unternehmen, wie die Kommunen. Ein wirtschaftlich starkes Wohnungsunternehmen ist Voraussetzung für die Erfüllung der vielfältigen Aufgaben des Wohnungsunternehmens auch für die Kommune. Durch Kooperationen entstehen für beide Seiten Synergieeffekte. Gemeinsame Kostenstrukturen führen zu Kostenersparnis. So würde die gemeinsame Nutzung technischer Infrastrukturen, wie z.B. IT-Systeme, zu erheblicher Kostenersparnis führen. Es wird in Zukunft auf die kommunalen Wohnungsunternehmen auch vermehrt Aufgaben aus dem Bereich der öffentlichen Infrastruktur (Schulbewirtschaftung, Kitas usw.) zukommen, was dazu führt, dass man über grenzüberschreitende Kooperationsmodelle nachdenken muss. So könnte der Austausch von Bauleitern oder Projektleiter durchaus interessant sein.

Weiteres Beispiel:

Gründet ein kommunales Wohnungsunternehmen eine Tochter, z.B. für technische Dienstleistungen, so ist der eigene Bestand meist nicht ausreichend, um wirtschaftlich zu sein. In einer benachbarten Kommune besteht Interesse an dieser Dienstleistung. Das dortige Unternehmen bietet über eine Tochter eine andere Dienstleistung an. Beide müssen einen Antrag der Rechtsaufsicht stellen mit offenem Ausgang. Ein unproblematischer Austausch der Dienstleistungen ist nicht möglich. Hier wäre die Aufhebung der Genehmigungspflicht eine große Erleichterung, um wirtschaftliches Handeln im Sinne der Mieter zu ermöglichen.

Im Übrigen übernehmen kommunale Wohnungsunternehmen **vielfältige soziale Aufgaben** innerhalb der jeweiligen Kommune und sorgen damit **für den sozialen Frieden**, auch dies ist nur bei vorhandenen finanziellen Mitteln möglich. Es sollte alles ermöglicht werden, was die Unternehmen wirtschaftlich stärkt.

Alternativvorschlag: Statt Genehmigungsfreiheit, Anzeigepflicht (vgl. oben):

Denkbar wäre alternativ in der neuen Thüringer Kommunalordnung Leistungen der kommunalen Wohnungsunternehmen und damit Wohnraumversorgung außerhalb des Gemeindegebiets sowie (ausdrücklich auch) sämtliche unterstützenden Tätigkeiten (z. B. Geschäftsbesorgung für andere ortsansässige Wohnungsunternehmen oder deren Beratung sowie jegliche Kooperationsformen) **der neu geregelten Gesundheitsversorgung gleichzustellen**. Eine Anzeigepflicht mit Widerspruchsmöglichkeit bei Gemeinde und Rechtsaufsichtsbehörde wäre auch für die Wohnraumversorgung zumindest eine Erleichterung gegenüber der jetzigen Regelung.

2.2. zu 26. der Drucksache 7/1188

§ 73 ThürKO wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

„Dort soll auch bestimmt werden, dass die auf die Gemeinde entfallenen Mitglieder im Aufsichtsrat oder einem vergleichbaren Gremium von der Gemeinde entsandt werden und diese an die Beschlüsse des Gemeinderates gebunden sind, sofern dem gesetzlich nichts entgegensteht.“

Wir schlagen vor,

diese Regelung nicht in die Thüringer Kommunalordnung aufzunehmen. Die Regelung steht nicht im Einklang mit Bundesrecht (GmbHG, AktG). Es bestehen verfassungsrechtliche Bedenken.

Begründung:

Bedenken bestehen gegen eine ausdrückliche Formulierung, dass die Mitglieder des Aufsichtsrates, die in der Regel gleichzeitig Mitglieder des Gemeinderates/Stadtrates sind, im Rahmen ihrer Tätigkeit als Aufsichtsrat für das kommunale Unternehmen die Interessen der Gemeinde zu verfolgen haben, indem sie an Beschlüsse des Gemeinderates gebunden sind (sofern dem gesetzlich nichts entgegen steht).

Dem stehen bereits die einschlägigen bundesrechtlichen Regelungen gemäß Aktiengesetz und GmbH-Gesetz entgegen, nach **denen gesellschaftsrechtlich die Mitglieder des Aufsichtsrates ausschließlich dem Unternehmen verpflichtet** sind. Hier wird eindeutig ein Interessenkonflikt manifestiert und insbesondere in die Entscheidungsfreiheit der Aufsichtsratsmitglieder eines kommunalen Unternehmens unverhältnismäßig eingegriffen.

Die Frage, ob kommunale Aufsichtsratsmitglieder weisungsgebunden sind, ist zwar umstritten, wird höchststrichterlich jedoch grundsätzlich im Sinne einer Weisungsfreiheit beantwortet. Dabei wird auch auf den Vorrang von Bundesrecht GmbHG zu Landesrecht Kommunalordnung abgestellt (Art. 31 GG). Insoweit bestehen verfassungsrechtliche Bedenken in Bezug auf diese Regelung. Die Begründung zur Neuregelung betont selbst den Vorrang des Bundesrechts.

Ferner gibt diese Regelung den Aufsichtsratsmitgliedern, die regelmäßig den inneren Konflikt zwischen Stadtratsmandat und Interessen der Gesellschaft austragen müssen, Steine statt Brot, indem völlig unspezifisch auf „sofern dem gesetzlich nichts entgegensteht“ verwiesen wird. Künftig können die Aufsichtsratsmitglieder demnach nicht mehr von der Weisungsfreiheit ausgehen, sondern müssen in jedem Einzelfall die Frage beantworten, die selbst der Gesetzgeber nicht beantworten konnte, wann es zulässig ist, Weisungen zu beachten und wann nicht.

Wenn mit „gesetzlich“ der Vorrang des GmbHG gemeint ist, dann ist die Regelung obsolet.

b) Nach Absatz 1 wird folgender neue Absatz 2 eingefügt:

„(2) Entfallen auf die Gemeinde im Aufsichtsrat oder einem anderen entsprechenden Gremium mehrere Sitze, erfolgt die Entsendung den Regelungen über die Zusammensetzung der Ausschüsse entsprechend. Auf Vorschlag des Bürgermeisters kann an seiner Stelle ein Beigeordneter, ein Bediensteter der Verwaltung oder ein sachkundiger Dritter entsandt werden.“

Die Mitglieder im Aufsichtsrat oder einem vergleichbaren Gremium haben auch die Interessen der Gemeinde zu verfolgen **und sind an die Beschlüsse des Gemeinderates gebunden, sofern dem gesetzlich nichts entgegensteht**. Sie sollten über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Eignung verfügen. Sofern dies nicht der Fall ist, soll die Gemeinde für die erforderliche Qualifizierung Sorge tragen. Werden von der Gemeinde entsandte Mitglieder aus ihrer Tätigkeit haftbar gemacht, so hat ihnen die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass sie ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben. Auch in diesem Fall ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn die Vertreter nach Anweisung gehandelt haben.“

Wir schlagen vor,

den Halbsatz: „..... und sind an die Beschlüsse des Gemeinderates gebunden, sofern dem gesetzlich nichts entgegensteht.....“ zu streichen.

Begründung:

Die Neuregelung sieht u.a. vor, dass die Mitglieder im Aufsichtsrat „auch“ die Interessen der Gemeinde verfolgen müssen und an die Beschlüsse des Gemeinderates gebunden sind. Hier gilt zunächst das zu Nr. 25 lit. a) Gesagte. Durch die Formulierung „auch die Interessen der Gemeinde“ bleibt offen, wie sich das Aufsichtsratsmitglied verhalten soll, wenn politische/gemeindliche Interessen im Gegensatz zu wirtschaftlichen Zwängen des Unternehmens stehen.

Das Konstrukt eines weisungsgebundenen Aufsichtsrates zur Wahrnehmung der Interessen der Gemeinde, sofern diese nicht reine Kontrollinteressen an ordnungsgemäßer Geschäftsführung sind, steht im Widerspruch zur Funktion dieses Organes als Kontroll- und Überwachungsorgan. Um sonstige Interessen der Gemeinde in den kommunalen Unternehmen durchzusetzen, die nicht im Einklang mit den Interessen des Unternehmens stehen, z. B. ein Beschluss über die Aussetzung gesetzlich möglicher Mieterhöhungen, sollte nicht der Weg über den Aufsichtsrat eröffnet werden, sondern der bereits bestehende GmbHG konforme Weg über eine Weisung an die Geschäftsführer via Gesellschafterbeschluss, der sich wiederum auf einem Stadt-/Gemeinderatsbeschluss gründet. In diesem Fall ist der Geschäftsführer auch von seiner Haftung befreit.

Der Weg von Weisungen oder Beschlüssen über den Aufsichtsrat kann zu erheblichen Konflikten zwischen Geschäftsführung und Aufsichtsrat führen, weil der Aufsichtsrat - anders als der Gesellschafter - dies nicht an den Geschäftsführer weitergeben kann, d. h. der Geschäftsführer muss anders handeln als dem Aufsichtsrat kommunalrechtlich geboten.

Die bisherige Regelung stellt die Einflussnahme der kommunalen Gesellschafter bereits ausreichend sicher. Das Gesellschaftsrecht geht von einem Weisungsrecht der Gesellschafter an den Geschäftsführer und von einer Nichtweisungsgebundenheit des Aufsichtsrates aus. Mit der Neuregelung werden die kommunalen Aufsichtsratsmitglieder in einen Zielkonflikt zwischen Unternehmensinteresse und Gemeindeinteresse gebracht; zum Beispiel, wenn die Gemeinde ein Bauprojekt verwirklicht sehen will, was aber wirtschaftlich unsinnig ist und das Unternehmen stark schwächen würde. Ein daraus resultierender juristischer Streit würde auf dem Rücken des Aufsichtsratsmitgliedes ausgetragen.

Zudem stellt sich die Frage, wie der Vorschlag praktiziert werden soll. Soll vor jeder Entscheidung des Aufsichtsrates auf einen Beschluss des Gemeinderates gewartet werden? Dann ist ein Aufsichtsrat nutzlos, da dieser ja gerade zeitnah Entscheidungen treffen soll, die über die täglichen Entscheidungen der Geschäftsführung hinausgehen, aber nicht so schwerwiegend sind, dass sie einer Entscheidung der Gesellschafterversammlung = Gemeinderat bedürfen. Bei einer Weisungsgebundenheit des Aufsichtsratsmitgliedes würde dieses schon aus Unsicherheit und der Gefahr der eigenen Haftung vor jeder Entscheidung einen Beschluss des Gemeinderates einholen. Der zeitliche Verzug würde die Handlungsfähigkeit der GmbH stark beeinträchtigen, wenn nicht gar verhindern.

Die vorgesehenen Neuerungen, insbesondere das Weisungsrecht des Gemeinderates gegenüber den kommunalen Aufsichtsratsmitgliedern und die vorgeschriebene Besetzung nach den kommunalen Ausschussregelungen lassen den Vorteil der Gründung einer kommunalen GmbH auf Null sinken.

Diese Rechtsform hat den Gemeinden zu ihrem Vorteil ein wirtschaftliches Handeln nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen und unter Einhaltung des GmbHG i.V.m. dem Aktiengesetz ermöglicht. Eine schnelle Reaktion auf veränderte Bedingungen ist durch das umständliche verwaltungsrechtliche Prozedere für Kommunen nicht mehr möglich. Die Wünsche des Stadtrates sind vielfältig und es wird nach Haushaltsjahren gerechnet. Die getroffenen Entscheidungen wirken sich oftmals erst Jahre später als Haftungstatbestände aus, wenn die Stadträte längst nicht mehr alle im Amt sind. Es stellt sich dann die Frage der Haftung.

Gerade bei Eigen- oder Regiebetrieben werden die Steuerung und Kontrollfunktionen vollständig durch den Gemeinderat durchgeführt. Dies soll bei der Gründung eines kommunalen Tochterunternehmens gerade vermieden werden, indem dem GmbH- und Aktiengesetz mit einem dem Wohl der Gesellschaft verpflichteten Aufsichtsrat den Vorrang eingeräumt wird. Wenn eine Kommune eine GmbH gründet, muss diese auch privatwirtschaftlich geführt werden.

Derzeit werden mit dem Aufsichtsrat in der Regel einvernehmliche Entscheidungen herbeigeführt. Der Aufsichtsrat ist der Gesellschaft verpflichtet. Einmal im Jahr erteilt der Stadtrat die Berechtigung für Kreditaufnahmen. Wenn nun der Stadtrat über jedes Bauvorhaben, jede Aktivität des Unternehmens diskutiert, dann ist dies praktisch nicht handhabbar.

Wir schlagen vor,

die Regelung Aufsichtsratsmitglieder entsprechend der Zusammensetzung der Ausschüsse zu entsenden zu streichen.

Begründung:

Diese Bestimmung ist nicht praktikabel. Die Anzahl der Sitze aus dem Gemeinderat ist so beschränkt, dass eine Besetzung des Aufsichtsrates nicht die Gesamtverteilung der einzelnen Stadtratsfraktionen widerspiegeln kann (in Sondershausen werden 3 Mitglieder durch den Stadtrat bestimmt, wobei aktuell 7 Fraktionen bestehen), zudem sollten die Gemeinderäte selbst frei bestimmen können, wen sie in den Aufsichtsrat entsenden. Dies stellt anderenfalls ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar.

Im Übrigen lässt sich hierdurch die berechtigte Forderung nach qualifizierten Aufsichtsratsmitgliedern nicht immer verwirklichen. Wenn bei der Besetzung nur die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat berücksichtigt werden sollen, gehen dann mit hoher Wahrscheinlichkeit wirklich kompetente Mitglieder bei der Besetzung leer aus.

Wir befürworten,

die Regelung, dass Aufsichtsratsmitglieder über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Eignung verfügen sollten. Und die Gemeinde, sofern dies nicht der Fall ist, für die erforderliche Qualifizierung Sorge zu tragen hat.

Begründung:

Da ein Aufsichtsratsmitglied seine Aufgaben nicht durch andere Personen wahrnehmen lassen kann und über komplexe und haftungsträchtige Sachverhalte entscheiden muss, muss es über Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen oder sich aneignen, die es braucht, um die normalerweise anfallenden Geschäftsvorgänge einer kommunalen Gesellschaft (z.B. Wohnungsgesellschaft) auch ohne fremde Hilfe verstehen und sachgerecht beurteilen zu können.

Insofern sind diese vorgesehenen Änderungen zu begrüßen.

2.3. § 71 Abs. 2 Ziffer 4 ThürKO

„4. Der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen anderen erfüllt wird oder erfüllt werden kann....“

Wir schlagen vor,
dieses „strenge Subsidiaritätsklausel“ in ein „einfaches Subsidiaritätsklausel“ zu ersetzen.

Begründung:

Durch das Subsidiaritätsprinzip soll die Privatwirtschaft geschützt werden. Dies ist auch aus dem Grundgesetz herzuleiten. Dennoch ist es gerade in Anbetracht der obigen Ausführungen nicht erforderlich und auch nicht mehr zeitgemäß in Anbetracht des Fachkräftemangels an dem „strengen Subsidiaritätsklausel“ in der Thüringer Kommunalordnung festzuhalten. Viele andere Bundesländer haben bereits die „einfache Subsidiaritätsklausel“ in ihren Kommunalordnungen aufgenommen. **Danach heißt es: „der Zweck nicht besser und wirtschaftlicher durch einen anderen erfüllt wird oder erfüllt werden kann.....“.**

2.4. § 75 Abs. 4 Ziffer 1 ThürKO

„(4) Ist die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts nach § 73 ThürKO beteiligt, so hat sie dafür Sorge zu tragen, dass

- 1. Der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Bestimmungen des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.....“**

Wir schlagen vor,

dass die Regelung des § 75 Abs. 4 Ziffer 1 ThürKO, dass kleine Unternehmen wie große Unternehmen ihren Jahresabschluss aufstellen und prüfen müssen, gestrichen wird.

Begründung:

Es ist für kleine Wohnungsunternehmen ein unverhältnismäßiger Zeit- und Kostenaufwand. Kleine Unternehmen sollten nach Handelsgesetzbuch wie kleine Unternehmen den Jahresabschluss aufstellen und prüfen lassen.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/651 - Neufassung - Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/869 - und Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/1188 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Stadtverwaltung Eismar</td> <td>Gebietskörperschaft</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Markt 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99817 Eismar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Stadtverwaltung Eismar	Gebietskörperschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Markt 1	Postleitzahl, Ort	99817 Eismar
Name	Organisationsform										
Stadtverwaltung Eismar	Gebietskörperschaft										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Markt 1										
Postleitzahl, Ort	99817 Eismar										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Verwaltungshandeln	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Anmerkungen und Bedenken zur praktischen Anwendbarkeit und Umsetzung zu dem im Entwurf enthaltenen Änderungsvorschläge	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	- Stellungnahme wurde vom Gemeinde- u. Städtebund angefragt und sollte auch dem Landtag zur Kenntnis gegeben werden	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Untersc
Eisenach 28. SEP. 2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.



EISENACH

DIE WARTBURGSTADT

Stadtverwaltung · Postfach 101462 · 99804 Eisenach · Amt: 01

OBERBÜRGERMEISTERIN

Gemeinde- und Städtebund Thüringen
Landesgeschäftsstelle

Richard-Breslau-Straße 14
99094 Erfurt

Gebäude: Markt 1

Auskunft erteilt:

Telefon: 03691

Telefax: 03691

E-Mail: buero-
stadtrat@eisenach.de

AZ:

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom
24.07.2020

Dat., unsere Nachricht vom

Datum
07.09.2020

Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung

Sehr geehrte Frau ,

Eine Änderung der Kommunalordnung wird ausdrücklich begrüßt. In der Kommunalordnung gibt es einige Regelungen, die nicht praxisnah oder veraltet sind. Einige dieser Punkte wurden nun endlich durch den Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN aufgegriffen und sollen angepasst werden. Dies wird grundsätzlich als sehr positiv eingeschätzt. Allerdings gibt es in diesem Gesetzesentwurf, wie auch in den Gesetzesentwürfen der Fraktionen der CDU und der FDP einige Regelungen, die aus meiner Sicht kritisch gesehen werden. Deshalb möchte ich auf einige Punkte eingehen und hoffe, dass diese im Anhörungsverfahren Berücksichtigung finden.

Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze – Drucksache 7/1188

Artikel 1 Nr. 3

Grundsätzlich ist aus meiner Sicht die Einführung einer Regelung zur Einwohnerfragestunde zu begrüßen. Allerdings sollte das Fragerecht nicht auf *gemeindliche* Angelegenheiten ausgeweitet werden, sondern es sollte eine Fragerecht zu **Angelegenheiten des Stadtrates** etabliert werden. Es ist aus meiner Sicht unverhältnismäßig im Rahmen einer Stadtratssitzung auch Themen zu behandeln, auf die der Stadtrat aufgrund der fehlenden Entscheidungskompetenz keine Einflussmöglichkeiten hat. Der Bürger hat im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes die Möglichkeit, sich auch über Belange, die nicht in den Aufgabenbereich des Stadtrates fallen, zu informieren. Mit solchen Punkten sollte sich der Stadtrat nicht zusätzlich beschäftigen. Auch die Formulierung „und Anregungen und Vorschläge zu unterbreiten“ ist aus meiner Sicht bedenklich. Zunächst sollte man bedenken, dass damit Anregungen und Hinweise zu allen Belangen der Gemeinde gemacht werden können, also auch zu denen, auf die der Stadtrat keinen Einfluss hat. Der Bürger verbindet mit einem Hinweis oder einem Vorschlag meist die Erwartung, dass sich um die vorgebrachten Belange

Stadtverwaltung, Markt 1, 99817 Eisenach

Bürgerbüro Eisenach, Markt 22, 99817 Eisenach
buergerbuer@eisenach.de

Telefonzentrale: 03691 - 670-800
www.eisenach.de | info@eisenach.de

Sprechzeiten:

Mo 9:00 – 12:00 Uhr
Di 9:00 – 12:00 Uhr | 14:00 – 15:30 Uhr
Mi geschlossen
Do 9:00 – 12:00 Uhr | 14:00 – 18:00 Uhr
Fr 9:00 – 12:00 Uhr

Sprechzeiten:

Mo 8:00 – 16:00 Uhr Do 7:00 – 18:00 Uhr
Di 8:00 – 18:00 Uhr Fr 8:00 – 16:00 Uhr
Mi 8:00 – 13:00 Uhr Sa 9:00 – 12:00 Uhr

Bankverbindung:

Unverschlüsselter E-Mail Verkehr ist keine rechtssichere Kommunikation im Sinne des Datenschutzes. Nutzen Sie zur Übermittlung personenbezogener Daten den Postweg oder eine angemessene Form der E-Mail Verschlüsselung.

gekümmert wird. Es ist ihm dann nur schwer vermittelbar, dass der Stadtrat hier keine Einflussmöglichkeit hat. Weiterhin sehe ich die reine Möglichkeit, als Bürger Themen in den Stadtrat einzubringen, als problematisch an. Welchen Themen sich die gewählten Vertreter einer Kommune im Stadtrat widmen, sollte nach meiner Einschätzung auch ihre Entscheidung bleiben. Die Bürger haben immer die Möglichkeit sich an die Fraktionen zu wenden. Dann kann die Fraktion entscheiden, ob es sich hier um eine Thematik handelt, die in den Stadtrat eingebracht werden soll.

Mit der Einführung eines neuen Satzes 4 im § 22 Absatz 3 (Nr. 5 des Gesetzesentwurfs) soll das Fragerecht für Gemeinderatsmitglieder gesetzlich festgehalten werden. Dem Stadtrat würde danach aber auch nur ein Fragerecht in der Zuständigkeit des Stadtrates zu. Es ist aus meiner Sicht nicht erklärbar, dass ein Bürger ein weitergehendes Fragerecht als der Stadtrat selbst in seiner Sitzung hat.

Artikel 1 Nr. 4 a)

Aus meiner Sicht ist diese Regelung zu wenig konkret. Es stellt sich die Frage, ob der Bürger Anregungen und Bedenken zum Entwurf äußern kann und wenn ja, wie mit diesen zu verfahren ist. Es sollte auch bedacht werden, dass mit einer solchen Regelung das ohnehin schon langwierige Satzungsverfahren nochmals um mindestens 2 Wochen verlängert wird.

Ich gebe auch zu bedenken, dass wir uns immer weiter im digitalen Bereich entwickeln. Bei der Stadt Eisenach kann sich der Bürger im Ratsinformationssystem umfangreich über alle öffentlichen Beschlüsse des Stadtrates informieren, und dies lange vor der Sitzung, in der eine Entscheidung getroffen wird. Mit der Einführung des Ratsinformationssystems haben wir einen großen Schritt in Richtung Bürgerinformation und -freundlichkeit unternommen. Nach meiner Einschätzung sollte man sich darauf konzentrieren, die Gesetzeslage in diesem Bereich weiter anpassen, um die digitale Ratsarbeit vorantreiben zu können und damit einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, in dem Tonnen an Papier gespart werden.

Artikel 1 Nr. 5 b)

Grundsätzlich ist eine gesetzliche Normierung des Fragerechts zu Angelegenheiten in der Zuständigkeit des Stadtrates unbedingt zu begrüßen. Allerdings sollte dem Stadtrat die Ausgestaltung des Fragerechtes in der Geschäftsordnung ermöglicht werden, um das Fragerecht vor allem auch in Bezug auf die Anzahl pro Sitzung beschränken zu können. Die Erfahrung in der praktischen Umsetzung der Kommunalordnung zeigt, dass eine Möglichkeit zur Beschränkung dringend geboten ist, um Stadtratssitzungen nicht unverhältnismäßig zu verlängern und auch die Verwaltung vor einer nicht zu bewältigenden Anfragenflut zu schützen. Dementsprechend empfehle ich, folgenden Satz zu ergänzen: **„Das Nähere zur Ausgestaltung des Fragerechtes regelt die Geschäftsordnung.“**

Artikel 1 Nr. 5 b)

Diese Regelung halte ich für sehr problematisch. Die Möglichkeit zur Berufung eines Akteneinsichtsausschusses auf Verlangen einer Fraktion, ohne dass der Stadtrat hier eine Entscheidung gegen die Berufung treffen kann, ist aus meiner Sicht unverhältnismäßig. Damit könnte eine Fraktion, die aus 2 Personen besteht, einen Akteneinsichtsausschuss verlangen. Es sollten sich mindestens ein Viertel der Mitglieder für die Berufung eines Akteneinsichtsausschusses aussprechen, um diesen auch einzuberufen. Hier plädiere ich für die Beibehaltung der bestehenden Regelung.

Artikel 1 Nr. 6 a)

Die Regelung, dass der Stadtrat grundsätzlich seinen Vorsitzenden wählt, finde ich sehr positiv. Es sollte immer das Recht des Stadtrates sein, zu entscheiden, wer die Sitzungen leitet. Allerdings kann die Übertragung der Leitung auf das älteste Stadratsmitglied bis zur Wahl in der Praxis durchaus zu Problemen führen. Es gibt keine Altersgrenze zur Übernahme eines Stadratsmandates, was unter Umständen in Einzelfällen dazu führen kann, dass dem ältesten Stadratsmitglied eine Sitzungsleitung nicht zugemutet werden kann. Weiterhin stellt sich die Frage, wie zu verfahren ist, wenn sich das älteste Stadratsmitglied weigert. Was auch gegen die Leitung der konstituierenden Sitzung des Stadtrates spricht, ist, dass die Mitglieder zu Beginn der Sitzung noch nicht auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten zu verpflichtet wurden.

Aus der praktischen Erfahrung heraus, macht es Sinn die Sitzungsleitung bis zur Wahl des Vorsitzenden dem Bürgermeister zu überlassen, da man bei einem Bürgermeister davon ausgehen kann, dass er grundsätzlich die Erfahrung in einer Leitungsfunktion mitbringt. Um gegebenenfalls der Gefahr, dass der Bürgermeister die Wahl eines Vorsitzenden nicht auf die Tagesordnung nimmt, sollte folgende Formulierung aufgenommen werden: **„Die Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters ist auf die Tagesordnung der ersten Sitzung nach der Wahl des Stadtrates aufzunehmen.“**

Es wird auch darauf gedrängt, dass die bisherige Festlegung: **„Dem Vorsitzenden obliegt die Leitung der Sitzungen des Gemeinderates. Weitere Aufgaben können ihm nicht übertragen werden.“** bestehen bleibt. Dies macht schon allein dadurch Sinn, dass er durch die Übernahme weiterer Aufgaben in den Sitzungen des Gemeinderates in Konflikt zu seiner Leitungsfunktion der Sitzungen geraten könnte. Diese Regelung sollte nicht gestrichen werden.

Durch die Neuregelung kann auch nur noch ein Stellvertreter des Vorsitzenden gewählt werden. In der Stadt Eisenach hat es sich etabliert, dass 2 stellvertretende Vorsitzende gewählt werden. Dies ist aus der praktischen Erfahrung heraus, auch sinnvoll. Wenn es nur einen Stellvertreter gibt und dieser verhindert ist, müsste der Vorsitzende, wenn er zum Beispiel selbst einen Redebeitrag halten möchte, den Vorsitz an das älteste Mitglied des Stadtrates abgeben. Aus meiner Sicht, gibt es keinen triftigen Grund einen zweiten Stellvertreter für den Vorsitz nicht zuzulassen. Dementsprechend bitte ich um Anpassung der Regelung, dass mehrere Stellvertreter zulässig sind.

Artikel 1 Nr. 8 b)

Grundsätzlich bestehen gegen den Hintergrund der Regelung keine Bedenken. Mit der getroffenen Formulierung würde die Änderung in der Praxis allerdings dazu führen, dass ein separater Rechnungsprüfungsausschuss gebildet werden müsste, in dem der Bürgermeister kein Stimmrecht hat. Um diesen Umstand zu vermeiden, und den Rechnungsprüfungsausschuss auch mit anderen Bereichen kombinieren zu können, wie dies auch bei dem Hauptausschuss in der Praxis häufig der Fall ist, wird folgende Formulierung vorgeschlagen: **„Der Bürgermeister und sein Stellvertreter haben in Angelegenheiten der Rechnungsprüfung kein Stimmrecht.“**

Artikel 1 Nr. 8 c)

Die Regelung, dass der Gemeinderat Beiräte bilden kann, ist aus meiner Sicht unschädlich. Allerdings halte die Regelung, dass *das Nähere...die Hauptsatzung* regelt, für nicht zielführend. Wenn alle Angelegenheiten der Beiräte in der Hauptsatzung zu regeln sind, wozu nicht nur die Benennung, sondern auch die Aufgaben, der Geschäftsgang, usw. gehören, wird die Hauptsatzung überfrachtet und unübersichtlich. Aus diesem Grund empfehle ich die Regelung: **„Das Nähere, wie die Zusammensetzung, die Aufgaben und der Geschäftsgang, sind in einer Satzung zu regeln.“**

Artikel 1 Nr. 10 a)

Hier soll die bestehende Regelung, dass sich Mitglieder, die keinen Sitz in einem Ausschuss haben, mit Rede- und Antragsrecht in einem Ausschuss beteiligen können, dahingehend ausgeweitet werden, dass Fraktionen in **jedem** Ausschuss, in dem sie kein Mitglied haben, ein Mitglied mit Rede- und Antragsrecht entsenden können. Selbst die bisherige Regelung wird auch einheitlich in den Kommentierungen als bedenklich eingestuft, da hier gegen das Prinzip der Spiegelbildlichkeit verstoßen wird. Die Möglichkeit der Einflussnahme, auch ohne Stimmrecht, sollte nicht unterschätzt werden. Nicht ohne Grund wird ein Mitglied, welches persönlich beteiligt ist, auch von der Beratung ausgeschlossen. Eine solche Regelung könnte in Kommunen, in der viele kleine Parteien vertreten sind, zu einer unverhältnismäßigen Erhöhung der Mitgliederzahl führen. Das würde die Arbeitsfähigkeit durch die erhöhte Anzahl der Mitglieder erheblich einschränken. Dem könnte man dann auch nicht durch Verkleinerung der Ausschüsse entgegenwirken, da damit wieder mehr Fraktionen das Recht auf eine Teilnahme mit Antrags- und Rederecht hätten. Die Spiegelbildlichkeit kann durch diese Regelung in Extremfällen garnicht mehr dargestellt werden. Ich empfehle dringend, von einer solchen Regelung abzusehen. Die Besetzung nach den Wählerstimmen ist demokratisch und legitim. Fraktionen, die

nicht ausreichend Wählerstimmen hinter sich vereinen konnten, ein erhöhtes Mitspracherecht zuzuerkennen, wird kritisch gesehen. Wichtige Entscheidungen werden ohnehin im Stadtrat getroffen.

Artikel 1 Nr. 10 a)

Bereits jetzt gibt es die Möglichkeit, Sachverständige hinzuzuziehen. In der Stadt Eisenach werden die Einzelheiten dazu in der Geschäftsordnung geregelt. Die pauschale Möglichkeit zur Hinzuziehung von Sachverständigen auf Antrag einer Fraktion lässt meines Erachtens zum einen den finanziellen Aspekt außer Acht und zum anderen haben die Mitglieder des Stadtrates nach dieser Regelung keine Möglichkeit einen Sachverständigen abzulehnen, wenn der Antrag von einer, auch sehr kleinen, Fraktion gestellt wird. Eine Kostenregelung fehlt. Es könnten also ohne Rücksicht auf die Kosten durch Fraktionen Sachverständige hinzugezogen werden, was den städtischen Haushalt unter Umständen stark belasten kann. Weiterhin müssten mit der angestrebten Regelung Sachverständige auch dann hinzugezogen werden, wenn der Stadtrat mehrheitlich die Hinzuziehung für nicht erforderlich oder den Sachverständigen nicht für sachverständig hält. Nach meiner Ansicht sollte die Entscheidung der Hinzuziehung von Sachverständigen immer eine Entscheidung des Gesamtgremiums sein und auch die Kostenfrage wäre mit Blick auf eine sparsame Haushaltsführung mit zu regeln. Hier sollte die geltende Regelung beibehalten werden.

Artikel 1 Nr. 11

Der Stadtrat hat ein allgemein anerkanntes Auskunftsrecht zu den Angelegenheiten, die in seiner Zuständigkeit liegen. Es ist nicht ersichtlich, warum über Angelegenheiten, die nicht in den Aufgabenbereich des Stadtrates fallen, zu informieren ist. Mit einer solchen Regelung würde man Stadtratssitzungen überfrachten. Weiterhin stellt sich die Frage, wie ein solcher Bericht in der Praxis umgesetzt werden sollte. Jede noch so kleine Entscheidung (eine Einschränkung auf wesentliche Angelegenheiten ist nicht vorgesehen) im übertragenen Wirkungskreis müsste dann im Bericht erscheinen. Dies ist aus meiner Sicht für Angelegenheiten, die keine Relevanz für die Stadtratsarbeit haben, unverhältnismäßig und wahrscheinlich kaum vollständig umsetzbar. Jedem Bürger und damit auch jedem Stadtratsmitglied steht ein Auskunftsanspruch im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes zu. Eine zusätzliche Information an den Stadtrat zu Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises durchbricht das Zuständigkeitsprinzip bei dem Auskunftsanspruch des Stadtrates und wird aus meiner Sicht als sehr kritisch angesehen.

Artikel 1 Nr. 14 a)

Diese Regelung wird von mir sehr begrüßt. Damit werden Zustellungserfordernisse für Einladungen und Unterlagen deutlich vereinfacht und die digitale Ratsarbeit wird mit dieser Regelung vereinfacht.

Artikel 1 Nr. 14 b)

Aus der praktischen Erfahrung heraus, halte ich eine Begründung eines Antrages beim Herstellen des Benehmens für nicht erforderlich. Hier wird lediglich die Tagesordnung für die Sitzung des Stadtrates festgelegt. Eine inhaltliche Diskussion zu den Tagesordnungspunkten ist hier nicht vorgesehen. Die inhaltlichen Diskussionen erfolgen in den zuständigen Fachausschüssen und in der Sitzung des Hauptausschusses, in der die Tagesordnung vorberaten wird. Die Begründung eines Antrages im Rahmen des Herstellens des Benehmens ist auch deshalb nicht erforderlich, da die Aufnahme auf die Tagesordnung des Stadtrates auch ohne Begründung erfolgen muss, wenn die Formalien erfüllt sind. Es ist auch fraglich, warum einem Antragsteller Rederecht im Ausschuss erteilt werden soll, wenn seine Fraktion im Ausschuss vertreten ist. Da ein Antrag grundsätzlich von einer Fraktion gestellt werden kann, sollte auch jedes Mitglied aus der Fraktion in der Lage sein, einen Antrag zu begründen.

Artikel 1 Nr. 14 d)

Diese Regelung wird ausdrücklich befürwortet. Damit ist es nicht mehr möglich, dass durch ein Veto eines einzelnen Stadtratsmitgliedes die digitale Ratsarbeit nicht eingeführt werden kann.

Artikel 1 Nr. 15 b)

Regelungen zu finden, die in außergewöhnlichen Situationen zu einer Handlungsfähigkeit für die Entscheidungsgremien der Kommunen führen, halte ich für ausgesprochen wichtig. Die hier vorgeschlagene Regelung macht es möglich, Entscheidungen relativ unkompliziert und ohne, dass die Mitglieder eine hohe technische Ausstattung benötigen, treffen zu können. Damit besteht auch nicht die Gefahr, dass bestimmte Mitglieder aufgrund fehlender Technik vom Entscheidungsprozess ausgeschlossen werden. Es handelt sich hier um praktikable Lösung, die ich sehr unterstütze und die ich gegenüber den Vorschlägen zur Änderung der Kommunalordnung der Fraktionen der CDU und der FDP (siehe unten) vorziehen würde.

Artikel 1 Nr. 17

Um die Öffentlichkeit über die Entscheidungen noch vor Beschlussfassung zu informieren, wird diese Regelung als durchaus legitime Variante angesehen, wenn eine Teilnahme der Öffentlichkeit an Sitzungen aufgrund einer Ausnahmesituation nicht möglich ist.

Artikel 1 Nr. 19 a)

Die Regelung, dass Ausschüsse unabhängig von ihrem vorberatenden oder beschließenden Charakter grundsätzlich öffentlich sein sollen, wird von mir mit Blick auf die Öffentlichkeitsbeteiligung sehr begrüßt. Allerdings besteht mit der Regelung „*Die Sitzungen der Ausschüsse sind öffentlich*“ meiner Ansicht nach eine dem § 40 entgegenstehende Regelung, da hier nicht auf „grundsätzlich“ oder „sofern keine Gründe nach § 40 entgegenstehen“ abgestellt wird, sondern nur klar gestellt wird, dass Ausschüsse öffentlich sind. Damit könnte man interpretieren, dass diese Regelung der Regelung des § 40 vorgeht, da es sich um die speziellere Regelung (für Ausschüsse) handelt. Um hier eine rechtliche Ungenauigkeit zu vermeiden, empfehle ich, den Satz „*Die Sitzungen der Ausschüsse sind öffentlich*“ **zu streichen**. Damit wird im nächsten Satz die Anwendbarkeit der allgemeinen Regelungen zur Öffentlichkeit festgelegt und es ist klar, dass auch die Ausschüsse grundsätzlich öffentlich sind, es sei denn es stehen das Wohl der Allgemeinheit oder berechtigte Interessen eines Einzelnen dem entgegen.

Artikel 1 Nr. 20

Die Aufnahme einer Entscheidungspflicht für die Rechtsaufsichtsbehörde wird sehr begrüßt, um bei entsprechenden Beschlüssen zeitnah zu einer Rechtssicherheit zu gelangen.

Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU – 6. Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung – Drucksache 7/869

Artikel 1 Nr. 1

Wie bereits beim Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Grüne, ist nach den letzten Monaten deutlich geworden, dass die Kommunalordnung bisher nicht auf entsprechende Szenarien ausgelegt ist. Deshalb ist eine Regelung zur Entscheidungsfindung in Ausnahmesituationen wichtig. Ob aber nun ausgerechnet das Königsrecht des Stadtrates, das Recht über die Entscheidung zum Haushalt, auf einen Ausschuss übertragen werden sollte, der in der Anzahl (noch) begrenzt ist und damit die Spiegelbildlichkeit nicht vollständig abgebildet werden kann, ist fraglich.

Artikel 1 Nr. 2

Auch hier begrüße ich, dass Lösungen gesucht werden, mit denen die Entscheidungsgremien in Katastrophen- oder Pandemiefällen handlungsfähig bleiben. Allerdings bestehen hier hohe technische Hürden, die sicher in einer Verwaltung gelöst werden können. Ich denke aber, dass die ehrenamtlich tätigen Stadtratsmitglieder nicht alle in der Lage sein werden, entsprechende technische Voraussetzungen zu erfüllen. Dann stellt sich die Frage, ob ein Gremium auch dann beschlussfähig ist, wenn einige Personen aufgrund fehlender technischen Voraussetzungen nicht an den Sitzungen teilnehmen können. Dieser Problematik könnte durch Zulassung anderer Möglichkeiten, wie Telefonkonferenzen oder Umlaufbeschlüsse, entgegengewirkt werden. Dies könnte mit der vorgeschlagenen Verfahrensweise im Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Grüne erreicht werden.

Artikel 1 Nr. 3

Eine Regelung zum Livestream in der Thüringer Kommunalordnung ist zeitgemäß und sollte aufgenommen werden, da der Wille zur Übertragung der Sitzungen im Livestream durch die Kommunalpolitiker ausgeprägt ist und diese Form Bürgerbeteiligung zeitgemäß und längst überfällig ist. Die Regelung, dass der Vorsitzende beim Vorliegen schutzwürdiger Interessen die Aufnahme untersagen kann, halte ich allerdings für nicht ausreichend. Nach meiner Ansicht muss jedem Stadtratsmitglied und auch allen anderen anwesenden Personen die Möglichkeit eingeräumt werden, dass er selbst entscheiden kann, ob sein Redebeitrag im Livestream übertragen wird. Auch das Recht auf einen allgemeinen Widerspruch des Einzelnen zur Übertragung von Bildern seiner Person müsste aufgenommen werden.

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP – 6. Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung – Drucksache 7/651

Artikel 1 Nr. 3 i.V.m. Nr. 5

Auch hier ist es grundsätzlich zu begrüßen, dass Entscheidungsgremien auch in Ausnahmefällen handlungsfähig bleiben. Allerdings gehen beide vorgeschlagenen Änderungen auf eine Ausnahmesituation zurück. In der praktischen Anwendung wäre nicht klar, welche Regelung im Ausnahmefall Anwendung findet. Entscheidet im Ausnahmefall der Hauptausschuss für den Stadtrat oder können die Beschlüsse im Rahmen von Telefon- oder Videokonferenzen bzw. als Umlaufbeschlüsse gefasst werden. Hier wäre eine Konkretisierung erforderlich, unter welchen Umständen welche Regelung Anwendung finden soll. Was aus meiner Sicht zu begrüßen ist, sind die verschiedenen Möglichkeiten der Beschlussfassung (Telefon-, Videokonferenzen, Umlaufbeschlüsse).

Artikel 1 Nr. 6

Nach meiner Auffassung ist die im Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Grüne vorgeschlagene vorherige Information der Bürger über zu fassende Beschlüsse, eine bessere Beteiligung der Öffentlichkeit, als im Nachgang die Informationen weiterzugeben, zumal die Kommunalordnung nicht vorschreibt, dass der Diskussionsverlauf zur Entscheidungsfindung in ein Sitzungsprotokoll aufzunehmen ist. Dementsprechend kann die Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen nicht sicherstellen, dass der Entscheidungsfindungsprozess nachvollzogen werden kann. Die Beschlüsse sind nach Beschlussfassung ohnehin öffentlich bekannt zu machen. Der Mehrwert von veröffentlichten Protokollen im Verhältnis zu dem Mehrkosten einer Veröffentlichung ist für mich fraglich.

Mit freundlichen Grüßen

,

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/651 - Neufassung - Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/869 - und Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/1188 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Kommunal politisches Forum Thüringen e.V. Die Thüringengestalter</td> <td>gemeinnütziger Bildungsverein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Trommsdorffstr. 4</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Gifhorn</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Kommunal politisches Forum Thüringen e.V. Die Thüringengestalter	gemeinnütziger Bildungsverein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Trommsdorffstr. 4	Postleitzahl, Ort	99084 Gifhorn
Name	Organisationsform										
Kommunal politisches Forum Thüringen e.V. Die Thüringengestalter	gemeinnütziger Bildungsverein										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Trommsdorffstr. 4										
Postleitzahl, Ort	99084 Gifhorn										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Herauf- u. Weiterbildung von kommunalen Funktions- u. Mandatsträgern sowie von interessierten Bürgern für eine Tätigkeit in der kommunalen Selbstverwaltung.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher:	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, G-Entwurf CDU u. FDP <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? G-Entw. DIE LINKE, SPD, Grüne	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	siehe Stellungnahme	
5.	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 15.9.2020	 Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V. Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V. Trommsdorffstraße 4 99084 Erfurt Telefon 0361 54128389 Fax 0361 54151142 info@thueringengestalter.de www.thueringengestalter.de

THÜR. LANDTAG POST
16.09.2020 11:34

2169012020

DIE THÜRINGENGESTALTER

Kommunales politisches Forum Thüringen e.V.

Kommunales politisches Forum Thüringen e.V. | Trommsdorffstraße 4 | 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Kommunales politisches Forum
Thüringen e.V.
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt

Telefon
Fax
info@thuringengestalter.de
www.thuringengestalter.de

Registerzeichen VR 160762 (Fall 6)
Amtsgericht Erfurt

15. September 2020

Stellungnahme zum schriftliche Anhörungsverfahren Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme zum sechsten Gesetz zur
Änderung der Thüringer Kommunalordnung.

In der Anlage übergeben wir die Stellungnahmen zu den drei Gesetzentwürfen der CDU,
FDP und Linke, SPD, Grüne. Weiterhin wurden im zweiten Teil der Stellungnahme noch
zusätzliche Regelungsbedarfe formuliert, die aus unserer Sicht bestehen.

Vereinsvorsitzender

Anlage
Stellungnahme Seite 1 bis 13

Teil 1

Stellungnahme des Kommunalpolitischen Forum Thüringen e. V./Die Thüringengestalter im Rahmen der schriftlichen Anhörung zu Gesetzentwürfen zur Änderung der ThürKO

GE der CDU (DS 7/869)

Zu 1.:

§ 26 neuer Abs. 2a

Über Angelegenheiten in Abs. 2 Nr. 7 und 8 kann in Ausnahmefällen der Hauptausschuss anstelle des Stadtrates entscheiden. Zu den Ausnahmen zählen Pandemien und Katastrophen.

Stellungnahme:

Mit der Neuregelung wird ermöglicht, dass der Hauptausschuss anstelle des Gemeinderates über die Haushaltssatzung, die Nachtragshaushaltssatzungen, das Haushaltssicherungskonzept und die Entscheidung über das Stellen eines Antrags nach § 87 Abs. 3 (Übertragung gemeindlicher Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die Landkreise), den Finanzplan oder den mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplan beschließt.

Eine solche Ermächtigung ist problematisch, solange die Größe des Hauptausschusses auf sechs Gemeinderatsmitglieder beschränkt ist und damit nicht gewährleistet ist, dass alle Fraktionen im Hauptausschuss mit beschließender Stimme vertreten sind. D.h., nur wenn gesichert ist, dass im Hauptausschuss alle Fraktionen vertreten sind, wäre eine solche Aufgabenübertragung vertretbar.

Eine analoge Übertragung dieser Rechte des Hauptausschusses auf den Kreisausschuss (§ 105 ThürKO) sieht der Gesetzentwurf nicht vor. Dies ist nicht nachvollziehbar und sollte korrigiert werden. Kreistage sind im gleichen Maße von Ausnahmesituationen betroffen wie Gemeinderäte.

Zu 2.:

§ 39 Abs. 1

Durch Regelung in der Hauptsatzung - Option der Videositzungen mit Abstimmungsoption in besonderen Ausnahmefällen (Katastrophen und Pandemien) – durch § 40 Abs. 3 und 4 (neu) auch Videoübertragung im Internet

Stellungnahme:

Dadurch, dass durch die Neufassung von § 40 Abs. 3 und 4 ThürKO die Informationsrechte der Öffentlichkeit auch bei dieser Form der Sitzungsdurchführung gewahrt sind, kann dieser Neuregelung zugestimmt werden.

Zu 3.:

Zu § 40 neue Absätze 2 und 3

Videoübertragung (Bild- und Tonaufzeichnungen) in Echtzeit durch Regelung in der Hauptsatzung. Sitzungsleitung kann Einschränkungen verfügen, wenn Arbeitsfähigkeit oder Rechte Einzelner (schutzwürdige Interessen) gefährdet sind.

Stellungnahme:

Dieser Öffnungsregelung kann zugestimmt werden, auch mit Blick auf die Neuregelung in § 39 Abs. 1 ThürKO.

Problematisch ist die Regelung für die Sitzungsleitung zur Wahrung schutzwürdiger Interessen. Hier ist die missbräuchliche Anwendung nicht auszuschließen. Um den Vorzubeugen, sollten diesbezügliche Entscheidung wie im Verfahren nach § 38 Abs. 3 ThürKO (persönliche Beteiligung) getroffen werden (Sitzungsleitung beantragt, Gemeinderat entscheidet)

GE der FDP DS 7/651

Nummerierung nimmt Bezug auf die DS

Nr. 2

§ 26 Abs. 1

Zusammensetzung Hauptausschuss – Begrenzung auf Bürgermeister plus sechs Gemeinderäte wird gestrichen

Stellungnahme:

Diese Neuregelung ist zu begrüßen. Die Beschränkung der Größe des Hauptausschusses auf sechs Mitglieder kann derzeit dazu führen, dass nicht mehr alle Fraktionen im Hauptausschuss vertreten sind. Durch die zentrale Bedeutung des Ausschusses ist es aber geboten, dass alle Fraktionen im Hauptausschuss vertreten sind.

Die Aufhebung der Größenbegrenzung führt aber nicht in allen Fällen dazu, dass im Hauptausschuss alle Fraktionen vertreten sind, weil letztlich der Gemeinderat (und damit eine Mehrheit) die Ausschussgröße bestimmt.

Es ist deshalb eine Regelung zu empfehlen, die sicherstellt, dass alle Fraktionen im Hauptausschuss vertreten sind.

Vorschlag: Die Anzahl der Mitglieder des Hauptausschusses ist so zu bestimmen, dass alle Fraktionen mindestens mit einem Mitglied mit Stimmrecht vertreten sind (Grundmandatsgrundsatz).

Nr. 3

§ 30 a (neu)

Option, dass Hauptausschuss anstelle Gemeinderat beschließen kann. Anstelle Hauptausschuss kann der Bürgermeister entscheiden.

Katastrophenfall stellt Bürgermeister im Einvernehmen mit Ministerium fest.

Stellungnahme:

Der Katastrophenfall wird vom Landrat erklärt und nicht vom Ministerium. Deshalb sollte dies korrigiert werden. Pandemiefälle werden vom Katastrophenfall abgegrenzt und sollten deshalb gesondert benannt werden.

Die Ermächtigung des Hauptausschusses muss an der Neuregelung § 26 Abs. 1 ThürKO (alle Fraktionen sind im Hauptausschuss vertreten) gekoppelt sein.

Eine nochmalige Ermächtigung des Bürgermeisters, anstelle des Hauptausschusses entscheiden zu können, erübrigt sich. Diese Ermächtigung ist bereits jetzt in § 30 ThürKO enthalten.

Nr. 4

§ 35 Abs. 7

Elektronische Form der Einladung und elektronische Übersendung von Sitzungsunterlagen

Stellungnahme:

Dieser Neuregelung kann zugestimmt werden, soweit der jeweilige Gemeinderat hier seine Zustimmung/Einverständnis erteilt.

Nr. 5

§ 36 Abs. 4

Option der Telefon- und Videokonferenz sowie Umlaufbeschluss, wenn vier Fünftel dem zustimmen (nachträgliche Bestätigung durch den Gemeinderat), wenn Katastrophensituation gegeben ist

Stellungnahme:

Ungeklärt ist hier, wie die Rechte der Öffentlichkeit nach § 40 ThürKO gewahrt bleiben sollen. Zu hinterfragen ist auch die Zustimmung durch vier Fünftel der Gemeinderatsmitglieder.

Wenn derartige Sitzungs- und Beschlussformen zur Anwendung kommen sollen, dann ist es ausreichend wenn Bürgermeister und Hauptausschuss dies entscheiden können (in Anwendung § 35 Abs. 4).

Die Rechte der Öffentlichkeit können gewahrt werden durch Übertragung der Sitzungen im Internet in Echtzeit und die vorherige Veröffentlichung der Beschlussanträge und der Sitzungsprotokolle, einschließlich der Abstimmungsergebnisse (siehe auch Vorschlag für § 40a – neu)

Nr. 6

§ 40 a (neu)

Liveübertragung, Videoübertragung, Ausschluss der Öffentlichkeit, wenn Sitzungsprotokoll ortsüblich veröffentlicht wird

Stellungnahme:

Dieser Neuregelung ist zuzustimmen, soweit eine gesetzliche Koppelung an § 36 Abs. 4 (neu) erfolgt.

Nr. 7

§ 54

Zusätzliche Kassenkredite in Katastrophenfall und bei Wirtschaftskrisen

Stellungnahme:

Zusätzliche Kassenkredite für den Katastrophenfall sind noch begründbar, nicht aber für Phasen der Wirtschaftskrise, zumal nicht klar ist, wann eine solche gegeben ist.

Nr. 8

§ 105

Aufhebung Begrenzung Größe Kreisausschuss (Landrat plus 6 Kreistagsmitglieder)

Stellungnahme:

Siehe Stellungnahme zu § 26 Abs. 1 (neu)

Nr. 9

§ 108a (neu)

Eilentscheidungen wie in Nr. 3 (§ 30a für Gemeinden)

Stellungnahme:

Siehe Stellungnahme zu § 30a (neu)

GE LINKE, SPD, Grüne - DS 7/1188

Nr. 2

§ 12 Abs. 1

Pflicht zur Übernahme Ehrenamt nur für Bürger, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Stellungnahme:

Diese Klarstellung ist wohl notwendig, weil Bürgerstatus bisher am Wahlrecht gekoppelt war und nunmehr bei Kommunalwahlen das Wahlrecht ab 16 Jahre gilt.

Damit soll es bei der bisherigen Bestimmung bleiben, dass erst Bürger, die 18 Jahre sind, verpflichtet sind, Ehrenämter in der Gemeinde wahrzunehmen.

Diese Begrenzung ist aber nicht mehr zeitgemäß. Wer das Wahlrecht ausüben kann, ist auch zur Übernahme von Ehrenämtern in der Lage, zumal § 12 Abs. 2 ThürKO ohnehin bereits Beschränkungen (auch das Alter ist dabei) enthält.

Nr. 3

§ 15 neuer Abs. 1 a

Einwohnerfragestunde als Sollvorschrift durch Regelung in der Hauptsatzung

Stellungnahme:

Diese gesetzliche Neuregelung ist ausdrücklich zu begrüßen und folgt den Grundsätzen der Stärkung der Bürger*innenbeteiligung, der Bürgernahe und der Transparenz.

Nr. 4**§ 21 Abs. 1****a.)**

Erweiterung Satzungsverfahren, Entwürfe sind vor der Beschlussfassung zwischen einer und vier Wochen öffentlich auszulegen, Möglichkeit der Einsichtnahme,

Stellungnahme:

Eine vergleichbare Regelung gibt es im Freistaat Sachsen und entspricht dem Grundsatz der stärkeren Bürger*innenbeteiligung. Die Erweiterung des Satzungsverfahrens stärkt auch die Akzeptanz des Ortsrechtes.

Zu empfehlen ist eine Option, dass während der Auslegung auch Anregungen vorgebracht werden können, die durch den Gemeinderat abzuwägen wären.

b.)

Anpassung Inhalt öffentlicher Bekanntmachung

Stellungnahme:

Dies ist eine logische Folgeregelung aus der Neufassung § 21 Abs. 1 ThürKO.

Nr. 5**§ 22 Abs. 3****a.)**

Informationsrecht auch für das einzelne Gemeinderatsmitglied

Stellungnahme:

Durch die Neuregelung wird die Rechtsprechung des ThürOVG gesetzgeberisch umgesetzt. Thüringen war bisher das einzige Bundesland ohne gesetzlich normiertes Informationsrecht des einzelnen Gemeinderatsmitgliedes, das sich ohnehin aus dem Mandatsstatus ergibt. Diese fragwürdige „Sonderstellung“ wird mit der Neuregelung endlich beseitigt.

b.)

Erweiterung Akteneinsichtsrecht auf Fraktionen

Stellungnahme:

Zunächst handelt es sich hier eher um eine Klarstellung, die aber nicht weit genug geht. Das Akteneinsichtsrecht ist eine besondere Form des Informationsrechtes. Da das Informationsrecht jedem Gemeinderatsmitglied zusteht, ist nicht begründbar, weshalb dies für das Akteneinsichtsrecht nicht gelten soll.

Nr. 6**§ 23****a.) Abs. 1**

Gemeinderatsmitglied als Vorsitzender Gemeinderat

Stimmrecht für Vertreter Bürgermeister, wenn dieser nicht Mitglied des Gemeinderates ist

Stellungnahme:

Die gegenwärtige Rechtsstellung des Bürgermeisters (gilt auch für Landrat) steht im Widerspruch zum Grundsatz der Gewaltenteilung und ist deshalb auch nicht unumstritten. Der Bürgermeister hat letztlich direkten Einfluss auf alle Verfahrensschritte der Beschlussfassung (Vorbereitung/Erstellung Beschlussvorlage, Beschlussfassung im Gemeinderat und Vollzug der Beschlüsse). Durch weitere Rechte (z.B. Eilentscheidungsrecht, Einberufungsrecht, Beanstandungsrecht ...) wird die vom Gesetz beabsichtigte Gleichwertigkeit der beiden Gemeindeorgane (Gemeinderat und Bürgermeister) zu Gunsten der Bürgermeister „unterlaufen“. Dies wurde bisher auch durch den Grundsatz, dass der Bürgermeister im Regelfall gleichzeitig Gemeinderatsvorsitzender ist auch nach außen dokumentiert. Daran ändert auch nichts die Tatsache, dass der Gemeinderat anstelle des Bürgermeisters ein Gemeinderatsmitglied zum Gemeinderatsvorsitzenden wählen konnte.

Durch die beabsichtigte Neuregelung wird zumindest in der Frage des Gemeinderatsvorsitzenden das Gleichrangigkeitsprinzip der gemeindlichen Organe gestärkt. Die Neuregelung ist deshalb zu begrüßen.

Die Klarstellung, dass der gesetzliche Vertreter des Bürgermeisters bei dessen Abwesenheit in den gemeindlichen Gremien Stimmrecht hat, auch wenn er nicht Gemeinderatsmitglied ist (betrifft die hauptamtlichen Beigeordneten), ist geboten und legitimiert die bisherige gesetzliche Praxis.

b.) Abs. 4

Amtsantrittshindernis für Beschäftigte, soweit diese inhaltlich auf Verwaltungsarbeit Einfluss haben
Stellungnahme:

Durch die tarifrechtliche Aufhebung der Differenzierung zwischen Arbeit und Angestellte und deren „Zusammenfassung“ als Beschäftigte, ist diese gesetzliche Neuregelung schon seit Jahren überfällig. Jedoch ist die beabsichtigte Einschränkung „...soweit diese inhaltlich auf Verwaltungsarbeit Einfluss haben“ in der Praxis sehr auslegungsfähig und dürfte zu Abgrenzungsproblemen führen.

Die Lösung könnte darin bestehen, eine Entgeltgruppe zu bestimmen, ab derer dieser Einfluss auf die Verwaltungsarbeit unbestritten gegeben ist. Dies dürfte ab der Eingangsentgeltgruppe für den gehobenen Dienst (E 9b) gegeben sein.

Nr. 7

§ 25

Sollvorschrift: Fraktionszuwendungen in Gemeinden ab 6.000 Einwohnern, im Rahmen der gemeindlichen Leistungsfähigkeit und im gebotenen Umfang

Stellungnahme:

Eine solche Regelung ist längst überfällig.

Zu hinterfragen ist die gewählte Größe ab 6.000 Einwohner. Diese Einwohnergrenze findet sich nur im Leitbild der für eine Verwaltungs- und Gebietsreform von 2015 als Mindestgröße für selbständige Gemeinden. In der ThürKO ist diese Mindestgröße für selbständige Gemeinden, die nicht einer Verwaltungsgemeinschaft angehören müssen (oder erfüllt werden) mit 3.000 Einwohnern normiert. Es ist deshalb zu empfehlen, zumindest auf die 3.000er Grenze abzustellen.

Davon unabhängig ist aber zu hinterfragen, ob eine Mindestgröße für derartige Ansprüche überhaupt gerechtfertigt ist.

Da es keine Mindestgröße von Fraktionen gibt, muss unterstellt werden, dass Fraktionen schon aus zwei Mitgliedern bestehen können. D.h. auch in Gemeinden unter 3.000 Einwohnern kann es in den Gemeinderäten Fraktionen geben. Diesen Fraktionen keinen Anspruch auf Finanzmittel zuzugestehen, ist auch unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes nur schwer begründbar.

Da die neue gesetzliche Regelung ohnehin zwei Vorbehalte formuliert (im Rahmen der gemeindlichen finanziellen Leistungsfähigkeit und im gebotenen Umfang) kann auf eine Mindesteinwohnergröße verzichtet werden. Gerade das Kriterium „im gebotenen Umfang“ berücksichtigt, dass mit der Größe des Gemeinderates die Fraktionsarbeit umfangreicher wird.

Zudem ist eine Verordnungsermächtigung zu empfehlen, um durch Verordnung den Gemeinden Vorgaben zur Ausgestaltung der Fraktionszuwendungen zu machen.

Die gewählte Formulierung im Gesetzestext ist zu unverbindlich und bedarf einer verordnungsrechtlichen Konkretisierung.

Nr. 8

§ 26

a.) Abs. 1

Aufhebung Begrenzung Größe Hauptausschuss (bisher 6)

Stellungnahme:

Siehe Stellungnahme zu Nr. 2 GE der FDP.

Diese Neuregelung ist zu begrüßen. Die Beschränkung der Größe des Hauptausschusses auf sechs Mitglieder kann derzeit dazu führen, dass nicht mehr alle Fraktionen im Hauptausschuss vertreten

sind. Durch die zentrale Bedeutung des Ausschusses ist es aber geboten, dass alle Fraktionen im Hauptausschuss vertreten sind.

Die Aufhebung der Größenbegrenzung führt aber nicht in allen Fällen dazu, dass im Hauptausschuss alle Fraktionen vertreten sind, weil letztlich der Gemeinderat (und damit eine Mehrheit) die Ausschussgröße bestimmt.

Es ist deshalb eine Regelung zu empfehlen, die sicherstellt, dass alle Fraktionen im Hauptausschuss vertreten sind.

Vorschlag: Die Anzahl der Mitglieder des Hauptausschusses ist so zu bestimmen, dass alle Fraktionen mindestens mit einem Mitglied mit Stimmrecht vertreten sind (Grundmandatsgrundsatz).

b.) Abs. 1a (neu)

Rechnungsprüfungsausschuss ab 10.000 Einwohner, Bürgermeister ohne Stimmrecht

Stellungnahme:

Die beabsichtigte Neuregelung ist grundsätzlich zu begrüßen und ist auch notwendig. Bis 1994 war der Rechnungsprüfungsausschuss ein Pflichtausschuss.

Ein derartiger Ausschuss ist erforderlich, weil die Prüfung des Vollzugs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes die Haushaltskompetenz und -zuständigkeit des Gemeinderates stärkt und die Prüfungsrechte der Rechnungsprüfungsämter und der überörtlichen Prüfung ergänzt.

c.) Abs. 4

Beiräte können künftig einmal jährlich im Gemeinderat berichten

Stellungnahme:

Durch die beabsichtigte Neuregelung wird die Rolle der Beiräte gestärkt und dem Informationsbedürfnis des Gemeinderates und der Öffentlichkeit genüge getan.

Nr. 9

§ 26 a (neu)

Beteiligung Kinder und Jugendliche, Regelung im eigenen Ermessen in der Hauptsatzung

Stellungnahme:

Durch die gesetzliche Neuregelung werden letztlich die Gemeinden aufgefordert, Kinder und Jugendliche stärker zu beteiligen, ohne dass hierfür konkrete gesetzliche Vorgaben gemacht werden. Es bleibt abzuwarten, wie die Gemeinden diesen Appell des Gesetzgebers umsetzen. Es ist zu vermuten, dass die Umsetzung sehr differenziert erfolgt.

Nr. 10

§ 27

a.) Abs. 1

Zusätzliche Ausschussmitglieder für Fraktionen, die aus eigener Kraft keinen Ausschusssitz erreichen; diese haben Rede- und Antragsrecht.

Stellungnahme:

Mit der Neuregelung soll gesichert werden, dass alle Fraktionen in den Ausschüssen vertreten sind, auch wenn die zusätzlichen Mitglieder kein Stimmrecht haben. Die Neuregelung ist zu begrüßen, löst aber das Spannungsverhältnis zwischen Fraktionsbildung und daraus resultierenden Rechte und Pflichten einerseits und der Sicherung der Spiegelbildlichkeit der Ausschüsse andererseits, nicht vollständig.

Zu den Fraktionsrechten gehört beispielsweise die Beantragung von Beratungsgegenständen für den Gemeinderat nach § 35 Abs. 4 ThürKO. Diese Regelung gilt über § 43 auch für Ausschüsse. Dieses Recht bleibt aber den Fraktionen verwehrt, die in dem betroffenen Ausschuss keinen Sitz haben. Die Neuregelung löst den beschriebenen Konflikt nur teilweise, weil die betroffenen Fraktionen nun zwar im Ausschuss ein Antragsrecht aber eben kein Stimmrecht, nicht einmal zu eigenen Anträgen. Eine solche Rechtslage erzeugt immer Konflikte.

Der Gesetzgeber ist aufgefordert, eine Harmonisierung zwischen Fraktionsrechten und Wahrnehmung dieser Fraktionsrechte in den Ausschüssen herbeizuführen.

b.) Abs. 6

Hinzuziehung Sachverständige auf Antrag einer Fraktion

Stellungnahme:

Bisher regelt das Gesetz nur die Möglichkeit der Hinzuziehung von Sachverständigen. In der kommunalen Praxis wird diese gesetzliche Option unterschiedlich ausgelegt. Im Regelfall bedarf es eines Mehrheitsbeschlusses, was wiederum die Rechte der Minderheiten und von Fraktionen einschränkt. Deshalb wird die beabsichtigte Neuregelung begrüßt, weil dadurch der Katalog der Fraktionsrechte erweitert wird.

Nr. 11**§ 29 Abs. 2**

Berichtspflicht des Bürgermeisters über Aufgabenerledigung im übertragen Wirkungsbereich einmal jährlich im Gemeinderat

Stellungnahme:

Eine vergleichbare Regelung gibt es in Mecklenburg-Vorpommern. Die Neuregelung ist zu begrüßen. Die Zuständigkeit des Bürgermeisters wird dadurch nicht berührt. Jedoch wird die Transparenz des Verwaltungshandelns gestärkt, was auch geboten ist.

Auch wenn der Bürgermeister für die Erledigung der Aufgaben im übertragenen Wirkungsbereich zuständig ist (und es auch bleibt), ist der Gemeinderat mittelbar über den Gemeindehaushalt und den Stellenplan an der Umsetzung der diesbezüglichen Aufgaben beteiligt (zumindest hinsichtlich der personellen und finanziellen Rahmenbedingungen). Diese mittelbare Beteiligung begründet den Anspruch auf Berichterstattung im Gemeinderat und in der Folge auch mit Blick auf die Öffentlichkeit. Ein erheblicher bzw. unzumutbarer Verwaltungsmehraufwand entsteht dadurch nicht, weil im Rahmen der Fachaufsicht durch das Land ohnehin Berichtspflichten für die Gemeinde bestehen. Zudem lässt die gesetzliche Neuregelung den Umfang und die Form der Berichterstattung offen.

Nr. 12**§ 30**

Neufassung Verfahren Eilentscheidungen, u.a. ortsübliche Bekanntmachung und Berücksichtigung Umlaufverfahren nach § 36 Abs. 1 (neu)

Stellungnahme:

Die gesetzliche Neuregelung ist eine Folgeregelung aus der beabsichtigten Neufassung von § 36 Abs. 1 ThürKO.

Nr. 13**§ 33 Abs. 3**

Eingruppierungen und Leistungen an Beschäftigte nur im Rahmen der Tarifvereinbarungen, gilt auch bei den Obergrenzen für nicht tariflich gebundene Gemeinden

Stellungnahme:

Die beabsichtigte Neuregelung soll eine Besserstellung der Beschäftigten in nicht tarifgebundenen Kommunen gegenüber den Kommunen mit Tarifbindung ausgeschlossen werden. Eine Schlechterstellung der Beschäftigten wird hingegen in nicht tariflich gebundenen Kommunen nicht gesetzlich ausgeschlossen. Dies befremdet, weil das eigentliche Ziel darin bestehen müsste, dass alle Kommunen tarifgebunden sind und bleiben.

Nr. 14**§ 35**

1. Übersendung Einladung, Tagesordnung und Beschlussvorlagen auch elektronisch
2. Antragsteller erhält Möglichkeit der Antragsbegründung
3. Tagungsort muss Zugang der Öffentlichkeit sichern
4. Elektronische Übermittlung nur im Einvernehmen mit dem Adressaten

Stellungnahme:

Zu 1.:

Ist im Zusammenhang mit Nr. 4 (Zustimmung des Adressaten) zu begrüßen und zeitgemäß.

Zu 2.:

Ist bereits durch Rechtsprechung in Thüringen so entschieden. Es ist folgerichtig, dass der Gesetzgeber die Rechtsprechung jetzt gesetzgeberisch umsetzt.

Zu 3.

Es ist ein Gebot, um § 40 ThürKO nicht unterlaufen zu können. Die gesetzliche Neuregelung ist aber unbestimmt und ist damit als Aufforderung an die Gemeinden zu verstehen.

Nr. 15**§ 36****a.) Abs. 1**

Feststellung der Beschlussfähigkeit nur auf Antrag

Stellungnahme:

Die geplante Verfahrensweise folgt der überwiegenden kommunalen Praxis und erscheint somit folgerichtig. Der Antrag kann auch vom Gemeinderatsvorsitzenden selbst kommen.

b.) Abs. 1a (neu)

1. Beschlussumlaufverfahren auf Antrag eines Gemeinderatsmitgliedes in Ausnahmesituationen
2. Ausnahmesituationen sind: Katastrophenfall, Epidemie, Pandemie, Fälle höherer Gewalt
3. Zustimmung des Verfahrens durch qualifizierte Mehrheit
4. Unterrichtung der Gemeinderatsmitglieder über die gefassten Beschlüsse

Stellungnahme:

Zu 1.

Ein Gemeinderatsmitglied kann auch der Bürgermeister sein, der damit das Umlaufverfahren selbst in Gang setzen kann. Das Umlaufverfahren findet aber nur statt, wenn die qualifizierte Mehrheit zustimmt (siehe Nr. 3).

Zu 2.:

Hier werden die Ausnahmesituationen definiert, wobei die „Fälle höherer Gewalt“ gesetzlich unbestimmt sind und deshalb hier der Missbrauch droht. Deshalb sollte dies gestrichen werden.

Zu 4.:

Dies ist eher als Klarstellung zu verstehen, weil bereits jetzt nach § 42 gefasste Beschlüsse Bestandteil der Niederschriften sind.

Die beabsichtigte Neuregelung ist im Zusammenhang mit der geplanten Neuregelung § 40 Abs. 3 zu sehen und zu befürworten.

Der Grundsatz der Öffentlichkeit wird durch § 40 Abs. 3 (neu) auch für das Umlaufverfahren gesichert.

Nr. 16**§ 38 Abs. 1**

Eingetragene Lebenspartnerschaften werden der Ehe gleichgestellt

Stellungnahme:

Hier handelt es sich um eine gebotene Folgeregelung der gesetzlichen Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit dem Status der Ehe.

Nr. 17**§ 40 Abs. 3**

Umlaufbeschlüsse sind vor der Beschlussfassung in geeigneter öffentlich bekanntzumachen

Gefasste Beschlüsse sind öffentlich bekanntzumachen

Stellungnahme:

Durch die beabsichtigte Ermöglichung der Form der Umlaufbeschlüsse muss zwingend der Grundsatz der Öffentlichkeit der Gremiensitzungen angepasst werden.

Es ist zu begrüßen, dass bei Umlaufbeschlussverfahren die Beschlussentwürfe bereits vor der Beschlussfassung als Entwurf veröffentlicht werden müssen. Dies schafft zumindest im Ansatz die öffentliche Wahrnehmung.

Es bleibt allerdings der „Mangel“, dass beim Umlaufbeschlussverfahren der Öffentlichkeit der Teil der Debatte verschlossen bleibt (soweit dieser überhaupt stattfindet). Die Öffentlichkeit kann also nicht mehr nachvollziehen, mit welcher Begründung wie abgestimmt wurde.

Ein Lösungsansatz könnte die Protokollierung auch des Umlaufbeschlussverfahrens sein. Diese Protokolle könnten dann örtlich bekanntgemacht werden. Der Debattenverlauf könnte dann zwar auch nicht in Echtzeit durch die Öffentlichkeit verfolgt werden aber immerhin im Rückblick. Und da die Entscheider diesen „Rückblick“ im Blick haben, finden Entscheidungsprozesse auch in der Form des Umlaufbeschlussverfahrens vergleichsweise unter den ansonsten geltenden Grundsatzbedingungen statt.

Nr. 18

§ 42

Aufhebung der Begrenzung „öffentlich“

Stellungnahme:

Mit der Neuregelung ist beabsichtigt, dass die Gemeinderatsmitglieder auch Abschriften der Niederschriften nichtöffentlicher Gremiensitzungen erhalten können.

Diese Neuregelung ist zu begrüßen, auch weil die Anzahl der nichtöffentlichen Sitzungen (Sitzungsteile) erheblich, durch die beabsichtigte Neuregelung in § 43 ThürKO (Grundsatz der Öffentlichkeit auch bei Ausschusssitzungen) reduziert wird.

Durch die Verschwiegenheitsverpflichtung der Gemeinderatsmitglieder bleibt auch bei der Übersendung der Niederschriften nichtöffentlicher Sitzungen an die Gemeinderatsmitglieder das Ziel der Nichtöffentlichkeit bewahrt.

Nr. 19

§ 43 Abs. 1

Öffentlichkeit aller Ausschusssitzungen

Stellungnahme:

Die beabsichtigte Neuregelung ist eine gebotene gesetzliche Reaktion auf die steigende Erwartungshaltung der Öffentlichkeit nach mehr Transparenz und Beteiligung in kommunalen Entscheidungsprozessen. Zudem wird der Raum für Spekulationen verengt.

Schutzwürdige Interessen bleiben gewahrt, weil im Einzelfall Beratungsgegenstände weiterhin in einen nichtöffentlichen Sitzungsteil beraten und entschieden werden können.

Die bisherige Nichtöffentlichkeit der Ausschusssitzungen konnte ohnehin weitgehend „umgangen“ werden, weil die dort behandelten Beratungsgegenstände ohnehin nur vorberaten und zur Entscheidung im Gemeinderat letztlich erneut in öffentlicher Sitzung diskutiert und entschieden wurden.

Die Begründung der bisherigen Nichtöffentlichkeit der Ausschusssitzungen (Schutz des einzelnen Gemeinderatsmitgliedes in Diskussionsprozessen) ist weder zeitgemäß noch in der aktuellen kommunalen Praxis umsetzbar.

Nr. 20

§ 44

Begrenzung der Frist zur Bewertung und Bearbeitung der Beanstandung seitens der Kommunalaufsicht auf max. drei Monate

Stellungnahme:

Diese beabsichtigte gesetzliche Neuregelung dient der Effizienz der Beschlussverfahren. Die gewählte Dreimonatsfrist ist angemessen und führt nicht zu unzumutbaren Arbeitsbelastungen bei den Rechtsaufsichtsbehörden.

Durch die zeitliche Befristung wird verhindert, dass durch Nichthandeln und -entscheiden Gemeinderatsbeschluss auf lange Zeit nicht umgesetzt werden können.

Nr. 21**§ 53 Abs. 1**

Verweis auf aktuelle Gesetzesneufassungen

Stellungnahme:

Hier erfolgt nur eine Anpassung des Gesetzestextes an die aktuelle Rechtslage.

Nr. 22**§ 55**

Heilung von Fehlern in der Haushaltssatzung auch nach Ablauf Haushaltsjahr

Stellungnahme:

Mit der gesetzlichen Neuregelung wird auf das durch die Rechtsprechung der ThürOVG vorgegebenen, komplizierte und rechtlich sehr angreifbare Festsetzungs- und Erhebungsverfahren der Kreisumlage reagiert.

Im Kreisumlageverfahren ist eine umfassende Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden vorgeschrieben. Hier sind Verfahrensfehler nicht auszuschließen, zumal eben das Verfahren bisher nicht abschließend und uneindeutig normiert ist.

Insofern erscheint es sinnvoll, die hier vorgeschlagene Neuregelung im Gesetz zu treffen. Die Neuregelung ist insofern zu unterstützen, soweit tatsächlich nur formelle Fehler im Haushaltsaufstellungsverfahren der gesetzlichen Neuregelung unterfallen sollen.

Der Wortlaut der beabsichtigten Neuregelung begrenzt aber die Heilungsmöglichkeiten nicht auf formelle Fehler. Hier sollte im Gesetzestext unbedingt eine Klarstellung erfolgen.

Nr. 23**§ 59 Abs. 5**

Außer- und überplanmäßige Verpflichtungen bis 31.12.2021 im Gesamtrahmen, wenn Unabweisbarkeit vorliegt

Stellungnahme:

Mit der Neuregelung wird eine weitere Flexibilisierung im Haushaltsvollzug erreicht. Mit der Begrenzung auf den Gesamtverpflichtungsrahmen besteht auch nicht die Gefahr der künftigen Nichtgewährleistung der finanziellen Leistungsfähigkeit.

Problematisch ist der gewählte Ermächtigungsgrundsatz „Unabweisbarkeit“. Hier ist eine höheres Maß der Bestimmtheit zu empfehlen.

Nr. 24**Abs. 63 Abs. 1**

Befristung 2019 wird gestrichen

Stellungnahme:

Die hier geplante Entfristung für die Aufnahme von Investitionskrediten für energetische Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen ist zu begrüßen, weil es sich bei derartigen Investitionen ohnehin um rentierliche Investitionen handelt.

Nr. 25**§ 71****a.) Abs. 2**

Erweiterung auf Gesundheitswesen und -vorsorge, ÖPNV und öffentlicher Wohnungsbau

Stellungnahme:

Die geplante Neuregelung ergänzt den Katalog der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge, für die nicht die engen Bedingungen der wirtschaftlichen Betätigung gelten. Diese Klarstellung ist vernünftig.

b.) Abs. 5

Erweiterung Tätigkeit außerhalb des Gemeindegebietes auf das Gesundheitswesen (Anzeige, Genehmigungsfiktion, Genehmigung durch Rechtsaufsicht)

Stellungnahme:

Die hier beabsichtigte Neuregelung dient letztlich auch der Klarstellung und konkretisiert das bereits jetzt gesetzlich bestehende Verfahren für Kommunen die außerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches wirtschaftlich tätig sein wollen.

Nr. 26

§ 76

a.) Abs. 1

Imperatives Mandat

Stellungnahme:

Die geplante gesetzliche Neuregelung greift bestehende Probleme der Rechtsanwendung im Spannungsfeld des Gesellschaftsrechts (Bundesrechts) und des Kommunalrechts (Landesrecht) auf. Dadurch soll der Grundsatz: „Keine Flucht ins Privatrecht zur Umgehung öffentlich-rechtlicher Vorgaben“ größere Geltung verschafft werden.

Es wird zurecht klargestellt, dass gemeindliche Vertreter in Organen privatrechtlich organisierter kommunaler Unternehmen einem gemeindlichen Weisungsrecht unterliegen und es sich insofern um imperative Mandate handelt.

b.) Abs. 2 (neu)

Entsendungsverfahren analog Ausschüsse, Weisungsrecht, Qualifikationsnachweis

Stellungnahme:

Bisher war das Entsendungsverfahren für die gemeindlichen Vertreter in die Organe des Unternehmens offen. Dadurch war der Spiegelbildgrundsatz bei der Ausschutzbesezung nicht immer gewährleistet, was zu politischen Konflikten führte, weil die Fraktionen im Gemeinderat nicht entsprechend ihres Stärkeverhältnisses in den Unternehmensgremien vertreten waren.

Es ist geboten, hier das Besetzungsverfahren für die Ausschüsse zu wählen.

Das Weisungsrecht wird aus Absatz 1 übernommen.

Das Qualifizierungsgebot ist zeitgemäß.

Nr. 27

§ 74 Abs. 1

Zuständigkeit Gemeinderat nach § 22 Abs. 3 unberührt

Stellungnahme:

Durch die Neuregelung wird gesichert und klargestellt, dass die gemeindlichen Vertreter in den Organen des kommunalen Unternehmens für alle Unternehmensentscheidungen, die in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen, der vorherige Zustimmung des Gemeinderates bedürfen. Dies sind alle Aufgaben des eigenen Wirkungskreises, die nicht laufende Angelegenheiten der Verwaltung sind. Der Grundsatz: „Keine Flucht ins Privatrecht zur Umgehung öffentlich-rechtlicher Vorgaben“ wird gestärkt und die Kompetenz des Gemeinderates gesichert.

Nr. 28

§ 75 a Abs. 4

Einsichtsrecht der Öffentlichkeit in die Beteiligungsberichte

Stellungnahme:

Die Veröffentlichung dieser Berichte stärkt die Berichts- und Offenlegungsverfahren für die kommunalen Unternehmen und ist deshalb ausdrücklich zu unterstützen. Durch diese Veröffentlichungspflicht werden die Grundsätze der Transparenz und öffentlichen Kontrolle/Steuerung kommunaler Unternehmen gestärkt. Diese Grundsätze sind ein Gebot der Zeit.

Nr. 29**§ 82 Abs. 2**

Öffentliche Auslegung Prüfungsberichte

Stellungnahme:

Die Veröffentlichung dieser Prüfungsberichte stärkt die örtliche Rechnungsprüfung und ist deshalb ausdrücklich zu unterstützen. Prüfung muss immer auch den öffentlichen Zugang zu den Prüfungsergebnissen einschließen.

Nr. 30**§ 83**

Öffentliche Auslegung Prüfungsberichte überörtliche Prüfung

Stellungnahme:

Die Veröffentlichung dieser Prüfungsberichte stärkt die überörtliche Kommunalprüfung und ist deshalb ausdrücklich zu unterstützen. Prüfung muss immer auch den öffentlichen Zugang zu den Prüfungsergebnissen einschließen.

Nr. 31 bis 39

Übernahme der Regelungen der Gemeinden für die Landkreise mit folgenden Ausnahmen:

- § 104 Fraktionen – Bereitstellung Finanzmittel ohne Mindesteinwohnerzahl nach finanzieller Leistungsfähigkeit des Landkreises
- Keine Pflicht zur Bildung Rechnungsprüfungsausschuss
- Keine Übernahme von § 26a (Beteiligung Kinder und Jugendliche) für die Landkreise

Stellungnahme:

Die Übertragung der Neuregelungen für die Gemeinde auf die Landkreise ist geboten und zu unterstützen.

Auf Grund der Größe (gemessen an der Einwohnerzahl) der Landkreise ist der Verzicht auf eine Mindestgröße bei der Gewährung von Finanzmitteln für die Fraktionen nachvollziehbar.

Unverständlich ist, weshalb bei den Landkreisen die Bildung von Rechnungsprüfungsausschüssen nicht gesetzlich vorgeschrieben wird, wenn dies bei Gemeinden ab 10.000 Einwohnern erfolgt.

Zu empfehlen ist auch die Übernahme von § 26a (Beteiligung Kinder und Jugendliche) für die Landkreise. Bisher ist dies nicht vorgesehen.

Artikel 2 – Änderung Gesetz zur kommunalen Doppik

Inhaltgleiche Übernahme der Neuregelung zum kommunalen Haushaltsrecht aus der ThürKO

Stellungnahme:

Es ist folgerichtig, die Änderungen im kommunalen Haushaltsrecht, die die Kommunen mit kamerale Haushaltsführung betreffen, inhaltsgleich für die Kommunen mit doppischer Haushaltsführung zu übernehmen.

Artikel 3 – Änderung ThürGemHV

Ergänzung infolge Änderung ThürKO

- Übersicht Fraktionszuwendungen

Stellungnahme:

Dies ist eine Folgeregelung, bedingt durch die Änderung der ThürKO. Die Übersicht über die Fraktionszuwendungen dient die Transparenz und ist zu befürworten.

Artikel 4 – Änderung ThürGemHV – Doppik

Ergänzung infolge Änderung ThürKO

- Übersicht Fraktionszuwendungen

Stellungnahme:

Dies ist eine Folgeregelung, bedingt durch die Änderung der ThürKO. Die Übersicht über die Fraktionszuwendungen dient der Transparenz und ist zu befürworten.

Artikel 5 – Inkrafttreten

1. Januar 2021

Stellungnahme:

Gegebenenfalls sind Übergangsbestimmungen notwendig. Klar geregelt werden sollte, bis wann die gesetzlichen Änderungen in den Kommunen umgesetzt werden müssen. Hier ist zu empfehlen, dass die Umsetzung bis spätestens zur Neuwahl des Gemeinderates/Kreistages zu erfolgen hat.

Teil 2

Folgende Punkte müssten im Thüringer Kommunalrecht noch im Rahmen des Projektes „Demokratisierung der Kommunalpolitik“ aufgenommen werden.

Thüringer Kommunalordnung

Stärkung der Fraktionsrechte hinsichtlich der Nutzung kommunaler Einrichtungen für die Fraktionsarbeit und des Zugangs zum Amtsblatt zur Darstellung der Fraktionsarbeit (§ 25)

Aufhebung der Möglichkeit der Bildung von Zählgemeinschaften zur Besetzung der Ausschüsse (§ 27 Abs. 1), weil durch die Zählgemeinschaften die Spiegelbildlichkeit bei der Ausschussbesetzung nicht mehr gesichert ist und das Entsendungsrecht der Fraktionen eingeschränkt wird.

Einführung einer nachträglichen Genehmigungspflicht bei Eilentscheidungen (derzeit nur Informationspflicht) § 30.

Hinzuziehung von Sachverständigen auf Antrag einer Fraktion auch im Gemeinderat/Kreistag (bisher nur in Ausschüssen möglich) - § 35

Beantragung Sondersitzung Gemeinderat als Fraktionsrecht ausgestalten (bisher nur Recht von 25 Prozent der Gemeinderatsmitglieder) § 35 Abs. 1

Klarstellung, dass bei Gesellschaften, die sich zu 100% im gemeindlichen Eigentum befinden, der Gemeinderat als Gesellschafterversammlung fungiert. (derzeit bildet der Bürgermeister allein diese Gesellschafterversammlung) § 76

Gesetz über die Kommunale Gemeinschaftsarbeit

Weisungsrecht nach § 30 Abs. 2 verbindlicher fassen, derzeit nur deklaratorische Wirkung.

Stärkung der Rechte der Verbraucherbeiräte nach § 26a (zumindest Anhörungsrecht in der Verbandsversammlung)

Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz

Bildung von Widerspruchsausschüssen nach dem Vorbild Hessen bei den Widerspruchsbehörden

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentationsdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der FDP, - Drucksache 7/651 - Neufassung - Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/869 - und Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/1188 -	
Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
Name	Organisationsform
Landesjugendring Thüringen	e. V.
Geschäfts- oder Dienstadresse	
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannesstr. 19
Postleitzahl, Ort	99084 , Erfurt

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Jugendverbandsarbeit Interessenvertretung junger Menschen in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Unsere Stellungnahme nimmt Bezug auf § 26 a ThürKO. Wir plädieren dafür, die Beteiligung junger Menschen als Muss-Regelung in die ThürKO aufzunehmen.	
5.	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

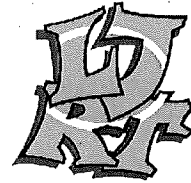
Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 10.09.2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

Landesjugendring Thüringen e.V.

Arbeitsgemeinschaft Thüringer Jugendvertretungen



Landesjugendring Thüringen e.V., Johannesstr. 19, 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

- per E-Mail: poststelle@landtag.thueringen.de -

THÜR. LANDTAG POST
17.09.2020 15:40

21909/2020

Geschäftsstelle
Johannesstraße 19
99084 Erfurt

Telefon 0361 57678-0
Fax 0361 57678-15

E-Mail post@ljrt-online.de
Web www.ljrt.de

Erfurt, 11.09.2020

Anhörung zu den Drucksachen

7/651 (Fraktion der FDP)

7/869 (Fraktion der CDU)

7/1188 (Fraktionen DIE LINKE., der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Änderung der Thüringer Kommunalordnung

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
vielen Dank für die Übersendung o.g. Gesetzentwürfe und der damit verbundenen Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme, der wir sehr gern nachkommen.

Im Rahmen der Anhörung beschränken wir uns auf die Aufnahme der Regelung in § 26a des Gesetzentwurfes der Fraktionen DIE LINKE., der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Beteiligung von Kindern und Jugendlichen):

„Die Gemeinden sollen bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu entwickelt die Gemeinde geeignete Verfahren. Das Nähere regelt die Hauptsatzung.“

Begründung:

„Die Regelung verankert die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in den Gemeinden in der Thüringer Kommunalordnung. Damit werden die lebensweltlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten junger Menschen vor Ort verbessert.“

Stellungnahme LJRT

Thüringen ist aktuell neben dem Freistaat Bayern, den Ländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern das einzige Land, dass keine Beteiligungsrechte junger Menschen in der Kommunalordnung verankert hat. Insofern begrüßt der Landesjugendring Thüringen e.V. ausdrücklich den Gesetzentwurf der Regierungsfractionen, die Mitbestimmungsmöglichkeiten junger Menschen an kommunalen Planungen und Vorhaben zu stärken. Ungeachtet der Befürwortung des Gesetzesentwurfes im Grundsatz ist allerdings festzustellen, dass er keine verbindlichen und konkreten Regelungen aufweist und so im Ergebnis Wirkungspotenziale nicht ausschöpft.

Kommunale Beteiligung junger Menschen

Mit der *Landesstrategie Mitbestimmung junger Menschen* hat das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport im letzten Jahr einen wichtigen Grundstein für die Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen in Thüringen gelegt. Mit der Änderung des § 26a ThürKO ist nun eine kohärente und konsistente Weiterführung der *Landesstrategie Mitbestimmung junger Menschen* auf kommunaler Ebene möglich.

Es ist unbestritten und vielfach betont, dass die Kommunen der wichtigste Bezugspunkt junger Menschen sind.¹ Und eben diesen Bezugspunkt – ihr unmittelbares Lebensumfeld – möchten junge Menschen nachhaltig attraktiv mitgestalten. Die Bundesregierung stellt in ihrer aktuellen Jugendstrategie hierzu fest:

„Trotz [einer; LJRT] Distanz zu politisch-parlamentarischen Strukturen sind junge Menschen nicht unpolitisch. Im Gegenteil: Jugendliche und junge Erwachsene sind mit der Demokratie als Staatsform weitgehend zufrieden und wollen mitgestalten. Sie tendieren aber verstärkt zu kurzfristigem Engagement für spezifische Themen mit einem direkten Lebensweltbezug.“²

Regelungsbedarf

Im Gesetzentwurf ist für den § 26a ThürKO eine Soll-Regelung vorgesehen. Aus Sicht des Landesjugendring Thüringen e.V. ist dies nicht ausreichend und sollte nach dem Vorbild der Länder Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg und Schleswig-Holstein als Muss-Regelung in die Thüringer Kommunalordnung aufgenommen werden. Als Soll-Regelung würde die Beteiligung junger Menschen zu stark durch das individuelle Engagement lokaler Akteure bedingt sein. Das Deutsche Kinderhilfswerk stellte 2019 fest,

¹ vgl. u.a. TMBJS (2019), S. 4.

² BMFSFJ (2019), S. 43.

„[...] dass das Bewusstsein der kommunalen Ebene für die Wahrnehmung der Rechte und Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen gesteigert werden konnte. Dabei wurde deutlich, dass nur verbindliche Regelungen auch zu einer wirksamen Änderung des Verwaltungshandelns führen.“³

Der durch die Soll-Regelung entstehende *Beteiligungs-Flickenteppich* wird zu Disparitäten in Abhängigkeit vom Wohnort der jungen Menschen in Thüringen führen. Im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse im Freistaat ist es zwingend erforderlich, die Beteiligung junger Menschen folglich als Muss-Regelung in die Thüringer Kommunalordnung aufzunehmen.

Beteiligung als Standortfaktor

Die Beteiligung junger Menschen an kommunalen Entscheidungen ist nicht als zusätzliche formale Hürde in Planungs- und Entscheidungsprozessen zu verstehen. Vielmehr werden die Kommunen selbst von mehr Beteiligungsmöglichkeiten profitieren. Nicht nur die erhöhte Legitimation kommunalpolitischer Entscheidungen, sondern vor allem die erhöhte Identifikation junger Menschen mit dem Gemeinwesen ist hier zu bedenken. Diese positive Identifikation junger Menschen mit der eigenen Kommune erhöht die Wahrscheinlichkeit, nachhaltiger mit ihr verbunden zu sein. Insbesondere in ländlichen Regionen wird die Beteiligung junger Menschen somit zum Standortfaktor.⁴ Darüber hinaus ist zu erwarten, dass die Rationalität politischer Entscheidungen erhöht wird, wenn junge Menschen an Entscheidungen beteiligt werden, die sie betreffen. Dadurch werden *Betroffene* zu *Beteiligten*.

Rahmung der Beteiligungsformate

Es ist zwar grundsätzlich zu begrüßen, dass die Kommunen eigene Beteiligungsformate entwickeln sollen, um den individuellen Gegebenheiten vor Ort gerecht werden zu können. Um hier aber tatsächlich eine qualitative Steigerung bisheriger Beteiligungsformate zu erreichen, ist eine formale Rahmung zielführender, auch um den Kommunen Handlungssicherheit zu geben. Insofern wird angeregt, den Gesetzentwurf um konkretere Regelungen zu erweitern. Aus Sicht des Landesjugendring Thüringen e.V. sollten für die Beteiligungsformate folgende Aspekte berücksichtigt werden:

³ DKHW (2019), S. 19.

⁴ U.a. zeigen Untersuchungen von Krönert/Kuhn et al. (2011), dass sich eine aktive Bürgerschaft mit einem regen Vereinsleben positiv auf die demografische Entwicklung auswirkt. Eine Vermutung zum ländlichen Raum lässt sich damit empirisch verifizieren: „Engagierte Bürgerinnen und Bürger und genügend Partizipationsmöglichkeiten machen kleine Orte attraktiver. Bürgerschaftliches Engagement korreliert mit demografischer Stabilität“, zitiert nach Pletzer (2017), S. 89.

1. Die Beteiligungsformate sind regelmäßig, mindestens jährlich durchzuführen.
2. Es sind Indikatoren zu definieren, anhand derer transparent festgelegt werden kann, welche Planungen und Vorhaben die Interessen junger Menschen berühren und sie entsprechend zu beteiligen sind. Die Indikatoren sind jährlich zu prüfen.
3. Es ist eine festgeschriebene Frist zur Umsetzung/Behandlung der Ergebnisse der Beteiligungsformate vorzusehen.
4. Die Gebietskörperschaften sind verpflichtet, die Beteiligung junger Menschen zu dokumentieren und hierüber jährlich öffentlich Bericht abzugeben.
5. Es ist zu regeln, welche Konsequenzen es für die Gebietskörperschaften hat, wenn junge Menschen nicht beteiligt werden.

Kommunale Jugendvertretungen

Jugendvertretungen sind eine geeignete Möglichkeit, den Interessen junger Menschen mehr Gehör zu verleihen. Daher ist das Recht junger Menschen aufzunehmen, kommunale Jugendvertretungen zu gründen. Für die Jugendvertretungen sollte darüber hinaus ein Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht in den Gemeinderäten vorgesehen werden. Zudem sind den Jugendvertretungen angemessene finanzielle Mittel im Rahmen des kommunalen Haushaltsplans zur Verfügung zu stellen.

Landkreisordnung

Der § 26a soll als Teil der Gemeindeordnung eingeführt werden. Um die Beteiligung junger Menschen auf allen Ebenen zu gewährleisten, ist es jedoch erforderlich, die Normierung auch in den zweiten Teil der Kommunalordnung – der Landkreisordnung – aufzunehmen.

Für Rückfragen und weitere Erläuterungen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender

Literaturhinweise

BMFSFJ (2019): In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend. Die Jugendstrategie der Bundesregierung. 2. Auflage. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.bmfsfj.de/blob/141940/a9789d196ec8313b0b6bda4d5fd18eae/in-gemeinsamer-verantwortung-politik-fuer-mit-und-von-jugend-data.pdf>, zuletzt geprüft am 26.08.2020.

DKHW (2019): Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Eine Zusammenstellung der gesetzlichen Bestimmungen auf Bundesebene und ein Vergleich der Bestimmungen in den Bundesländern und auf kommunaler Ebene. 3. Auflage. Berlin. Online verfügbar unter: [https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1 Unsere Arbeit/1 Schwerpunkte/3 Beteiligung/3.11 Studie Beteiligungsrechte/Studie Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen.pdf](https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/3_Beteiligung/3.11_Studie_Beteiligungsrechte/Studie_Beteiligungsrechte_von_Kindern_und_Jugendlichen.pdf), zuletzt geprüft am 27.08.2020.

Krönert, Steffen/Kuhn, Eva/Karsch, Margret/Klingholz, Reiner (2011): Die Zukunft der Dörfer. Zwischen Stabilität und demografischem Niedergang. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Pletzer, Winfried (2017): Kommunale Jugendpolitik: Rahmenbedingungen, Leitlinien, Gestaltung. In: Lindner, Werner/Pletzer, Winfried [Hrsg.]: Kommunale Jugendpolitik. Weinheim: Beltz Juventa, S. 71-110.

TMBJS (2019): Landesstrategie für die Mitbestimmung junger Menschen. Erfurt. Online verfügbar unter <https://www.thueringen.de/mam/th2/tmbwk/aktuell/aktuelles/2019/landesstrategie-mitbestimmung.pdf>, zuletzt geprüft am 26.08.2020.

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/651 - Neufassung - Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/869 - und Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/1188 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Verein Selbstmordkoll. / Thürigen e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Bahnhofstr. 23</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07768 Ika</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Verein Selbstmordkoll. / Thürigen e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Bahnhofstr. 23	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	07768 Ika
Name	Organisationsform										
	Verein Selbstmordkoll. / Thürigen e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Bahnhofstr. 23										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	07768 Ika										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Änderungs vorläufe oder Fraktionen zu Entscheidung kommen zu Krisenzeiten 0-12. Völlig 2 mal bei Bundes 90 100 für SPD zu weitergehender Änderungen der 120 verfahren für Prinzip d. Selbstver waltung und d. repräsentativen Demokratie	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Köln 17.09.20	

Selbstverwaltung für Thüringen e.V.
Bahnhofstraße 23 07768 Kahla

THÜR. LANDTAG POST
17.09.2020 16:34

21.9.18/2020



Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Selbstverwaltung für
Thüringen e.V.

Vorab per Fax: (0361) 37 72016

Geschäftsstelle:
Bahnhofstraße 23
07768 Kahla

E-Mail:
AG.Selbstverwaltung@web.de
Internet:
<http://ag-selbstverwaltung.net>
Registergericht:
Amtsgericht Stadtroda
Registernummer: VR210901

Gesetzentwurf der FDP Fraktion, Drucksache 7/651 vom 22.04.2020
Gesetzentwurf der CDU Fraktion, Drucksache 7/869 vom 03.06.2020
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, Drucksache 7/1188 vom 08.07.2020

Vorsitzende:

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

Stellvertretende Vorsitzende:

für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den oben genannten Gesetzesentwürfen
möchten wir uns bedanken.

Es schreibt Ihnen:

Die ThürKO stellt seit Jahrzehnten das grundlegende Regelwerk der Thüringer
Gemeinden, Städte, Verwaltungsgemeinschaften und Kreise dar. Im Hinblick auf
den verfassungsrechtlichen Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung werden
in der ThürKO Kompetenzen und Zuständigkeiten voneinander abgegrenzt und
geregelt. Dies soll insbesondere den ehrenamtlichen und hauptamtlichen
Mandatsträgern ein geordnetes Miteinander ermöglichen. Über viele Jahre hat
dieses Regelwerk eine praxisnahe Entwicklung von Gemeinden, Städten und
Kreisen gefördert. Praxisorientierte Änderungen haben Anwendung gefunden.

17. September 2020

Die Coronapandemie hat die Mandatsträger und Gremien vor neue
Herausforderungen gestellt. Regelungslücken wurden deutlich, die besonders bei
der Durchführung von Sitzungen, der Fassung von Beschlüssen oder auch der
Beteiligung der Öffentlichkeit deutlich wurden.

Dies führte an der Basis zu großer Verunsicherung, wie die demokratische Mitwirkung und
Entscheidungsfindung rechtssicher ermöglicht werden kann. Die Handlungsfähigkeit der Thüringer
Kommunen war dadurch massiv eingeschränkt.

Daher sind grundsätzlich Vorschläge, die neue Möglichkeiten der demokratischen Teilhabe im
digitalen Zeitalter ermöglichen, begrüßenswert.

Der Gesetzentwurf der FDP Fraktion, Drucksache 7/651 vom 22.04.2020 beschäftigt sich mit den
aufgetretenen Defiziten und Gesetzeslücken in der ThürKO während der Pandemie. Nach unserer

Einschätzung orientieren sich die Regelungen zur Möglichkeit von Videokonferenzen, Umlaufverfahren, Herstellung der Öffentlichkeit, Eilentscheidungsrecht und Inanspruchnahme des Kassenkredites im Katastrophenfall und bei Wirtschaftskrisen an den Bedürfnissen vor Ort.

Der Gesetzentwurf der CDU Fraktion, Drucksache 7/869 vom 03.06.2020 stellt ebenfalls auf die Gesetzesdefizite während der Pandemie ab. Die Entscheidungsübertragung an den Hauptausschuss oder die Möglichkeit von Videokonferenzen sind geeignete Mittel um demokratische Mitbestimmungs- und Entscheidungsmöglichkeiten zu gewährleisten. Die Internetübertragung von Sitzungen halten wir datenschutzrechtlich für sehr bedenklich.

Der Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird mit mehr Transparenz hinsichtlich der den Entscheidungen zugrundeliegenden Sachverhalte und Verfahren begründet. Andererseits beruht der Gesetzentwurf auf der Behauptung, daß ein modernes Gemeinwesen mehr Teilhabe an den Entscheidungen der Kommunen erforderlich mache.

Der Wunsch, kommunale Entscheidungen, insbesondere im Hinblick auf ihre Begründungen transparenter zu machen, ist begrüßenswert. Allerdings ist in diesem Zusammenhang beachtlich, daß Gemeinde- und Stadtratssitzungen in der Regel öffentlich abzuhalten sind. Die Verlagerung eines Tagesordnungspunktes in den nicht öffentlichen Teil kann nur unter engen Voraussetzungen erfolgen, die bei der weitaus überwiegenden Zahl der zu fassenden Beschlüsse nicht gegeben sind. Die Gemeinde- und Stadtratssitzungen stehen daher bereits heute sämtlichen Einwohnern einer Kommune offen. Dies gilt völlig unabhängig vom Alter des jeweiligen Einwohners oder der jeweiligen Einwohnerin. Die Thüringer Bekanntmachungsverordnung und auch alle bekannten Hauptsatzungen enthalten Regelungen, daß Zeitpunkt und Ort der jeweiligen Gemeinderatssitzung bekannt gemacht werden muß. Es ist daher für jeden interessierten Einwohner oder jede interessierte Einwohnerin möglich, an Sitzungen teilzunehmen und sich mit den Inhalten der Beschlüsse vertraut zu machen.

Die Soll-Bestimmung zur Abhaltung einer Einwohnerfragestunde bildet ab, was bereits seit langer Zeit ständige Übung in Gemeinde- und Stadtratssitzungen ist.

Soweit der Gesetzentwurf mehr Teilhabe an den Entscheidungen der Kommunen bezweckt, dürfte dies im Ergebnis nicht zu einer Stärkung der Gemeinderäte und Kreistage führen, sondern zu einer Schwächung. Offenbar soll die Tür für mehr direkte Demokratie weiter geöffnet werden, obwohl Beispiele national und international in den letzten Jahren gezeigt haben, daß dies nicht zu einer Stärkung der Parlamente und oftmals auch nicht zu klaren Verhältnissen führt. Das politische System der Bundesrepublik Deutschland ist auf allen föderalen Ebenen durch den Grundsatz der repräsentativen Demokratie geprägt. Dieser hat sich bewährt.

Der Verein Selbstverwaltung für Thüringen hat sich stets dafür eingesetzt, daß Entscheidungen der kommunalen Gemeinschaft vor Ort bürgernah und für den Bürger transparent gefällt werden. Dies ist mit dem durch die Thüringer Kommunalordnung zur Verfügung gestellten Instrumentarium bereits heute unproblematisch möglich.

Eine Verlagerung der Entscheidungen auf die Instrumente der direkten Demokratie hat sich im Vergleich zur repräsentativen Demokratie nicht als das bessere Instrument erwiesen, da die direkte Demokratie bekanntermaßen in erster Linie von Lobbygruppen, Vereinen, Gewerkschaften oder gewerkschaftlich nahen Gruppierungen und kirchlichen Gemeinschaften genutzt werden, die über das nötige Potenzial an Hilfskräften aber auch finanziellen Background verfügen. Erfahrungen zeigen, daß das Mittel der direkten Demokratie für einzelne Bürger, oder für kleinere Interessengruppen faktisch nicht nutzbar ist. Werden die Entscheidungen im Wege einer zunehmenden direkten Demokratie auf die bezeichneten Lobbygruppen verlagert, geraten die Interessen einzelner Gruppierungen ohne Lobby ins Hintertreffen. Die Gemeinderäte sind jedoch berufen, sich um die Interessen aller Einwohner zu bemühen, unabhängig davon, ob diese über eine Lobby verfügen oder nicht.

Soweit daher der Entwurf dazu dienen soll, die repräsentative Demokratie zu schwächen und der direkten Demokratie über die geltenden Regelungen hinaus Vorschub zu leisten, wird dies vom Verein

Selbstverwaltung für Thüringen abgelehnt. Im Folgenden soll auf einzelne Teilregelungen des Entwurfs eingegangen werden.

Der neu einzufügende § 21 Abs. 1 S. 2 ist geeignet, die gemeindliche Selbstverwaltung schwerwiegend zu beeinträchtigen. Der Sinn einer solchen Regelung erschließt sich nicht. Satzungen sind nach den Regelungen der Kommunalordnung nach Beschluss, Ausfertigung und gegebenenfalls Genehmigung ortsüblich zu veröffentlichen. Eine weitere öffentliche Auslegung vor dem Satzungsbeschluss stellt für interessierte Gemeindemitglieder keine Verbesserung der Teilhaberechte dar, da gegen eine nicht veröffentlichte Satzung aufgrund fehlender Rechtskraft nicht vorgegangen werden kann.

Aus Sicht der Gemeinderäte stellt eine zusätzliche Pflicht zur Auslegung eine Beeinträchtigung ihrer Selbstverwaltungsrechte dar, da Satzungen nicht selten zeitnah beschlossen und veröffentlicht werden müssen, um rechtswidrige oder unwirksame Satzungen zu heilen. Eine Möglichkeit zur kurzfristigen Reaktion auf die Kenntnis der Rechtswidrigkeit einer Satzung würde den Gemeinderäten durch diese Regelung genommen. Diese Regelung kann somit verhindern, daß Kommunen den ihnen gesetzlich obliegenden Pflichten nicht in angemessener Zeit und damit unter Umständen verspätet nachkommen.

Sollte angedacht sein, bestimmten Interessengruppen die Möglichkeit zur Vorbereitung von Instrumenten der direkten Demokratie zu verschaffen, so ist daran zu erinnern, daß diese Instrumente ebenfalls an die Veröffentlichung der jeweiligen Satzung gebunden sind. Soll die Regelung, die Transparenz der Entscheidungen der Gemeinderäte erhöhen, ist wiederum auf die Möglichkeit zur Teilnahme an den Gemeinderatssitzungen und zur Einsichtnahme in die Amtsblätter zu erinnern.

Die einzufügende Änderung des § 23 I war bereits in der VKO enthalten und wurde abgeschafft. Insgesamt wird damit die Position der urgewählten Bürgermeister geschwächt, dessen starke Position (u.a.) in der Entscheidungsvorbereitung, in der Vorbereitung und Terminierung der Sitzung (kein Selbstversammlungsrecht des Gemeinderates), in der Außer-Vollzug-Setzung von rechtswidrigen Entscheidungen des Gemeinderates und im Entscheidungsvollzug (Außenvertretung) sichtbar wird.

Aus der Mitte des Gemeinderates gewählte Vorsitzende sind zwar zur Neutralität in Ausübung ihres Amtes angehalten, sie sind aber dennoch Fraktionsangehörige. Der Bürgermeister ist nicht fraktionsangehörig. Seine Neutralitätspflicht ergibt sich aus dem Beamtenrecht. Darüber hinaus wäre die Konstellation problematisch, in der der Bürgermeister über keine eigene Mehrheit im Gemeinderat verfügt.

Die in § 23 IV Nr. 1 aufzunehmende Änderung kollidiert mit Art. 137 GG, da Arbeiter von der Regelung in Art. 137 GG nicht erfasst sind. Außerdem dürfte es sich hierbei um einen Eingriff in Rechte von Bürgern handeln.

Die Regelung in § 25 Abs. 2, nach der Fraktionen in Gemeinden mit einer Größe ab 6.000 Einwohnern zur Aufgabenwahrnehmung Gelder aus dem Gemeindehaushalt zugewendet werden sollen, ist aus mehreren Gründen bedenklich.

Formal erscheint bereits die vorgeschlagene Größe von 6.000 Einwohnern als bedenklich, da diese Zahl nicht begründet wurde und auch nicht begründbar ist. Weiterhin handelt es sich bei der Formulierung „im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit“ um einen unbestimmten Rechtsbegriff, der zu Auslegungsproblemen führen wird. Weiterhin fällt eine solche Zahlung neben den bereits zu zahlenden Staffelbeiträgen und der Aufwandsentschädigung für Vorsitzende von Ausschüssen oder dem Stadtrat eine zusätzliche Belastung von öffentlichen Haushalten da und widerspricht dem Sinne einer sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel.

Die Arbeit der Fraktionen und der Gemeinderäte, die grundsätzlich ehrenamtlich erfolgt, ist mit der Tätigkeit der Fraktionen der Landtage, die eine finanzielle Förderung erhalten, nur bedingt vergleichbar.

Das Eilentscheidungsrecht nach § 30 ThürKO kann ohnehin durch die Regelung, daß es nur dann in Anspruch genommen werden darf, wenn eine Angelegenheit keinen Aufschub duldet, nur in Ausnahmefällen angewendet werden. Sollte ein Bürgermeister diese Regelung grundlos oder zum Nachteil der Gemeinde in Anspruch nehmen, macht er sich gegebenenfalls schadensersatzpflichtig. Für die Aufnahme einer Veröffentlichungspflicht der Eilentscheidung, ihrer Gründe und die Art der Erledigung besteht keine Veranlassung. Eilentscheidungsrechte werden bereits nach jetziger Praxis äußerst sparsam in Anspruch genommen. Viele Bürgermeister haben sich auch zu Zeiten des Lockdowns, in denen Gemeinderatssitzungen nicht stattfinden konnten, gescheut, Eilentscheidungen zu treffen.

Besteht für Beschlüsse nach den Regelungen der Kommunalordnung keine Verpflichtung zur Veröffentlichung, sollte dies auch für die ersatzweise getroffenen Eilentscheidungen des Bürgermeisters gelten.

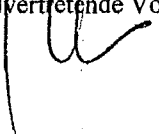
Soweit § 27 in Abs. 6 regeln soll, daß auf Antrag einer Fraktion oder eines Viertels der Gemeinderatsmitglieder die von ihnen benannten Sachverständigen hinzuzuziehen sind, so fehlt eine Regelung, wer die Kosten dieser Sachverständigen zu tragen hat. Sollte dies auf Kosten der jeweiligen Gemeinde geschehen, so besteht die Möglichkeit einer uferlosen Kostendebatte. Im Übrigen würde dann in unzulässiger Art und Weise die Befugnis zur Kostenauslösung auf Fraktionen übertragen, was den Rechten des Gemeinde- oder Stadtrats als Gremium diametral entgegensteht. Selbst wenn die Kosten von den vorschlagenden Fraktionen getragen werden müssten, müssten zusätzliche Regelungen in der Hauptsatzung getroffen werden, in welcher Art und Weise Sachverständige anzuhören oder sonst zu beteiligen sind.

Die Regelung in § 33 III stellt einen Eingriff in die Tarifautonomie dar.

Die einzufügende Änderung in § 38 Abs. 1 S. 1 ist bereits geregelt, da eingetragene Lebenspartner Ehegatten gleichgestellt sind.

Mit freundlichen Grüßen

Stellvertretende Vorsitzende



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/651 - Neufassung - Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/869 - und Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/1188 -	
Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?	
§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.	
Name	Organisationsform
TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN	E.V. (VERBAND)
Geschäfts- oder Dienstadresse	
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER - STR. 9
Postleitzahl, Ort	99086 ERFURT



**tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen**

Schmidtstedter Straße 9
D-99084 Erfurt
Telefon (0361) 654 75 21
Telefax (0361) 654 75 22

www.tbb-konkret.de
post@dbbth.de

Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d.h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
Nachname	Vorname
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
GEWERKSCHAFTLICHER SPITZENVERBAND i.S. v. § 95 THÜRBG	
Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die antwortenden Regelungen insgesamt eher:	
<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
Onlineveranstaltungen in Ausnahmesituationen z.B. bei der Schaffung von Ausländerberätern Kinder- und Jugendberätern verpflichtend verpflichtende Regelungen zum Personal und Tarifbindung in der Kommunen aufnehmen	
Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsverfahren einzureichen? (§ 6 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

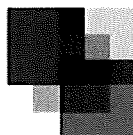
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteiligungG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteiligungG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 18.09.2020	

THÜR. LANDTAG POST
18.09.2020 12:15

22 032/2020



tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

Per E-Mail:
poststelle@thueringer-landtag.de

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Landesvorsitzender

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

E-Mail: post@dbbth.de
www.thueringer-beamtenbund.de

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
20. Juli 2020

Datum
18. September 2020

Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung

Gesetzentwürfe der CDU/ FDP/ DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen

Schriftliche Stellungnahme zum Anhörungsverfahren nach §§ 79 und 112 Abs. 4 der GO des Thüringer Landtag

Sehr geehrter Herr

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. bedankt sich für die Möglichkeit zum schriftlichen Anhörungsverfahren zu o.g. Gesetzänderung.

Der tbb möchte sich nicht zu den einzelnen Paragraphen äußern, da dieser Gesetzentwurf vor allem die Gemeinden, Landkreise und Zweckverbände betrifft und keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hat. Daher beziehen sich unsere weiteren Vorschläge vorrangig auf den umfassenderen Entwurf von DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen.

Umgang mit Ausnahmesituationen

Die mehrheitlich ehrenamtlich getragene kommunalpolitische Arbeit muss als zentrale Säule unserer Demokratie auch in außergewöhnlichen Situationen gewährleistet sein. Deshalb benötigen die Kommunen pragmatische und praxistaugliche Regelungen zum virtuellen Tagen der Gremien und eine rechtssichere Handlungsgrundlage für die absoluten Ausnahmesituationen.

Ausländerbeiräte

Dies ist zu begrüßen.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, § 26a

Der Entwurf beinhaltet leider nicht die verpflichtende Einführung von Kinder- und Jugendbeiräten in den Gemeinden. Aber er gibt immerhin die Kinder- und Jugendbeteiligung als Baustein der kommunalen Einwohner- und Einwohnerinnenbeteiligung vor.

Es wäre wünschenswert, die Einrichtung von Kinder- und Jugendbeiräten für alle Kommunen verpflichtend einzuführen. Wer die Demokratie auf dem Land und in der Stadt stärken möchte, muss



Jugendlichen und Kindern die Möglichkeit bieten, demokratische Prozesse einzuüben. Ferner kann durch die Beiräte Nachwuchs für die kommunalen Gremien gewonnen werden.

Personal der Gemeinden – Beamte und Tarifbeschäftigte

Große Kritik durch den tbb findet es nach wie vor, dass es in der Thüringer Kommunalordnung keinen Passus zum Personal der Kommunen gibt (anders in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, etc.). Diese Lücke in unserer Kommunalordnung wird der Bedeutung der Beschäftigten in den Kommunen nicht gerecht.

Der tbb fordert daher die Einführung eines eigenen Abschnittes in der Kommunalordnung, der die Ausstattung der Gemeinden mit Fachpersonal regelt, deren verpflichtende Weiterbildung, die Aufstellung eines Stellenplans sowie die Tarifbindung.

Der tbb schlägt folgende Formulierung vor:

„Abschnitt: Beschäftigte und Beauftragte der Gemeinde

Einstellung, Notwendigkeit bestimmter Fachkräfte, Aus- und Fortbildung

(1) Die Gemeinde ist verpflichtet, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen fachlich geeigneten Beamten und Arbeitnehmer einzustellen. Die Beschäftigten müssen die für ihren Aufgabenbereich jeweils erforderlichen fachlichen Voraussetzungen erfüllen.

(2) Unbeschadet der Verpflichtung nach Absatz 1 müssen

1. Kreisfreie Städte und Gemeinden mit mehr als 25.000 Einwohnern mindestens einen Gemeindebeamten mit der Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst oder das Richteramt haben, wenn nicht der Oberbürgermeister/Bürgermeister oder ein Beigeordneter diese Befähigung besitzt,

2. die übrigen Gemeinden mindestens einen Gemeindebeamten mit der Befähigung für den gehobenen Verwaltungsdienst haben, wenn nicht der hauptamtliche Bürgermeister diese Befähigung besitzt oder die Gemeinde einer Verwaltungsgemeinschaft angehört.

(3) Die Gemeinde fördert die regelmäßige Aus- und Fortbildung ihrer Beschäftigten.

Fachbeschäftigter für das Finanzwesen

(1) Die Aufstellung des Haushaltsplanes, des Finanzplanes und des Jahresabschlusses sowie des Gesamtabchlusses, die Haushaltsüberwachung sowie die Verwaltung des Vermögens und der Schulden der Gemeinde sind bei einem Beschäftigten zusammenzufassen.

(2) Zum Fachbeschäftigten für das Finanzwesen darf nur bestellt werden, wer über

1. eine abgeschlossene wirtschafts- oder finanzwissenschaftliche Ausbildung oder die Laufbahnbefähigung der Fachrichtung Allgemeine Verwaltung mit dem fachlichen Schwerpunkt allgemeiner Verwaltungsdienst und

2. eine mindestens einjährige Berufserfahrung im öffentlichen Rechnungs- und Haushaltswesen oder in entsprechenden Funktionen eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts verfügt.

(3) Der Oberbürgermeister/Bürgermeister kann nicht zugleich Fachbediensteter für das Finanzwesen sein.

Stellenplan und Rechtsverhältnisse der Gemeindebeschäftigten

(1) Die Gemeinde bestimmt im Stellenplan die Stellen ihrer Beamten sowie ihrer nicht nur vorübergehend beschäftigten Arbeitnehmer, die für die Erfüllung der Aufgaben im Haushaltsjahr erforderlich sind. Für Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden, sind besondere Stellenpläne aufzustellen. Beamte in Einrichtungen solcher Sondervermögen sind auch im Stellenplan nach Satz 1 aufzuführen und dort besonders zu kennzeichnen.

(2) Auf die Gemeindebeschäftigten sind die für die Landesbeschäftigten geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden, soweit gesetzlich oder tarifrechtlich nichts anderes bestimmt ist. Die oberste Kommunalaufsichtsbehörde kann Ausnahmen zulassen, soweit besondere Umstände dies erfordern.

(3) Abweichungen von Absatz 2 sind zulässig, soweit sie nachweisbar zu einer Verringerung im Stellenplan nach Absatz 1 Satz 1 führen; sie sind der Kommunalaufsichtsbehörde einen Monat vor ihrer Durchführung anzuzeigen.

(4) Personen, die aufgrund eines Vertrages im Dienst einer Gemeinde stehen, werden bei der Umbildung der Gemeinde oder eines Aufgabenüberganges nach §128 Abs. 4 Beamtenrechtsrahmengesetz von der aufnehmenden Körperschaft entsprechend der Regelung in den §§128, 129 Abs. 1, 2, 3 Satz 1 Abs. 4, des Beamtenrechtsrahmengesetzes übernommen. Die Regelung des §131 des Beamtenrechtsrahmengesetzes gilt für Arbeitnehmer entsprechend. Tarifrechtliche Bestimmungen bleiben unberührt.

Beauftragte

(1) Die Gemeinden können für bestimmte Aufgabenbereiche besondere Beauftragte bestellen.

(2) Die Beauftragten sind in der Ausübung ihrer Tätigkeit unabhängig und können an den Sitzungen des Gemeinderats und der für ihren Aufgabenbereich zuständigen Ausschüsse mit beratender Stimme teilnehmen.“

Aus Sicht des tbb sind folgende Vorschläge besonders begrüßenswert

- die Auslagepflicht für Satzungsentwürfe in den Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisen (§ 21 Abs. 1 Satz 1),
- Verpflichtende Einwohnerfragestunde zur Förderung der Transparenz und Akzeptanz für alle wichtigen Beschlüsse (§ 96a),
- Rechenschaftsbericht Beschlussvollzug zur Förderung der Transparenz und Akzeptanz von Beschlüssen,
- Stärkung der Akteneinsichtsrechte (§§ 75a Abs. 4, 82 Abs. 2, 83 Abs. 3),
- Konkretisierung der Unvereinbarkeit von Amt und Mandat (§ 23 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1)

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender

Anlage: Formblatt zur Datenerhebung

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/1188 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Verband kommunales Unternehmen e.V. Landesgruppe Thüringen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	HA
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	
		Heinrichshofstr. 10 99084 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Interessensvertretung für die kommunalen Unternehmen der Ver- und Entsorgungswirtschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	I Flexible Vorgaben für die Betätigung in der Energieversorgung ↳ Erleichterung der überörtlichen Betätigung ↳ Erleichterungen bei mittelbaren Betätigungen II Weisung gebundenheit kommunaler Aufsichtsratsmitglieder wird abgelehnt III Anwendung der Regelungen zu Geschäftsgängen auf Zweckverbände	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 28.09.2020	

Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU)
Landesgruppe Thüringen
Mainzerhofstraße 10 | 99084 Erfurt

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTB bearbeitet.

THÜR. LANDTAG POST
18.09.2020 12:27

22036/2020

VKU

VERBAND KOMMUNALER
UNTERNEHMEN e.V.
LANDESGRUPPE THÜRINGEN

VKU Geschäftsstelle Thüringen • Mainzerhofstraße, 10 • 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Per E-Mail: poststelle@thueringer-landtag.de

**Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze
(Drucksache 7/1188)**
Stellungnahme des VKU im Anhörungsverfahren

Landesgruppe Thüringen
Mainzerhofstraße 10
99084 Erfurt

Hauptgeschäftsstelle

Invalidenstraße 91
10115 Berlin

Fon +49 30 58580-0
Fax +49 30 58580-100

www.vku.de
info@vku.de

18.09.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu dem o. g. Gesetzentwurf eine Stellungnahme abgeben zu können.

In Thüringen sind 61 kommunale Unternehmen in den Sparten Energie, Wasser und Entsorgung im VKU organisiert. Kommunalwirtschaftliche Unternehmen bieten ihre umfangreichen Dienstleistungen sicher, umweltverträglich und preisgünstig an. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaftsentwicklung. Die VKU-Mitgliedsunternehmen in Thüringen leisten jährlich Investitionen in Höhe von über 300 Millionen Euro, erwirtschaften einen Umsatz von nahezu 3 Milliarden Euro und sind wichtiger Arbeitgeber von fast 6.000 Beschäftigten.

Wir möchten uns im Folgenden auf Hinweise zu den Vorschriften über die Gemeindevirtschaft und insbesondere die gemeindlichen Unternehmen beschränken:

I. Flexible Vorgaben für die Betätigung in der Energieversorgung

1. Erleichterung der überörtlichen Betätigung

Die ausdrückliche Klarstellung im Entwurf zu § 71 Abs. 2 S. 2 ThürKO, dass auch die Bereiche der Gesundheitsversorgung, des öffentlichen Personennahverkehrs und des öffentlichen Wohnungsbaus ein Tätigwerden im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge darstellen, begrüßen wir. Ebenfalls teilen wir die in der Gesetzesbegründung zu den Vorgaben über die überörtliche kommunale Betätigung in § 71 Abs. 5 ThürKO

Registergericht:
Amtsgericht Charlottenburg

Datenschutzerklärung des VKU e.V.
In Bezug auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verweisen wir auf unsere Allgemeine Datenschutzerklärung, abrufbar unter www.vku.de/privacy. Dort erhalten Sie auch Hinweise zu Ihren Betroffenenrechten. Alternativ senden wir Ihnen die Datenschutzerklärung auch postalisch zu.

vertretene Auffassung, dass es wichtig ist, den kommunalen Unternehmen eine sinnvolle und wirtschaftliche Unternehmensstruktur zu ermöglichen, gerade auch was die örtliche Ausdehnung der Betätigung betrifft.

Auf Betätigungsfeldern, in denen eine kundenorientierte Leistungserbringung erfolgt, schränkt das Örtlichkeitsprinzip die kommunalen Unternehmen erheblich ein. Hier besteht ein massiver Wettbewerbsnachteil, da sich die Kundennachfrage nicht an kommunalen Gebietszuständigkeiten orientiert.

Das aktuelle Gesetzgebungsverfahren sollte daher dazu genutzt werden, über die bislang schon bestehende Sonderregelung für die Versorgung mit Strom und Gas und die nun vorgesehene Privilegierung der Erbringung von Gesundheitsdienstleistungen hinaus die überörtliche Betätigung im Bereich der Energieversorgung insgesamt zu erleichtern.

Wir schlagen insoweit vor, dass sich die Thüringer Kommunalordnung an dem neuen erst im Jahr 2019 neu gefassten § 97 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) orientiert, der eine Sonderregelung für kommunale Versorgungsunternehmen enthält. § 97 SächsGemO ermöglicht die überörtliche Betätigung „in den Bereichen der Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung sowie Telekommunikation“. Die Formulierung „in den Bereichen“ ist dabei weit und umfassend auszulegen. Zum Bereich der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung gehören insbesondere auch die Stromerzeugung und Dienstleistungen in den Bereichen Energiemanagement und Contracting, Energiehandel, Messstellenbetrieb (auch durch sog. „smart meter“ – intelligente Zähler), Dienstleistungen im Bereich „smart grids“ – intelligente Netze, Erstellen von Energieausweisen oder Dienstleistungen im Bereich E-Mobilität. Da sich Dienstleistungen stets weiterentwickeln, ist diese Auflistung nicht vollständig, sondern nur beispielhaft zu verstehen.

Die bisherige Fassung des § 71 Abs. 5 ThürKO enthält lediglich eine Sonderregel, die die überörtliche Betätigung bei der Versorgung mit Strom und Gas ohne Weiteres ermöglicht. Die Versorgung mit Wärme, das Anbieten von Energiedienstleistungen oder ein Tätigwerden im Bereich der Stromerzeugung, insbesondere aus erneuerbaren Energien, werden durch den Wortlaut aber nicht oder nur unzureichend abgedeckt. Die in § 97 SächsGemO verwendete Formulierung, die auf die einzelnen Bereiche abstellt, bietet dagegen die dringend benötigten Spielräume und sollte auch in Thüringen übernommen werden.

Ein besonderer Handlungsbedarf besteht im Bereich der Stromerzeugung. Kommunale Unternehmen sind entscheidende Treiber der Energiewende und setzen sich z. B. in den Bereichen Windenergie, Photovoltaik oder Kraft-Wärme-Kopplung sowie bei begleitenden Dienstleistungen massiv für die Umsetzung dezentraler und hoch effizienter Lösungen ein. In der Praxis ergeben sich jedoch durch das Örtlichkeitsprinzip unnötige Hürden. So kann es beispielsweise im Gebiet einer Kommune an geeigneten Flächen für die Umsetzung von Windkraftprojekten fehlen. Durch den bestehenden Genehmigungsvorbehalt

für die überörtliche Betätigung werden Investitionen kommunaler Unternehmen in Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien oder in Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung erheblich erschwert.

Kommunale Unternehmen sollten daher in die Lage versetzt werden, sich in allen Bereichen der Energieversorgung, insbesondere der Strom- und Wärmeerzeugung und der Energiedienstleistungen, unproblematisch auch jenseits der Kommunalgrenzen zu betätigen, um den Umbau zu einem effizienten und klimaverträglichen Energiesystem weiter vorantreiben zu können.

Dies wäre im Übrigen auch ein Beitrag zur Herstellung der Chancengleichheit, da andere Bundesländer, wie z. B. Sachsen, über flexiblere Regelungen verfügen und auf ein Genehmigungserfordernis verzichten.

Wir schlagen daher vor, im Rahmen des § 71 Abs. 5 kommunale Betätigungen „in den Bereichen der Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung sowie Telekommunikation“ bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 2 und 3 zuzulassen. Dabei müsste im Wortlaut oder in der Gesetzesbegründung darauf hingewiesen werden, dass die Formulierung „in den Bereichen“ weit auszulegen ist und jedenfalls die o. g. Betätigungsfelder umfasst. Anstelle einer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde soll eine entsprechende Anzeige ausreichen. Am dringendsten dürfte sich dabei der Reformbedarf für die Bereiche der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung darstellen.

2. Erleichterung bei mittelbaren Beteiligungen

Kommunale Energieversorgungsunternehmen, die zur Ausweitung des Dienstleistungsangebots oder zur Erhaltung bzw. Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens neue (mittelbare kommunale) Beteiligungen erwerben oder Gesellschaften gründen möchten, müssen sich regelmäßig auf lange Entscheidungsprozesse seitens der Kommunalaufsichtsbehörden einrichten. Das betrifft insbesondere die Beteiligung an Bieterverfahren um Objektgesellschaften in den Sparten Windenergie und Photovoltaik.

Durch Zustimmungsvorbehalte und die daraus resultierenden sehr langen Schwebezustände haben kommunale Energieversorgungsunternehmen aus Thüringen in Bieterverfahren oft Nachteile, die sich nicht mehr über die mit dem Projekt zu erzielenden Einnahmen ausgleichen lassen. Diese Nachteile bestehen nicht nur gegenüber privaten Energieversorgungsunternehmen, sondern auch gegenüber Stadtwerken aus anderen Bundesländern, deren Kommunalrecht ein schnelleres und flexibleres Tätigwerden gestattet. Hier wäre etwa auf den neuen § 97 Abs. 4 SächsGemO zu verweisen.

Rein formell sieht zwar auch die Regelung des § 72 ThürKO, die gemäß § 74 Abs. 2 ThürKO bei mittelbaren kommunalen Beteiligungen entsprechend anwendbar ist, nur eine Anzeigepflicht bei der Kommunalaufsicht vor. Da sich die Kommunalaufsicht aber nicht innerhalb einer bestimmten Frist äußern muss und es auch an einer „Genehmigungsfiktion“ fehlt, wenn die Behörde sich nicht innerhalb einer bestimmten Frist äußert, führen die §§ 72, 74 Abs. 2 ThürKO regelmäßig zu ganz erheblichen Verzögerungen von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen oder Neugründungen, die gerade in Bereichen wie der Energieversorgung die Realisierung von Investitionen im Wettbewerb beeinträchtigen.

Wir schlagen daher vor, § 74 Abs. 2 ThürKO um einen zweiten Satz zu ergänzen, der für den Erwerb von mittelbaren Unternehmen und Beteiligungen sowie für die Neugründung mittelbarer kommunaler Unternehmen in den Bereichen der wettbewerblich geprägten Energieversorgung die Regelung der Anzeigepflicht um eine Frist ergänzt, innerhalb welcher die Rechtsaufsichtsbehörde tätig werden muss. In Fällen, in denen die Rechtsaufsichtsbehörde nicht innerhalb der Frist von sechs Wochen (entsprechend § 72 ThürKO) tätig wird, kann die Entscheidung der Gemeinde über die Beteiligung bzw. die Neugründung vollzogen werden.

II. Regelungen für den Aufsichtsrat

1. Weisungsgebundenheit kommunaler Aufsichtsratsmitglieder

Nach dem Änderungsvorschlag Nr. 26 a) zu § 73 Abs. 1 ThürKO werden die von der Kommune entsandten Aufsichtsratsmitglieder durch eine ausdrückliche Regelung im Gesellschaftsvertrag des Unternehmens an die Beschlüsse des Gemeinderates gebunden, sofern dem gesetzlich nichts entgegensteht.

Ein Weisungsrecht der Kommune gegenüber den Mitgliedern eines fakultativen Aufsichtsrates ist abzulehnen. So ist bereits die rechtliche Zulässigkeit einer solchen Weisungsunterworfenheit vor dem Hintergrund der gesellschaftsrechtlichen Funktion eines Aufsichtsrates höchst umstritten. Die Hauptaufgabe des Aufsichtsrates – so auch der Deutsche Corporate Governance Kodex – besteht in der Kontrolle der Geschäftsführung, wobei sich die Mitglieder des Aufsichtsrates an den Interessen des Unternehmens zu orientieren haben. Mit dieser Aufgabe ist eine Weisungsgebundenheit eindeutig nicht vereinbar. Die sachgerechte und effektive Wahrnehmung von Kontroll- und Überwachungsaufgaben setzt vielmehr eine Unabhängigkeit zwingend voraus.

Immerhin deutet der Hinweis auf entgegenstehende gesetzliche Regelungen darauf hin, dass das Gesellschaftsrecht für obligatorisch zu bildende Aufsichtsräte eine Weisungsunterworfenheit der Aufsichtsräte nicht zulässt.

Durch die Implementierung eines Weisungsrechts droht zudem eine kommunalpolitisch motivierte Einflussnahme auf das Tagesgeschäft, die die an langfristigen Strategien sowie an unternehmerischen Gesichtspunkten orientierte Entwicklung einer Gesellschaft erheblich in Frage stellen kann. Die Aufsichtsratsmitglieder sind intensiv in Interna des Unternehmens eingebunden und können dessen langjährige Entwicklung sowie die zugrundeliegenden Strategien eingehend beurteilen. Sie sind somit in der Lage, auf einer fachlich fundierten Basis Entscheidungen zum Wohl des Unternehmens zu treffen.

Und genau diesen Aspekt der besonderen Fähigkeiten und Kenntnisse eines Aufsichtsratsmitglieds erkennt der Gesetzentwurf an, indem der Entwurf zu § 73 Abs. 2 S. 4 und 5 ThürKO besondere Qualifizierungsmaßnahmen für Aufsichtsräte fordert. Sollte der Gemeinderat letztendlich die Entscheidungen, die dem Aufsichtsrat obliegen, übernehmen, wäre es folgerichtig, die Gemeinderatsmitglieder entsprechend fortzubilden.

Durch ein Weisungsrecht kann nun die Situation eintreten, dass sich die Aufsichtsratsmitglieder entgegen ihrer aus einer eingehenden Unternehmenskenntnis gewonnen Überzeugung verhalten und abstimmen müssen. Die Bedeutung des Aufsichtsrates und die Qualität seiner Arbeit können hierdurch zu Lasten der kommunalen Unternehmen erheblich geschmälert werden.

Auch ohne ein Weisungsrecht gegenüber den Aufsichtsratsmitgliedern hat eine Kommune einen ausreichenden Einfluss auf das Unternehmen. So ist bereits durch die Entsendung der Aufsichtsratsmitglieder durch die Kommune gewährleistet, dass der Aufsichtsrat stets auch die Interessen des Gesellschafters im Blick behält. Durch den Rückbindungsvorbehalt in § 74 Abs. 1 ThürKO ist zudem sichergestellt, dass der Gemeinderat bzw. Kreistag bei wesentlichen strategische Entscheidungen wie dem Erwerb von Unterbeteiligungen oder der Kreditaufnahme eingebunden wird. Letztlich ist es einer Kommune bereits heute möglich, durch ihren gesetzlichen Vertreter in der Gesellschafterversammlung als höchstem Organ der Gesellschaft entscheidend Einfluss auf das Unternehmen zu nehmen.

Wir schlagen daher vor, auf die Änderung nach Nr. 26 a) zu verzichten.

2. Weitere Regelungen zu Aufsichtsräten

Der Änderungsvorschlag Nr. 26 b) zu § 73 Abs. 2 S. 2 ThürKO sieht eine Regelung vor, nach der auf Vorschlag des Bürgermeisters an seiner Stelle ein Beigeordneter, ein Bediensteter der Verwaltung oder ein sachkundiger Dritter in den Aufsichtsrat entsandt werden können. Diese Regelung kollidiert mit der in der Praxis häufigen und sinnvollen Satzungsgestaltung, nach der der Bürgermeister bzw. der Landrat als geborenes Mitglied in den Aufsichtsrat eines kommunalen Unternehmens entsandt wird. Diese Satzungsregelungen dürfen nicht durch kommunalrechtliche Regelungen in Frage gestellt werden. Dies gilt ge-

rade auch mit Blick auf den Umstand, dass in der Gesetzesbegründung zu Nr. 26 der Vorrang des Gesellschaftsrechts gegenüber dem Kommunalrecht ausdrücklich anerkannt wird.

Nicht nachvollziehbar ist zudem die Regelung in dem neu einzufügenden Absatz 2 S. 3, nach welcher die Aufsichtsratsmitglieder an die Beschlüsse des Gemeinderates gebunden sind. Unabhängig davon, dass ein Weisungsrecht, wie oben ausgeführt, ohnehin abzulehnen ist, geht der Gesetzentwurf durch die Ergänzung in § 73 Absatz 1 offensichtlich davon aus, dass ein Weisungsrecht in jedem Fall eine Grundlage im Gesellschaftsvertrag voraussetzt. Hierzu passt es nicht, dass sich darüber hinaus gemäß Absatz 2 eine Weisungsgebundenheit unmittelbar aus dem Gesetz ergeben soll.

Den neuen Vorgaben über die erforderliche Qualifikation kommunaler Aufsichtsräte in § 73 Abs. 2 S. 4 ThürKO des Entwurfs können wir inhaltlich zustimmen. Im Grunde ist diese Vorgabe aber überflüssig. Denn letztendlich sollte eine Kommune die Vertreter für einen Aufsichtsrat benennen, die über eine gewisse Sachnähe zum Unternehmensgegenstand verfügen und damit am ehesten für das Mandat geeignet sind. Dass sich Aufsichtsräte gegebenenfalls weiterqualifizieren müssen, ergibt sich bereits aus den Sorgfaltspflichten bei Ausübung dieser Tätigkeit.

Die Regelungen über die Haftungsfreistellung für kommunale Aufsichtsräte im Entwurf zu § 73 Abs. 2 S. 6 und 7 ThürKO sind ebenfalls entbehrlich. Denn eine nahezu wortgleiche Regelung findet sich bereits jetzt in § 74 Abs. 3 ThürKO, die u. E. auch auf die von der Kommune entsandten Aufsichtsratsmitglieder angewendet werden kann. Sollte der Gesetzgeber die Gefahr sehen, dass § 74 Abs. 3 ThürKO nicht für Aufsichtsräte oder lediglich für die besonderen in § 74 genannten Fallgestaltungen gilt, so sollte dargelegt werden, warum hier Bedarf für eine (scheinbare) Doppelregelung besteht.

Im Ergebnis sollte auch auf die Änderung nach Nr. 26 b) weitestgehend verzichtet werden. Lediglich § 73 Abs. 1 S. 1 ThürKO könnte ohne Weiteres übernommen werden. Bei Satz 2 wäre jedenfalls klarzustellen, dass bestehende Gesellschaftsverträge, die ein solches Vorschlagsrecht des Bürgermeisters bzw. des Landrates nicht kennen, nicht angepasst werden müssen.

3. Zuständigkeit des Gemeinderats bei Beteiligungen

Durch die Ergänzung eines neuen Satz 4 in § 74 Abs. 1 ThürKO durch Änderung Nr. 27 soll im Ergebnis klargestellt werden, dass der Bürgermeister einen Beschluss des Gemeinderates benötigt, sofern eine Entscheidung in den Gremien des Unternehmens aus Sicht der Gemeinde kein Geschäft der laufenden Verwaltung darstellt.

Diese Regelung ist an dieser Stelle deplatziert. So regelt § 74 Abs. 1 ThürKO den sog. „Rückbindungsvorbehalt“, der speziell den Fall der Kreditaufnahme bzw. des Erwerbs von Unterbeteiligungen betrifft. In diesen Fällen ist schon heute ein Beschluss des Gemeinderates erforderlich. Dies gilt sowohl für den Bürgermeister als auch für die übrigen von der Kommune entsandten Organmitglieder. Die Entscheidungszuständigkeit des Gemeinderats ist in den Fällen des § 74 Abs. 1 ThürKO somit bereits ausdrücklich geregelt. Die Frage nach der Abgrenzung zwischen der Entscheidungszuständigkeit des Bürgermeisters und des Gemeinderates stellt sich daher an dieser Stelle gerade nicht.

Hinzu kommt, dass der § 74 Abs. 1 ThürKO allgemein von den „Organen eines Unternehmens“ spricht. Umfasst sind somit neben der Gesellschafterversammlung einer GmbH auch der Aufsichtsrat. Der Bürgermeister handelt jedoch im Aufsichtsrat nicht als gesetzlicher Vertreter der Kommune. Er ist hier vielmehr als natürliche Person Mitglied des Organs. Die Frage, ob es sich für den Bürgermeister um eine Angelegenheit der laufenden Verwaltung handelt, stellt sich somit nur dann, wenn dieser als gesetzlicher Vertreter in der Gesellschafterversammlung eines Unternehmens agiert. Auch dies spricht dafür, die Klarstellung zur Zuständigkeitsabgrenzung gesondert zu regeln und nicht mit dem Rückbindungsvorbehalt in § 74 Abs. 1 ThürKO zu vermischen.

III. Entsprechende Anwendbarkeit der Regelungen zur Erleichterung der Entscheidungsfindung im Gemeinderat durch Zweckverbände

Durch die Änderungen der ThürKO ergeben sich Änderungen zum Geschäftsgang des Gemeinderates. So wird die Möglichkeit einer elektronischen Einladung zu Sitzungen eingeführt. Auch ist die Option vorgesehen, in besonderen Ausnahmesituationen anstelle einer Präsenzsitzung ein schriftliches oder elektronisches Umlaufverfahren durchführen zu können.

Es wird angeregt, auch den Zweckverbänden, deren Arbeit sich nach dem Thüringer Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) richtet, entsprechende Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Wir bitten Sie, die vorgenannten Vorschläge im Gesetzgebungsverfahren zur berücksichtigen und stehen Ihnen bei weiteren Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer
VKU Landesgruppe Thüringen

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTB bearbeitet.

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/651 - Neufassung - Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/869 - und Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/1188 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Jugendparlament Heilbad Heiligenstadt</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Stadtverwaltung Jugendparlament Heilbad Heiligenstadt Ratsgasse 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>37308 Heilbad Heiligenstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Jugendparlament Heilbad Heiligenstadt	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Stadtverwaltung Jugendparlament Heilbad Heiligenstadt Ratsgasse 9	Postleitzahl, Ort	37308 Heilbad Heiligenstadt
Name	Organisationsform										
	Jugendparlament Heilbad Heiligenstadt										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Stadtverwaltung Jugendparlament Heilbad Heiligenstadt Ratsgasse 9										
Postleitzahl, Ort	37308 Heilbad Heiligenstadt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Jugendarbeit von Jugendlichen für Jugendliche	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Für Mitbestimmung von Jugendlichen auf kommunaler Ebene	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
18.09.2020, Heilbad Heiligenstadt	

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir würden uns über die Aufnahme des § 26a in die ThürKO freuen. Tatsächlich verfügt das Jugendparlament bereits über einen Sitz in jedem Ausschuss, so dass die Beteiligung in Bezug auf jugendrelevante Themen sichergestellt ist. Auch in jeder Stadtratssitzung hat das Jugendparlament in einem eigenen Tagesordnungspunkt die Möglichkeit, auf wichtige Punkte aus Sicht von Kindern und Jugendlichen hinzuweisen.

Hinweis: Die Beteiligung der Jugendlichen könnte analog dem Gesetz zur Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Senioren geregelt werden.

Mit freundlichen Grüßen
vom Jugendparlament Heilbad Heiligenstadt

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Sechstes Gesetz zur Änderung der ThürKO, Entwurf der Fraktion der FDP (Drs. 7/651) Sechstes Gesetz zur Änderung der ThürKO, Entwurf der Fraktion der CDU (Drs. 7/869) Gesetz zur Änderung der ThürKO und anderer Gesetze, Entwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 7/1188)											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringischer Landkreistag</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringischer Landkreistag	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Bewertung des/	Gesetzentwurfes
	aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 18.9.2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

2571536

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Sechstes Gesetz zur Änderung der ThürKO, Entwurf der Fraktion der FDP (Drs. 7/651) Sechstes Gesetz zur Änderung der ThürKO, Entwurf der Fraktion der CDU (Drs. 7/669) Gesetz zur Änderung der ThürKO und anderer Gesetze, Entwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 7/1188)											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 ThürBeteilDokG, Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringischer Landkreistag</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringischer Landkreistag	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)
	Kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher: <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)
	Bewertung des (ERGÄNZEN bzw. AUSWÄHLEN) Gesetzentwurfes / Verordnungsentwurfes / Antrages / ... aus kreislicher Perspektive
5	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!

Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (s. Abs. II Satz 2, III Nr. 1 BetrildokG)	
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 18.9.2020	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/851 - Neufassung - Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/869 - und Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/1188 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name Klein	Vorname Christian
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	Dürronebersdorfer Str. 14 b
	Postleitzahl, Ort	07549 Gera
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kirchenbeamter (Leiter des Rechnungsprüfungsamts der EKM Rechtsanwalt)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die drei Gesetzentwürfe sind hinsichtlich der Einführung eines Schulungsmodes für Kommunen (Gemeindeverträge) in Kasernstruktur höchst unterschiedlich in der rechtlichen Vorgabe. Die Eingruppierung hinsichtlich einer Klärstellung wird von Unklarheit als positiv bewertet.	
5.	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gera 22.9.2020	

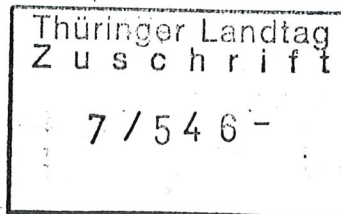
THÜR. LANDTAG POST
23.09.2020 08:46

22.09.2020



Rechtsanwalt Dipl. Jur. Ch. Klein · Dürrenebersdorfer Str. 19b · 07549 Gera

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt



Zu Dis. 7/651 NF 18631
7/1188

Gera, den 22.09.2020

Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung, Drucksache 7/869 vom 03.06.2020

Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung, Drucksache 7/651 – Neufassung - vom 22.04.2020

Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze, Drucksache 7/1188 vom 08.07.2020

hier: Anhörungsverfahren

Den Mitgliedern des

Sehr geehrte Damen und Herren,

JKKA
.....

In vorbezeichneter Angelegenheit nehme ich Bezug auf das Schreiben vom 20. Juli 2020. In diesem Schreiben haben Sie mich aufgefordert, im schriftlichen Anhörungsverfahren zu den oben genannten Gesetzentwürfen Stellung zu nehmen. Ursprünglich erfolgte die Aufforderung an meine Dienstadresse bei der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (Rechnungsprüfungsamt). Da der Unterzeichner davon ausgeht, dass die oben genannten Gesetzentwürfe keinen direkten kirchenrechtlichen Bezug aufweisen, erfolgt die Stellungnahme als Sachverständiger unter der Adresse der Rechtsanwaltskanzlei des Unterzeichners.

Zuerst möchte ich mich für die Möglichkeit der schriftlichen Anhörung zu den oben genannten Gesetzentwürfen bedanken.

Der Übersichtlichkeit halber wird der Unterzeichner zu jedem Gesetzentwurf getrennt Stellung nehmen.

1. Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/869

Zu Artikel 1 Nr. 1

Im neu einzufügenden Absatz 2 a Satz 2 des § 26 soll das Wort „besondere Ausnahmefälle“ durch „besondere Ausnahmesituationen oder Krisensituationen“ ersetzt werden. Im Inhalt des Absatzes werden zweimal unterschiedliche Begrifflichkeiten dahingehend verwendet, einmal das Wort „Ausnahmesituationen“ und das andere Mal das Wort „Ausnahmefälle“. Hier wäre es aus Sicht der sprachlichen Klarheit sinnvoll, das Wort „besondere Ausnahmesituationen oder Krisensituationen“ durchgängig zu verwenden. Positiv bewertet der Unterzeichner die Legaldefinition der „besonderen Ausnahmesituationen“ (Ausnahmefälle) im Satz 2. Die Legaldefinition ist sprachlich sehr weit gefasst und umfasst Katastrophenfälle, Krisensituationen wie auch Pandemien. Durch die Verwendung des Wortes „insbesondere“ wird deutlich, dass die Aufzählung nicht abschließend ist, sondern sich ähnliche Situationen, die wie Katastrophenfälle und Pandemien von einer gewissen Unvorhersehbarkeit und Unberechenbarkeit geprägt sind, auch miterfasst werden. Auch die weite Formulierung trägt damit solchen Situationen, die von einer gewissen Unberechenbarkeit und Unvorhersehbarkeit geprägt sind, Rechnung. Eine enumerative Auflistung verschiedener Ausnahmesituationen, wie beispielsweise die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite nach § 5 des Infektionsschutzgesetzes oder dem Katastrophenfall nach § 34 Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetz sowie auch die Erklärung zur Ausrufung der Pandemie durch die Weltgesundheitsorganisation nach Artikel 12 der Internationalen Gesundheitsvorschriften (vom 25.05.2005), erscheint aus rechtsmethodischer Sicht für die Erfassung von Krisensituationen nicht brauchbar. Eine enumerative Auflistung führt aufgrund ihrer Begrenztheit im Auslegungspotenzial immer dazu, dass die potenzielle Möglichkeit besteht, dass einzelne Krisensituationen nicht miterfasst sind und die Vorschrift de facto nicht angewendet werden kann. Ein weiter Wortlaut, der Möglichkeiten zur Auslegung in untergesetzlichen Normen oder der Rechtsanwendung bietet, trägt den beabsichtigten Regelungszwecken daher besser Rechnung.

Zu Artikel 1 Nr. 2

Hier sollte im Satz 6 hinter besondere Ausnahmesituationen der Klammerzusatz mit „§ 26 Absatz 2a Satz 2“ eingefügt werden. Der letzte Satz, der wie folgt lautet: „*Besondere Ausnahmefälle im Sinne des Satzes 7 sind insbesondere Katastrophenfälle und Pandemien.*“, könnte daher dann gestrichen werden. Durch den Verweis auf § 26 Absatz 2a Satz 2 wird deutlich, dass die besonderen Ausnahmesituationen dort legal definiert sind.

Zu Artikel 1 Nr. 2 Absatz 1 und Nr. 3 Absätze 3 und 4

Auch in diesen neu einzufügenden Absätzen bewertet der Unterzeichner positiv, dass durch die Verwendung der Tatbestandsmerkmale „digitale Sitzungen, Bild-, Film- und Tonaufnahmen“ ein weiter Spielraum für die Anwendung der konkreten technischen Mittel eröffnet ist. Eine engere sprachliche Formulierung hätte den Nachteil, dass man der technischen Entwicklung und Digitalisierung dort nicht im ausreichenden Maße Rechnung tragen könnte. Die gesetzliche Vorschrift würde bei einer engeren Formulierung der technischen Entwicklung hinterherhinken. Die Weite (abstraktere) Formulierung wirkt diesem entgegen und trägt somit mehr zur Rechtsbeständigkeit bei.

2. Gesetzentwurf der Fraktion der FDP – Drucksache 7/651

Zu Artikel 1 Nr. 2

Die Streichung der Vorgaben für die Zusammensetzung des Hauptausschusses (Bürgermeister und bis zu sechs weiteren Mitgliedern) wird vom Unterzeichner kritisch gesehen. Zwar ist zutreffend, dass, wenn in einer Krisensituation die Entscheidungsbefugnis des Gemeinderats auf den Hauptausschuss gesetzlich verlagert werden soll, einzelne Gemeinderatsmitglieder, die bisher keine Fraktion bilden, und Fraktionen, die aufgrund der mathematischen Zuteilung der Ausschusssitze nicht berücksichtigt werden können, von der Willensbildung im Hauptausschuss faktisch ausgeschlossen sind. Dieser faktische Ausschluss ist aber zum heutigen Zeitpunkt auch schon gegeben und entspricht auch nach der Rechtsprechung und dem Grundsatz der Spiegelbildlichkeit der Zusammensetzung von Gemeinderatsplenum und Gemeinderatsausschüssen. Nach Artikel 28 Abs. 1 S. 2 GG muss das Volk in den Länderkreisen und Gemeinden eine Vertretung haben, die aus unmittelbaren freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen sind. Diese Bestimmung überträgt die in Artikel 20 Abs. 1, 2 GG getroffene Grundentscheidung der Verfassung für die Prinzipien der Volkssouveränität und der

Demokratie auf die Ebenen der Gemeinden. Folglich ist die Gemeindevertretung, auch wenn sie kein Parlament im legislativen Sinne ist, sondern Organ der Selbstverwaltungskörperschaft, die Repräsentation der Gemeindebürger. Die Repräsentation der Gemeindebürger vollzieht sich nicht nur im Plenum, sondern auch in den Ausschüssen der Gemeindevertretung. Jeder Ausschuss einer Gemeindevertretung muss folglich ein verkleinertes Bild des Plenums sein und die Zusammensetzung des Plenums widerspiegeln. Dieses Prinzip der demokratischen Repräsentation bringt auch § 27 Abs. 1 S. 2 ThürKO zum Ausdruck, weil dort geregelt wird, dass die Zusammensetzung dem Stärkeverhältnis der im Gemeinderat vertretenen Parteien und Wählergruppen Rechnung tragen muss (vgl. BVerwG, Urteil vom 09.12.2009, NVwZ 2010, 834). Da die demokratische Repräsentation der ganzen Volksvertretung (der Gesamtheit ihrer gewählten Mitglieder) obliegt, haben alle Mitglieder grundsätzlich gleiche Mitwirkungsrechte (BVerwG, Urteil vom 06.02.1989 und BVerfGE, 80. Band, Seiten 188 bis 217). Entsprechendes gilt für die Fraktionen als Zusammenschlüsse politisch gleichgesinnter Mitglieder der Volksvertretung. Auch die Fraktionen sind somit im Plenum und in den Ausschüssen grundsätzlich gleichberechtigt an der Willensbildung der Volksvertretung beteiligt. Dem Anspruch auf gleichberechtigte Teilnahme an der Willensbildung wird nicht schon dadurch Rechnung getragen, dass eine Fraktion in der Gemeindevertretung die ihr nach der mathematischen Berechnung zustehenden Sitze im Ausschuss auch tatsächlich zur Verfügung gestellt bekommt. Maßgebend dürfte vielmehr sein, ob die Zusammensetzung eine gleichberechtigte Mitwirkung ermöglicht. Auch wenn eine Fraktion im Ausschuss die ihr rechnerisch zustehenden Sitze innehat, kann sich durch die Über- oder Unterrepräsentation anderer Fraktionen in den Ausschuss eine so deutliche Verschlebung des an sich im Gemeinderat bestehenden Stärkeverhältnisses ergeben, dass von einer Spiegelbildlichkeit des Gemeinderatsplenums keine Rede mehr sein kann. Eine Fraktion, die aufgrund ihrer Stärke im Gemeinderat durchaus mit Erfolgchancen ein Vorhaben zum Erfolg verhelfen oder ein solches verhindern kann, wäre in den Ausschüssen trotz rein rechnerisch maßgerechter Sitzverteilung nahezu bedeutungslos und damit in ihrer Mitwirkungsmöglichkeit beeinträchtigt. Seit Jahren ist bei den Kommunalwahlen zu verzeichnen, dass die Wählergruppen und Parteien in den Gemeinderäten in ihrer Anzahl anwachsen. Dies hat zur Folge, dass es bereits in Thüringen Gemeinderäte gibt, die Vertreter von acht bis zehn verschiedenen politischen Gruppierungen (oder Parteien) aufweisen. Sollte man dem Anliegen der Fraktionen der FDP auf Streichung folgen, hätte dies zur Folge, dass zukünftig Hauptausschüsse auch aus zehn oder zwölf Mitgliedern bestehen können. Dies könnte automatisch aber auch zur Folge haben, dass die im

Gemeinderat stärkste Fraktion, die ein Vorhaben im Gemeinderat ermöglichen oder mit ihren Stimmen verhindern soll, dieses Stärkeverhältnis nicht mehr ausüben und abbilden kann. Auch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes sieht eine solche Entwicklung kritisch und versteht den Spiegelbildlichkeitsgrundsatz so, dass nicht jede politische Gruppierung oder Partei, die im Gemeinderat vertreten ist, auch im Hauptausschuss eine Stimme haben muss, aber die Anzahl der Hauptausschussmitglieder muss die Stärke der Gemeindevertreter wiedergeben. Dieser Ansicht folgt auch das Sächsische und Niedersächsische Oberverwaltungsgericht. Auch diese haben entschieden, dass jeder Ausschuss des Gemeinderats ein verkleinertes Abbild des Plenums sein und die Zusammensetzung des Plenums und das darin wirksame politische Meinungs- und Kräftespektrum widerspiegeln muss. Die Begrenzung von sechs Hauptausschussmitgliedern nebst Bürgermeister hat sich in der Praxis bewährt.

Zu Artikel 1 Nr. 3

Die Einfügung eines § 30 a „Eilentscheidungsrecht in Ausnahmefällen“ erscheint dem Unterzeichner systemwidrig. Auffällig ist, dass der Einbringer der Drucksache sich am Eilentscheidungsrecht des Oberbürgermeisters in § 30 ThürKO orientiert hat. Wenn der Einbringung jedoch an der Gesetzsystematik in der Kategorie des Eilentscheidungsrechtes bleiben möchte, müsste er den § 30 a Eilentscheidungsrecht des Gemeinderats nennen. Ein Eilentscheidungsrecht in Ausnahmefällen, wie es in den neu einzufügenden § 30 a vorgeschlagen wird, orientiert sich aber nicht an der Aufgabenzuordnung, wie bei § 30 ThürKO, besonders an der Krisensituation. Aus juristisch systematischer Perspektive erscheint dies zumindest hinterfragenswert und zum Teil sogar logisch widersprüchlich.

Die Variante, dass die Einberufung des Gemeinderats nur unter unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist und somit die Entscheidung, dass die Angelegenheit auf den Hauptausschuss übertragen werden kann, ist nach Ansicht des Unterzeichners verfassungswidrig. Ökonomische Erwägungen im Zusammenhang mit der Repräsentation des Gemeindevolkes durch die Gemeindevertreter widersprechen dem Grundsatz der Volkssouveränität (Demokratieprinzip). Nicht nur, dass ein zusätzlicher Spielraum eröffnet wird für die Auslegung und Interpretation, was unter unverhältnismäßigem Aufwand verstanden wird, sondern auch wird deutlich gemacht, dass die Einberufung einer Gemeinderatssitzung im Katastrophenfall von ökonomischen Erwägungen (Kosten und Aufwand) abhängig gemacht wird. Die Frage der

Repräsentation der Gemeindebevölkerung in der Gemeindevertretung ist keine ausschließliche Frage des ökonomischen Nutzens oder der Kosten. Auch würde diese Alternative zusätzliche politische und auch juristische Diskussionen aufwerfen zu der Frage, wann das Tatbestandsmerkmal des unverhältnismäßigen Aufwandes erfüllt ist. Jegliche Feststellung bezüglich eines unverhältnismäßigen Aufwandes setzt immer einen Vergleich des ökonomischen Aufwandes mit dem Ziel (hier der Einberufung der Gemeinderatssitzungen) voraus. Der Nutzen einer Gemeinderatssitzung bzw. deren Einberufung wird sich nur schwer monetarisieren lassen. Eine Monetarisierung wäre aber für einen ordnungsgemäßen Vergleich notwendig. Hinzu kommt auch, dass es hier an der Stelle nicht um die Fälle gehen dürfte, in denen der Gemeinderat lediglich über das Protokoll der letzten Sitzung entscheidet. Solche Sitzungen wären in Krisensituationen auch unnötig.

Der neu einzufügende § 30 a Abs. 2 ThürKO (E) ist aus Sicht des Unterzeichners nicht notwendig, da er bereits in § 30 ThürKO inhaltsgleich enthalten ist.

Die Regelung des § 30 a Abs. 2 ThürKO (E), dass der Katastrophenfall durch den Bürgermeister im Einvernehmen mit dem zuständigen Ministerium festgestellt wird, kann im Krisenfall eine erhebliche zeitliche Verzögerung bedeuten. Umfasst sein sollen mit der Katastrophe aus Sicht des Unterzeichners ja nicht nur Pandemien, sondern auch andere Katastrophenfälle. Auch stellt sich an dieser Stelle die Frage, ob das Einvernehmen tatsächlich notwendig ist. Einvernehmen würde die Zustimmung des zuständigen Ministeriums zur Feststellung des Oberbürgermeisters notwendig machen. Aus Sicht des Unterzeichners wäre hier auch noch einmal zu prüfen, ob nicht das Benehmen ausreichend sein könnte.

Des Weiteren ist festzustellen, dass die Regelungen des neu einzufügenden § 30 a Abs. 3 ThürKO (E) derzeit den Vorgaben des Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetzes widerspricht. Mit der neu einzufügenden Regelung würde eine Verlagerung der Feststellungsbefugnis über den Katastrophenfall nach § 34 ThürBKG i.V.m. § 2 Abs. 2 S. 2 ThürBKG stattfinden. Bisher sind nach dem bisherigen Brand- und Katastrophenschutzgesetz für die Feststellung des Katastrophenfalls die Unteren Katastrophenschutzbehörden zuständig. Dies sind die Landkreise und kreisfreie Städte. Mit dem neu einzufügenden § 30 a Abs. 3 ThürKO (E) würde diese Befugnis für den Katastrophenfall auf den Bürgermeister übergehen. Dies steht im Widerspruch zum derzeit

geltenden Brand- und Katastrophenschutzrecht. Dass mit dem neu einzufügenden § 30 a Abs. 3 ThürKO (E) eine unabhängige Kategorie der Katastrophenfeststellung getroffen werden soll, ist für den Unterzeichner nicht ersichtlich.

Zu Artikel 1 Nr. 4

Die beabsichtigte neue Fassung des § 35 Abs. 7 S. 1 ThürKO (E) wird durch den Unterzeichner begrüßt, da somit eine in der Praxis strittige Auslegungsfrage geklärt wird. Der Unterzeichner hat dazu selbst in den Thüringer Verwaltungsblättern 10/2016 in einem Aufsatz über die „Digitalisierung der Gemeinderatsarbeit – Voraussetzungen, Folgen des § 35 Absatz 7 ThürKO“ bereits diese Auffassung im Rahmen der Auslegung nach rechtsmethodischen Gesichtspunkten vertreten. Die geplante Regelung würde zu einer Klarstellung führen.

Zu Artikel 1 Nr. 5

Der neu einzufügende Absatz 4 zu § 36 ThürKO erhält erneut das Tatbestandsmerkmal des „unverhältnismäßigen Aufwandes“. Auch hier verbietet sich aus Sicht des Unterzeichners eine Ökonomisierung des Abstimmungsverfahrens. Auch hier müsste erneut festgestellt werden, welche Kosten mit der Durchführung der Telefon- oder Videokonferenz notwendig sind und diese mit dem Ergebnis der Durchführung dieser Sitzung verglichen werden. Hier stellt sich auch wieder das Problem der Monetarisierung der zu vergleichenden Merkmale. Hinsichtlich des Satzes „*Bringt die Durchführung einen unverhältnismäßigen Aufwand mit sich [...]*“ ist nicht deutlich, ob sich die Durchführung des Umlaufverfahrens auf die Normalsitzung oder die Sitzung im Rahmen einer Telefon- oder Videokonferenz bezieht. Eine rechtliche Klarstellung wäre hier sinnvoll.

Zu Artikel 1 Nr. 6

Der neu einzufügende § 40 a ThürKO (E) ist aus Sicht des Unterzeichners mit den grundgesetzlichen Vorgaben und Vorgaben der Thüringer Verfassung nur schwer vereinbar. Der Grundsatz der Sitzungsöffentlichkeit ist ein tragendes Verfahrensprinzip der Kommunalverfassung. Im Kommunalrecht ist der Grundsatz der Sitzungsöffentlichkeit ein Mittel, das Interesse der Bürgerschaft an der Selbstverwaltung zu erwecken und zu erhalten sowie die Volksverbundenheit der Verwaltung zu gewährleisten. Im Vordergrund steht hiermit die Funktion, dem Gemeindebürger Einblick in die Tätigkeit des Gemeinderats und seinen einzelnen Mitgliedern zu ermöglichen, also Gemeinderatsberatungen bzw. Gemeinderats-

entscheidungen transparent zu machen. Dadurch kann der Gemeindebürger sich eine eigene Kenntnis erarbeiten oder Beurteilungen auf dieser Grundlage vornehmen.

Zugleich unterzieht der Grundsatz der Öffentlichkeit wie bei den parlamentarischen Gremien den Gemeinderat der allgemeinen Kontrolle durch die Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit der Gemeinderatssitzung trägt also dazu bei, dass einerseits die Einwirkung persönlicher Beziehungen den Einflüssen und Interessen bei der Beschlussfassung vorzubeugen sowie in den Beratungen die Argumentation zu versachlichen und andererseits den Anschein zu vermeiden, dass hinter verschlossenen Türen unsachliche Motive für die Entscheidung maßgebend sein könnten. Mit dem Grundsatz der Sitzungsöffentlichkeit korrespondiert das Recht auf Teilnahme an der Öffentlichkeit der Sitzung der kommunalen Gremien. Jedoch ist es der Öffentlichkeit nicht gestattet, sich zu den verhandelten Beschlusspunkten zu äußern oder durch Zuruf, Unterhaltung oder unter Meinungsäußerung sich an der Sitzung zu beteiligen. Aus Sicht des Unterzeichners gehört zum Grundsatz der Öffentlichkeit und dem Zusammenspiel mit dem Grundsatz der Teilnahme der Öffentlichkeit aber auch das Gebot der Gleichzeitigkeit der Öffentlichkeit. Das Gebot der Gleichzeitigkeit der Öffentlichkeit macht deutlich, dass die Öffentlichkeit der Gemeinderatssitzung zeitgleich mit ihrem Stattfinden zusammenfallen muss. Der Bürger soll sich einen direkten Eindruck von der politischen Debatte, der Willensbildung und den Akteuren während der Gemeinderatssitzung verschaffen können. Der Bürger soll sich eine eigene Meinung über die Akteure und die zustande kommenden Ergebnisse bilden können. Dies kann er nicht, wenn Sitzungsprotokolle lediglich veröffentlicht oder nachträglich etwa geschnittene Bild- und Tondokumente in eine Mediathek eingestellt werden und zum Download bereitstehen. Die direkte Fernseh- und Internetübertragung realisiert die Gleichzeitigkeit der Öffentlichkeit noch am besten. Ein Auseinanderfallen der Sitzungsöffentlichkeit und des Stattfindens der Gemeinderatssitzung verstößt nach Auffassung des Unterzeichners gegen das Grundgesetz, da der Grundsatz der Sitzungsöffentlichkeit konstitutives Merkmal des Demokratie- und Rechtsstaatsprinzips ist.

Zu Artikel 1 Nr. 7

Der neu anzufügende Absatz 4 nach § 54 ThürKO ist aus Sicht des Unterzeichners nicht notwendig: Die Vorschrift würde eine generelle Ermächtigung des Bürgermeisters eröffnen, in Wirtschaftskrisen und Katastrophen bei erheblichen Mehrkosten und erheblichen Mindereinnahmen über den in der Haushaltssatzung festgelegten Rahmen hinaus

Kassenkredite aufzunehmen. Nicht nur, dass es sich bei den Wortlauten einer „Wirtschaftskrise“ und „erheblicher Mehrkosten und Mindereinnahmen“ um unbestimmte Rechtsbegriffe handelt, die einen erheblichen Auslegungsspielraum beinhalten und somit in der Praxis erst konkretisiert werden müssten, es würde auch das Budgetrecht des Gemeinderats (das höchste Recht der kommunalen Selbstverwaltung) ausgehebelt werden. Der Bürgermeister unterläge keiner Kontrolle hinsichtlich der Aufnahme von Kassenkrediten mehr. Insbesondere durch die unbestimmten Rechtsbegriffe obliegt es dem Bürgermeister auch in seiner Kompetenz, festzustellen, ob bei einer Wirtschaftskrise erhebliche Mindereinnahmen oder Mehrkosten tatsächlich vorliegen. Diese Einschätzungspräkurative könnte der Bürgermeister nutzen, um das Budgetrecht des Parlamentes auszuhebeln. Daher lehnt der Unterzeichner diese Vorschrift als nicht vereinbar mit dem System des geltenden Kommunalen Haushaltsrechtes ab.

Zu Artikel 1 Nr. 8 und 9

Hier wird auf die Ausführungen zum Entscheidungsrecht in Ausnahmefällen für Gemeindevertretungen verwiesen.

3. Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/1188

Zu Artikel 1 Nr. 2

Durch die einzufügenden Worte „die das 18. Lebensjahr vollendet hat“ wird der Bedeutungsinhalt des Rechtsbegriffes des „Bürgers“, wie er sich aus den Vorschriften des Thüringer Kommunalwahlrechtes ergibt (16. Lebensjahr), eingeschränkt. Zwar können zwei Rechtsbegriffe unterschiedlichen Bedeutungsinhalte sowohl in verschiedenen Rechtsgebieten wie auch im gleichen Rechtsgebiet haben (Relativität der Rechtsbegriffe), jedoch erscheint dies im konkreten Fall weder angebracht noch notwendig. Die Verpflichtung zur Übernahme eines Ehrenamtes besteht meist schon deswegen nicht, weil die Übernahme eines solchen Ehrenamtes bereits durch Gesetz ausgeschlossen ist (Wachsmuth/Pahlke in Kommentar zum Thüringer Kommunalrecht, Boorberg, Stand: 33. Ergänzungslieferung, § 12 S. 4.). Es kommen daher z.B. lediglich in Betracht:

- Ehrenamtliche Mitglieder der Schiedsstellen (§ 2 Abs. 1 ThürSchStG);

- Ehrenamtliche Feuerwehrangehörige (§ 10 Abs. 3, §§ 13, 14 ThBKG);
- Ehrenamtliche Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (§§ 4, 5 ThürKJHAG),
- Ehrenamtliche Mitglieder des Umlegungsausschuss (§ 2 ThürUaVO) etc.

Teilweise normieren diese und andere Gesetze eine eigene Altersgrenze für die persönliche Eignung und/ oder eine Fachkunde. Die Beschränkung auf das 18. Lebensjahr würde zu Wertungswidersprüchen mit den Altersvorgaben und auch mit den fachlichen Voraussetzungen führen. So kann dies praktisch dazu führen, dass die Wahrnehmung ehrenamtliche Ämter, für die eine Altersgrenze aufgrund des Fachgebietes (z.B. Jugendhilfe) durch Spezialgesetz nicht vorgeschrieben ist, aber durch den Bezug auf den Bürgerbegriff mit 18 Jahren im Sinne des § 12 ThürKO ausgeschlossen ist. Dies beeinträchtigt die Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung.

Zu Artikel 1 Nr. 3

Die Festschreibung der Einwohnerfragestunde im Thüringer Kommunalrecht würde lediglich eine Klarstellung darstellen. Die Durchführung von Einwohnerfragestunden ist bereits nach dem geltenden Recht möglich und wird in vielen Gebietskörperschaften bereits praktiziert.

Zu Artikel 1 Nr. 4 a und b

Die Regelung soll der Transparenz von kommunalen Entscheidungen dienen. Für den Unterzeichner fraglich ist der Nutzen eines solchen Verfahrens. Auch durch die Kenntnis der potentiell zu verabschiedenden Satzung durch die Bürger und Einwohner wird dies die Entscheidung bezüglich der Satzung nicht erheblich beeinflussen. Eine Beteiligung der Interessen der Bürger und Einwohner für Satzungsentwürfe ist auch im bisherigen politischen Diskurs möglich. Die Normierung eines zusätzlichen Verfahrens erhöht die Opportunitätskosten der Verwaltung ohne entsprechendem monetären wie auch ideellen Nutzen (ökonomische Analyse des Rechts [Rechtsökonomik]).

Zu Artikel 1 Nr. 5 a und b

Die Normierung eines Auskunftsrechtes für jedes Gemeinderatsmitglied ist nur klarstellend. Die obergerichtliche Rechtsprechung hat einen ungeschriebenen verfassungsunmittelbaren Informationsanspruch eines jeden Gemeinderatsmitgliedes gegenüber dem Bürgermeister anerkannt (Zahlreiche Nachweise bzgl. obergerichtlicher Entscheidungen in

Wachsmuth/Pahlke in Kommentar zum Thüringer Kommunalrecht, Boorberg, Stand: 33. Ergänzungslieferung, § 22 S. 10.).

Zu Artikel 1 Nr. 6 a

Die Wahl des Vorsitzenden des Gemeinderats aus der Mitte des Gemeinderats ist unter dem Gesichtspunkt des Demokratieprinzips unproblematisch. Die parlamentarischen Gepflogenheiten, dass auf Vorschlag der stärksten Fraktion des Gemeinderats ein Vorsitzender gewählt wird, können kommunalrechtlich keine Geltung erlangen, da die Freiheit des Mandates und das Recht auf Kandidatur eines jeden Gemeinderatsmitgliedes entgegensteht. Insoweit würde der beabsichtigte Regelungstext lediglich eine Klarstellung bedeuten. Die Notwendigkeit dieser Regelung, um während der gesamten Amtszeit einen Vorsitzenden wählen und abwählen zu können, ist nicht gegeben. Auch unter den derzeitigen Regelungen ist dies möglich. Einziger Unterschied besteht darin, dass eine Regelung bezüglich der Wahl eines Vorsitzenden zu Beginn der Amtszeit normiert sein muss.

Zu Artikel 1 Nr. 8 a, b und c

Hinsichtlich der Streichung der Vorgaben für die Zusammensetzung des Hauptausschusses wird auf die Ausführungen zu Artikel 1 Nr. 2 des 2. Gesetzentwurf der Fraktion der FDP – Drucksache 7/651 Bezug genommen.

Die Bildung von Rechnungsprüfungsausschüssen in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern wird neben der Erhöhung etwaiger Transparenz auch zu einer nicht unbedeutenden Erhöhung der Opportunitätskosten für kleinere Gemeinden führen. Fraglich ist, ob der Nutzen zur Steuerung der Haushaltswirtschaft dies aufwiegt. Gleiches gilt für die Möglichkeit der unbegrenzten Bildung von Beiräten (mit Ausnahme des Ausländerbeirates aufgrund seiner besonderen Aufgaben und Stellung). Auch hier ist das Nutzen/Aufwand-Verhältnis zu hinterfragen.

Zu Artikel 1 Nr. 10 a

Die Regelung gibt teilweise den derzeitigen Stand des Kommunalrechtes in Thüringen und der obergerichtlichen Rechtsprechung wieder. Danach hat jedes Gemeinderatsmitglied einen Rechtsanspruch auf Mitarbeit in einem Ausschuss. Die Mitarbeit beschränkt sich auf Rede- und Antragsrecht. Dies gilt auch für Fraktionen, die bei der rechnerischen Besetzung der Ausschüsse unberücksichtigt geblieben sind. Die beabsichtigte Regelung kann hingegen dazu

führen, dass die Ausschusssitze, die einer jeweiligen Fraktion dann zustehen, die Anzahl der Fraktionsmitglieder übersteigen. Dies wird vom Unterzeichner hinsichtlich der Funktionsfähigkeit von Ausschüssen kritisch erachtet und führt zu einer rechnerischen Erhöhung der anwesenden Mitglieder im Ausschuss. Die Regelung hätte auch zur Folge, dass Ausschussgemeinschaften an Attraktivität verlieren.

Die zwingende Zuziehung eines Sachverständigen auf Antrag einer Fraktion oder eines Viertels der Gemeinderatsmitglieder ist ebenfalls kritisch auf die Funktionsfähigkeit und die Stringenz etwaiger Ausschussberatungen zu hinterfragen.

Zu Artikel 1 Nr. 11

Die Einfügung einer Berichtspflicht des Bürgermeisters bezüglich der Erfüllung der Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis ist systemwidrig. Dem Gemeinderat sind nur Aufgaben des eigenen Wirkungskreises zur Wahrnehmung durch Beschlussfassung zugewiesen (§ 22 Abs. 3 S. 1 ThürKO). Eine Berichtspflicht ist Ausdruck der Rechenschaftspflicht. Der Bürgermeister ist bei der Wahrnehmung der Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis dem Gemeinderat nicht rechenschaftspflichtig und daher folglich auch nicht berichtspflichtig.

Zu Artikel 1 Nr. 12

Die Begrenzung des Entscheidungsrechtes des Bürgermeisters, wie es bereits jetzt in der Thüringer Kommunalordnung vorgesehen ist, wird nochmals eingeschränkt durch das negative Tatbestandsmerkmal, dass „kein Beschluss nach § 36 Abs. 1 a gefasst wird.“ Rechtsmethodisch ist die Einfügung des negativen Tatbestandsmerkmals aus Sicht des Unterzeichners nicht zu beanstanden.

Zu Artikel 1 Nr. 14

Die Einfügung des Wortes „elektronisch“ jeweils nach „schriftlich“ in den angegebenen Absätzen wird durch den Unterzeichner als positiv eingeschätzt, da es der Digitalisierung der Gemeinderatsarbeit Vorschub leistet. Problematisch ist an dieser Stelle lediglich, dass dies bedeuten würde, dass ein Viertel der Gemeinderatsmitglieder die Einberufung einer Gemeinderatssitzung auch per E-Mail fordern könnte. Daher ist fraglich, ob jedes Gemeinderatsmitglied eine E-Mail senden muss oder ein Gemeinderatsmitglied mit der Benennung der Namen der Gemeinderatsmitglieder, die die Einberufung fordern, die E-Mail

versenden darf. Auch hier stellt sich die Frage, inwieweit die Identität und die Zustimmung der einzelnen Gemeinderatsmitglieder positiv durch den Bürgermeister festgestellt werden kann. Bisher erfolgte dies in Schriftform, meist durch die Abgabe einer Antragsschrift mit den notwendigen Unterschriften. Diese praktischen Erwägungen, die sich insbesondere mit der Ausführung zur Konkretisierung der Vorschrift beschäftigen, sind im Gesetzentwurf nicht enthalten. Der Unterzeichner regt daher an, die Vorschrift hinsichtlich des Identitätsnachweises zu konkretisieren.

Die Einfügung nach § 35 Abs. 4 S. 2 ThürKO, dass dem Antragsteller das Wort zur Begründung erteilt werden soll, entspricht nach der praktischen Erfahrung des Unterzeichners doch bereits heute guter Praxis.

Die Einfügung des Satzes nach § 35 Abs. 6 ThürKO, dass der Tagungsort so gewählt werden soll, dass ein angemessener Zugang der Öffentlichkeit gewährleistet ist, erscheint aus Sicht des Unterzeichners sowohl nicht notwendig als auch wirft er im vorgeschlagenen Wortlaut rechtliche Folgeprobleme auf. Grundsätzlich muss jetzt nach derzeit geltendem Thüringer Kommunalrecht die Sitzungsöffentlichkeit in einer Gemeinderatssitzung gewährleistet werden. Diese Sitzungsöffentlichkeit ist fundamentaler Bestandteil des Demokratieprinzips. Daher ist durch den Bürgermeister auch heute schon zu gewährleisten, dass ein Raum gewählt wird, der die Sitzungsöffentlichkeit sicherstellt. Die Verwendung des Wortes „angemessen“ im vorgeschlagenen Wortlaut intendiert, dass eine Zweckmittelrelation zwischen dem Zugang und der Öffentlichkeit besteht. Die Sitzungsöffentlichkeit ist ein Rechtsprinzip. Dies bedeutet, dass es sich um ein sogenanntes Optimierungsgebot handelt. Ein Optimierungsgebot bzw. der Gewährleistungsinhalt der Sitzungsöffentlichkeit ist nicht einer Abwägung im Rahmen einer Zweckmittelrelation einer Angemessenheitsprüfung zugänglich. Für den Unterzeichner stellt sich die Frage, wie denn bei einer unterstellten Zulässigkeit der Abwägung die Kriterien für eine Angemessenheitsprüfung aussehen sollen. Soll der Zugang in Relation zur Bedeutung des Beratungsgegenstandes der einzelnen Drucksachen gewährt werden? Soll der Zugang in Relation zur Größe des Gemeinderates gewährt werden? Soll der Zugang in Relation zur Größe der verfügbaren kommunalen Räumlichkeiten gewährleistet werden? Alle diese Fragen würden durch eine zusätzliche Modifizierung eines Angemessenheitsprinzips in der Praxis aufgeworfen werden und bedürfen einer legislativen Antwort.

Die in Absatz 7 des § 35 ThürKO vorgeschlagene Anpassung des Wortlautes und die Verwendung des Rechtsbegriffes „elektronischer Dokumente“ erscheint mit den vorausgegangenen Änderungen als folgerichtig. Der Unterzeichner gibt jedoch zu bedenken, dass es sich bei elektronischen Dokumenten um einen Text, eine Zahlentabelle, ein Bild oder eine Folge oder Kombination von Texten, Tabellen oder Bildern, die durch Digitalisierung (Umwandlung in einen Primärkode) in Dateiform angelegt und überführt worden handelt. Der Unterzeichner regt an, dass dies als Klarstellung im Rahmen einer Legaldefinition noch ins Gesetz mitaufgenommen wird.

Zu Artikel 1 Nr. 15

Der Unterzeichner möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass es sich bei den neu anzufügenden Sätzen zu § 36 Abs. 1 ThürKO nicht wie in der Gesetzesbegründung um eine ledigliche Klarstellung handelt. Die in Bundestag und Landtagen übliche Regelung, dass zu Beginn die Beschlussfähigkeit des Plenums gegeben sein muss und die ganze Zeit über wirkt, solange bis ein Mitglied des jeweiligen Legislativorgans beantragt, die Beschlussfähigkeit erneut zu überprüfen, ist nicht deckungsgleich mit der derzeit geltenden Rechtslage zum Thüringer Kommunalrecht. Der § 36 Abs. 1 ThürKO macht deutlich, dass die Feststellung der Beschlussfähigkeit zu den Aufgaben des Vorsitzenden des Gemeinderates gehört. Er hat die Beschlussfähigkeit zu Beginn der Sitzung ebenso wie vor jeder Abstimmung über jeden Tagesordnungspunkt zu überprüfen. Eine Vermutung, dass die Beschlussfähigkeit zu Beginn der Sitzung bei Behandlung des ersten Tagesordnungspunktes bestanden hat, auch bei den übrigen Tagesordnungspunkten vorhanden war, wenn sie nicht von einem Gemeinderatsmitglied bestritten wird, ist nicht zulässig (Kommentierung zur Kommunalordnung, Boorberg/Öhler/ Pahlke, § 36, S. 3). Der jetzige Gesetzesänderungsvorschlag zielt damit ausdrücklich auf eine Veränderung der Rechtslage hin. Es handelt sich nicht um eine Klarstellung. Auch macht der Unterzeichner darauf aufmerksam, dass die Interessenlagen bei einem Legislativorgan mit dem Bundestag oder den Landtagen hinsichtlich der Beschlussfähigkeit anders sind als bei dem Gemeinderat, der Teil der jeweiligen Gemeindeverwaltung ist.

Die Einfügung des Absatzes 1 a ist Ausdruck der fehlenden Möglichkeiten zur kommunalen Willensbildung durch die Gemeinderäte während der Corona-Pandemie. Inhaltlich ist der Absatz nicht zu beanstanden. Rechtsmethodisch wird aber darauf hingewiesen, dass in der enumerativen Aufzählung nach dem Wort „Pandemie“ ein „oder“ eingefügt werden müsste.

Auch sollte bei der Formulierung „elektronischen oder schriftlichen Verfahren fassen“ die Worte „elektronisch“ und „schriftlich“ getauscht werden. Im gesamten Gesetzentwurf wird immer von „schriftlich oder elektronisch“ gesprochen. Diese Sprachverwendung sollte auch inhaltlich durchgehalten werden, um keine zusätzlichen juristischen Interpretationsspielräume zu eröffnen.

Des Weiteren erscheint die Verwendung des Begriffes „höhere Gewalt“ in der enumerativen Aufzählung als nicht angebracht. Der Begriff „höhere Gewalt“ ist ausdrücklich dem Zivilrecht entlehnt und findet im öffentlichen Recht kaum Anwendung. Es erscheint daher eher angemessen, die Wortgruppe „4. sonstige Fälle höherer Gewalt“ durch die folgenden Wortlaute zu ersetzen „ein von außen kommendes, unvorhersehbares und unbeherrschbares außergewöhnliches Ereignis, das auch durch äußerste Sorgfalt nicht verhütet bzw. abgewendet werden kann“. Sollte der Begriff „höhere Gewalt“ weiterhin Verwendung finden, stellt sich zusätzlicher juristischer Interpretationsspielraum ein. Zuerst könnte ein Rechtsanwender danach fragen, wie höhere Gewalt zu definieren ist. Er könnte weiterhin fragen, ob die durch die bisherige Rechtsprechung, insbesondere zum Zivilrecht entwickelte Definition der höheren Gewalt auf öffentlich-rechtliche Sachverhalte übertragbar ist. Daher erscheint es für den Unterzeichner eher angebracht, eine Definition an die Stelle des Begriffes „höhere Gewalt“ zu setzen, die klar und deutlich macht, welche weiteren besonderen Krisensituationen von der Vorschrift erfasst werden sollen.

Des Weiteren ist der Satz „Die Mitglieder des Gemeinderates geben ihre Zustimmung nach Satz 3 und ihre Stimme über die betreffende Beschlussvorlage in Textform ab“ systematisch nicht konsistent. Auch die Begründung des Gesetzentwurfes liest sich für den Unterzeichner an dieser Stelle widersprüchlich. Fakt ist, dass die Textform, wie sie im § 126 b BGB definiert ist, auch die E-Mail erfasst. Dies wäre korrespondierend zu dem Begriff „elektronisches Verfahren“. Dies wird aber nicht eindeutig aus dem vorgelegten Entwurf zu Absatz 1 a deutlich. Der Satz bezüglich der Textform bezieht sich nach der Systematik der vorgeschlagenen Fassung der Norm nunmehr auch auf das schriftliche Verfahren. Die Schriftform nach § 126 BGB setzt jedoch die eigenhändige Unterschrift voraus. Selbstverständlich ist es möglich, im öffentlichen Recht auf zivilrechtliche Vorschriften Bezug zu nehmen, diese benötigen dann aber auch eine eindeutige Zuordnung. Sollte beispielsweise die Gemeindeverwaltung im Krisenfall ein Umlaufverfahren in Gang setzen, wodurch das einzelne Mitglied des Gemeinderats eine

Beschlussvorlage und das Dokument zu dem Einverständnis zum Umlaufverfahren nebst dem Dokument zur Zustimmung per E-Mail übersandt bekommt und dieses ausfüllt und eigenhändig unterzeichnet sowie einscannet und an die Gemeindeverwaltung zurückschickt, stellt sich die Frage, ob es sich nun um ein schriftliches oder elektronisches Verfahren handelt. An dieser Stelle sollte exakter juristisch herausgearbeitet werden, in welcher Relation die juristischen Begriffe „elektronisches Verfahren“ und „schriftliches Verfahren“ zu den Formerfordernissen des Bürgerlichen Gesetzbuches stehen. Selbstverständlich kommt auch eine Streichung des Satzes „Die Mitglieder des Gemeinderates geben ihre Zustimmung nach Satz 3 und ihre Stimme über die betreffende Beschlussvorlage in Textform ab“ in Betracht. Jedoch würde man damit das Problem nur in die Praxis verlagern.

Zu Artikel 1 Nr. 16

Die Einfügung des Tatbestandsmerkmals „oder seinem eingetragenen Lebenspartner“ erscheint sinnvoll, wenn auch nach dem Gesetz zur Einführung über das Recht auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts seit dem 01.10.2017 Lebenspartner auf Antrag ihre Lebenspartnerschaft in eine Ehe umwandeln können (vgl. § 20 a Lebenspartnerschaftsgesetz - LPartG). Seit dem 01.10.2017 ist die Begründung neuer Lebenspartnerschaften daher auch nicht mehr möglich und notwendig. Zu Klarstellungszwecken sollte jedoch die Formulierung mit aufgenommen werden.

Zu Artikel 1 Nr. 17

Die Regelung korrespondiert zur Neueinfügung des § 36 Abs. 1 a ThürKO (E) und ist somit folgelogisch.

Zu Artikel 1 Nr. 18

Aus Sicht des Unterzeichners handelt es sich an dieser Stelle nicht um eine Klarstellung zur Stärkung der Rechte der Gemeinderatsmitglieder, sondern um eine erhebliche Erweiterung rechtlicher Möglichkeiten, die im Umgang mit Abschriften der Niederschrift der Gemeinderatssitzung einhergeht. Insbesondere die Streichung des Wortes „öffentlich“ in Satz 2 des § 42 Abs. 3 ThürKO hätte zur Folge, dass der Bürger auch in nichtöffentliche Sitzungsniederschriften Einsicht nehmen könnte. Dies würde den Rechtsanspruch des Bürgers auf Einsichtnahme zu Lasten des Geheimhaltungsinteresses (z.B. durch Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis) erheblich erweitern. Die Rechtfertigung der Versagung der

Einsichtnahme des Bürgers in die Niederschriften des nichtöffentlichen Teils der Gemeinderatssitzung wäre unter diesen Gesichtspunkten kaum noch juristisch zu rechtfertigen. Die Einsichtnahme in die Niederschriften der öffentlichen Sitzung ist dann unter fast denselben Voraussetzungen zulässig wie die Einsichtnahme in die Niederschriften der nichtöffentlichen Sitzung. Der Sinn einer nichtöffentlichen Beratung und Beschlussfassung dient jedoch dem berechtigten Geheimhaltungsinteresse. Dieses würde durch die Änderung der Vorschrift durch Streichung des Wortes „öffentlich“ dem Wortlaut des § 42 Abs. 3 ThürKO nicht mehr entsprechen.

Zu Artikel 1 Nr. 19

Die vorgeschlagene Formulierung des neuen Absatzes 1 soll dazu dienen, auch vorberatende Ausschusssitzungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Beschließende Ausschusssitzungen sind grundsätzlich öffentlich, soweit nicht Gründe für die Nichtöffentlichkeit vorliegen. Nach der derzeitigen Regelung in der Thüringer Kommunalordnung besteht für vorberatende Ausschüsse ein Nichtöffentlichkeitsgebot. Der Sinn dieser Regelung besteht darin, dass in diesem vorbereitenden Gremium heikle und umstrittene Fragen völlig offen und auch von jeglichen Einflüssen geschützt diskutiert werden sollen. Man will den Ausschussmitgliedern die Möglichkeit geben, zur Vertiefung und Verbreitung der Meinungsbildung auch einmal „ins Unreine“ zu diskutieren. Die Öffentlichkeit wird dadurch nicht in unzulässiger Weise ausgeschlossen, weil der vorberatende Ausschuss keine vollziehbaren Beschlüsse fassen kann, sondern nur auf Empfehlungen bzw. die Informationen der Ausschussmitglieder beschränkt ist. Die vorgeschlagene Neuregelung würde dazu führen, dass auch vorberatend in den Ausschusssitzungen, in denen die Gemeindeverwaltung die Gemeinderatsmitglieder umfassend über etwaige Sachverhalte wie Haushaltsplan, Haushaltseckwerte und sonstiges informiert, öffentlich wären. Die Regelung birgt die Gefahr, dass insbesondere im Beratungs- und Willensbildungsprozess zwischen Gemeindeverwaltung und Gemeinderatsmitgliedern nur in den Ausschüssen eine Intransparenz entsteht, die der Tatsache geschuldet ist, dass nicht mehr alles „ins Unreine“ diskutiert werden kann. Unterm Strich würde die Transparenz zugunsten der Öffentlichkeit durch eine Intransparenz zulasten des Informationsaustausches zwischen Gemeindeverwaltung und Gemeinderatsvertretung „erkauft“.

Zu Artikel 1 Nr. 20

Die Einfügung des vorgeschlagenen Satzes wird durch den Unterzeichner begrüßt, da in der derzeitigen Praxis ein Beanstandungsverfahren beim Landesverwaltungsamt gegenüber kreisfreien Städten eine erhebliche Zeitdauer bis zu ca. über 2 Jahre in Anspruch nimmt. Derzeit besteht für Gemeinden lediglich die Möglichkeit, im Rahmen einer Untätigkeitsklage auf eine schnellere Mitteilung einer Entscheidung im Rahmen des Beanstandungsverfahrens auf die Dienstaufsichtsbehörde Einfluss zu nehmen. Die Entscheidung vom Beanstandungsverfahren würde durch die vorgeschlagene Neuregelung erheblich verkürzt werden, zumindest unterliegen die Rechtsaufsichtsbehörden dann einem verstärkten Entscheidungsdruck.

Zu Artikel 1 Nr. 23

Die Regelung, einen neuen Absatz 5 an § 59 ThürKO anzufügen, wird vom Unterzeichner als nicht notwendig erachtet. Auch nach den jetzigen Bestimmungen ist es möglich, dass eine Gemeinde im Rahmen eines Nachtragshaushaltes die vorgesehene Erhöhung von Verpflichtungsermächtigungen oder Neueingehen von Verpflichtungsermächtigungen beschließt. Durch den vorgeschlagenen Absatz 5 wird das Budgetrecht des Gemeinderats erheblich tangiert. Die bisherigen Regelungen der Thüringer Kommunalordnung zum Nachtragshaushalt und zur Haushaltssicherung sind völlig ausreichend, um dem Interesse und dem Regelungszweck, wie er mit dem neuen Absatz 5 verfolgt wird, Rechnung zu tragen. Das Budgetrecht des Gemeinderats ist Kern der kommunalen Selbstverwaltung und würde durch eine, wie die hier vorgeschlagene Regelung ausgehöhlt werden.

Zu Artikel 1 Nr. 24

Die Streichung der Worte „bis zum Haushaltsjahr 2019“ bezieht sich auf energetische Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen, die keine Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen sind, für die aber Kredite nach der derzeitigen Regelung nur bis zum Haushaltsjahr 2019 aufgenommen werden konnten. Durch die Streichung würde den Kommunen hier ermöglicht werden, das Inkraftsetzen der Änderungen zum § 63 Abs. 1 ThürKO wieder Kredite für energetische Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen, die keine Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen sind, aufzunehmen. Damit würde insbesondere den Bedürfnissen der Kommune, wie sie sich aus der Studie „Energiepolitisch induzierter Modernisierungs- und Sanierungsbedarf in Thüringer Kommunen und dessen Umsetzung sowie Finanzierung“, in Kooperation mit der Thüringer Aufbaubank und der

Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur GmbH vom Juni 2018 ergeben, Rechnung getragen. Der Unterzeichner weist aber darauf hin, dass in dieser Studie durch die befragten Kommunen auch die restriktiven Vorgaben des § 63 Abs. 2 ThürKO gerügt worden sind. Zwar wird nun durch die Streichung des Wortlautes „Haushaltsjahr 2019“ die Möglichkeit zur Aufnahme von Krediten für solche Maßnahmen wiedereröffnet, jedoch bleiben die restriktiven haushaltsrechtlichen Vorgaben, die an eine solche Kreditaufnahme nach § 63 Abs. 2 ThürKO an die Kommunen gestellt werden, weiterhin bestehen. In der Studie wurde durch die befragten Kommunen auch diese Restriktionen als wesentlicher Hinderungsgrund für die Aufnahme solcher Kredite mitangegeben.

Zu Artikel 1 Nr. 25

Die vorgeschlagene Änderung zu Absatz 2 Satz 2 des § 71 ThürKO würde dazu führen, dass man die Bereichsausnahmen von den Vorgaben des kommunalen Wirtschaftsrechtes nach § 71 Abs. 2 ThürKO um die Gesundheitsversorgung und -vorsorge sowie den öffentlichen Personennahverkehr und den öffentlichen Wohnungsbau erweitern würde. Dies würde bedeuten, dass die Subsidiaritätsklausel als dritte Zulässigkeitsschranke zur kommunalwirtschaftlichen Betätigung auf die im Gesetzentwurf genannten Bereiche Gesundheitsversorgung und Gesundheitsvorsorge, öffentlicher Personennahverkehr und öffentlicher Wohnungsbau nicht mehr Anwendung finden würde. Ein Wirtschaftlichkeits- und Gütevergleich zwischen privaten Unternehmen und dem in der Kommune beabsichtigten zu betreibenden kommunalen Unternehmen würde nicht mehr stattfinden bzw. notwendig sein. Der Grundsatz, dass private Unternehmen den Vorzug dann erhalten sollen, wenn sie die Leistung der Daseinsvorsorge wirtschaftlicher und qualitätvoller anbieten können als die Kommune, würden dann vollständig leerlaufen. Auch jetzt ist es bereits möglich, unter den geltenden Vorschriften Unternehmen durch Kommunen in den genannten Bereichen zu betreiben, jedoch ist ein Wirtschaftlichkeitsvergleich gemäß der Subsidiaritätsklausel nach dem geltenden Thüringer kommunalen Wirtschaftsrecht notwendig. Bereits bestehende Unternehmen haben selbstverständlich auch jetzt schon Bestandsschutz.

Die Regelung in Absatz 5 zur Aufnahme eines Anzeigeverfahrens mit einer einmonatigen Widerspruchsfrist ist geeignet, die Verfahrensdauer zu beschleunigen, aber gleichzeitig erscheint diese Frist auch zu kurz. Für Landkreise, auf die insbesondere diese Vorschrift abzielt, ist der Eingriff in ihre Selbstverwaltungsangelegenheit von erheblicher Bedeutung und bedarf

eines umfassenden Abwägungs- und Diskussionsprozesses, der sich aus Sicht des Unterzeichners nicht in einem Monat vollständig gewährleisten lässt. Auch erscheint es für den Unterzeichner rechtlich höchst bedenklich, dass Rechte einer Gebietskörperschaft als Folge im Rahmen eines Anzeigeverfahrens eingeschränkt werden können.

Der Vollständigkeit halber weist der Unterzeichner nur noch darauf hin, dass etwaige Spezialvorgaben, die in anderen Gesetzen zum kommunalen Wirtschaftsrecht zu einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge geregelt sind, bereits zum jetzigen Zeitpunkt im Kontext der Vorgaben der Thüringer Kommunalordnung zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen (Gemeinden) auszulegen sind.

Zu Artikel 1 Nr. 26

Die beabsichtigte Änderung bzw. Einfügung eines Absatzes 2 zu dem Absatz 1 ist rechtlich bedenklich und nicht notwendig. § 73 ThürKO handelt von privatrechtlichen Unternehmen. Zum überwiegenden Teil handelt es sich bei den kommunalen Unternehmensformen um die der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH). Diese können einen Aufsichtsrat aufweisen. Was der Entwurf unter dem Begriff des vergleichbaren Gremiums versteht, ist für den Unterzeichner offen. Des Weiteren weist der Unterzeichner ausdrücklich darauf hin, dass es sich beim Gesellschaftsrecht (Organisationsrecht juristischer Personen des Privatrechts wie z.B. das GmbH-Gesetz, das Handelsgesetzbuch und weitere Vorschriften) um Bundesrecht handelt. Eine Normierung in einem Landesgesetz, welche vorschreibt, dass in den Gesellschaftsvertrag die Fixierung aufgenommen werden soll, dass die Mitglieder des Aufsichtsrates an die Beschlüsse des Gemeinderates gebunden sind, entfaltet keine Wirkung. Diese Fixierung verstößt gegen Artikel 31 GG. Bundesrecht bricht Landesrecht. Auch widerspricht die vorgeschlagene Regelung jeglicher Rechtsprechung, die in diesem Bereich bisher ergangen ist.

Auch die beabsichtigte Regelung eines neu einzufügenden Absatzes 2 erschließt sich dem Unterzeichner nicht. Dass die Besetzung der Aufsichtsratssitze der Gemeinde nach den entsprechenden mathematischen Berechnungsregeln (Hare-Niemeyer und Dörholt), wie sie für die Ausschussbesetzung gelten, erfolgen soll, ist aus Sicht des Unterzeichners eine Überregulierung. Es kann insbesondere für eine Gemeinde erforderlich sein, dass im Aufsichtsrat nicht allein kommunalpolitische Vertreter sitzen, sondern vorwiegend Personen,

die die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und die fachliche Eignung für die Wahrnehmung eines Aufsichtsratsmandates haben. Diese notwendige Flexibilität, die Entscheidung der Gemeinde vor Ort zu überlassen, würde mit der Regelung konterkariert werden. Die Aufnahme einer Fortbildungs- oder Qualifizierungsverpflichtung der Gemeinde für die Aufsichtsratsmitglieder mag wünschenswert sein, aber die Gemeinde sollte auch vor Ort schon ein eigenes Interesse daran haben, die Mitglieder ihrer jeweiligen Aufsichtsräte fortzubilden, da sich sonst etwaige Haftungsansprüche aus fehlerhaften Entscheidungen realisieren können. Auch besteht heute bereits ein Haftungsfreistellungsanspruch des einzelnen Gemeinderatsmitgliedes gegen die Kommune, wenn das einzelne Mitglied Tätigkeiten in einem Aufsichtsrat im Auftrag der Gemeinde wahrnimmt. Die Haftungsbegrenzung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit kann zwar in der Thüringer Kommunalordnung festgeschrieben werden, sie ist aber ebenso nicht notwendig, da sich nach den Anwendungen der derzeitigen Regelung zum Haftungsregime für Aufsichtsratsmitglieder eine Haftungsbeschränkung auch heute schon aus den Vorschriften des Zivilrechtes ergibt. Insbesondere der Fall, dass die Gemeinde schadensersatzpflichtig wird, wenn der Vertreter nach Anweisung gehandelt hat, widerspricht der geltenden obergerichtlichen Judikatur. Ein Mitglied im Aufsichtsrat beispielsweise einer GmbH ist nur dem Unternehmen und nicht der Gemeinde verpflichtet. Daher kann es auch in einzelnen Situationen durchaus dazu kommen, dass ein Gemeinderatsmitglied im Aufsichtsrat für die Belange der GmbH und im Gemeinderat gegen die Belange der GmbH stimmen muss. Eine Bindung des einzelnen Mitgliedes des Aufsichtsrates an die Beschlüsse der Gemeindevertretung widerspricht somit den Vorgaben des Gesellschaftsrechtes, welches mit seinen Regelungen überwiegend Bundesrecht darstellt und somit den Vorschriften des Thüringer Landesrechts vorgeht.

Anders stellt sich die Rechtslage jedoch bei Zweckverbänden dar. Bei Zweckverbänden im Thüringer Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit ist es durchaus zulässig, dass der Gemeinderat einen bindenden Beschluss fassen kann, der dann für die Verbandsräte verbindlich ist und durchgesetzt werden muss. Wenn die Verbandsräte den Beschluss nicht umsetzen, ist dies eine Pflichtverletzung und der Gemeinderat kann das einzelne Verbandsratsmitglied abberufen.

§ 73 ThürKO handelt aber lediglich von Unternehmen des privaten Rechtes, darunter fällt der öffentlich-rechtliche Zweckverband nicht.

Zu Artikel 1 Nr. 28

Die Aufnahme eines Absatzes 4 in den § 75 a ThürKO, der eine Veröffentlichung des Beteiligungsbereiches vorsieht, stellt aus Sicht des Unterzeichners lediglich eine Klarstellung dar, da bereits zahlreiche Kommunen Beteiligungsbereiche im Rahmen der für sie beabsichtigten Transparenz öffentlich machen.

Zu Artikel 1 Nr. 29 und 30

Durch die Aufnahme einer Veröffentlichungspflicht für die Berichte der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse wird zwar der Transparenz kommunalen Handelns Rechnung getragen, jedoch werden auch gleichzeitig weitere Opportunitätskosten für das kommunale Handeln erzeugt. Der Bericht der örtlichen Rechnungsprüfung müsste dann in einer weiteren Variante so anonymisiert werden, dass er den Vorgaben des Datenschutzes Rechnung trägt. Auch können Verstöße gegen die Haushalts- und Wirtschaftsführung in der jeweiligen Gemeinde nicht mehr klar benannt werden. Aus Gründen des Datenschutzes und der Persönlichkeitsrechte der jeweiligen Mitarbeiter müsste eine gekürzte und geraffte Form des Prüfberichtes veröffentlicht werden. Damit würde der Transparenz des kommunalen Handelns nicht unbedingt verstärkt Rechnung getragen. Auch ist für den Unterzeichner fraglich, welches Interesse ein Bürger an der Veröffentlichung eines anonymisierten Prüfberichtes über die Prüfung der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses tatsächlich hat.

Die vorstehenden Ausführungen gelten auch für die beabsichtigte Änderung von § 83 ThürKO durch die Anfügung eines Absatzes 3.

Zu Artikel 1 Nr. 31 bis 40

Es wird auf die Ausführungen bezüglich der Änderungen im Rahmen des Rechtes der Gemeinde Bezug genommen. Die Regelungen, die unter Nr. 31 bis 40 geplant sind, korrespondieren zum großen Teil mit den Änderungen unter Nr. 1 bis 30. Deswegen wird auf die vorstehenden Ausführungen Bezug genommen, um Wiederholungen zu vermeiden.

Zu Artikel 2 Nr. 3

Hier wird zu den Ausführungen zu Artikel 1 Nr. 23 Bezug genommen.

Zu Artikel 2 Nr. 4

Auch hierzu wird auf die Ausführungen zu Artikel 1 Nr. 24 Bezug genommen.

Zu Artikel 2 Nr. 5

Zur Veröffentlichung des Schlussberichtes wird auf die Ausführungen zu Artikel 1 Nr. 29 Bezug genommen.

Zu Artikel 2 Nr. 6

Hierzu wird auf die Ausführungen zu Artikel 1 Nr. 30 Bezug genommen.

Zu Artikel 3 und Artikel 4

Hierzu wird ebenfalls auf die Ausführungen zu Artikel 1 Nr. 7 Bezug genommen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Klein
Rechtsanwalt

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/651 - Neufassung - Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/869 - und Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/1188 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Landesjugendhilfeausschuss (Vorsitzender des LJHA)</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>TMBJS Geschäftsstelle Landesjugendhilfeausschuss</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Werner-Seelenbinder-Straße 7</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Landesjugendhilfeausschuss (Vorsitzender des LJHA)	Geschäfts- oder Dienstadresse	TMBJS Geschäftsstelle Landesjugendhilfeausschuss	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Werner-Seelenbinder-Straße 7	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
	Landesjugendhilfeausschuss (Vorsitzender des LJHA)										
Geschäfts- oder Dienstadresse	TMBJS Geschäftsstelle Landesjugendhilfeausschuss										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Werner-Seelenbinder-Straße 7										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt Aufgaben des Landesjugendamtes wahr. Der Landesjugendhilfeausschuss befasst sich mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe, insbesondere mit der Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien sowie mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe, die Jugendhilfeplanung und der Förderung der freien Jugendhilfe. Er beschließt über die Angelegenheiten der Jugendhilfe, soweit sie nach § 85 Abs. 2 SGB VIII zur Zuständigkeit des überörtlichen Trägers gehören, mit Ausnahme der laufenden Geschäfte. Er berät die Landesregierung bei der Verwendung der vom Land für die Jugendhilfe bereitgestellten Mittel.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet und <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Intention des Entwurfs der Regierungsfractionen wird ausdrücklich begrüßt, um die Mitbestimmungsmöglichkeiten junger Menschen an den kommunalen Planungen und Vorhaben zu stärken. Der LJHA stellt aber fest, dass die vorgesehene Änderung noch nicht die Vorschläge aus der Landesstrategie Mitbestimmung, die das Kabinett beschlossen hat, aufgreift. Diese sind weitreichender. Es wird daher angeregt, dass der Gesetzgeber die Vorschläge der Landesstrategie übernimmt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	

	In welcher Form haben Sie sich geäußert?
<input type="checkbox"/>	per E-Mail
<input type="checkbox"/>	per Brief

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligteentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 18. 09. 2020	



THÜR. LANDTAG POST
23.09.2020 10:34

22459/2020

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
Postfach 90 04 63 · 99107 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesjugendamt
Geschäftsstelle Landesjugend-
hilfeausschuss

Ihre Ansprechpartnerin

Durchwahl

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
41-6512/7/2019-4

Erfurt,
14. September 2020

Änderung der Thüringer Kommunalordnung
Anhörung gemäß § 79 und 112 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer
Landtags

7/651 (Fraktion der FDP);

7/869 (Fraktion der CDU)

7/1188 (Fraktionen DIE LINKE., der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

mit der Zuleitung o.g. Anträge räumen Sie dem Landesjugendhilfeausschuss
die Möglichkeit zur Stellungnahme ein.

Zu o.g. Anträgen nimmt er nach Prüfung seiner davon berührten Zuständigkeit
ausschließlich zur Aufnahme der Regelung in § 26a des Gesetzentwurfes der
Fraktionen DIE LINKE., der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Beteiligung
von Kindern und Jugendlichen) Stellung.

Grundsätzlich wird die Intention der Regierungsfractionen begrüßt, die Mit-
bestimmungsmöglichkeiten junger Menschen an kommunalen Planungen
und Vorhaben zu stärken. Ungeachtet dieser ist allerdings festzustellen, dass
die vorgesehene Änderung, die in der *Landesstrategie Mitbestimmung junger*
*Menschen*¹ enthaltenen Vorschläge, die wesentlich weitreichender sind, nicht
aufgreift.

Vorsitzender
Landesjugendhilfeausschuss

Landesjugendring Thüringen e.V.
Johannesstraße 19
99084 Erfurt

E-Mail post@ljrt-online.de

Thüringer Ministerium
für Bildung, Jugend
und Sport
Werner-Seelenbinder-Str. 7
99096 Erfurt

www.thueringen.de/th2

E-Mail-Adressen dienen im TMBJS
nur dem Empfang einfacher Mitteilun-
gen ohne Signatur und/oder Ver-
schlüsselung.

¹ Beschluss der Thüringer Landesregierung vom 26. März 2019

Folgende Ergänzungen der ThürKO sind dort vorgeschlagen und durch Beschluss des Kabinetts als sich selbst gestelltes Ziel der Landesregierung angenommen:

„Die Gemeinde soll Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Hierzu soll die Gemeinde über die in diesem Gesetz vorgesehene Beteiligung der Einwohner hinaus geeignete Verfahren entwickeln und durchführen.

Bei der Durchführung von Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, soll die Gemeinde in geeigneter Weise darlegen, wie sie die Interessen berücksichtigt und die Beteiligung nach Absatz 1 durchgeführt hat.

Der Gemeinderat kann darüber hinaus beschließen, dass in der Gemeinde eine Kinder- und Jugendvertretung eingerichtet wird. Das Nähere regelt die Hauptsatzung. Der Kinder- und Jugendvertretung sind angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung und eine Begleitung sicher zu stellen. Über den Umfang entscheidet der Gemeinderat im Rahmen des Haushaltsplans. Die Beteiligung von Mitgliedern der Kinder- und Jugendvertretung an den Sitzungen des Gemeinderats in Kinder- und Jugendangelegenheiten regelt die Geschäftsordnung (§ 34)“

Die vorgeschlagenen Festlegungen gelten entsprechend für die Angelegenheiten des Landkreises.“²

Es wird daher angeregt und im Sinne des Leitbildes der Landesstrategie Mitbestimmung junger Menschen erwartet, dass sich der Gesetzgeber die Strategie der Landesregierung auch zu eigen macht und diese in der ThürKO verankert.

Insofern wird folgendes unter Bezugnahme der Landesstrategie Mitbestimmung junger Menschen vorgeschlagen:

² TMBJS: Landesstrategie Mitbestimmung junger Menschen, S. 21 (Publikation)

Neuformulierung des § 26a

§ 26a ThürKO

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

„(1) Die Gemeinde soll Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Hierzu soll die Gemeinde über die in diesem Gesetz vorgesehene Beteiligung der Einwohner hinaus geeignete Verfahren entwickeln und durchführen.

(2) Bei der Durchführung von Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, soll die Gemeinde in geeigneter Weise darlegen, wie sie die Interessen berücksichtigt und die Beteiligung nach Absatz 1 durchgeführt hat.“

Begründung:

In Absatz 1 Satz 1 wird die Intention der Koalitionsfraktionen aufgegriffen. Damit einher geht auch die Akzeptanz, dass es jeder Gemeinde überlassen bleibt, wie sie Kinder und Jugendliche in Entscheidungen einbindet. Der unbestimmte Rechtsbegriff „in angemessener Weise“ erhält mit Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 jedoch einen Rahmen, damit die Mitbestimmung junger Menschen nicht zum Alibi wird.

Insofern verpflichtet Satz 2 dem Grunde nach jede Gemeinde zur Entwicklung eines entsprechenden Beteiligungskonzeptes mit dem Ziel einer strategischen, auf Selbstverständlichkeit beruhenden wirksamen Mitbestimmung junger Menschen.

Folgerichtig ist, dass mit Absatz 2 dem Grunde nach eine Informations- und Dokumentationspflicht eingeführt wird, wie die Gemeinde die Interessen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt beziehungsweise diese in Prozesse einbezogen hat. Diese Berichtspflicht sollte sich gegenüber dem jeweiligen Rat bzw. den gewählten Vertreter/-innen, aber auch gegenüber der Öffentlichkeit vollziehen.

Anmerkung:

Da der Vorschlag in Absatz 1 einen Bezug zu „Beteiligung der Einwohner hinaus“ herstellt käme auch eine Einordnung als § 17 a in Frage.

Darüber hinaus wird die Einführung eines neuen Absatzes in § 26 vorgeschlagen:

§ 26 Abs. 5 ThürKO

Ausschüsse

„Der Gemeinderat kann darüber hinaus beschließen, dass in der Gemeinde eine Kinder- und Jugendvertretung eingerichtet wird. Das Nähere regelt die Hauptsatzung. Der Kinder- und Jugendvertretung sind angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung und eine Begleitung sicher zu stellen. Über den Umfang entscheidet der Gemeinderat im Rahmen des Haushaltsplans. Die Beteiligung von Mitgliedern der Kinder- und Jugendvertretung an den Sitzungen des Gemeinderats in Kinder- und Jugendangelegenheiten regelt die Geschäftsordnung gemäß § 34.“

Begründung:

Im Rahmen der Landesstrategie wurde der Grundsatz gemäß § 26a Abs. 1 Satz 1 (Beteiligung von Kindern und Jugendlichen) festgelegt und Beteiligung bewusst nicht ausschließlich auf verfasste Strukturen (wie zum Beispiel Foren und Räte) reduziert. Insofern ist die Art der Beteiligung gemäß § 26a offengelassen.

Sofern ein Gemeinderat eine verfasste Vertretung einrichten will, die jedoch nicht die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nach § 26a substituiert, sondern ergänzt, bedarf es hierzu einer kommunalrechtlichen Regelung, so wie durch die Landesstrategie Mitbestimmung junger Menschen ausgewiesen.

Um die Beteiligung von jungen Menschen auf allen Ebenen in Thüringen zu gewährleisten ist es notwendig, eine analoge Regelung für die Landkreisordnung herzustellen.

Es wird daher vorgeschlagen, § 96a wie folgt zu fassen:

*"§ 96 a Einwohnerfragestunde, Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen***

*Die §§ 15 Abs. 1a, 16, 17, **26 Absatz 5 und 26a** gelten entsprechend für Angelegenheiten des Landkreises."*

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

Diskussionsforum

des Thüringer Landtags

Anlage

Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

- Drucksache 7/651 - NF -

Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/869 -

Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung und anderer Gesetze

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/1188 -

Welche Auffassung vertreten Sie zu den Gesetzentwürfen 1. der Fraktion der FDP in Drucksache 7/651 - Neufassung -, 2. der Fraktion der CDU in Drucksache 7/869 sowie 3. der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/1188? Haben Sie Anmerkungen zu einzelnen Bestimmungen?

Hinweis: Bitte geben Sie jeweils in Ihren Kommentaren an, auf welchen Gesetzentwurf Sie sich beziehen.

Erstellt	Angaben zum Autor	Titel	Beitrag/Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte
25. Juli 2020	Justin Schröder*	§ 42 Abs. 3 S. 3 Thüringer	§ 42 Abs. 3 S. 3 ThürKO wird im Sinne einer transparenten

* Bei dem mit * gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilddokG nicht in der Beteiligientransparenzdokumentation veröffentlicht.

	Beamtenanwärter für den nicht-technischen gehobenen Verwaltungsdienst - Stadtinspektoranwärter	Kommunalordnung - Niederschriften	<p>Verwaltung vor dem Hintergrund des § 1 Abs. 1 S. 1 ThürTG dahingehend geändert, dass</p> <p>Alt. a) die kostenfreie Anfertigung von Scans und ggf. entgeltliche Anfertigung von Kopien ermöglicht wird oder</p> <p>Alt. b) die Kommunen dazu verpflichtet werden, die Sitzungsniederschriften im Internet zu veröffentlichen oder</p> <p>Alt. c) die Anspruchskulisse des ThürTG explizit für anwendbar erklärt wird.</p>
2. September 2020	Ralf Berghofer* Beamter	Öffentlichkeit in vorberatenden Ausschüssen	<p>Nach § 43 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung sind Sitzungen vorberatender Ausschüsse nicht öffentlich.</p> <p>Jedoch: Eben in diesen vorberatenden Fachausschüssen wird die entscheidende Sacharbeit geleistet. Gerade hier sollten Bürger/Innen Ihre Kenntnisse, Erfahrungen und Initiativen einbringen können. Davon sind sie aber praktisch ausgeschlossen. Nichtöffentlichkeit, insbesondere bei kontroversen Themen, frustriert Bürger/Innen, welche sich aktiv einbringen möchten und sich entsprechend engagieren.</p> <p>Deshalb ist in den Ausschüssen zu einer grundsätzlichen Öffentlichkeit sowie der Möglichkeit Rederecht zu erhalten zu kommen.</p>
17. September 2020	Christine Beckert* Diplom-Designerin, tätig im Bereich Grafik-Design	Öffentlichkeit vorberatender Ausschüsse - § 43 Abs. 1	Zur Wahrung des Transparenzgrundsatzes, welcher ein Grundpfeiler der Demokratie ist, sollen beratende Ausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen. Nur im Ausnahmefall, wenn das Wohl der Allgemeinheit oder das berechnigte Interesse Einzelner entgegenstehen, nichtöffentlich.

* Bei dem mit * gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilddokG nicht in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht.